



Landtag Mecklenburg-Vorpommern

53. Sitzung

3. Wahlperiode

Donnerstag, 1. Februar 2001, Schwerin, Schloss

Vorsitz: Präsident Hinrich Kuessner, Vizepräsidentin Renate Holznagel und Vizepräsidentin Kerstin Kassner

Inhalt	Eckhardt Rehberg, CDU	3470
	Dr. Margret Seemann, SPD	3473, 3474
	Sylvia Bretschneider, SPD (zur Geschäftsordnung)	3474
Mitteilungen des Präsidenten	Beschluss	3455 3476
	Reinhard Dankert, SPD (zur Geschäftsordnung)	3476
Antrag der Fraktionen der PDS und SPD: Bundratsinitiative zum kommunalen Wahlrecht für Nicht-EU-Bürgerinnen und Nicht-EU-Bürger mit ständigem Wohnsitz im Gebiet der Bundesrepublik Deutschland – Drucksache 3/1816 –	Antrag der Fraktionen der PDS und SPD: Unterrichtung zum Verhandlungsstand Länderfinanzausgleich – Drucksache 3/1817 –	3455 3477
Peter Ritter, PDS	Angelika Gramkow, PDS	3455 3477, 3488, 3490, 3491
Reinhardt Thomas, CDU.....	Ministerpräsident Dr. Harald Ringstorff... ..	3456 3477, 3487
Dr. Klaus-Michael Körner, SPD	Eckhardt Rehberg, CDU	3458 3479
Monty Schädel, PDS	Ministerin Sigrid Keler.....	3460 3483
Heinz Müller, SPD.....	Wolfgang Riemann, CDU.....	3461, 3462 3490, 3491
Dr. Armin Jäger, CDU	Rudolf Borchert, SPD	3462 3491
Beschluss	Beschluss	3463 3492
Antrag der Fraktion der CDU: Rentenpläne der Bundesregierung – Drucksache 3/1822 –	Antrag der Fraktion der CDU: Bericht der Landesregierung zur Arbeits- marktlage in Mecklenburg-Vorpommern – Drucksache 3/1824 –	3463 3492
Georg Nolte, CDU.....	Harry Glawe, CDU	3463 3492
Volker Schlotmann, SPD		
Torsten Koplín, PDS		

Minister Helmut Holter.....	3494	Harry Glawe, CDU	3523, 3526
Jürgen Seidel, CDU	3497	Dr. Manfred Reißmann, SPD	3524
Barbara Borchardt, PDS.....	3498	Annegrit Koburger, PDS	3525
Reinhard Dankert, SPD.....	3500	Beschluss	3527
Beschluss	3502		

Antrag der Fraktion der CDU:

Nationales Sicherheitskonzept Ost- und Nordsee

– Drucksache 3/1820 –	3502
Georg Nolte, CDU.....	3502
Minister Dr. Wolfgang Methling	3504
Reinhardt Thomas, CDU.....	3508
Dr. Henning Klostermann, SPD	3512
Birgit Schwebs, PDS	3515
Beschluss	3518

Antrag der Fraktion der CDU:

Besetzung des Amtes des Vizepräsidenten des Landesrechnungshofs

– Drucksache 3/1818 –	3518
Lorenz Caffier, CDU.....	3518
Reinhard Dankert, SPD.....	3520
Angelika Gramkow, PDS	3520
Wolfgang Riemann, CDU.....	3521
Beschluss	3523

Erklärung des Abgeordneten

Eckhardt Rehberg, CDU, gemäß Paragraph 51 Absatz 2 der Geschäftsordnung des Landtages	3523
--	------

Antrag der Fraktion der CDU:

**Situation der Kindertagesstätten
in Mecklenburg-Vorpommern**

– Drucksache 3/1821 –	3523
-----------------------------	------

Antrag der Fraktion der CDU:

**Pläne der Bundesregierung zur
Strukturreform der Bundeswehr**

– Drucksache 3/1864(neu) –	3527
----------------------------------	------

Antrag der Fraktionen der SPD und PDS:

**Geplante Schließungen von Bundeswehr-
standorten in Mecklenburg-Vorpommern**

– Drucksache 3/1868 –	3527
-----------------------------	------

**Änderungsantrag der Abgeordneten
Monty Schädel, Karsten Neumann, Annegrit
Koburger, Kerstin Kassner, Dr. Gerhard
Bartels, Barbara Borchardt, Torsten Koplín,
Irene Müller, Gabriele Schulz, Fraktion der PDS**

– Drucksache 3/1890 –	3527
-----------------------------	------

Friedbert Grams, CDU.....	3527
---------------------------	------

Ute Schildt, SPD.....	3528, 3539, 3540, 3541
-----------------------	------------------------

Ministerpräsident Dr. Harald Ringstorff	3529
---	------

Eckhardt Rehberg, CDU.....	3532, 3536, 3537
----------------------------	------------------

Dr. Harald Ringstorff, SPD.....	3536, 3537
---------------------------------	------------

Peter Ritter, PDS	3537
-------------------------	------

Herbert Helmrich, CDU.....	3540
----------------------------	------

Beschluss	3541
-----------------	------

Nächste Sitzung

Mittwoch, 7. März 2001	3541
------------------------------	------

Beginn: 9.00 Uhr

Präsident Hinrich Kuessner: Meine Damen und Herren, ich begrüße Sie zur 53. Sitzung des Landtages. Die Sitzung ist eröffnet. Die Tagesordnung der heutigen Sitzung liegt Ihnen vor. Wir setzen unsere Beratung vereinbarungsgemäß fort.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 12:** Beratung des Antrages der Fraktionen der PDS und SPD – Bundsratsinitiative zum kommunalen Wahlrecht für Nicht-EU-Bürgerinnen und Nicht-EU-Bürger mit ständigem Wohnsitz im Gebiet der Bundesrepublik Deutschland, Drucksache 3/1816.

**Antrag der Fraktionen der PDS und SPD:
Bundsratsinitiative zum kommunalen
Wahlrecht für Nicht-EU-Bürgerinnen und
Nicht-EU-Bürger mit ständigem Wohnsitz
im Gebiet der Bundesrepublik Deutschland
– Drucksache 3/1816 –**

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete Herr Ritter von der PDS-Fraktion. Bitte sehr, Herr Ritter.

Peter Ritter, PDS: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! In der Bundesrepublik Deutschland ist es in den letzten Jahrzehnten zu einer erheblichen Zunahme des Anteils der Ausländerinnen und Ausländer an der Gesamtbevölkerung gekommen. Auch wenn in den 90er Jahren seitens der Bundesregierung sekundiert durch viele Landesregierungen erhebliche Anstrengungen unternommen wurden, diesen Trend umzukehren, der Integrationsprozess macht um Deutschland keinen Bogen. Und mit Blick auf Mecklenburg-Vorpommern und seine Bevölkerungsentwicklung sage ich, zum Glück.

In diesem Zusammenhang hat sich jedoch eine neuartige Dreiklassengesellschaft zwischen deutschen Staatsbürgern, EU-Bürgern und Nicht-EU-Bürgern herausgebildet. Das allgemeine Wahlrecht genießen diejenigen mit deutschem Pass. Das kommunale Wahlrecht steht seit dem 1. Januar 1996 denen zu, die aus EU-Ländern kommen. Selbst Letzteres wird aber den vielen Nicht-Deutschen verweigert, die länger als 5 Jahre, zum Teil über 20 Jahre rechtmäßig ihren Wohnsitz in der Bundesrepublik Deutschland haben.

Ich will an dieser Stelle einem möglichen Argument gleich entgegentreten, das besonders gern von konservativer Seite benutzt wird. Einwanderinnen und Einwanderer seien Menschen, die ihr Heimatland verlassen hätten und ein anderes Land mit dem Ziel aufsuchen würden, dort neu sesshaft zu werden. Dann aber könnten sie zum Beispiel die deutsche Staatsangehörigkeit erwerben und hätten automatisch alle Rechte deutscher Staatsbürgerinnen und Staatsbürger. Aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, erstens verlangen wir das von einer Italienerin oder von einem Briten auch nicht und zweitens wären wir dann wieder bei der Debatte um ein sich nicht auf der Höhe der Zeit befindendes Staatsbürgerschaftsrecht in der Bundesrepublik.

Auf der Höhe der Zeit befindet sich aber die Bundsratsinitiative, die mit dem vorliegenden Antrag der Fraktionen der PDS und SPD heute auf der Tagesordnung steht. Die Nicht-EU-Bürgerinnen und -Bürger, die mehr als fünf Jahre rechtmäßig ihren Wohnsitz in der Bundesrepublik haben, sind EU-StaatsbürgerInnen hinsichtlich des aktiven und passiven Kommunalwahlrechts im Grundgesetz gleichzustellen. Dazu bedarf es einer Ände-

rung des Artikels 28 Absatz 1 des Grundgesetzes. Damit würde auch hinsichtlich des Begriffs „Volk“ im Artikel 20 Grundgesetz klargestellt, dass nicht nur Deutsche und EU-Bürgerinnen und EU-Bürger gemeint sind, sondern ebenso weitere auf dem Staatsgebiet der BRD lebende Bürgerinnen und Bürger.

Um manchem Skeptiker die Zustimmung zu unserem Antrag zu erleichtern, will ich hier ein weiteres Argument einfügen: „Der starke Geburtenrückgang der deutschen Bevölkerung seit Mitte der 60er Jahre hat eine neue folgenschwere Kerbe in den Altersaufbau geschlagen. Es wäre gefährlich, dieser Entwicklung nicht entgegenzuwirken. ... Es ist ... fast als ein geschichtlicher Glücksfall zu betrachten, dass wir die Möglichkeit haben, durch Zuwanderung ... von Ausländern den Geburtenrückgang teilweise zu kompensieren.“

Dieses Zitat stammt allerdings nicht aus neuesten Untersuchungen zur Bevölkerungsentwicklung, die in den letzten Monaten für Schlagzeilen – auch in unserem Land – sorgten. Es stammt aus einer Studie, die der Sozialwissenschaftler Professor Dr. Hans Stirn bereits 1979 geschrieben hat. Die Erkenntnis, dass wir – wie die meisten EU-Staaten – auf Migration angewiesen sind, um den Bevölkerungsrückgang abzufedern, ist also nicht neu, nur haben sich Politik und Medien bislang wenig darum gekümmert.

Wir haben es mit einer hohen räumlichen Mobilität zu tun. Jährlich wandern Tausende Deutsche aus, vor allem aus beruflichen, wirtschaftlichen oder familiären Gründen. Nicht-Deutsche wollen zu uns einwandern und kommen, wenn auch gezwungenermaßen, per Asylersuchen oder eben nicht legal in unser Land, denn in Deutschland gibt es zwar ein Recht auszuwandern, es gibt aber kein Recht einzuwandern. Auf die Wanderungsbewegungen, aus welchem Grund auch immer, muss sich Politik einstellen, mehr noch, sie muss gestalten. Wer sich weigert, zum Beispiel die Tatsache der Einwanderungen anzuerkennen, gibt Gestaltungsmöglichkeiten der Politik aus der Hand.

Es entspricht dem Prinzip der Menschenwürde und der darin enthaltenen emanzipatorischen Idee, dass Menschen ihre Lebensverhältnisse unabhängig von ihrer Staatsangehörigkeit mitbestimmen können. Alle ausländischen Menschen, die in der Bundesrepublik Deutschland ständig leben und arbeiten und damit nicht unbeträchtlich zur Lebensqualität der gesamten Bevölkerung beitragen, müssen auch am politischen Prozess teilhaben und die Bildung der Verfassungsorgane beeinflussen können. In diesem Sinne muss von uns das Konzept der WohnsitzbürgerInnen unterstützt werden. Das Wahlrecht ist ein Recht, das ihnen in einem demokratischen Land zustehen sollte. Ein Wettbewerb zwischen den Parteien um die Stimmen der ausländischen Bürgerinnen und Bürger würde zudem die Sensibilität der Politik für die Probleme aller ausländischen Bürgerinnen und Bürger erhöhen. Zugleich wäre das ein Akt der Integration, der längerfristig Rassismus – auch in unserem Land – zurückdrängen kann.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS)

Es muss deshalb unsere Aufgabe sein, sich für die Abschaffung noch bestehender struktureller Diskriminierungen einzusetzen, die den größten Teil der bei uns lebenden Nicht-Deutschen betreffen. Sie sind von einer Mitwirkung an der unmittelbaren Demokratie in unserem Land ausgeschlossen.

Ausgangspunkt des im Antrag genannten Gesetzesantrages ist der vom Bundesverfassungsgericht in seinem Grundsatzurteil zum kommunalen Ausländerwahlrecht offen gelassene Weg. Darin wird vom BVG darauf hingewiesen, dass Artikel 79 Absatz 3 Grundgesetz die Einführung des kommunalen Wahlrechts für Nicht-EU-BürgerInnen nicht ausschließt. Somit verstößt es nicht gegen den Grundsatz der Demokratie, wie genannt, die Wahlbefugnis auf kommunaler Ebene auszudehnen.

Die sich bereits seit über drei Jahren im parlamentarischen Geschäftsgang befindliche Bundesratsinitiative ist ein wichtiger Schritt in diese Richtung. Der „Rat der Europavereinbarung über die Teilnahme der Ausländer am öffentlichen Leben der Kommunen“ hat deshalb auf der 7. Plenarsitzung im Mai 2000 in Straßburg nochmals die Einführung des aktiven und passiven Kommunalwahlrechts für Nicht-EU-BürgerInnen gefordert. Dieses Recht besteht gegenwärtig in Dänemark, Finnland, Irland, Schweden und in den Niederlanden. Es ist auch in Deutschland einzuführen. Das wäre ein konkreter Beitrag zur Ausgestaltung des Diskriminierungsverbotes in Artikel 13 des Amsterdamer Vertrages und des daran angelehnten Artikels der EU-Grundrechtscharta.

Wir brauchen größere Anstrengungen, was die Integration der Millionen Menschen angeht, die hier ihren Lebensmittelpunkt haben. Ich sage noch einmal, was wir als PDS schon oft gesagt haben: Wir werden Rassismus, ein tragendes Element rechtsextremistischer und neonazistischer Ideologien, nur bekämpfen können, wenn wir diesen Menschen wirklich die gleichen Rechte geben, wie Deutsche sie haben, und nicht auf ihren Pass schauen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Zu der Frage einer grundsätzlichen Neuorientierung der deutschen Flüchtlings- und Asylpolitik hatten der Landesvorstand der PDS, unsere Landtagsfraktion, das „kommunalpolitische forum – Land Mecklenburg/Vorpommern“ e. V. am 20. Januar in Güstrow eine Flüchtlingspolitische Konferenz durchgeführt. Mit Flüchtlingsinitiativen, Vereinen und Gruppen, mit Immigrantinnen und Imigranten sowie Asylsuchenden debattierten wir. Gemeinsam von allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern wurde ein Appell verabschiedet. Dieser Appell verlangt von Bund und Land, neue Maßstäbe in der Asyl- und Flüchtlingspolitik anzusetzen. So heißt es zum Beispiel:

Erstens. Asyl- und Flüchtlingspolitik muss auf eine menschenrechtliche Grundlage gestellt werden. Das heißt, für die rechtliche Bewertung von Verfolgung und Flucht sind internationale Menschenrechtsabkommen der UNO und der EU Maßstäbe setzend.

Zweitens. Die Genfer Flüchtlingskonvention vom 28. Juli 1951 und alle Nachfolgeverträge müssen in all ihren Bestimmungen wieder Grundlage national gestalteter Flüchtlingspolitik werden.

Drittens. Asyl ist Menschenrecht. Demgemäß muss das Grundrecht auf Asyl in seiner Gänze wiederhergestellt und erweitert werden.

Viertens. Die Politik der Globalisierung und Europäisierung, nicht nach neoliberalen, sondern nach menschenrechtlichen Maßstäben betrieben, hat ein wachsendes Aufeinander-angewiesen-Sein der Völker zur Folge. Statt eines Gegeneinanders und statt Ausgrenzung wie zum Beispiel beim kommunalen Wahlrecht führt nur ein Miteinander in eine lebbarere Zukunft für immer mehr Menschen.

Das verlangt nach einer ausschließlich integrativen Flüchtlings- und Migrationspolitik auch in Deutschland.

Fünftens. Die TeilnehmerInnen dieser Konferenz appellieren an alle Landkreise, kreisfreien Städte und Kommunen, Verantwortung zu übernehmen, alle Möglichkeiten für integrative Schritte zwischen Deutschen und Nicht-Deutschen zu prüfen und zu realisieren und eben auch das kommunale Wahlrecht umzusetzen.

Sechstens. Eine auf menschenrechtliche Basis gestellte Asyl- und Flüchtlingspolitik wäre ein gewichtiger Beitrag, Rechtsextremismus und Neonazismus zurückzudrängen sowie Achtung der Würde eines jeden Menschen und Toleranz zu tragenden Säulen des staatlichen Handelns und gesellschaftlichen Lebens zu machen.

Entwickelte Demokratie braucht all dies, es ist ihr Lebenselixier. Und darum bitte ich Sie um Zustimmung zum Antrag. – Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS
und einzelnen Abgeordneten der SPD)

Präsident Hinrich Kuessner: Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 30 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat der Abgeordnete Herr Thomas von der CDU-Fraktion. Bitte sehr, Herr Thomas.

Reinhardt Thomas, CDU: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Bei Ihrem Antrag kommt man, glaube ich, an einem grundsätzlichen Kommentar nicht vorbei. Der PDS genügt es offenbar nicht, dass die rot-grüne Schröder-Regierung mit dem Durchpeitschen ihrer Vorstellungen im Ausländerrecht

(Unruhe bei Abgeordneten der PDS)

ein weltweites Signal für die weitere Einwanderung nach Deutschland gegeben hat.

(Peter Ritter, PDS: Das genügt uns allerdings nicht. Da haben Sie vollkommen Recht.)

Damit wurde der Konsens der großen demokratischen Parteien im Asyl- und Ausländerrecht aufgegeben.

Zur Erinnerung: Das rot-grüne Ausländerrecht verstößt gegen das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes vom 31. Juli 1973. Zitat: „Deutscher ist, wer sich zum deutschen Volkstum bekennt, sofern dieses Bekenntnis durch Merkmale wie Abstammung, Sprache, Erziehung“

(Peter Ritter, PDS: Deutscher ist, wer einen deutschen Schäferhund nachweisen kann.)

„und Kultur bestätigt wird.“ Wir haben noch ein Grundgesetz und ein Bundesverfassungsgericht.

(Zuruf von der PDS: Dann klagen Sie doch!)

Mit dem massenhaften Ausverkauf der deutschen Staatsangehörigkeit

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

ohne Berücksichtigung der Integrationsbereitschaft und Integrationsfähigkeit schaffte Rot-Grün die Voraussetzungen für eine andere Gesellschaft,

(Zuruf von Irene Müller, PDS)

in der die nationale Identität keine Rolle mehr spielen soll. Damit greift die Schröder-Regierung radikal nach den Wurzeln des Staatsangehörigkeitsrechtes und nach der Identität des deutschen Staatsvolkes. Das steht im Übrigen im Grundgesetz.

(Monty Schädel, PDS: Das ist immer noch besser als ein nationalistischer Staat.)

Das steht im Grundgesetz. Wenn das Grundgesetz nationalistisch ist, dann müssen Sie das mal öffentlich sagen!

(Barbara Borchardt, PDS: Das hat er gar nicht gesagt. Unterstellen Sie nicht schon wieder was!)

Das Abstammungsprinzip zum Beispiel, das Sie so verdammten, steht historisch in der Tradition der Entstehung des republikanisch-demokratischen Staates, mit dem im 19. Jahrhundert das fürstlich-absolutistische Bodenrechtsprinzip, also das Territorialprinzip, abgelöst wurde. Nach dem Abstammungsprinzip wird die Staatsangehörigkeit erworben, wenn ein Elternteil Deutscher ist. In der republikanisch-demokratischen Tradition stehend ist es also weder völkisch noch rassistisch, wie Sie das ja behaupten. Es entspricht damit der engen Beziehung zwischen Bürger und Staat, die beim Wahl- und auch beim Kommunalrecht ganz entscheidend ist.

Dass sich die Gegner des Abstammungsprinzips in ihrer Argumentation auf das Territorialprinzip aus fürstlich-absolutistischen Zeiten berufen, indem sie durch Geburt auf deutschem Territorium die Staatsbürgerschaft zubilligen wollen, ist schon bemerkenswert.

(Heiterkeit bei Irene Müller, PDS – Monty Schädel, PDS: Sie haben doch überhaupt nicht verstanden, worum es geht.)

Die Frage nach der Integrationsbereitschaft der Eltern und einer Prognose über die wirklich ...

Dazu komme ich noch.

(Monty Schädel, PDS: Haben Sie sich die Bundesratsinitiative überhaupt schon mal angeschaut?!)

... mögliche Integration des Kindes, also die enge Beziehung zwischen Bürger und Staat, bleibt dabei unberücksichtigt. Diese Beziehung haben Sie mit Ihrem Antrag tangiert.

Die Zielrichtung der PDS ist meiner Meinung nach klar. Jeder, der nach Deutschland will, wird aufgenommen. Er erhält Bleiberecht, wenn er nur will. Damit muss auch jeder, der sich so in Deutschland aufhält, Wahlrecht erhalten.

Nach einem Artikel vom 22. Januar in Ihrem alten „Neuen Deutschland“ sagt die PDS auch am Asylkompromiss. Sie haben es ja heute bestätigt.

(Beifall Peter Ritter, PDS: Das ist richtig. – Angelika Gramkow, PDS: Richtig.)

Ich darf danach wohl davon ausgehen, dass Sie sogar den abgelehnten Asylbewerbern, die ja nach der Definition des Antrages noch ihren ständigen Wohnsitz in Deutschland haben, das Kommunalrecht zugestehen wollen. Ich glaube, das haben Sie hier angedeutet.

Aus dem ND-Artikel geht auch hervor, dass der Innenminister die Forderungen der PDS-Abgeordneten Ritter und Schädel zum Rechtsbruch im Ausländerrecht,

(Zuruf von Gerd Böttger, PDS)

wie zum Beispiel bei der Härtefallkommission, eifrig umsetzte.

(Zuruf von Peter Ritter, PDS)

Auch das ist erwähnenswert.

(Monty Schädel, PDS: Gehen Sie doch vor Gericht und klagen Sie dagegen, wenn das Rechtsbruch ist!)

Nun wissen wir endlich, warum er keine Zeit hat, sich hinter seine Landespolizei zu stellen.

Nun zum Inhalt des PDS/SPD-Antrages, die Reihenfolge ist ja entscheidend. Man kann natürlich mit Ihrer Einstellung zur Nation und zum Begriff „Deutscher“

(Zuruf von Irene Müller, PDS – Angelika Gramkow, PDS: Wer macht das denn?)

keinerlei rechtliche Hindernisse für ein Ausländerwahlrecht sehen. Die Integration – laut Ihrer Antragsbegründung – durch die Vergabe des kommunalen Wahlrechtes erreichen zu wollen geht aber an der Realität sehr weit vorbei. Die Vergabe von Rechten ohne Pflichten – übrigens der Kardinalfehler im rot-grünen Ausländerrecht, der uns allen auf die Füße fallen wird – entspricht eben nicht der engen Beziehung zwischen Bürger und Staat.

(Peter Ritter, PDS: Wir kommen der deutschen Wahlpflicht nach.)

Die Vergabe des Ausländerwahlrechtes ist kein Mittel der Integration von Ausländern. Genauso wie der Erwerb der deutschen Staatsbürgerschaft kann die Vergabe des kommunalen Wahlrechtes nur nach gelungener Integration erfolgen.

(Peter Ritter, PDS: Vielleicht ist die Vergabe des Wahlrechtes ein erster Schritt und ...)

Das Wahlrecht, das für EU-Bürger geschaffen wurde, kann nicht so einfach mit dem allgemeinen Wahlrecht für alle Ausländer vermengt werden. Das kommunale Wahlrecht für EU-Bürger ist Teil der besonderen Rechte, die nach Artikel 8 EG-Vertrag die so genannte Unionsbürgerschaft ausmachen. Dadurch wird das Zusammengehörigkeitsgefühl der Unionsbürger gestärkt, welches für die weitere europäische Integration wichtig ist. Vor dem Hintergrund eines jahrzehntelangen Integrationsprozesses werden mit dem Kommunalwahlrecht den Unionsbürgern besondere politische Rechte verliehen, die über die politischen Rechte der anderen Ausländer hinausgehen. Aufgrund der Ermächtigung im Artikel 8 b Absatz 1 EG-Vertrag erließ der Rat im Dezember 1994 eine 16 Artikel umfassende Richtlinie zur Ausübung des Kommunalwahlrechtes. Diese Richtlinie sieht drei Ausnahmen vor:

1. Die Wohnsitzmitgliedsstaaten können bestimmen, dass der Verlust des passiven Wahlrechtes im Herkunftsland auch im Wohnsitzmitgliedsstaat berücksichtigt wird (Artikel 5 Absatz 1).
2. Leitende kommunale Ämter können den eigenen Staatsangehörigen vorbehalten werden, also der so genannte Funktionsvorbehalt nach Artikel 5 Absatz 3.
3. Unvereinbarkeitsregelungen können auch bei in anderen Mitgliedsstaaten ausgeübten Ämtern angewandt werden.

Mit dieser Richtlinie wurde der Stellenwert des jeweils nationalen Staatsvolkes angemessen berücksichtigt. Es ist eben nicht mit dem Gleichheitsgrundsatz vereinbar, unterschiedslos das Wahlrecht den Deutschen, den Unionsbürgern sowie den übrigen Ausländern einzuräumen. Artikel 20 Absatz 2 Grundgesetz setzt für die Ausübung des Kommunalwahlrechtes voraus, dass der Wähler Deutscher ist. Die Bestimmungen über das Staatsvolk gemäß Artikel 20 Absatz 2 Grundgesetz gehen dem Diskriminierungsverbot nach Artikel 3 Grundgesetz vor.

Der verfassungsgebende Gesetzgeber hat 1992 durch Einführung des Artikels 28 Absatz 1 Satz 3 im Grundgesetz den Staatsangehörigen der EU-Gemeinschaft das Kommunalwahlrecht ermöglicht. Nach der Feststellung des Bundesverfassungsgerichtes war der verfassungsgebende Gesetzgeber nur aufgrund der Offenheit des Grundgesetzes für die europäische Integration dazu berechtigt. Diese Offenheit des Grundgesetzes besteht nicht für Nicht-EU-Bürger. Das Wahlrecht für Ausländer, die keine Unionsbürgerschaft besitzen, kann demnach nur am Ende eines Integrationsprozesses, das heißt nach der Annahme der deutschen Staatsbürgerschaft,

(Peter Ritter, PDS: Wenn's nach Ihnen ginge, fangen wir ja nicht mal an mit der Integration.)

und nicht an dessen Anfang stehen.

Wir haben doch ein Grundgesetz! Dass Sie das ignorieren, glaube ich Ihnen gerne.

(Peter Ritter, PDS: Wenn's nach Ihnen ginge, fangen wir ja nicht mal an mit der Integration. – Zuruf von Karsten Neumann, PDS)

Verweisen möchte ich in diesem Zusammenhang noch auf das Problem der rund 60.000 ausländischen Extremisten wie zum Beispiel PKK und türkische Nationalisten.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der PDS – Monty Schädel, PDS: Hallo Feindbild!)

Wird denen ein Wahlrecht eingeräumt, dann könnte die Wahlbeteiligung ausländischer nationalistischer Parteien aus Staaten, die nicht der EU angehören, nicht mehr verhindert werden.

(Heiterkeit bei Heinz Müller, SPD)

Wir haben in Deutschland weiß Gott genügend Akzeptanzprobleme mit Ihrer Ausländerpolitik. Und eines muss man auch sagen: Für viele Deutsche werden damit Ausländer privilegiert. Beispiel dafür ist die Vergabep Praxis der Staatsbürgerschaft

(Irene Müller, PDS: O Gott, o Gott!)

sowie die der doppelten Staatsbürgerschaft. Die Integration wird damit nicht gefördert. Ihre Vorstellungen, dass die Vergabe des Kommunalwahlrechtes am Anfang der Integration stehen kann, ist auch nach Artikel 79 Absatz 3 Grundgesetz verfassungsrechtlich bedenklich.

Die Städte und Gemeinden in Deutschland lehnen ein kommunales Wahlrecht für Ausländer, die nicht Bürger der EU sind, ab – ein Beschluss von 1998 im Übrigen.

(Angelika Gramkow, PDS: Die Portugiesen haben wir ja schon integriert.)

Bei der kommunalen Selbstverwaltung handelt es sich um die Ausübung von Staatsgewalt, die vom Volk legitimiert werden muss.

(Peter Ritter, PDS: Also gehören wir nicht zum Volk, oder?)

Das Volk in den Gemeinden und Gemeindeverbänden ist teilkontinental mit dem Volk der Länder, welches wiederum teilkontinental mit dem Volk im Bund ist.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Keine Ahnung, Herr Ritter!)

Ja, das kann man wirklich so sagen.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der SPD – Minister Dr. Gottfried Timm: Herr Thomas hat keine Ahnung, wie ... – Unruhe bei Dr. Armin Jäger, CDU)

Ihr Antrag bedeutet letztendlich eine Neudefinition der Staatsgewalt, die nach Grundgesetz vom deutschen Volk legitimiert werden muss. Von wem wollen Sie eigentlich die Staatsgewalt legitimieren lassen? Wieder von Proletariern aller Länder? Das hatten wir schon. 100 Millionen Tote hat es dabei gegeben.

(Angelika Gramkow, PDS: Das ist doch wohl eine Frechheit!)

Und deren Führer wurden schließlich nicht vom Volk legitimiert. Sie wollen doch wohl nicht behaupten,

(Angelika Gramkow, PDS: Das ist eine Frechheit, was Sie hier sagen können! – Zuruf von Peter Ritter, PDS)

dass in der DDR die Führer, dass die Kreissekretäre vom Volk legitimiert wurden?!

(Monty Schädel, PDS: Von den 60 Prozent, die hier auch nicht zur Wahl gehen.)

Kreise und Städte würden mit Ihrem Antrag zu einem politischen Versuchsfeld. Aus diesem Grunde, genau aus diesem Grunde lehnen das die Städte und Gemeinden ab.

Wahlberechtigtes Volk kann im Sinne des Grundgesetzes nur das deutsche Volk als Staatsvolk sein. Nur Deutsche gehören mit ihrer engen Bindung zwischen Bürger und Staat zum Staatsvolk. Aus diesem Grunde lehnen wir Ihren Antrag hier im Land und als verfassungsgebender Gesetzgeber im Bund nachdrücklich ab. Und das ist gut so, dass wir zur Verfassungsänderung eine Mehrheit brauchen.

(Barbara Borchardt, PDS: Aber zur EU sagen Sie doch Ja, ne?!)

Wenn ich mir vorstelle, was sein würde mit Ihren Vorstellungen, das wäre schon etwas eigenartig. Auf dem Boden des Grundgesetzes steht dieser Antrag nicht.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der PDS und Minister Dr. Wolfgang Methling)

Ob Sie auf dem Boden des Grundgesetzes stehen, ist was anderes. – Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Zuruf von Barbara Borchardt, PDS)

Präsident Hinrich Kuessner: Das Wort hat der Abgeordnete Herr Körner von der SPD-Fraktion. Bitte sehr, Herr Körner.

Dr. Klaus-Michael Körner, SPD: Herr Präsident! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Wenn man dem Abgeordneten Thomas aufmerksam folgt – und ich habe

es versucht, auch wenn es schwer fällt, seinen eindimensionalen Scheuklappenargumenten etwas abzugewinnen –,

(Beifall bei Abgeordneten der PDS und einzelnen Abgeordneten der SPD – Zuruf von Reinhardt Thomas, CDU)

dann muss man mit Nachdruck feststellen, dass zumindest der Abgeordnete Thomas noch lange nicht in der Gemeinschaft der europäischen Länder angekommen ist.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der PDS – Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Ich hoffe und wünsche, dass das so für die CDU-Fraktion in ihrer Gänze nicht gilt,

(Reinhardt Thomas, CDU: Das gilt für die ganze CDU Deutschlands.)

denn wenn man unterstellt, die CDU-Fraktion würde diese Argumentation teilen, dann stünde das in einem deutlichen Dissens zu dem, was die CDU zumindest auf Bundesebene vor einigen Jahren ja nun beschlossen hat.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der PDS – Zuruf von Eckhardt Rehberg, CDU)

Der Abgeordnete Thomas lehnt das Kommunalwahlrecht generell ab

(Heiterkeit bei Eckhardt Rehberg, CDU, und Reinhardt Thomas, CDU)

in seiner Argumentation, ja, auch für EU-Ausländer,

(Zuruf von Reinhardt Thomas, CDU)

die es längst haben. Ihre Argumentation ist deutschtümelnd und wenn Sie so könnten, wie Sie wollten,

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der PDS – Reinhardt Thomas, CDU: Das Grundgesetz ist deutschtümelnd?!)

wenn Sie so könnten, Herr Thomas, wie Sie wollten, dann würden Sie das Kommunalwahlrecht für EU-Ausländer ja längst wieder abschaffen wollen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der PDS – Heiterkeit bei Reinhardt Thomas, CDU)

Sie haben gesagt,

(Reinhardt Thomas, CDU: So was ist sogar Herrn Ringstorff peinlich.)

das Kommunalwahlrecht kann nur ein Bürger ...

(Zuruf von Reinhardt Thomas, CDU)

Herr Thomas, Ihre eigenen Argumente. Sie haben gesagt, das Kommunalwahlrecht

(Zuruf von Reinhardt Thomas, CDU)

kann nur jemand ausüben, ...

(Eckhardt Rehberg, CDU: Ich würde Ihnen auch gern mal einen Spiegel geben, Herr Ritter. – Zuruf von Reinhardt Thomas, CDU)

Herr Thomas, wenn Sie bitte einen Augenblick zuhören, ich wiederhole lediglich Ihre eigenen Argumente.

(Eckhardt Rehberg, CDU: Jetzt überlegen Sie mal, was Sie daherreden!)

Sie haben gesagt, das Kommunalwahlrecht darf nur ein echter Deutscher ausüben. Und das sind ja nun mal die EU-Ausländer, die es jetzt haben, auch nicht.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der PDS – Heiterkeit bei Eckhardt Rehberg, CDU, und Reinhardt Thomas, CDU – Angelika Gramkow, PDS: Richtig!)

So haben Sie es gesagt! Und damit fallen Sie in nationalistische Argumentation.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der PDS – Unruhe und Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Belehren Sie mich eines Besseren! Das war Ihre Argumentation

(Reinhardt Thomas, CDU: Ja, dann lesen Sie das mal richtig durch!)

mit einem fragwürdigen ...

(Reinhardt Thomas, CDU: Vielleicht verstehen Sie es noch mal. Aber ich fürchte ... Ja, lassen Sie sich das mal von Herrn Sellering erklären. – Barbara Borchardt, PDS: Hauptsache, Sie verstehen alles! – Reinhardt Thomas, CDU: Ich fürchte, Sie begreifen ...)

Präsident Hinrich Kuessner: Ich bitte den Redner jetzt reden zu lassen und zuzuhören!

Dr. Klaus-Michael Körner, SPD: Also, Herr Thomas, jetzt noch einmal zu Ihnen. Das waren Ihre Argumente, die ich wiederholt habe, Ihre fragwürdigen Grundgesetzargumente,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Das Grundgesetz ist nicht fragwürdig.)

mit denen Sie Mitte der 90er Jahre vor dem Bundesverfassungsgericht gescheitert sind.

(Reinhardt Thomas, CDU: Das Grundgesetz ist jetzt schon fragwürdig?! – Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Sie können gar nicht mehr zuhören,

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

so borniert und eng sind Sie!

(Heiterkeit bei Eckhardt Rehberg, CDU, und Reinhardt Thomas, CDU)

Ich habe Ihrer Argumentation zugehört, Herr Thomas.

(Zuruf von Reinhardt Thomas, CDU)

Und Sie haben ganz klar gesagt, dass Sie das Kommunalwahlrecht lediglich auf Deutsche im Sinne des Grundgesetzes zurückführen wollen.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Das stimmt doch gar nicht.)

Und dieser Standpunkt ist überholt, zumal es jetzt für EU-Ausländer gilt.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Das steht doch im Grundgesetz. Lesen Sie doch mal nach!)

Aber die Interpretation, Herr Jäger,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Er hat es zitiert. Gucken Sie mal nach! – Karsten Neumann, PDS: Aber den Artikel 1 hat er vergessen.)

das haben Sie Anfang der 90er Jahre auch gesagt.

(Dr. Armin Jäger, CDU:
Wir haben es beschlossen.)

Seitdem sind Sie vom Bundesverfassungsgericht eines Besseren belehrt worden.

(Dr. Armin Jäger, CDU:
Wir haben es beschlossen.)

Und wenn Sie jetzt nur noch schreien und nicht mehr zuhören können, dann habe ich das Gefühl,

(Dr. Armin Jäger, CDU:
Sie haben keine Ahnung.)

Sie sind gar nicht mehr offen für sachliche Argumentationen.

(Heiterkeit bei Eckhardt Rehberg, CDU –
Dr. Armin Jäger, CDU: Das ist unsinnig. Kommen Sie mal zur Sache! – Reinhardt Thomas, CDU:
Mein Gott! Mein Gott! Was sind das bloß für Leute hier?! Das ist nicht zu fassen!)

Präsident Hinrich Kuessner: Ich bitte, dass wir die gegenseitige Achtung und Meinungsunterschiede nicht so bewerten, dass da kein Niveau drin ist.

(Unruhe bei Reinhardt Thomas, CDU)

Herr Thomas, ich bitte Sie, diese Zwischenrufe zu lassen!

Herr Ministerpräsident, es ist nicht Sache, von der Regierungsbank zu reden! Bitte sehr!

Dr. Klaus-Michael Körner, SPD: Die Argumente ...

(Zuruf von Reinhardt Thomas, CDU)

Ich gehe weiter im Fortschritt meiner Rede,

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

weil ich das Gefühl habe, dass eine sachliche Auseinandersetzung hier von einigen Anwesenden überhaupt nicht gewünscht wird.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Ich möchte nicht die altbekannten Argumente immer wiederholen, ich möchte aber bemerken, dass wir auch im Zuge der europäischen Integration, auch im Zuge von Globalisierung, für die Sie ja als vermeintlich wirtschaftskennende Partei immer eintreten wollen, hier für kommunale Belange – und dass es eine andere Interessenlage für in Deutschland dauerhaft lebende Ausländer gibt als für Deutsche, das können Sie ja nun wahrlich nicht bezweifeln –, wenn Sie auf der einen Seite der Globalisierung das Wort reden, dann ist es meines Erachtens auch sinnvoll und naheliegend, hier zumindest für eine Öffnung zu plädieren. Wie sie denn aussehen wird, das wird ja dann durch Länderrecht zu gestalten sein. Aber eine generelle Abwehrhaltung nach wie vor an den Tag zu legen heißt, sich einer europäischen Entwicklung, einer weltweiten Entwicklung entgegenzustellen. Ohne Ihre Unterstützung ist eine Grundgesetzänderung nicht möglich.

(Reinhardt Thomas, CDU: Gott sei Dank!)

Vielleicht muss es erst wieder ein Gerichtsurteil geben, welches Sie belehrt, dass Wege gangbar und denkbar sind, von denen Sie heute überhaupt noch nicht bereit sind, sie auch nur ansatzweise zu denken.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Präsident Hinrich Kuessner: Das Wort hat der Abgeordnete Herr Schädel von der PDS-Fraktion. Bitte sehr, Herr Schädel.

Monty Schädel, PDS: Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Die Bundesratsinitiative, die wir hier mit unterstützen wollen, ist ja nicht von uns entwickelt worden.

(Angelika Gramkow, PDS: Schade!)

Sie liegt seit einigen Jahren im Bundesrat und wartet auf ihre Erfüllung.

(Minister Dr. Gottfried Timm:
Mehrere Initiativen sogar!)

Mehrere Initiativen – danke schön, Herr Innenminister.

Ein kommunales Wahlrecht für hier Lebende, auch Nicht-EU-Bürgerinnen und Nicht-EU-Bürger, ist ein Teil der Integration in unsere Gesellschaft. Gegenwärtig kommen pro Jahr etwa 700.000 Menschen ins Land als Flüchtlinge, MigrantInnen, AussiedlerInnen und Familienangehörige, sicherlich oftmals unter Nutzung des Asylrechtes, denn eine andere Einwanderungsregelung gibt es in der Bundesrepublik ja nicht. Genauso viele wandern wieder aus oder werden gegen ihren Willen wieder abgeschoben. Das ergibt zusammen eine Nettozuwanderung von Null. UN-ExpertInnen haben erklärt, Industriestaaten wie die Bundesrepublik Deutschland brauchen allein aus demographischen Gründen in den nächsten Jahren eine jährliche Nettozuwanderung von 500.000 Menschen. Und das wird ja mittlerweile von allen Parteien anerkannt.

Auch deshalb, aber vor allem aus menschenrechtlicher, aus völkerrechtlicher Sicht erinnere ich daran, dass offene Grenzen für Menschen in Not eine alte demokratische Forderung sind. Aus diesem Grund ist es selbstverständlich zu begrüßen, dass – wenn auch über Umwege, zum Beispiel über die Greencard – eine Versachlichung der Debatte über die Frage von Asyl und Migration möglich scheint, allerdings nicht auf die Art und Weise, wie das Herr Thomas gerade vorgeführt hat, oder mit der unseligen Parole „Kinder statt Inder“ der CDU/CSU und auch nicht in Form einer Sortierung von Menschen über Diskussionen über gute und schlechte Einwanderung, über nützliche und unnütze Ausländer. Beides bedient rassistische Hetze und gießt Wasser auf die Mühlen von Rechts-extremistInnen und Neonazis.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS)

Vor allem die Industrie strebt eine Neuauflage von Wanderarbeit an, um sich mit billigen Arbeitskräften aus dem Ausland eindecken zu können à la Gastarbeiterpolitik der 60er Jahre. Wer zu einer vermeintlichen Elite gehört, wer jung und billig ist und wer der Wirtschaft nützt, soll leichter als bisher kommen können. Wer dagegen politischer Verfolgung oder sozialer Not ausgesetzt ist und zu uns

kommt, wird diskriminiert und, wenn es irgend geht, wieder abgeschoben, leider auch aus Mecklenburg-Vorpommern.

In den letzten Wochen wurden Ergebnisse von Recherchen der Antirassistischen Initiative Berlin bekannt gegeben. Danach sind von Anfang 1993, dem Jahr des so genannten Asylkompromisses, bis Ende 2000 infolge der Flüchtlings- und Abschiebepolitik der Bundesrepublik 239 Menschen ums Leben gekommen, bei denen es direkt nachgewiesen werden kann. Das heißt, der staatlichen Asylpraxis fielen mehr Menschen zum Opfer als rassistischen Übergriffen von Rechtsextremisten. Aufgrund deren Gewalttaten starben im gleichen Zeitraum 64 Flüchtlinge. Es wird davon ausgegangen, dass die Dunkelziffer sehr viel höher ist. 199 Flüchtlinge starben in den letzten acht Jahren auf dem Weg nach Deutschland oder an dessen Grenze, 89 allein an den Ostgrenzen. 92 Menschen begingen aus Furcht vor Abschiebung Selbstmord oder kamen bei dem Versuch ums Leben, sich dieser Praxis zu entziehen, 45 davon in Abschiebehäft. 310 Flüchtlinge überlebten solche Versuche mit Verletzungen, 5 Flüchtlinge wurden bei der Abschiebung getötet, 13 in ihrem Herkunftsland, in das sie abgeschoben worden waren. 10 Menschen starben nach Angaben in Deutschland durch Polizeigewalt,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Was?)

145 wurden durch Polizisten oder Bewachungspersonal verletzt. Im gleichen Zeitraum erlitten 283 Menschen beim Grenzübertritt nach Deutschland Verletzungen, 159 wurden während der sofortigen Zurückschiebung verletzt. Das sind Tatsachen, die keinem ein ruhiges Gewissen und ungestörten Schlaf bereiten sollten. Das sind Fakten, die uns alle veranlassen sollten, Debatten unter dem Slogan „Selektierte Einwanderung ja, Asylrecht nein!“ entschieden entgegenzutreten.

(Reinhardt Thomas, CDU: Dann ist der organisierte Menschenhandel also in Ordnung, Herr Dr. Timm? Das ist doch 'ne tolle Aussage!)

Diejenigen, die solche Debatten führen, sind die gleichen, die bei den Sozialleistungen weniger Staat wollen, damit sozial Schwache noch weniger erhalten, zugleich jedoch nach Staatshilfe bei der Anwerbung von Arbeitskräften im Ausland rufen, um noch mehr Gewinne machen zu können. Diese neoliberale Logik ist unvereinbar mit Humanität und Achtung der Menschenwürde, weil diese Logik eine neue Form von Kolonialraub darstellt.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Seit langem gibt es dafür den Begriff des Braindrain, des Abzugs von Gehirnen. Wissen und Qualifikation sind gefragt, nicht der ganze Mensch.

Eine demokratische Korrektur der bundesdeutschen Emigrations- und Asylpolitik ist überfällig. Auch die Änderung des Artikels 28 Absatz 1 des Grundgesetzes gehört dazu, um auch den Nicht-EU-BürgerInnen das Wahlrecht als Ausdruck direkter demokratischer Mitwirkungsmöglichkeit bei uns zu eröffnen, auch wenn es zunächst allein das kommunale Wahlrecht ist. Menschen, die zu uns kommen, müssen sich dauerhaft niederlassen können und dürfen nicht länger diskriminiert werden. Sie müssen gleiche soziale und politische Rechte haben wie alle anderen hier Lebenden.

Wissen Sie, geehrte Damen und Herren, dass 1990 die UNO eine Konvention über Wanderarbeit beschlossen hat

und was diese fordert? Sie fordert für alle WanderarbeiterInnen Schutz vor Diskriminierung, Freizügigkeit und Recht auf Familiennachzug, freie Ausübung der Religion und freie kulturelle Betätigung, Kündigungsschutz, Schutz vor Ausweisung und gleiche soziale Sicherheit wie die Staatsangehörigen der Anwerberstaaten, gleichen Zugang zur Berufsberatung, Arbeitslosengeld, Umschulung und Schutz vor Mietwucher, gleiche Bildung und Ausbildung für ihre Kinder sowie freie politische und gewerkschaftliche Betätigung und Streikrecht. Da haben wir hier noch einiges zu tun.

Die Konvention hatte die CDU/CSU-Regierung damals nicht unterzeichnet. Sie ging ihr einfach zu weit. Aber auch die jetzige Bundesregierung weigert sich bis heute, die Konvention anzuerkennen.

(Beifall Karsten Neumann, PDS)

Meine Fraktion ist der Meinung, dass diese UN-Konvention bedingungslos ratifiziert werden muss.

(Beifall Karsten Neumann, PDS)

Offene Grenzen für Menschen in Not, Asylrecht, Einwanderungsrecht auf menschenrechtlicher Basis, Niederlassungsrecht sowie gleiche Rechte wie das Wahlrecht für alle Menschen, die hier leben, die hier bleiben wollen, das wäre eine humane und demokratische Asyl- und Emigrationspolitik. Dafür sollten wir hier im Landtag wie auch außerhalb des Parlamentes eintreten und streiten, also auf die Zeichen der weltweiten Entwicklung reagieren, ehe uns das Problem überrollt.

Lassen Sie mich zum Schluss anlässlich des Besuchs von Vertreterinnen und Vertretern des Sejmik der polnischen Woiwodschaft Westpommern hier im Landtag auf eine Aufgabe von hoher Priorität hinweisen, zumal es Absichtserklärungen und Absprachen gab, um die Beziehungen enger zu gestalten und voneinander bei der Suche nach Problemlösungen zu profitieren. Dabei müssen wir uns dringlich Folgendem zuwenden: Das deutsch-polnische 2-plus-4-Abkommen verlangt eine Gleichbehandlung der Minderheiten beiderseits der Grenze. Während jährliche Millionenbeträge oft über politisch weit rechts stehende Kreise aus dem Bundeshaushalt an die deutschen Minderheiten in Polen fließen, werden die fast eine Million Menschen polnischer Herkunft bei uns nicht einmal als nationale Minderheit anerkannt. Das, so appelliere ich an uns alle, darf so nicht bleiben. – Danke schön.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS und Heinz Müller, SPD)

Präsident Hinrich Kuessner: Das Wort hat der Abgeordnete Herr Müller von der SPD-Fraktion. Bitte sehr, Herr Müller.

Heinz Müller, SPD: Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Herr Thomas, Sie haben sich vorhin bemüht, Ihre Ausführungen auf historische Füße zu stellen.

(Dr. Armin Jäger, CDU:
Und auf das Grundgesetz.)

Ja, das bestreite ich ja nicht, Herr Jäger.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Sie wissen das nicht.)

In seinen Ausführungen waren ja durchaus auch historische Bezüge enthalten und daran würde ich gerne anknüpfen. Ich würde gerne anknüpfen an die amerikani-

sche Unabhängigkeitsbewegung, die ja bekanntlich für die demokratischen Entwicklungen in Europa nicht ohne Bedeutung gewesen ist. Der amerikanische Unabhängigkeitskrieg begann bekanntlich mit der Boston-Tea-Party, wo amerikanische Bürger Tee im Hafen von Boston ins Wasser geworfen haben

(Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig. –
Zuruf von Norbert Baunach, SPD)

als Protest dagegen, dass sie einerseits Steuern zahlen mussten, andererseits aber im Londoner Parlament nicht vertreten waren.

(Beifall Karsten Neumann, PDS,
und Monty Schädel, PDS)

Die Parole dieser protestierenden Bürger war: „No taxation without representation“ – „Keine Besteuerung ohne Vertretung“.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS –
Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig.)

Und nun frage ich Sie, meine Damen und Herren: Wie machen wir denn das in unseren Gemeinden? Ich wüsste nicht, dass es für EU-Bürger Ausnahmeregelungen von kommunalen Steuern, kommunalen Gebühren oder Ähnlichem gäbe, sondern sie zahlen ihre Grundsteuer, wenn sie Grundbesitzer sind, sie zahlen ihre Gewerbesteuer,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig.)

wenn sie ein Gewerbe betreiben, sie zahlen kommunale Gebühren und Abgaben wie jeder andere Mensch auch.

(Minister Dr. Gottfried Timm: Mehrwertsteuer.)

Nur eines haben sie nicht: representation. „Taxation without representation“ findet hier ganz genau statt

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der SPD und PDS)

und ich glaube, ...

Präsident Hinrich Kuessner: Herr Müller, erlauben Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Jäger?

Heinz Müller, SPD: Wenn ich meinen Satz zu Ende habe.

... das ist ganz hart im Widerspruch zu diesem Grundgedanken, der in Amerika am Anfang der Unabhängigkeitsbewegung gestanden hat.

So, jetzt bitte Ihre Frage.

Präsident Hinrich Kuessner: Bitte sehr, Herr Jäger.

Dr. Armin Jäger, CDU: Herr Kollege Müller, ist Ihnen bekannt, dass es sich bei der Boston-Tea-Party um Bürger eines Landes handelte, die in ihrem eigenen Land, nämlich in Amerika, aufgrund der damaligen Verhältnisse kein Wahlrecht hatten? Und teilen Sie meine Auffassung, dass Ihr Vergleich absolut daneben geht?

(Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD und PDS –
Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Heinz Müller, SPD: Lieber Kollege Jäger, natürlich ist es historisch richtig, dass es sich dort um eine Kolonie handelte, aber diese Kolonie und diese Kolonialisten wollten im Parlament vertreten sein, weil sie einen grundsätzlichen Gedanken,

(Zuruf von Reinhardt Thomas, CDU)

der in diesem englischen Zitat zum Ausdruck kommt, verfochten haben. Ich halte diesen grundsätzlichen Gedanken für sehr richtig. Wer vom Staat mit Lasten belegt wird, der muss auch die Möglichkeit haben, auf die Gestaltung dieser Lasten, auf die Verwendung dieser Lasten Einfluss zu nehmen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der SPD und PDS)

Und dieser Grundgedanke, der steckt darin, dass ich jedem das Wahlrecht gebe, sofern er bestimmte Mindestvoraussetzungen erfüllt, insbesondere eine gewisse Mindestaufenthaltsdauer und so weiter. Von daher halte ich meinen Vergleich mit der Boston-Tea-Party überhaupt nicht für hinkend.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der
PDS und Dr. Margret Seemann, SPD)

Aber um noch ein paar Argumente hinzuzufügen, ich habe gerade eben noch mal kurz mit meinen sozialpolitischen Kollegen gesprochen: Fakt ist, in den Selbstverwaltungsorganen der Sozialversicherung besitzen alle Beitragszahler Wahlrecht. Und meine Sozialpolitiker haben mir mit einem völlig selbstverständlichen Augenausdruck gesagt: Ja wieso, die zahlen doch Beiträge, dann haben sie auch Wahlrecht. Und genau das will dieser Antrag für die Kommunen. Die zahlen doch auch Beiträge, die zahlen doch auch Gebühren, die zahlen doch auch Steuern, dann müssen sie auch Wahlrecht haben.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der SPD und PDS)

Und ein Letztes, Herr Kollege Jäger: Schauen Sie mal ins Mitbestimmungsrecht! Und das ist nicht von Rot-Grün, Herr Kollege Thomas, sondern unser Mitbestimmungsgesetz stammt aus dem Jahre 1976,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig.)

das Betriebsverfassungsrecht aus dem Jahre 1973, und greift Elemente aus dem Betriebsverfassungsgesetz von Anfang der fünfziger Jahre auf. Das ist also alles nicht so neu.

Zu den Mitbestimmungsorganen haben die Arbeiter und Angestellten des Unternehmens Wahlrecht, vollkommen unabhängig von ihrer Nationalität. Und sie wählen nicht nur ihren Betriebsrat mit, sie wählen auch die Arbeitnehmervertreter in den mitbestimmenden Organen des Unternehmens, gegebenenfalls des Konzerns, mit. Das heißt, die Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat der Deutschen Bank oder von VW oder von welchem Konzern auch immer werden von dem Türken, der dort im VW-Betrieb am Band steht, mitgewählt.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD –
Monty Schädel, PDS: In einem deutschen
Konzern? – Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten
der PDS und Heidemarie Beyer, SPD)

Und nun frage ich Sie: Wo wird eigentlich mehr reale Macht ausgeübt – im Aufsichtsrat der Deutschen Bank oder in der Gemeindevertretung eines vorpommerschen Dorfes?

(Beifall bei Abgeordneten der PDS
und einzelnen Abgeordneten der SPD)

Präsident Hinrich Kuessner: Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktionen der PDS und SPD auf Drucksache 3/1816. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist der Antrag der Fraktionen der PDS und SPD auf Drucksache 3/1816 mit den Stimmen der SPD und PDS gegen die Stimmen der CDU angenommen.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 13**: Beratung des Antrages der Fraktion der CDU – Rentenpläne der Bundesregierung, auf Drucksache 3/1822.

**Antrag der Fraktion der CDU:
Rentenpläne der Bundesregierung
– Drucksache 3/1822 –**

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete Herr Nolte von der CDU-Fraktion. Bitte sehr, Herr Nolte.

Georg Nolte, CDU: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich sage Ihnen hier ganz eindeutig: Die gegenwärtig diskutierte Rentenreform stellt keinen gesellschaftlichen Fortschritt dar.

(Beifall Eckhardt Rehberg, CDU –
Dr. Gerhard Bartels, PDS: Das merkt
man dem Entwurf bloß nicht an.)

Bitte lesen Sie unseren Beschlussantrag Punkt für Punkt durch, bevor Sie ihn verwerfen wollen, und denken Sie an die Menschen in unseren Bundesländern, in den neuen Bundesländern, an die Rentnerinnen und Rentner, an die Bürger in Mecklenburg-Vorpommern.

(Zurufe von Dr. Margret Seemann, SPD,
und Torsten Koplín, PDS)

Selbstverständlich.

Es ist gerade vor diesem Hintergrund nicht verwunderlich, dass auch die PDS sich vernünftigen Alternativen nicht verschließen kann und ebenso wie wir die Rentenpläne der Bundesregierung ablehnt, so jedenfalls entnehme ich das der Plakatierung im öffentlichen Verkehrsraum.

(Peter Ritter, PDS: Das war aber besser als
Ihr Plakat. – Zuruf von Götz Kreuzer, PDS –
Heiterkeit bei Dr. Gerhard Bartels, PDS,
und Peter Ritter, PDS)

Unser Land steht vor erheblichen demographischen Problemen, und dies vor dem Hintergrund der zunehmenden Alterung unserer Gesellschaft und des enormen Zuwachses an Rentnerinnen und Rentnern in Mecklenburg-Vorpommern. Werden im Bundesdurchschnitt bis zum Jahre 2030 auf jeden erwerbstätigen und erwerbsfähigen Bürger circa drei Rentner kommen, so werden es nach vorläufigen statistischen Berechnungen in Mecklenburg-Vorpommern circa fünf Rentner auf einen erwerbstätigen Einwohner sein. Lassen Sie sich das bitte auf der Zunge zergehen!

(Zuruf von Dr. Margret Seemann, SPD)

Das heißt, ein Erwerbstätiger wird die Rente für fünf Einwohner Mecklenburg-Vorpommerns erarbeiten müssen.

(Peter Ritter, PDS: Deswegen
haben wir ja Migration, Herr Nolte! –
Heiterkeit bei Dr. Gerhard Bartels, PDS)

Sie haben ja Recht. 2050 mit 500.000 Einwohnern, vollkommen in Ordnung, ja?

(Peter Ritter, PDS: Deswegen
haben wir ja Migration.)

Daran erkennen Sie, dass das Problem der Rentenreform nicht nur ein sozialpolitisches, sondern auch ein finanzpolitisches ist, nicht nur aus der Sicht des Staates, das heißt der Ausgabenbegrenzung, sondern auch aus der Sicht der finanziellen Lebensabsicherung, des Altersrisikos und der Erhaltung des Lebensstandards im Alter.

Es ist deutlich, dass der Mangel der neuen Rentenformel, so, wie sie jetzt durch den Bundestag verabschiedet worden ist, darin besteht, dass in dieser Formel die demographische Entwicklung der Bevölkerung in keinerlei Weise berücksichtigt wird. Die zentrale Rentenformel für den aktuellen Rentenwert enthält nämlich lediglich den Beitragssatz in der Rentenversicherung der Arbeiter und Angestellten und den Satz der zusätzlichen Altersvorsorge. Der aktuelle Rentenwert, der sich aus dieser Berechnung ergibt, reagiert also nur auf den Beitragssatz und auf den Satz für die private Vorsorge. Es kann und darf keine politische Willensbildung sein, dass mit politischen Variablen, die – so eingesetzt – wirklichen demographischen Gegebenheiten nicht einbezogen sind. Aber man muss es sich wirklich auf der Zunge zergehen lassen.

Ich sage hier noch mal: Dies ist eine sozialdemokratische Entscheidung ohne Rücksicht auf die Menschen. Letztlich ist diese starre Formel lediglich darauf fixiert, den nominellen Anstieg des Beitragssatzes auf 22 Prozent zu begrenzen, was nach wie vor hinterfragbar bleibt. Die neue Rentenformel ist willkürlich und manipuliert, das heißt, nicht demographisch legitimiert und daher dem demographischen Faktor, wie er noch unter dem Bundesarbeitsminister Blüm formuliert wurde, deutlich unterlegen. Bei der Höhe des Rentenniveaus wird weiter getrickst und getäuscht. 68 Prozent bei Rot-Grün sind in Wahrheit nur 64 Prozent des Nettoehaltes oder weniger.

(Torsten Koplín, PDS: Das wollten Sie ja.)

Damit täuscht Riester auch die Gewerkschaften.

Jetzt überlegen Sie doch einmal, was die Rentenreform in der derzeitigen Form kosten wird, was sie insbesondere die Menschen in den neuen Bundesländern kosten wird. Meine Damen und Herren, überlegen Sie, was es unserer jungen Generation, die durch schlechtere Berufs- und Einkommenssituationen schon benachteiligt ist, kosten wird und andererseits auch diejenigen kostet, die Kindererziehungszeiten und verminderte Basiseinkommen einfach nur durch ihre DDR-Vergangenheit hatten, gerade diejenigen, die in den nächsten fünf bis zehn Jahren das Rentenalter erreichen werden. Nicht vergessen werden darf die zusätzliche Belastung, die durch die Ökosteuern hinzukommt, da gerade diese dazu dient, die staatlichen Zuschüsse in der Rentenversicherung mitzufinanzieren, und sie in der Endstufe mit rund 35 Milliarden DM pro Jahr etwa 2 Prozentpunkten gleichkommen wird.

Nun ist die Rechnung ganz einfach für die Alterssicherung so, dass einschließlich der privaten Vorsorge von rund 4 Prozent und der Ökosteuern insgesamt ein wirklicher Beitrag von 28 Prozent erreicht wird und dafür maximal 64 Prozent des Nettoehaltes herauskommen. Ferner werden derzeit Bundeszuschüsse aus anderen Steuern als der Ökosteuern von etwa 90 Milliarden DM an die Rentenversicherung geleistet.

Unser damals in Regierungszeiten vorgelegtes Rentenreformgesetz, das von der derzeitigen SPD/Grünen-Koali-

tion ausgesetzt worden war, enthielt einen demographischen Faktor. Das neue so genannte Rentenreformgesetz, das nun wirksam werden soll, beinhaltet aber die Demographie, das dringendste und drängendste Problem des Landes Mecklenburg-Vorpommern, nicht, so dass man den Prozess der Rentengesetzgebung keineswegs als einen Fortschritt bezeichnen kann.

Meine Damen und Herren! Durch die Rücknahme der Blüm'schen Reform sollte ein Wahlversprechen erfüllt werden, in Wahrheit aber wurden die Rentenkassen klamm. Dies soll jetzt wieder mit einem unzureichenden Konzept ausgefüllt werden. Zuerst griff man den Bestandsrentnern in die Tasche, indem das Lohnanpassungsprinzip ausgesetzt wurde und nur noch eine Inflationsanpassung übrig blieb. Das weiter fehlende Geld holt sich Rot-Grün an den Zapfsäulen der Tankstellen.

Und nun zu dem Thema Rentenbetrug. Bundeskanzler Schröder hatte versprochen, auch künftig die Renten so steigen zu lassen wie die Nettoeinkommen der Arbeitnehmer. Das Versprechen wurde kaschiert. Jetzt spricht man von modifizierten Nettolohnanpassungen. Man kann es klamm oder still oder heimlich nennen, man kann es einfach frech nennen, es ist und bleibt Betrug.

(Beifall Eckhardt Rehberg, CDU,
und Jürgen Seidel, CDU)

Es ist doch durch die derzeitigen Versprechen klar geworden: Im Jahr 2001 wird zum ursprünglichen Nettolohnprinzip bei der Rentenanpassung nicht zurückgekehrt, denn man spricht nur noch von einer modifizierten Nettolohnanpassung, was immer das sein mag, und das werden wir in den nächsten Wochen und Monaten mit Sicherheit zu hören bekommen.

(Siegfried Friese, SPD: Da müsste man
ein richtig starkes Plakat daneben setzen. –
Harry Glawe, CDU: Genau so. – Heiterkeit bei
einzelnen Abgeordneten der SPD und CDU)

Zum Beispiel genau so eins, was Sie 1998 versucht haben. Insofern war die Aussage dieses Plakates, das jetzt diskutiert worden ist, durchaus richtig.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Eckhardt Rehberg, CDU: Richtig, Georg. –
Zuruf von Reinhardt Thomas, CDU)

Die Regierung verheimlicht nämlich ihre Pläne zur Rentenbesteuerung weiterhin. Sie muss ihre Pläne aber spätestens im Sommer aus der Schublade ziehen, wenn das Bundesverfassungsgericht in dieser Frage entscheidet, und das wissen Sie sehr genau, Herr Friese. Schon dann ist das von der Bundesregierung berechnete Rentenniveau hinfällig. Eine neue Diskussion über die Zukunft der Renten ist vorprogrammiert. Dann muss nachgebessert werden, wie bei vielen anderen verunglückten Gesetzen von Rot-Grün.

Weiterhin müssen wir, muss der Landtag die rot-grüne Rentenreform ablehnen, weil sie die Frauen und insbesondere die Frauen in den neuen Bundesländern, also Frauen in Mecklenburg-Vorpommern, zu Verlierern der Reform macht.

(Harry Glawe, CDU: So ist das.)

Der mit dieser Reform verbundene Ausstieg aus der Hinterbliebenenversorgung geht überwiegend zu Lasten von Frauen. Die soziale Absicherung der Frauen ist nach wie vor unzureichend. Frauen werden die Verliererinnen

dieser Reform sein. Und hierzu hätte ich gerne mal Frau Staszak gehört. Das Einfrieren des Freibetrages und die Anrechnung aller Einkünfte führt zum langfristigen Aus bei der Hinterbliebenenrente. Die von Riester vorgenommenen marginalen Verbesserungen zahlen Frauen und Familien durch gravierende Verschlechterungen an anderer Stelle.

(Zuruf von Torsten Koplín, PDS)

Das ist die blanke Wahrheit bezogen auf die Frauenpolitik. Die Anerkennung von Erziehungszeiten im Rentenrecht ist nach wie vor unzureichend. Bei der zusätzlichen Altersvorsorge fehlt jedes Bemühen um Ausgleich geschlechtsbedingter Auswirkungen.

(Dr. Margret Seemann, SPD: Ach ja, das lag
in Ihren Vorschlägen vor, Herr Nolte, ja?!)

Sie haben doch eine beschlossene Rentenreform von Blüm.

(Torsten Koplín, PDS: Na super, ja.)

Die brauchen Sie bloß nachzulesen, Frau Dr. Seemann.

(Dr. Margret Seemann, SPD: Na, Sie haben wirklich Ahnung, ne?! Sie haben wirklich Ahnung! –
Eckhardt Rehberg, CDU: Sie aber, Frau Seemann! – Dr. Margret Seemann, SPD: Das ist so.)

Nicht zuletzt ist die Ausgestaltung der von uns grundsätzlich befürworteten privaten Altersvorsorge im vorliegenden Gesetzentwurf zu kompliziert, zu überbürokratisiert. Die private Vorsorge hat bei Riester keinen ergänzenden, sondern ersetzenden Charakter. Altverträge und Immobilien werden nach wie vor nicht gefördert. Die Menschen müssen bei ihrer privaten Vorsorge wieder bei Null anfangen. Ich halte die aktuelle Diskussion, die sie in den Medien gerade zu der Anrechenbarkeit der Altverträge hören müssen, für untragbar und für die Menschen unangemessen. Dies muss vor allem vor dem Hintergrund betrachtet werden, dass viele Bürgerinnen und Bürger unseres Bundeslandes sich nicht auf drei Säulen der Altersvorsorge stützen konnten und sie in den neuen Bundesländern ihr wenig Vermögen vor allen Dingen in Wohneigentum investiert haben und damit benachteiligt werden.

Der Landtag Mecklenburg-Vorpommern soll und darf nicht an einer Reform mitwirken, die lediglich provoziert und benachteiligt. Das Land Mecklenburg-Vorpommern sollte und muss die Rentenreform in der derzeitigen Form ablehnen, weil sie die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes, die uns gewählt haben, für die wir Verantwortung tragen, unangemessen benachteiligt. Aus diesem Grunde fordern wir den Landtag Mecklenburg-Vorpommern in seiner Gesamtheit auf, unserem Beschlussantrag zu folgen. – Danke.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Präsident Hinrich Kuessner: Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 90 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat der Vorsitzende der SPD-Fraktion Herr Schlotmann. Bitte sehr, Herr Schlotmann.

Volker Schlotmann, SPD: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Das Thema Rente ist ein umfassen-

des Thema, das Millionen von Menschen betrifft. Es betrifft sie generationsübergreifend, denn es hat Folgen für die heutigen Rentner genauso wie für die jüngeren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Das Fazit: Vom Thema Rente ist eigentlich jeder betroffen.

Meine Damen und Herren! An der grundsätzlichen Notwendigkeit einer Rentenreform gibt es sicherlich keinen Zweifel. Die Altersstruktur der Bundesrepublik Deutschland befindet sich in einem folgenreichen Veränderungsprozess: Es gibt immer mehr alte und immer weniger junge Menschen in diesem Lande. Prognosen zufolge werden im Jahr 2050 neun Menschen über 60 Jahre zehn Menschen im klassischen Erwerbsalter gegenüberstehen. Das Verhältnis von Beitragszahlern zu Versorgungsempfängern verschiebt sich massiv. Während 1960 die durchschnittliche Rentenbezugsdauer bei 11 Jahren gelegen hat, ist diese inzwischen – glücklicherweise – auf 17 Jahre gestiegen und sie wird noch weiter steigen. Dazu kommt der gesamtgesellschaftliche Wandel mit veränderten Berufsbiografien, zunehmender Erwerbsarbeit von Frauen, Teilzeitarbeit und vielen anderen Entwicklungen.

Der Hamburger Universitätsprofessor Horst Opschowski hat in seiner neuesten Studie die Arbeitswelt 2010 wie folgt umrissen: „Für die Zukunft ist absehbar: Für die privilegierten Vollzeitbeschäftigten wird die Arbeit immer intensiver und konzentrierter, zeitlich länger und psychisch belastender, dafür aber auch aus der Sicht der Unternehmen immer produktiver und effektiver. Die neue Arbeitsformel der Zukunft lautet: 0,5 mal 2 mal 3, das heißt, die Hälfte der Mitarbeiter verdient doppelt so viel und muss dafür dreimal so viel arbeiten wie bisher. Diese ständige Produktivitätssteigerung bewirkt, dass immer weniger Mitarbeiter immer mehr leisten müssen.“

Zugegeben, das erscheint aus heutiger Sicht vielleicht etwas extrem, aber es zeigt deutlich die möglichen Umwälzungen in Gesellschaft und Arbeitswelt,

(Zuruf von Torsten Koplín, PDS)

auf die wir zu reagieren haben, und dafür gibt es keine einfachen Lösungen. Jeder, der das behauptet, erweckt einen falschen, ja sogar gefährlichen Eindruck, meine Damen und Herren. Und jeder, der sich angesichts dieser Tatsachen und Herausforderungen einer sachlichen Mitarbeit verweigert, meine Damen und Herren von der CDU, der muss sich ernsthaft fragen lassen, welches Politikverständnis er hat.

Von daher, Herr Kollege Rehberg, ist es mehr als merkwürdig, wenn ausgerechnet Sie in Ihrem Antrag auf einen breitestmöglichen Konsens verweisen, diesen sogar als möglich bezeichnen. Kollege Rehberg, damit, dass sich die CDU/CSU im Bundestag der Verabschiedung dieser Reform verweigert hat, und das, obwohl inzwischen weitgehender Konsens mit vielen gesellschaftlichen Gruppen und den Gewerkschaften besteht, hat sich die große Volkspartei CDU ins Abseits manövriert. Und schließlich bestätigt sich damit die Auffassung der Wirtschaft, dass die CDU derzeit nicht regierungsfähig ist. Ich kann nur sagen: Das stimmt.

Meine Damen und Herren! Mit der Verabschiedung der Rentenreform hat die rot-grüne Koalition ein weiteres zentrales Reformprojekt auf den Weg gebracht. Das zentrale Ziel, nämlich Zukunftsfähigkeit mit sozialer Gerechtigkeit zu verbinden, ist erreicht, auch wenn die CDU stets meint, mit Halb- oder Unwahrheiten einen anderen Eindruck erzeugen zu müssen. Zentrale Aspekte sind hierbei:

Erstens. Wir schaffen eine stabile Rente bei einem Rentenniveau von 67 Prozent im Jahre 2030 und entsprechender Förderung einer kapitalgedeckten privaten Altersvorsorge. Zugleich werden die Lohnnebenkosten kalkulierbar gehalten. Der Beitragssatz zur gesetzlichen Rentenversicherung wird stabil gehalten und maximal 22 Prozent bis 2030 betragen.

(Zuruf von Monty Schädel, PDS)

Zweitens. Wir fördern Frauen und Familien, denn wer nach der Geburt des Kindes Teilzeit arbeitet oder in Erziehungszeit geht, dem soll für die Rente das erzielte Einkommen rechnerisch um 50 Prozent auf maximal 100 Prozent des Durchschnittseinkommens erhöht werden. Und dazu kommt, Eheleute können ihre Rentenanwartschaften partnerschaftlich teilen.

Um es noch einmal klar zu sagen: Die Bundesregierung hat hier etwas vorgelegt, das viele Forderungen aus dem frauenpolitischen Bereich aufnimmt, nicht alle, aber viele, nämlich den Ausbau des eigenständigen Anspruchs der Frauen auf Alterssicherung, eine konsequente Aufwertung von Zeiten der Kindererziehung, eine deutliche Verbesserung von Rentenansprüchen aus Teilzeitarbeit und eine ebenso konsequente Höherbewertung der Zeiten, die der Erziehung behinderter Kinder gewidmet werden. Mit dieser Reform wird die eigenständige Alterssicherung von Frauen verbessert.

(Beifall Dr. Margret Seemann, SPD)

Die zunehmende Erwerbstätigkeit von Frauen wird ihre eigenständigen Rentenanwartschaften ebenfalls verbessern.

(Beifall Dr. Margret Seemann, SPD)

Und damit, meine Damen und Herren, haben wir bei weitem mehr umgesetzt, als jemals auch nur im Denkhorizont der Kohl-Regierung und ihrer heutigen Erben zu finden ist.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD – Dr. Margret Seemann, SPD: Jawohl.)

Drittens. Wir bekämpfen die verschämte Armut im Alter, denn das Existenzminimum wird ohne Rückgriff auf das Vermögen der Kinder der Betroffenen geregelt. Rente und pauschale Sozialhilfe werden in einem Antrag geregelt.

Viertens. Zur Kritik in Ihrem Antrag, der Osten sei durch die vorgelegte Rentenreform besonders benachteiligt: Sie wissen doch am allerbesten, dass unterschiedliche Rentenwerte vielmehr dem unterschiedlichen Lohnniveau in Ost und West geschuldet sind. Und da kann ich nur sagen, Kollege Rehberg, Sie und die CDU sind hier die denkbar schlechtesten Anwälte der Rentnerinnen und Rentner,

(Torsten Koplín, PDS: Richtig.)

denn klar ist, es bestehen nach wie vor ökonomische Unterschiede zwischen neuen und alten Bundesländern.

(Zuruf von Reinhardt Thomas, CDU)

Meine Damen und Herren! Rot-Grün hat mit der vorliegenden Reform die überwiegende Mehrheit im Bundestag wie auch in der Gesellschaft. Ihre Abgrenzungspolitik, meine Damen und Herren der CDU, wird in ein ähnliches strategisches Dilemma führen wie Ihre ablehnende Haltung seinerzeit zur Steuerreform.

(Harry Glawe, CDU: Jaja.)

Ich sage Ihnen, eine Opposition, die nichts als blockiert und verweigert, kommt ihrem verfassungsmäßigen Auftrag nicht nach,

(Beifall Dr. Margret Seemann, SPD)

und eine solche Opposition hat weder das Land noch der Bund verdient.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD – Harry Glawe, CDU: Sie müssen Kritik schon ertragen, Herr Schlotmann.)

Und nun, meine Damen und Herren, komme ich zur Rolle der CDU bei dieser Reform.

Erstens. Kollege Rehberg, Ihr Versuch, mit dem Thema Rente einen Keil in die Regierungsfractionen zu treiben, wird Ihnen sicher nicht gelingen. Ich sage Ihnen da ganz einfach, wenn die PDS der Auffassung ist, die Rentenreform in dieser Form nicht mittragen zu können, so wird sie das später, ähnlich wie Sie, vor ihren Wählerinnen und Wählern zu vertreten haben. Ich stelle dann lediglich fest, die einzigen beiden politischen Kräfte,

(Georg Nolte, CDU: Sie müssen es aber auch vertreten und da werden Sie Probleme haben.)

die sich der Verantwortung gestellt haben, diese Reform auf den Weg zu bringen, sind SPD und Grüne.

(Beifall Dr. Margret Seemann, SPD – Gerd Böttger, PDS: Da werden die Grünen ja bald im Landtag sein, jaja! – Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der SPD, CDU und PDS)

Im Übrigen, das haben Sie ja vielleicht schon mitbekommen, Mecklenburg-Vorpommern wird sich dann im Bundesrat der Stimme enthalten. So einfach ist das in einer Koalition. Das kennen Sie ja aus Ihren Zeiten, als Sie noch Regierungsverantwortung hatten, ebenfalls.

Zweitens. Insbesondere Sie, Kollege Rehberg, sollten sich bei diesem Thema nicht mehr so weit aus dem Fenster hängen. Also ich finde es schon abenteuerlich, mehr als abenteuerlich, wenn Sie einerseits meinen, sich hier als Anwalt der Ostrentner aufspielen zu wollen, andererseits aber das unwürdige, stilllose und schäbige Verhalten von Frau Merkel und ihrem Generalsekretär nicht nur billigen, nein, es sogar preisen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS und SPD – Zuruf von Dr. Margret Seemann, SPD)

Die Reaktion haben wir ja vorhin mitbekommen. Sie haben dieses fragwürdige Verbrecherplakat mit dem Bundeskanzler verharmlost, als Überspitzung bezeichnet. Schließlich haben Sie, Kollege Rehberg, es sogar bedauert, dass der „gackernde Hühnerhaufen CDU“ das Plakat zurückgezogen hat. Ich sage Ihnen ganz deutlich: Einen solchen Stil der politischen Auseinandersetzung lehne ich kategorisch ab. Selbst Ihre eigenen Parteifreunde sind doch froh, dass sie dieses Plakat zurückgezogen haben. Ich glaube, ich muss nicht erst alle Argumente Ihrer eigenen Parteifreunde vorlegen, um Kronzeugen für meine Äußerungen hier beizubringen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Aber wenn selbst der Präsident des Deutschen Industrie- und Handelstages – nicht unbedingt ein Freund der Sozialdemokratie – Herr Stihl Ihre Aktivitäten für absolut verfehlt hält und sich der Bundesschatzmeister Ihrer eigenen Partei darum sorgt, dass die Union aufgrund dieser

Kampagne in der Wirtschaft als nicht regierungsfähig eingeschätzt wird, dann spricht das für sich. Und am besten ist die Aussage Ihres Parteifreundes Wulff aus Niedersachsen, der Ihre eigene Aktion treffend als heilsamen Blick in den Abgrund bezeichnet hat, wobei ich meine Zweifel habe, ob das wirklich heilsam war. Ich kann Sie deshalb nur von dieser Stelle hier auffordern: Distanzieren Sie sich in aller Deutlichkeit von Ihrem Plakat! Entschuldigen Sie sich öffentlich für diese Entgleisung, Kollege Rehberg, ansonsten haben Sie die politische Berechtigung verloren und verspielt, auch nur ansatzweise Kritik an dem Thema Rente zu üben.

(Reinhardt Thomas, CDU: Das hätten Sie wohl gern.)

Wer politische Auseinandersetzungen in diesem Stil vollzieht, der zeigt nur zu deutlich, wie er das Recht auf Opposition versteht.

(Harry Glawe, CDU: Reden Sie mal wieder zum Thema! Das ist völlig am Thema vorbei! Wer hat Ihnen bloß die Rede geschrieben?!)

Und ich sage Ihnen noch einmal ganz deutlich: Eine solche Opposition hat das Land nicht verdient. Und Frau Merkel hat eben Recht, wenn Sie im gestrigen „Bild“-Interview selbst bestätigt: „Die CDU ist derzeit nicht regierungsfähig, weder im Bund noch im Land.“ Genau, Frau Merkel, Sie haben Recht! – Danke.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Präsident Hinrich Kuessner: Das Wort hat der Abgeordnete Herr Koplín von der PDS-Fraktion. Bitte, Herr Koplín.

Torsten Koplín, PDS: Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Der Antrag der Opposition ist unmissverständlich formuliert. Ohne Umschweife, ebenso unmissverständlich möchte ich für die PDS-Fraktion unsere Position zu Ihrem Antrag darstellen. Wir lehnen Ihren Antrag ab.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Für unsere Haltung haben wir gute Gründe. Vier möchte ich anführen:

Erstens. Ihr Antrag ist ein unehrliches Dokument.

Zweitens. Ihr Antrag ist populistisch und unanständig.

(Beifall Karsten Neumann, PDS)

Drittens. Ihr Antrag ist mit Blick auf seine Konsequenzen unsozial.

Viertens. Er ist destruktiv.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS und Dr. Margret Seemann, SPD)

Warum ist Ihr Antrag aus unserer Sicht ein unehrliches Dokument? Ausgerechnet Sie, meine Damen und Herren der CDU-Fraktion – und dazu hätte ich gerne ein paar Worte von Ihnen, Herr Nolte, erfahren, aber vielleicht geht dann Herr Rehberg darauf ein –, beklagen die Benachteiligung der Rentner in den neuen Bundesländern. Wer aber hat das zu verantworten? Sie waren es doch, die zwischen 1990 und 1998 in Regierungsverantwortung den Bürgern der neuen Bundesländer die Angleichung der Renten verwehrten. 1998 betrug das Renteneinkommen eines Rentnerhepaares aus den neuen Bundesländern lediglich 83 Prozent im Vergleich zu einem Paar in den

alten Bundesländern. Bei verwitweten Frauen fällt das Missverhältnis noch krasser aus. Witwen in den neuen Bundesländern erhalten durchschnittlich lediglich 71 Prozent des Einkommens einer Witwe aus den alten Bundesländern. Heute führen Sie dazu lautstark Klage, während Sie diese Ungerechtigkeiten in Ihrer Regierungszeit überhaupt nicht störten.

(Georg Nolte, CDU: Sagen Sie doch mal was zur Höhe der DDR-Rente!)

Ja, wissen Sie, die Anwartschaften haben wir mit der Übernahme der Gesetzlichkeiten auch erworben.

(Zuruf von Reinhardt Thomas, CDU)

Das sind ganz verschiedene Regelungskreise. Es ist also unsachlich, solche Vergleiche zu ziehen.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Sie haben bekanntlich eine Nettolohnanpassungsformel eingeführt, die eine Benachteiligung der Rentnerinnen und Rentner in den neuen Bundesländern strukturell zementieren. Sie waren es doch, die eine Anhebung der Altersgrenze für den Renteneintritt vorgenommen haben.

Sehr geehrte Damen und Herren von der CDU, Sie sprechen in Ihrem Antrag von Generationengerechtigkeit des Rentensystems und mahnen eine solche an. Wer aber hat 1997 den so genannten demographischen Faktor initiiert, der eine langsamere Anpassung des Rentenniveaus an die Lohnentwicklung bewirkt, der, wie Sie seinerzeit selbst sagten – ich habe dazu mal die Reden von Herrn Blüm nachgelesen aus dem Jahr 1997 –, das Rentenniveau abgesenkt und die Renten, das war billigend in Kauf genommen, pro Jahr um einen dreistelligen Betrag gekürzt hat? Die Neuordnung der Hinterbliebenenrente war ein ungelöstes Problem der Kohl-Regierung. Diese hat de facto auch die Berufsunfähigkeitsrente abgeschafft.

(Georg Nolte, CDU: Ach, finden Sie, dass das jetzt gelöst ist?)

Wir sprechen Ihnen zumindest moralisch den Anspruch ab, einen Zustand zu geißeln, den Sie selbst so herbeiführen wollten beziehungsweise herbeigeführt haben.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Ihre Rentenreformvorschläge sind uns noch sehr gut gegenwärtig. Bedauerlich ist, dass die rot-grüne Bundesregierung nicht willens war, ein den Erfordernissen entsprechendes Gesetzeswerk auf den Weg zu bringen, sondern mit der vorliegenden Rentenreform einen Einstieg in den Ausstieg aus der gesetzlichen Rentenversicherung vorgenommen hat. Das kritisiert die PDS außerordentlich. Gleichzeitig bedeutet das aber nicht, meine Damen und Herren von der CDU, dass wir Ihnen sozusagen nachträglich Beihilfe leisten. Mit uns ist das nicht zu machen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Warum ist Ihr Antrag unserer Meinung nach populistisch und schlicht und einfach unanständig? Im Punkt 1 Ihres Antrages sprechen Sie sich für ein gerechtes Rentensystem aus. Wie sozial, wie gerecht war das Rentensystem am Ende Ihrer Regierungszeit? Sie waren es, die das Rentenniveau von 70 auf 64 Prozent des durchschnittlichen Nettolohnniveaus kürzten. Wer schürte den Generationenkonflikt, anstatt mit einer anderen Arbeitsmarktpolitik und einer gerechteren Steuerpolitik dem

demographischen Wandel in der Gesellschaft Rechnung zu tragen?

(Beifall Reinhard Dankert, SPD, und Dr. Margret Seemann, SPD)

Damals erklärten Sie, die Rentenniveausenkung sei notwendig, weil die Menschen gesünder und älter werden, länger leben. Wenn man sich das mal auf der Zunge zergehen lässt, nur mal reduziert auf solche Argumentation haben Sie gesagt, ihr seid zu gesund und zu alt, das wäre das Problem. So suggerierten Sie es den Menschen.

(Harry Glawe, CDU: Es ging um Lebensarbeitszeit. Bringen Sie da nichts durcheinander, Herr Koplin!)

Die Entwicklung der Rentenfinanzen hat jedoch mit einer anderen Sache etwas zu tun, nämlich mit der Geburtenentwicklung und der Arbeitsmarktlage, insbesondere mit der Wertschöpfung. Dieser Zusammenhang wurde von Ihnen stets ignoriert und wird leider, muss man so sagen, auch von der jetzigen Bundesregierung außer Acht gelassen.

Warum sagen wir, dass Ihr Antrag in seinen Auswirkungen ein unsozialer ist? Das ist der Hauptgrund, warum wir Ihren Antrag ablehnen. Unsozial ist er deshalb, weil auch Sie die private Altersvorsorge und damit die Entsolidarisierung der gesetzlichen Rentenversicherung favorisieren. Die private Altersvorsorge ist Ihnen nur „zu kompliziert“, um Sie einmal wörtlich zu zitieren.

(Heiterkeit bei Harry Glawe, CDU)

An dieser Stelle sind Sie unverblümt deutlich. Sie wollen die de facto Zwangsprivatisierung der Rente eben nur etwas unkomplizierter. Es widerstrebt Ihnen nicht, die Rentenfinanzen von der volkswirtschaftlichen Leistungsfähigkeit abzukoppeln. Sie wollen, dass die Sicherung des Lebensstandards im Alter vom Maß der Börsenkurse abhängig ist.

(Heiterkeit bei Harry Glawe, CDU)

Sie wollen, dass Arbeitnehmer, um ihr Rentenniveau zu halten, einseitig zusätzliche Belastungen auf sich nehmen sollen.

Sie lachen, aber ich bin schon gespannt auf die Argumente,

(Heiterkeit bei Harry Glawe, CDU – Zuruf von Eckhardt Rehberg, CDU)

die solche Argumente unsererseits entkräften.

Insofern sind auch Sie bereit zu akzeptieren, dass jeder lohnabhängige Beschäftigte monatlich 40 bis 190 DM aus eigener Tasche zusätzlich berappen soll. Sie sichern mit einer privaten Vorsorge allenfalls das Einkommensrisiko ab, aber soziale Risiken wie Erwerbsunfähigkeit oder Arbeitslosigkeit sichern Sie so nicht. Das führt jedoch zur Entsolidarisierung in der Gesellschaft und da sagen wir: Mit uns nicht! Unproduktiv ist Ihr Antrag, weil er jedes konstruktive Element vermissen lässt. Sie benutzen das Thema Rente, Sie instrumentalisieren die Rente, um gegen die Bundesregierung zu Felde zu ziehen, und dabei ist Ihnen, wenn ich an die bewusst niederträchtig gestaltete Plakataktion denke, jedes Mittel recht.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS)

Ihnen in Sachen Rente zuzustimmen hieße, sich mit Ihnen in Tateinheit zu begeben und ebenso wie Sie destruktiv zu sein.

(Wolfgang Riemann, CDU: Als Sozialräuber haben Sie uns beschimpft.)

Richtig.

(Wolfgang Riemann, CDU: Mit Fahndungsplakaten.)

Wir stellen klar und deutlich Ihren Auffassungen

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

und den Auffassungen der jetzigen Bundesregierung politische Alternativen entgegen.

Bevor ich unsere Alternativen nenne, möchte ich mich schon mit der aktuellen Rentenreform auseinander setzen und darauf verweisen, mit welchen Plänen die SPD einmal angetreten ist. Ich zitiere aus dem SPD-Wahlprogramm des Jahres 1998:

(Wolfgang Riemann, CDU: Das sollte öfter mal einer lesen.)

„Die Kürzung des Rentenniveaus würde viele Rentnerinnen und Rentner zu Sozialhilfeempfängern machen. Bei Frauenrenten von durchschnittlich 900 Mark im Monat wird dies besonders deutlich. So darf man mit Menschen, die ein Leben lang hart gearbeitet haben, nicht umgehen. Die SPD-geführte Bundesregierung wird die unsoziale Rentenpolitik unmittelbar nach der Bundestagswahl korrigieren.“

Das lasse ich einmal unkommentiert im Raum stehen. Gemessen an der Wirklichkeit zeigt sich, wie weit die jetzige Regierungspolitik sich selbst von ihren eigenen Ansprüchen entfernt hat.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Unsere ernsthafte Kritik an der Rentenreform der Bundesregierung besteht im Kern aus drei Punkten:

1. Die rot-grüne Rentenreform ist nicht geeignet, die Zukunftsfragen der Rentenversicherung sozial gerecht anzugehen.

(Georg Nolte, CDU: Dann sagen Sie es doch!)

Aber deswegen sitzen wir mit Ihnen nicht in einem Boot. Also ich mache die Unterschiede schon deutlich.

(Wolfgang Riemann, CDU: Wer das Blindengeld einfriert, den wollen wir auch nicht in unserem Boot. Genau.)

Gut. Also, ich setze fort.

(Wolfgang Riemann, CDU: Hier im Land Sozialabbau betreiben und dann in Berlin klagen. – Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Sozialabbau ist das überhaupt nicht. Jetzt setze ich fort.

(Zuruf von Irene Müller, PDS)

1. Die rot-grüne Rentenreform ist nicht geeignet – das wiederhole ich noch mal –, die Zukunftsfragen der Rentenversicherung sozial gerecht anzugehen. Sie läuft auf einen Abbau der sozialstaatlich garantierten gesellschaftlichen Solidarität hinaus. Eine solche Rentenreform macht die Rente nicht verlässlich und auch

nicht zu einer Versicherung gegen Altersarmut. Im Gegenteil, sie macht die Rente unsicherer.

2. Die rot-grüne Rentenreform folgt allein dem Ziel, die Lohnnebenkosten für die Unternehmen zu senken. Gleichzeitig will die Regierungskoalition die private Altersvorsorge von einer freiwilligen und zusätzlichen zu einer faktisch obligatorischen Altersversorgung machen. Nur wer privat vorsorgt, soll im Alter noch annähernd das heutige gesetzliche Rentenniveau erreichen.

3. Die rot-grüne Rentenreform stellt – wie auch die von CDU, CSU und FDP – ein gigantisches Subventionsprogramm für die private Versicherungswirtschaft und Börsengesellschaft dar. Und das ist mein Kritikpunkt, warum auch Sie, das frage ich mich ganz einfach, sich immerzu zum Interessenvertreter von Versicherungsunternehmen und Börsengesellschaften machen, und nicht der Bürgerinnen und Bürger.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS – Wolfgang Riemann, CDU: Und was ist mit den Häuslebauern?)

Unsere kritische Sicht auf die Rentenpolitik der jetzigen Bundesregierung müssen wir erhärten. Nach der Verabschiedung der Rentenreform im Bundestag ist nun der Bundesrat am Zuge.

Die Reform besteht aus zwei Teilen, zum einen aus einem zustimmungsfreien Teil, in dem die Senkung des Rentenniveaus und die neue Rentenanpassungsformel enthalten sind. Im zweiten Teil, dem zustimmungspflichtigen, geht es vor allem um die staatliche Förderung der privaten Vorsorge und die Einführung der Grundsicherung im Alter.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Die zustimmungspflichtigen Bestandteile der Reform ziehen aus unserer Sicht – da bitte ich Sie mal zuzuhören allesamt – direkte finanzielle Auswirkungen auf die Haushalte von Kreisen, Gemeinden und kreisfreien Städten nach sich. Die Vorhaben über die Einführung einer bedarfsorientierten Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung verursachen den als Trägern der Grundsicherung eingesetzten Kreisen und kreisfreien Städten voraussichtlich erhebliche Mehrausgaben.

(Angelika Gramkow, PDS: Sehr richtig. – Heiterkeit bei Harry Glawe, CDU: Das ist Mal was Vernünftiges, das muss man mal unterstreichen. – Heiterkeit bei Wolfgang Riemann, CDU: Die haben auch mal was Vernünftiges bei der PDS. –

Angelika Gramkow, PDS: Nun ist es aber gut, ne?)

Die Leistungen sollen ab dem 01.01.2003 gezahlt werden. Für fünf Jahre ist die Kostenbeteiligung des Bundes mit 600 Millionen DM festgesetzt. Das Bundesministerium für Finanzen hat auf Anfrage die Ausgaben für die Grundsicherung auf 4,25 Milliarden DM beziffert. Darin enthalten sind 2,5 Milliarden DM an bisheriger Sozialhilfeausgabe. Die Mehrkosten der Grundsicherung belaufen sich demnach auf 1,75 Milliarden DM. Die Bundesregierung will auf der anderen Seite jedoch nur 600 Millionen DM erstatten. Für die Differenz, die mehr als 1 Milliarde DM beträgt, sollen augenscheinlich die Länder und Kommunen aufkommen.

(Harry Glawe, CDU: Die Kommunen.)

Ähnliches spielt sich bei der staatlichen Förderung der privaten Vorsorge ab.

(Wolfgang Riemann, CDU: Und das bei dem Deckel hier im Land.)

Der Sonderausgabenabzug, den alle steuerpflichtigen Pflichtversicherten geltend machen können, beträgt vier Prozent der Beitragsbemessungsgrenze von ihrem steuerpflichtigen Einkommen. Es wurde aus unserer Sicht aus zwei Gründen eingeführt, erstens als Einstieg in die nachgelagerte Besteuerung und zweitens, um die Länder und Gemeinden mit in die Finanzierung zu holen.

(Angelika Gramkow, PDS: Sehr richtig. – Harry Glawe, CDU: Das hat die SPD nicht verstanden. – Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

Für den eigentlichen Zweck des Gesetzes, staatliche Hilfe für Privatvorsorge von niedrigen und mittleren Einkommen, hätte eine Zulage ausgereicht.

(Harry Glawe, CDU: Dieses Thema ist bis jetzt noch nicht hochgestylt worden.)

Dann hätte es sich aber um ein Bundesleistungsgesetz gehandelt und wäre vom Bund allein zu zahlen gewesen.

(Unruhe bei Harry Glawe, CDU, und Wolfgang Riemann, CDU)

Nach den Berechnungen des Bundesministeriums für Finanzen kostet der Sonderausgabenabzug 20 Milliarden DM. Diese 20 Milliarden DM entfallen zur guten Hälfte als Steuermindereinnahmen auf die Haushalte von Ländern und Gemeinden. Erstmals in der Geschichte der BRD werden also Länder und Gemeinden direkt an der Finanzierung der Alterssicherung beteiligt und sollen das mit ihren eigenen Haushalten ausgleichen. Für Mecklenburg-Vorpommern ließe sich daraus prognostizieren, dass ein nennenswerter zweistelliger Millionenbetrag an Steuermindereinnahmen allein durch die Rentenreform auf unser Land und seine Kommunen zukommen wird.

(Wolfgang Riemann, CDU: Aber der Ministerpräsident stimmt freudig zu. – Harry Glawe, CDU: Richtig, Herr Koplin. Wer hat Ihnen das aufgeschrieben?)

Sehr geehrte Damen und Herren! Ich hatte gesagt, wir stellen all dem klar und deutlich politische Alternativen entgegen. Sie bestehen in Folgendem:

1. Wir sind für den sozialen Zusammenhalt in der Gesellschaft. Deshalb sind wir für den Erhalt des Systems der solidarisch finanzierten gesetzlichen Rentenversicherung.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

2. Wir sind für Reformen auf der Einnahmeseite der gesetzlichen Rentenversicherung. Deshalb sagen wir: Versicherungspflicht für alle, nicht nur für die Lohnabhängigen, sondern auch für Beamte, Abgeordnete und Minister.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS – Angelika Gramkow, PDS: Sehr richtig. – Wolfgang Riemann, CDU: Frau Bunge guckt schon ganz kritisch. Dann kann sie gar nicht mehr nach Sydney fahren. – Heiterkeit bei Eckhardt Rehberg, CDU)

3. Wir sind für die Verdopplung der Beitragsbemessungsgrenze, denn wir sind für die Stärkung der Soli-

darität der Starken mit den Beziehern niedriger Einkommen. Deshalb sagen wir, statt Renten zu kürzen, muss mehr Geld in die Rentenkasse geholt werden.

4. Wir sind für mehr Gerechtigkeit bei der Sicherung der Altersvorsorge. Deshalb sollten die Anteile der Arbeitgeber an der betrieblichen Bruttowertschöpfung bemessen werden.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS – Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

5. Wir treten ein für ein unabhängiges würdevolles Leben im Alter ohne eine zwangsweise zusätzliche Privatvorsorge. Wir sprechen uns dafür aus, dass eine private Vorsorge wie in bisheriger Art und Weise ausschließlich eine Frage der Freiwilligkeit ist.
6. Wir sind dafür, dass Männer und Frauen ein ausreichendes Alterseinkommen erhalten.

(Wolfgang Riemann, CDU: So wie in der DDR? – Harry Glawe, CDU: 350 Mark Mindestrente.)

Dazu habe ich vorhin schon was gesagt.

Deshalb darf das Rentenniveau nicht abgesenkt werden. Insbesondere dürfen Frauen nicht benachteiligt werden.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS – Wolfgang Riemann, CDU: Wie in der DDR.)

7. Wir sind für die Schaffung flexibler Anwartschaften. So können kürzere und mehrfach unterbrochene Erwerbsbiographien besser berücksichtigt werden.

(Harry Glawe, CDU: Planwirtschaft lässt grüßen.)

8. Wir sind dafür, dass durch eine Rentenreform Altersarmut kategorisch ausgeschlossen wird. Deshalb sagen wir, die Reform der Altersvorsorge muss eine Rente garantieren, die mindestens 50 Prozent des durchschnittlichen Nettoarbeitseinkommens beträgt. Bis ein solcher Grundbetrag garantiert ist, ist eine steuerfinanzierte Grundsicherung im Alter notwendig.
9. Wir sind für eine verbesserte rentenrechtliche Bewertung der Kindererziehung.

(Harry Glawe, CDU: Oh! – Wolfgang Riemann, CDU: Dafür sind wir auch.)

Deshalb sind wir dafür, dass auch die Sorgeberechtigten für die vor dem 01.01.1992 geborenen Kinder Rentengerechtigkeit erfahren.

(Harry Glawe, CDU: Das stört uns auch nicht, Herr Koplin. Das haben Sie bei uns abgeschrieben.)

Derzeit erhalten diese Personen nur ein Jahr der Kindererziehungszeit rentenrechtlich bewertet und nicht wie bei den nach 1992 Geborenen drei Jahre.

(Wolfgang Riemann, CDU: Ja, dann müssen wir auch das Landeserziehungsgeld wieder einführen. Das wäre die logische Schlussfolgerung.)

Sehr geehrte Damen und Herren! Wir haben klare Alternativen, Herr Riemann, zu der Rentenreform der Bundesregierung.

(Harry Glawe, CDU: Wir brauchen jetzt ein Familiengeld. – Eckhardt Rehberg, CDU: Richtig.)

Gleichwohl sind wir meilenweit von den Intentionen der CDU-Fraktion entfernt,

(Harry Glawe, CDU: Sie haben bei uns immerzu abgeschrieben.)

die sich heute, um einen Anschein herzustellen, den Schafspelz übergeworfen hat.

(Wolfgang Riemann, CDU: Wer sich wohl einen Schafspelz übergeworfen hat, Herr Koplín! – Harry Glawe, CDU: Nicht resozialisieren mit dem Antrag.)

Die PDS-Fraktion lehnt den vorliegenden CDU-Antrag ab.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS – Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Präsident Hinrich Kuessner: Das Wort hat der Vorsitzende der CDU-Fraktion Herr Rehberg. Bitte sehr, Herr Rehberg.

Eckhardt Rehberg, CDU: Herr Präsident! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Wir hätten angeblich keinen moralischen Anspruch, über das Thema Rente zu reden, so Herr Koplín. Herr Koplín, wer so viel Sozialabbau betrieben hat wie SPD und PDS seit dem Oktober 1998, und Sie haben jedes Mal mit den Finger dazu gehoben, hat der einen politisch-moralischen Anspruch, anderen so etwas vorzuwerfen?

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Wolfgang Riemann, CDU: Richtig. – Zuruf von Torsten Koplín, PDS)

Ich darf Ihrem Gedächtnis nachhelfen: Landeserziehungsgeld weg, Blindengeld eingefroren, die Bewohner in den Pflegeheimen zur Kasse gebeten.

(Harry Glawe, CDU: 1.800 Mark.)

Das sind drei Dinge. Und jetzt fängt Frau Bunge an – für mich völlig unverständlich, aber das ist doch offenbar die Vorbereitung, um die Elternbeiträge in den Kindertagesstätten zu erhöhen – zu erzählen, in Mecklenburg-Vorpommern tragen die Eltern mit die geringsten Beiträge für die Betreuung von Kindern.

(Torsten Koplín, PDS: Spekulieren Sie!)

Natürlich hat sie das gesagt. Ich geh' gar nicht ein auf die Schnapsidee der Doppelbesteuerung von Mieten und Einkünften, von privat genutztem Wohnraum. Darauf gehe ich jetzt gar nicht ein.

(Wolfgang Riemann, CDU: Und Ferienwohnungen.)

Frau Bunge, ich kann Ihnen nur eins sagen: Nehmen Sie sich mal einen Taschenrechner zur Hand. Es ist nicht interessant, wie hoch die Beiträge absolut sind, sondern welchen Anteil sie am Familieneinkommen einnehmen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Wolfgang Riemann, CDU: Richtig.)

Und das ist ein sehr hoher Anteil.

(Angelika Gramkow, PDS: Herr Rehberg, wie wär's denn, wenn Sie mal zum Thema kommen?!)

Ja, gut. Wissen Sie, der Entwurf zur Novellierung des Kindertagesstättengesetzes ist im Internet, das können sich alle angucken. Die Gelackmeierten werden die Eltern

und die Kommunen sein. Das ist schlimm, was Sie da vorhaben.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Wolfgang Riemann, CDU: Richtig. Das ist soziale Kälte.)

Und um Ihrem Gedächtnis ein bisschen auf die Sprünge zu helfen, Herr Koplín,

(Angelika Gramkow, PDS: Es gibt keinen Gesetzentwurf zum Kindertagesstättengesetz.)

eine der wesentlichen Leistungen der CDU Deutschlands ist die Erhöhung der Renten seit 1990 bis 1998,

(Unruhe bei Angelika Gramkow, PDS)

und zwar hat sich die Eckrente im Schnitt um das Dreifache erhöht, von 600 auf fast 1.800 DM. Das ist die Wahrheit.

(Beifall Wolfgang Riemann, CDU)

Während die Mindestrente 1990 350 DM betragen hat,

(Unruhe bei Heidemarie Beyer, SPD, und Angelika Gramkow, PDS)

sind die Rentnerinnen und Rentner aus der ehemaligen DDR insbesondere in den Genuss der deutschen Einheit gekommen. Und jetzt komme ich zur SPD: Wie ist denn die Geschichte seit 1997/98 mit der Rente überhaupt gelaufen? Wir haben auch hier im Landtag debattiert, dass aufgrund der demographischen Entwicklung – aber nicht nur insbesondere aufgrund der Entwicklung, dass sich die Lebensarbeitszeit ständig verkürzt, aber die Lebenserwartung ständig verlängert und somit die Zeit der Rente verlängert – etwas gemacht werden muss. Ich kann mich noch sehr gut an die Reden hier im Landtag erinnern, wo Sie und die SPD sich auf die Fahnen geschrieben haben „Weiter so gehe es!“, wie Sie unseren demographischen Faktor, der generationengerecht gewesen ist, verdammt haben. Und, meine sehr verehrten Damen und Herren, was ist seit dieser Zeit passiert? Sie haben die Nettolohnanpassung ausgesetzt 1999, im Jahr 2000 –

(Harry Glawe, CDU: Richtig.)

jetzt, Herr Koplín, jetzt komme ich dazu –, das heißt, Sie haben die Rentnerinnen und Rentner von der allgemeinen Einkommensentwicklung abgekoppelt.

(Torsten Koplín, PDS: Ich nicht.)

Sie, natürlich Sie mit, Sie alle miteinander. Sie stehen doch gemeinsam in der Verantwortung. Oder haben Sie einmal die Stimme dagegen erhoben?

(Wolfgang Riemann, CDU: Nicht einmal.)

Das heißt, gerade die Rentnerinnen und Rentner im Osten sind seit Rot-Grün, seit dem Herbst 1998 abgekoppelt worden von der Rentenanpassung zwischen Ost und West – das ist die Wahrheit –,

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

währenddessen sie teilweise zu CDU-Regierungszeiten Sprünge in der Rente bis zu zwölf Prozent hatten pro Jahr. Das ist die Wahrheit!

Womit sind die Rentner letztes Jahr abgespeist worden? Wissen Sie das eigentlich?

(Wolfgang Riemann, CDU: 0,6 Prozent.)

0,6 Prozent, bei einer realen Einkommensentwicklung im Schnitt von 2,5 Prozent im Osten.

(Harry Glawe, CDU: Das ist sozial.)

Das ist die Wahrheit. Das ist die Wahrheit.

(Wolfgang Riemann, CDU: Bei einer Inflationsrate von 1,8 Prozent.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn wir von moralischen Ansprüchen reden, dann will ich noch mal eins sagen, und jetzt komme ich zum Punkt: Die Rentengesetze und alle Reformen und Novellierungen in fünf Jahrzehnten Bundesrepublik Deutschland sind immer im Konsens der großen Volksparteien passiert. Diesen Konsens haben Sie, meine Damen und Herren von der SPD, im Bundestagswahljahr 1998 aufgekündigt, auch hier im Landtag,

(Wolfgang Riemann, CDU:
Aus wahltaktischen Gründen.)

aus reinen wahltaktischen Gründen.

(Wolfgang Riemann, CDU:
Aus wahltaktischen Gründen, genau. –
Zuruf von Erhard Bräunig, SPD)

Und ich will Ihnen das erste Zitat von Herrn Schröder vortragen: „Wir wollen für die jetzige Arbeitnehmergeneration im Prinzip alles so lassen, wie es ist. Deren Renten sind durch die Beitragsfinanzierung sicher.“ So Herr Schröder vor den Wahlen im September 1998.

(Zuruf von Erhard Bräunig, SPD)

Doch dann haben Sie den demographischen Faktor einkassiert. Ich sage nicht, dass der alle Probleme gelöst hätte. Das sage ich nicht. Und dann haben Sie die Nettolohnanpassung ausgesetzt und die Inflationsrate zum Maßstab aller Dinge gemacht.

Und dann das Zweite von Herrn Schröder. Er versprach im Januar 1999, die Renten würden auch in Zukunft so steigen wie die Einkommen der Arbeitnehmer.

(Wolfgang Riemann, CDU: Zweite Lüge.)

Ich darf Sie daran erinnern, dieses Versprechen hielt ein Jahr. Was ist das, eine Aussage, die gebrochen ist? Was sagt man dazu? Wortbruch, wenn man höflich ist?

(Wolfgang Riemann, CDU: Lüge.)

Betrug ist es dann, wenn man die Menschen täuscht nach meiner Auffassung. Und man kann auch, meine sehr verehrten Damen und Herren, durchaus Lüge dazu sagen. Das kann man auch dazu sagen.

(Zuruf von Siegfried Friese, SPD)

Und natürlich haben Sie das sehr clever und sehr geschickt gemacht. Sie haben die Rentnerinnen und Rentner 1998 verunsichert und jetzt auf einmal mussten Sie das Problem Rente lösen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich habe mal nachgezählt, wir haben 22-mal, 22-mal den Entwurf Ihrer Rentenreform verändert.

(Siegfried Friese, SPD: Na und?
Na und? Was ist daran?)

Herr Friese, Herr Friese, also wissen Sie ...

(Siegfried Friese, SPD: Wenn es zu einem Ergebnis kommt, dann ist es doch in Ordnung. –
Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU –
Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Herr Friese, das Ergebnis kann sich nun wahrlich nicht sehen lassen,

(Siegfried Friese, SPD: Das ist was anderes. –
Harry Glawe, CDU: So macht man Politik.)

denn Sie täuschen die junge Generation und Sie täuschen die Rentnerinnen und die Rentner.

(Beifall Wolfgang Riemann, CDU: Beide.)

Sie täuschen sie beim Rentenniveau. Währenddessen beim demographischen Faktor die Entwicklung klar war, weil fixiert, ist der Ausgleichsfaktor willkürlich. Warum werden nun 90 Prozent des Bruttolohnes als Bezugsgröße genommen? Warum nicht 95, warum nicht 85? Wissen Sie eigentlich, Herr Friese, wie viel Rentenjahre Sie haben müssen, um 67 Prozent zu erreichen? 45! Wer erreicht heute noch faktisch 45 Rentenjahre? So gut wie niemand.

(Dr. Margret Seemann, SPD: Bei Ihnen waren das doch mit 45 Jahren 64 Prozent. –
Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Frau Seemann, wenn Sie ganz genau hingeguckt haben: Bei uns wäre das Rentenniveau im Jahr 2030 auf 67 Prozent gesunken. Und bei Ihnen sinkt es sofort auf 67 Prozent,

(Dr. Margret Seemann, SPD:
Das ist doch nicht wahr!)

denn ich muss die ausgesetzte Nettolohnanpassung mit dazurechnen.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten
der SPD und CDU)

Das muss ich doch mit einrechnen, wo Sie die Rentnerinnen und Rentner betrogen haben. Das heißt, niemand oder so gut wie niemand wird die 67 Prozent erreichen.

(Harry Glawe, CDU: Im Gesetz stehen 64 Prozent bei Ihnen, Frau Seemann. Also wieder eine Lüge.)

Und dann noch eins: Dann müssen Sie das Geld abziehen, was Sie für die private Altersvorsorge zwangsweise auf den Tisch legen müssen. Das ist doch nicht ergänzend, sondern das ist wirklich ersetzend. Deswegen werden wir eins erleben, wir werden Altersarmut insbesondere bei denen erleben, die aus den Jahrgängen 1940 und jünger sind in den neuen Bundesländern.

(Angelika Gramkow, PDS: Das ist ja interessant.)

Und dann haben Sie ja noch eins zuwege gebracht, dazu habe ich Sie auch nicht gehört. Sagen Sie mir einen Grund, warum die Freibeträge nicht dynamisiert werden bei der Hinterbliebenenversorgung! Und sagen Sie mir einen Grund, warum die Zuschüsse der Arbeitsverwaltung über die Arbeitslosenversicherung zur Rentenversicherung seit 1999 halbiert worden sind! Frau Seemann, sagen Sie mir einen Grund dafür, warum die Rentenanwartschaften in diesem Jahr unter Rot-Grün halbiert worden sind! Das heißt, Sie werden eins erleben, dass gerade die schwierigen Jahrgänge, die heute oder 1990 50 Jahre oder älter gewesen sind, erheblich weniger Rente haben, als sie jemals erwarten dürfen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Wolfgang Riemann, CDU: Das ist soziale Gerechtigkeit.)

Und das ist bei Ihnen soziale Gerechtigkeit?

Frau Seemann, ich hätte erwartet, dass Sie mal darauf hinweisen, dass gerade dieser Punkt der Halbierung der Zuschüsse der Arbeitslosenversicherung zur Rentenversicherung zur Altersarmut besonders im Osten führt.

(Harry Glawe, CDU: Die haben das doch gar nicht gelesen.)

Das wissen Sie offenbar gar nicht. Und darüber freuen Sie sich. Das finden Sie sozial gerecht?!

(Zuruf von Erhard Bräunig, SPD)

Ich finde, das ist eine Riesenschweineerei. Das muss ich Ihnen sagen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Erhard Bräunig, SPD: Darüber kann man sich nicht freuen, Herr Rehberg.)

Natürlich ist das eine Riesenschweineerei, Herr Bräunig.

(Erhard Bräunig, SPD: Und Sie unterstellen uns, dass wir uns darüber freuen.)

Dann stehen Sie doch mal auf und sagen was dagegen und bejubeln nicht die rot-grüne Rentenreform! Das ist doch der Punkt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Sie sind doch hier komplett mundtot, wenn es die Belange des Ostens betrifft. Da sagen Sie gar nichts. Zur Bundeswehr kommen wir ja noch.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Zuruf von Reinhardt Thomas, CDU)

Herr Kollege Schlotmann, wie sieht denn der gesellschaftliche Konsens aus zur rot-grünen Rentenreform? Wie sieht er denn wirklich aus?

Walter Hirrlinger, Präsident des Sozialverbandes VDK: „Unter der Führung der SPD und mit Billigung der Gewerkschaften hat man 18 Millionen Rentnern die Hauptlast aufgebürdet.“

Frau Engelen-Kefer vom DGB: „Die Regelungen zur Altersversorgung für Frauen sind die Schwachstelle der Reform.“

(Georg Nolte, CDU: Genau so ist es.)

Herr Ruland vom Verband der Deutschen Rentenversicherungsträger: „Bei der Hinterbliebenenrente gibt es Härten, die man auf Dauer nicht durchhalten wird.“

Der Bundesverband Deutscher Banken und der Zentrale Kreditausschuss sprechen hinsichtlich der Ausgestaltung der Zertifizierung für die freiwillige Versicherung von Regelungen, die zu völlig praxisfernen Ergebnissen führen und den Finanzplatz Deutschland schädigen.

Übrigens, Herr Koplin, Sie müssen neben den Belastungen für Länder und Kommunen, was die private Altersvorsorge betrifft, noch die angekündigten 3.000 zusätzlichen Stellen bei der Finanzverwaltung dazurechnen. Wenn Sie da einen Bruttoaufwand zwischen 80.000 und 100.000 DM pro Stelle ausrechnen, dann können Sie mal ganz schnell die Zahl errechnen, was die private Altersvorsorge in der Finanzverwaltung noch an Aufwand brin-

gen wird. Übrigens gibt es elf Kriterien, die geprüft werden müssen.

Und dann zitiere ich unseren Landkreistag: „Mit großer Sorge haben die Landkreise in Mecklenburg-Vorpommern Kenntnis genommen von den Absichten der Regierungskoalition auf Bundesebene, über das Gesetz über eine bedarfsorientierte Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung die Landkreise und kreisfreien Städte zu Trägern der Grundsicherung zu erklären.“

(Harry Glawe, CDU: Ja, das ist unerhört.)

„Gegen dieses Vorhaben sprechen nicht nur verfassungsrechtliche Bedenken. Eine solche Aufgabenzuweisung würde zudem zu weiteren, bisher nicht zu überblickenden finanziellen Belastungen der Landkreise und kreisfreien Städte führen, für die keine Eigenfinanzen zur Verfügung stehen.“ Aber wie ich hier Rot-Rot kenne, werden Sie ja alles im kommunalen Finanzausgleich

(Harry Glawe, CDU: Alles mit 2,5 Milliarden abgedeckt.)

zur Kombination und zum Ausgleich für die Kreise und Kommunen in Mecklenburg-Vorpommern wie in den vergangenen zwei Jahren zur Verfügung stellen.

(Wolfgang Riemann, CDU: Zur Verfügung deckeln, müsste man sagen.)

Meine Damen und Herren, ist das ein guter Kompromiss bei diesen kritischen Stimmen vom Sozialverband über den DGB bis zum Bundesverband Deutscher Banken? Meine sehr verehrten Damen und Herren, diese Rentenreform, das ist keine Reform. Das ist mehr als ein Rückschritt und wird auch, so meine ich, nicht wegweisend für die Zukunft sein.

Übrigens, was ist denn, Herr Kollege Schlotmann, mit dem noch in diesem Jahr zu erwartenden Urteil des Bundesverfassungsgerichts über die nachgelagerte Besteuerung der Renten? In der Schublade bei Herrn Eichel soll ja alles liegen. Aber ich finde es nicht, Herr Friese, in der Rentenreform. Was machen Sie denn, wenn Karlsruhe sich für die nachgelagerte Besteuerung entscheidet?

(Wolfgang Riemann, CDU: Dann machen sie eine Reform der Reform.)

Dann können Sie Ihre ganze so genannte Rentenreform nehmen, in den Papierkorb schmeißen und eine völlig neue machen. Das ist nämlich mehr als substantiell, dieses Urteil.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, und warum eigentlich dieses Theater über die private Altersvorsorge? Was ist, wenn ich mir in jungen Jahren Eigentum schaffe, damit ich im Alter eben keine Miete mehr bezahlen muss? Auch das ist heute gesetzlich nicht klar geregelt. Und Georg Nolte hat schon etwas zum Bestandsschutz der Altverträge gesagt. Völlige Unklarheit, völlige Verunsicherung! Und deswegen ist es ein desaströser Zustand, hier 22 verschiedene Entwürfe zur Rentenreform auf den Tisch zu legen. Warum kann ich mich denn nicht frei entscheiden, ob ich mir Eigentum schaffe im Immobilienbereich, es selber nutze und das meine Altersvorsorge ist? Warum muss das hier geregelt werden? Und deswegen, Herr Koplin, wollten wir eine einfachere private Altersvorsorge haben. Warum kann ich mich nicht mit 35, 40 entscheiden, ich will eben im Augenblick keine zwangsweise pri-

vate Altersvorsorge betreiben, sondern ich will mein Häuschen bauen? Ich wende mein Geld dafür auf. Sie kennen nur eins: Regeln, Regeln ohne Ende. Eine andere Ideologie kennen Sie nicht.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Herr Schlotmann, ich will Ihnen, auch Herrn Koplín, und da habe ich Sie nicht gehört, Folgendes zeigen: Das ist das Fahndungsplakat

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Wolfgang Riemann, CDU: Richtig! Jawohl!)

aus dem Jahre 1998 mit der Überschrift „Sozialräuber“, vom DGB entworfen, die PDS hat es nachgedruckt. Man hat dann dem einen oder anderen noch eine Fuhre Mist vors Wahlkreisbüro gekarrt.

(Barbara Borchardt, PDS: Und Eis.)

Und ich habe da keine kritische Stimme von Sozialdemokraten oder Kolleginnen und Kollegen der PDS zu diesem Plakat gehört. Nicht eine einzige kritische Stimme!

(Siegfried Friese, SPD: Ihr Plakat wurde von CDU-Mitgliedern kritisiert.)

Über politischen Stil kann man sich immer streiten, aber,

(Heiterkeit und Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Siegfried Friese, SPD: Von Ihren eigenen Parteimitgliedern wurde Ihr Plakat kritisiert.)

aber, Herr Friese,

(Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU – Siegfried Friese, SPD: Das ist eine andere Sache. – Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Herr Friese, ...

(Unruhe bei Abgeordneten der CDU und einzelnen Abgeordneten der SPD)

Ich fasse das noch mal in aller Ruhe zusammen. Schröder vor der Wahl: Wir wollen für die jetzige Arbeitnehmergeneration im Prinzip alles so lassen, wie es ist.

(Zuruf von Erhard Bräunig, SPD)

Deren Renten sind durch die Beitragsfinanzierung sicher.

(Heiterkeit bei Wolfgang Riemann, CDU: Die waren völlig ahnungslos.)

Nächste Aussage: das Versprechen, dass die Renten auch in Zukunft entsprechend der Nettolohnentwicklung steigen würden,

(Siegfried Friese, SPD: Die Hinterlassenschaft von Ihnen ist das alles.)

das Versprechen, entsprechend der Inflationsrate in dem Jahr anstatt 1,6 Prozent nur 0,6 Prozent. Und das Dritte: Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts steht vor der Tür. Ein Urteil wird erwartet, aber die entsprechenden Pläne werden nicht umgesetzt. Und, meine Damen und Herren von der SPD, was hat Herr Schröder eigentlich zur Ökosteuer gesagt? Mehr als sechs Pfennig?

(Wolfgang Riemann, CDU: Basta! Basta! – Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Mit mir nicht mehr! Basta! Schluss! Aus! Basta!

(Harry Glawe, CDU: „Basta“ hat er zu anderen gesagt.)

Wissen Sie, wen man so oft im politischen Bereich beim Lügen, beim Wortbruch ertappt, der muss auch mal ein –

(Lutz Brauer, CDU: Zur Fahndung ausgeschrieben werden.)

das gebe ich zu – überspitztes Plakat aushalten.

(Wolfgang Riemann, CDU: So eine lange Nase hat er schon.)

Und da, denke ich, sollten wir uns alle miteinander wirklich erst mal an die eigene Nase fassen, wenn wir anderen vorwerfen, er habe keinen moralischen Anspruch, über Sozialpolitik zu reden, oder einen schlechten politischen Stil. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Präsident Hinrich Kuessner: Das Wort hat die Abgeordnete Frau Seemann von der SPD-Fraktion. Bitte sehr, Frau Seemann.

(Heinz Müller, SPD: Hau rein, Margret!)

Dr. Margret Seemann, SPD: Herr Präsident! Meine Damen und Herren Abgeordnetel!

Herr Rehberg, ich wäre an Ihrer Stelle ganz vorsichtig, anderen Leuten zu unterstellen, dass sie lügen.

(Eckhardt Rehberg, CDU: Ach wissen Sie, da halte ich jedem Gerichtsverfahren stand. Da bin ich ganz ruhig. Das ist überhaupt kein Problem.)

Wissen Sie, gerade Ihr Beispiel mit dem Landesblindengeld, Sie wissen ganz genau, dass das Landesblindengeld nicht gekürzt worden ist,

(Eckhardt Rehberg, CDU: Ich habe gesagt, ...)

wie Sie immer sagen,

(Wolfgang Riemann, CDU: Eingefroren in der sozialen Kälte von Rot-Rot.)

es ist eingefroren worden. Es ist eingefroren worden, und zwar ...

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Eckhardt Rehberg, CDU: Ohren aufsperrn! – Wolfgang Riemann, CDU: Eingefroren!)

Es ist eingefroren worden,

(Erhard Bräunig, SPD: Mit Zustimmung des Verbandes.)

und zwar mit Zustimmung des Verbandes.

(Harry Glawe, CDU: Sie haben das Recht sozusagen gebrochen. – Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, in einer Situation, in der viele gesellschaftliche Gruppen mit der Rentenreform übereinstimmen und Gewerkschaften nach langen, zähen Verhandlungen die Reform endlich unterstützen wollen, erscheint Ihr Antrag, Ihre Verweigerung, meine Damen und Herren von der CDU, abwegig. Es geht darum, das Rentensystem langfristig belastbar zu machen und für einen gerechten Ausgleich zwischen den Generationen zu sorgen. Der Spagat zwischen bisherigen

Rentenansprüchen und der Schaffung eines Anreizes für Jüngere, sich am bewährten Umlageprinzip zu beteiligen, ist, wenn auch mit Diskussionen und natürlich daraus resultierenden Änderungen, bewältigt worden. Es wäre ja völlig absurd, wenn man feststellt, dass irgendetwas nicht in Ordnung ist, und man ändert die Sachen trotzdem nicht, meine Damen und Herren.

Das Rentenreformgesetz der Regierung Kohl sah die Niveauabsenkung bis auf 64 Prozent vor.

(Harry Glawe, CDU: Das steht doch bei Ihnen im Gesetz auch drin. Das steht doch heute noch drin in Ihrem Gesetz!)

Dabei haben Sie, meine Damen und Herren von der CDU, nicht einmal die vollen Kosten des Demographiefaktors mit einbezogen. Ansonsten hätten Sie eingestehen müssen, dass das Rentenniveau auf 60 Prozent sinkt.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Nach dem Konzept der Bundesregierung soll ab dem Jahre 2030 eine Stabilisierung auf 67 Prozent erfolgen. Ich weiß nicht, warum ausgerechnet Sie, meine Damen und Herren von der CDU, jetzt so einen Aufstand machen. Soll ich Ihnen mal aufzählen, welche Wohltaten Sie für die Rentnerinnen und Rentner in Ihrer Regierungszeit vollbracht haben? Acht Jahre lang Rentenanpassung unterhalb der Inflationsrate, meine Damen und Herren von der CDU! Sie haben bei 17 Rentenanpassungen achtmal eine Rentenanpassung unterhalb der Inflationsrate vorgenommen. Damit haben Sie acht Jahre lang realen Kaufkraftverlust für die Rentner in Kauf genommen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Erhard Bräunig, SPD: Richtig.)

Sie waren es, die eine Rentenanpassung nach Nettostatt nach Bruttolöhnen vorgenommen haben.

(Beifall Heidemarie Beyer, SPD – Heiterkeit bei Wolfgang Riemann, CDU: Haben Sie das geändert? Haben Sie das geändert? Sie wollen doch alles besser machen. – Heiterkeit bei Harry Glawe, CDU)

Sie waren es, die eine Erhöhung der Altersgrenze auf 65 Jahre für Frauen und Arbeitslose vorgenommen haben. Sie waren es, die die Beteiligung der Rentner an den Kosten der Krankenversicherung beschlossen haben.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD – Harry Glawe, CDU: Sie haben es bis heute nicht geändert. – Wolfgang Riemann, CDU: Haben Sie es geändert? Sie hätten es ja im Entwurf ändern können!)

Sie waren es, meine Damen und Herren, und das wird die Jüngeren sehr interessieren, die die Kürzung der Anrechnungszeiten der Ausbildung auf 3 Jahre vorgenommen haben.

(Harry Glawe, CDU: Sie haben zwei Jahre Zeit gehabt dazu.)

Habe ich Sie angepökt, Herr Riemann, dass Sie jetzt hier so herumschreien?

(Minister Dr. Wolfgang Methling: Er hat zu viel getrunken gestern Abend.)

Präsident Hinrich Kuessner: Ein Antrag zur Geschäftsordnung.

Sylvia Bretschneider, SPD (zur Geschäftsordnung): Ich möchte gern Frau Dr. Seemann zuhören und bitte, dass Sie dafür sorgen, dass die Herren der CDU-Riege sich etwas leiser verhalten. Man kann das nicht verstehen.

(Wolfgang Riemann, CDU: Wenn man erkältet ist, kann man auch schlecht hören.)

Präsident Hinrich Kuessner: Gut. Ich richte die Anforderung aber an alle Abgeordnete.

Dr. Margret Seemann, SPD: Ich habe den Eindruck, gerade wenn man sich angesprochen fühlt, dann denkt man, man muss in dieser Form reagieren, Herr Riemann.

Sie waren es, die die Rentenkassen ausbluten ließen durch Verminderung der Beitragszahler. Sie haben die Rentenbeiträge auf 20,3 Prozent erhöht. Wir haben sie wieder auf 19,1 abgesenkt.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Sylvia Bretschneider, SPD: Richtig. – Wolfgang Riemann, CDU: Haben Sie es geändert?)

Sie haben die Rentenkassen geplündert durch Zahlung von versicherungsfremden Leistungen.

(Harry Glawe, CDU: Dafür haben Sie die Ökosteuer eingeführt.)

Wahrlich Wohltaten, meine Damen und Herren!

Ich möchte jetzt auf einzelne Punkte des Antrages eingehen.

Zu Punkt 1 Ihres Antrages, also zur Anerkennung der Notwendigkeit einer Rentenreform: Hier sind wir einer Meinung, meine Damen und Herren von der CDU. Das kommt zwar nicht so oft vor, aber in dem Punkt doch.

(Harry Glawe, CDU: Aha!)

Nach gesundem Menschenverstand hätte die Konsequenz daraus aber sein müssen, dass Sie sich konstruktiv in die Debatte einbringen. Einen Rentenkonsens haben Sie selbst blockiert. An Sachdiskussionen sind Sie bekanntlich nicht mehr interessiert. Ihrer Bundespartei sind nichts als persönliche Beleidigungen dazu eingefallen und damit haben Sie sich meines Erachtens selbst geschadet.

(Erhard Bräunig, SPD: Das war ein emotionales Wahlkampfthema.)

Zu Punkt 2: Ihre Behauptung, meine Damen und Herren von der CDU, Frauen würden schlechter gestellt, ist in dieser Absolutheit falsch. Im Gegenteil, für Frauen und insbesondere für Frauen mit Kindern bringt die Rentenreform einige Verbesserungen.

(Unruhe bei Siegfried Friese, SPD, und Wolfgang Riemann, CDU)

Und ich verhehle ja nicht, dass mir diese Verbesserungen persönlich noch nicht weit genug gehen, aber sie bringt Verbesserungen. Alle anderen Behauptungen Ihrerseits spielen wieder einmal mit der Angst der Bürgerinnen und Bürger, speziell der Witwen und Rentnerinnen. Zu Ihrer Information zähle ich die Verbesserungen einmal auf:

Die Hinterbliebenenrente wird zielgenauer auf Personen ausgerichtet,

(Heiterkeit bei Harry Glawe, CDU: Zielgenauer!)

die wegen der Erziehung von Kindern nicht durchgehend erwerbstätig waren. Hierfür wird die Hinterbliebenenrente um eine Kinderkomponente erweitert. Frauen erhalten jetzt je nach Kinderzahl einen höheren Prozentsatz von der Rente des verstorbenen Ehemanns. Die Witwenrente einer Mutter, die zum Beispiel drei Kinder erzo-gen hat, wird um den Rentenertrag für drei Kindererziehungsjahre – monatlich 126 DM – angehoben.

(Harry Glawe, CDU: Richtig.)

Für Hinterbliebene, die bereits heute Rente beziehen, und für Ehepaare, bei denen der ältere Partner bei In-Kraft-Treten der Rentenreform mindestens 40 Jahre alt ist, gilt unverändert das derzeitige Hinterbliebenenrecht.

Für Frauen und Männer, die während der ersten zehn Lebensjahre des Kindes erwerbstätig sind oder Erziehungsurlaub nehmen, wird das erzielte Einkommen um 50 Prozent auf maximal 100 Prozent des Durchschnittseinkommens erhöht. Auf die Wartezeit werden nicht nur Beitragszeiten, sondern auch andere rentenrechtliche Zeiten, zum Beispiel Anrechnungszeiten wegen Schulausbildung, Schwangerschaft, Krankheit oder Arbeitslosigkeit oder Kinderberücksichtigungszeiten, angerechnet. Eine solche Regelung kommt auch Alleinerziehenden zugute, die von den bisherigen Regelungen der Rente nach Mindesteinkommen vielfach nicht begünstigt wurden, weil sie gezwungen sind, einer Vollzeitbeschäftigung nachzugehen, und daraus ein Einkommen erzielen, das 75 Prozent des Durchschnittsverdienstes und damit die Obergrenze der Rente nach Mindesteinkommen überschreitet.

Mit Ihrer Aussage, dass besonders Frauen in den neuen Bundesländern hiervon betroffen sind, zeigen Sie einmal mehr, dass Sie keine Ahnung haben. Insofern erstaunt mich dann auch Ihre Aussage nicht, dass Kindererziehungsleistungen völlig unzureichend berücksichtigt werden. Sie haben scheinbar noch nicht mitbekommen, dass die Rentenreform speziell Kindererziehende besser stellt. Die Bundesregierung will besonders die Frauen mehr unterstützen, die Kinderziehung und Teilzeit miteinander verbinden. Auch Mütter beziehungsweise Väter, die mehrere Kinder gleichzeitig erziehen und deshalb nicht erwerbstätig sind, profitieren von den neuen Regelungen.

Auch die Renten von nicht Erwerbstätigen werden angehoben, wenn sie gleichzeitig zwei oder mehr Kinder unter zehn Jahren erziehen. Zusätzlich zu den Kinderziehungszeiten werden die verbleibenden Jahre aus der Kinderberücksichtigungszeit mit 33 Prozent des Durchschnittseinkommens bewertet, also mit 0,33 Entgeltpunkten, wenn eine solche parallele Kindererziehung vorliegt. Die Zahl der Kinder schlägt sich zudem positiv auf die Höhe der staatlichen Zulage zur kapitalgedeckten Eigenvorsorge nieder. Pro Kind werden bis zu 360 DM Zulage gewährt. Außerdem haben auch nicht Erwerbstätige Mütter oder Väter in der Phase der Kindererziehung einen Anspruch auf Förderung.

Meine Damen und Herren, durch die Rentenreform der Bundesregierung leiten sich endlich die Renten für Frauen nicht mehr aus der Rentenversicherung des Mannes ab. Endlich gibt es ein partnerschaftliches Rentenrecht. Endlich werden Kindererziehungszeiten angemessener bei der Rentenberechnung angerechnet.

(Georg Nolte, CDU: Sie haben aber nicht gesagt „ausreichend“.)

Zusammenfassend heißt das:

- Ausbau des eigenständigen Anspruchs der Frauen auf Alterssicherung,
- konsequente Aufwertung von Zeiten der Kindererziehung,
- deutliche Verbesserung von Rentenansprüchen aus Teilzeitarbeit
- und ebenso konsequente Höherbewertung der Zeiten, die der Erziehung behinderter Kinder gewidmet werden.

Dies sind sich abzeichnende Fortschritte nach einer jahrelangen Diskussion auch im frauenpolitischen Bereich, die, und das betone ich, Lichtjahre von dem weg sind, was die frühere Bundesregierung durchzusetzen auch nur annähernd bereit war. Mit der Reform wird der gesellschaftlichen Realität Rechnung getragen und die Situation der Frauen, die Beruf und Kindererziehung verbinden wollen, verbessert. Ich weiß, meine Damen und Herren von der CDU, dass Sie es weiterhin lieber gesehen hätten, die Frauen wieder an den Herd zu schicken. Aber mit uns nicht!

(Beifall Reinhard Dankert, SPD)

Zu Punkt 3: Gerade Pflichtversicherte mit niedrigem und mittlerem Einkommen sowie Bezieher von Lohnersatzleistungen

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

einschließlich der Berechtigten zur Arbeitslosenhilfe, deren Leistung aufgrund der Anrechnung von Einkommen und Vermögen ruht, Mütter in der Phase der Kindererziehung sowie geringfügig Beschäftigte, die auf die Sozialversicherungsfreiheit verzichtet haben, bekommen eine Zulage für die zusätzliche Altersvorsorge. Sozialhilfe soll künftig nicht von dem Einsatz oder der Verwendung eines Kapitals abhängig gemacht werden, dessen Ansammlung zum Zwecke einer zusätzlichen Altersvorsorge staatlich gefördert wurde.

(Beifall Heidemarie Beyer, SPD, und Reinhard Dankert, SPD)

Die Kinderkomponente ist fester Bestandteil der Zulagenförderung. Also, die Förderung der privaten Vorsorge soll gerade für Geringverdiener und Familien mit Kindern erschwinglich gemacht werden, weil die Zulagen mehr als die Hälfte der Aufwendungen ausmachen können. Und, meine Damen und Herren, es ist doch wohl bekannt, dass in den vergangenen Jahrzehnten viele, meist Besserverdienende, bereits früh auf die eine oder andere gewinnbringende Art dafür gesorgt haben, die staatliche Rente im Alter privat deutlich aufzustocken. Ohne staatliche Unterstützung würde dieses weiter ein Privileg für einige bleiben. Und um dies zu verhindern, werden jetzt gerade auch geringverdienende Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gefördert, wenn sie in private Eigenvorsorge investieren.

(Angelika Gramkow, PDS: Wenn das so toll ist, dann möchte der Bund das bitte auch bezahlen.)

Zu Punkt 4: Zur Vermeidung von verschämter Altersarmut wird das Sozialhilferecht fortentwickelt. Unter anderem wird auf den Rückgriff gegenüber unterhaltsverpflichteten Kindern und Eltern von 65-Jährigen und älter sowie von 18-Jährigen und älter verzichtet. Mehrausgaben in

Höhe von 600 Millionen DM, also 307 Millionen Euro, sollen vom Bund übernommen werden. Und ich gebe Ihnen ja Recht, über diese Höhe muss mit Sicherheit noch geredet werden.

(Harry Glawe, CDU: Und die Höhe ist gedeckelt. Das ist das Problem.)

Das ist das, was hier auch den Landkreistag umtreibt.

Zu Punkt 5: Steigende Rentenanwartschaften und die gezielte Förderung einer zusätzlichen Altersvorsorge von Kindererziehenden sind Beiträge zur Vermeidung von Altersarmut. Und, meine Damen und Herren von der CDU, Sie können doch nicht auf der einen Seite sagen, diese Rentenreform bringt Altersarmut, und auf der anderen Seite es ablehnen, dass Maßnahmen ergriffen werden sollen, um Altersarmut zu verhindern. Das ist ja wohl die Quadratur des Kreises.

(Harry Glawe, CDU: Sie sollen sich dafür einsetzen, dass die Kommunen auskömmlich finanziert werden durch den Bund. Dann ist es in Ordnung.)

Vor allem ältere Menschen machen aber ...

(Harry Glawe, CDU: Aber das ist derzeit nicht gegeben. Das wissen Sie ganz genau.)

Herr Glawe, Sie wissen genau, dass vor allem ältere Menschen Sozialhilfeansprüche nicht geltend machen, weil sie den Unterhaltsrückgriff auf ihre Kinder befürchten.

(Harry Glawe, CDU: 1 Milliarde zusätzliche Kosten für die Kommunen! Das ist unakzeptabel.)

Dies ist einer der Hauptgründe für verschämte Altersarmut. Deshalb soll im Rahmen der Sozialhilfe auf den Rückgriff gegenüber unterhaltsverpflichteten Kindern verzichtet werden. Durch diese Maßnahmen wird es für ältere Menschen sehr viel leichter, in Würde ihre berechtigten Ansprüche auch geltend zu machen. Außerdem wird die Lebenssituation erwerbsgeminderter Menschen, gerade auch derjenigen, die von Geburt oder früherer Jugend an schwerstbehindert sind, erheblich verbessert. Es bestehen auch Absicherungsdefizite, wenn sich bei jüngeren Versicherten der Eintritt in das Erwerbsleben und damit die erstmalige Ausübung einer versicherungspflichtigen Beschäftigung ohne eigenes Verschulden verzögert oder bei Eintritt einer Erwerbsminderung unterdurchschnittliche Pflichtbeiträge in den ersten Jahren erhebliche Auswirkungen auf die Höhe einer Erwerbsminderungsrente haben. Diesen rentenmindernden Auswirkungen soll durch zielgenaue Regelungen zum Ausgleich von Lücken sowie zur Aufbesserung bereits anzurechnender Zeiten bei unsteten Erwerbsverläufen entgegengewirkt werden.

Zu Punkt 6: Die Bundesregierung und die sie tragenden Fraktionen haben lange genug versucht, mit Ihnen einen Konsens herbeizuführen. Dass diese Beratungen nicht zu einem gemeinsamen Rentenkonsens geführt haben, haben Sie sich selbst zuzuschreiben. Die Masche, sich erst zu verweigern und dann zu schreien „Haltet den Dieb!“, meine Damen und Herren von der CDU, wird nicht funktionieren.

Meine Damen und Herren, es ist das Ziel der Rentenreform, die Alterssicherung auch angesichts der demographischen Entwicklung zukunftsfähig zu gestalten. Das bedeutet konkret, die heutigen und künftigen Beitragszahler nicht zu überfordern und das Leistungsniveau auch für die künftigen Rentner auf einem angemessenen

Niveau zu halten. Dabei müssen die jetzigen Rentner und die rentennahen Jahrgänge darauf vertrauen können, dass ihre erworbenen Ansprüche geschützt sind. Konkret heißt dies,

- die Beitragssätze zur Rentenversicherung sollen stabil gehalten werden,
- das Rentenniveau bleibt bei mindestens 67 Prozent und nicht, wie die CDU es gefordert hatte, bei 64 Prozent,
- die private Vorsorge wird gefördert,
- die Alterssicherung der Frauen und kindbezogene Leistungen werden verbessert,
- verschämte Altersarmut soll vermieden werden,
- Erwerbsgeminderte sollen gestützt werden.

Meine Damen und Herren, mit der Rentenreform soll ein stabiles Rentensystem geschaffen werden, auf das sich beide Generationen verlassen können. Wer die Entwicklung im Interesse der Menschen aktiv mitgestalten will, muss bereit sein, Bewährtes zu bewahren und Neues zu unterstützen. Sie, meine Damen und Herren von der CDU, können und wollen das offensichtlich nicht, wie Ihr vorliegender Antrag, den wir aus vorher genannten Gründen ablehnen, zeigt. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Präsident Hinrich Kuessner: Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 3/1822. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist der Antrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 3/1822 mit den Stimmen der SPD- und PDS-Fraktion gegen die Stimmen der anwesenden CDU-Mitglieder abgelehnt worden.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der PDS – Barbara Borchardt, PDS:
Die „anwesenden“ ist gut.)

Meine Damen und Herren, wir treten nach gemeinsamer Verabredung jetzt in die Mittagspause. Die Sitzung wird um 12.00 Uhr fortgesetzt.

Der Finanzausschuss trifft sich sofort zu einer Sitzung.

Unterbrechung: 10.50 Uhr

Wiederbeginn: 12.08 Uhr

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Meine Damen und Herren! Die unterbrochene Sitzung ist wieder eröffnet.

Ein Geschäftsordnungsantrag. Bitte, Herr Dankert.

Reinhard Dankert, SPD (zur Geschäftsordnung): Da einige Abgeordnete noch auf der Bauerndemo sind und auch unsere Fraktion hier und da noch Beratungsbedarf hat, bitte ich um eine Viertelstunde Auszeit.

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Ich unterbreche die Sitzung um eine weitere Viertelstunde.

Unterbrechung: 12.09 Uhr

Wiederbeginn: 12.26 Uhr

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Meine Damen und Herren! Die unterbrochene Sitzung ist wieder eröffnet.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 14:** Beratung des Antrages der Fraktionen der PDS und SPD – Unterrichtung zum Verhandlungsstand Länderfinanzausgleich, Drucksache 3/1817.

**Antrag der Fraktionen der PDS und SPD:
Unterrichtung zum Verhandlungsstand
Länderfinanzausgleich
– Drucksache 3/1817 –**

Das Wort zur Begründung hat die Fraktionsvorsitzende der PDS Frau Gramkow.

Angelika Gramkow, PDS: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Der Artikel 106 des Grundgesetzes regelt, dass die Verteilung des Steueraufkommens zwischen Bund und Ländern von dem Grundsatz ausgeht, dass die Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse im Bundesgebiet gewahrt wird. Damit wurde die verfassungsrechtliche Grundlage für den Ausgleich des Steueraufkommens zwischen Bund und Ländern geschaffen und der Gesetzgeber geht davon aus, dass die unterschiedliche Finanzkraft der Länder angemessen ausgeglichen wird. Daran, was angemessen ist, entbrennt der aktuelle Streit zwischen den so genannten Nehmer- und Geberländern über die Neuordnung des Länderfinanzausgleichs. Dieser fand seinen Höhepunkt in den Normenkontrollklagen der Länder Bayern, Baden-Württemberg und Hessen vor dem Bundesverfassungsgericht und dem am 11. November 1999 verkündeten Urteil zu dieser Klage.

(Siegfried Friese, SPD: Buh!)

Das Verfassungsgericht nimmt die Entscheidung, wie der Finanzausgleich künftig aussehen soll, nicht vorweg. Bund und Länder sind gezwungen zu bestimmen, wer warum wie viel Geld mehr bekommen soll oder wer wie viel Geld abgeben muss. Die allgemeinen Maßstäbe für die Umverteilung zwischen Bund und Ländern, die verständlich und nachvollziehbar sein sollen, müssen bis 31. Dezember 2002 verabschiedet sein. Mit der Fristsetzung der Verfassungsrichter erhielt das geltende Finanzausgleichsgesetz den Charakter eines Übergangsgesetzes, welches längstens bis zum 31.12.2004 fortgilt.

Meine Damen und Herren! Insbesondere die Geberländer fordern, dass Ihnen von zusätzlichen eigenen Steuereinnahmen ein deutlich höherer Selbstbehalt als bisher verbleibt. Sie nennen dies Schaffung von Anreizsystemen. Für unser finanzschwaches Mecklenburg-Vorpommern und die anderen neuen Bundesländer, die auf die Ausgleichszahlungen angewiesen sind, ist die Neuregelung der Finanzbeziehungen der Länder von existenzieller Bedeutung. Etwa 60 Milliarden DM werden jährlich zwischen Bund und Ländern insgesamt umverteilt. Mehr als 80 Prozent fließen in die neuen Länder, einschließlich Berlin. Diese werden ohne die Zahlungen aus dem Länderfinanzausgleich und den Bundesergänzungszuweisungen noch über einen langen Zeitraum nicht lebensfähig sein, denn ein selbsttragender Aufschwung ist im Osten nicht in Sicht und der Nachholbedarf in der Infrastruktur – ich darf hier an die gutachterlich nachgewiesenen 300 Milliarden DM erinnern – ist immer noch immens hoch.

Die unumgängliche Fortführung des bis 2004 geltenden Solidarpaktes ist im Paket Länderfinanzausgleich und Maßstabegesetz mitzuverhandeln. Gerade für Mecklen-

burg-Vorpommern und die meisten der neuen Bundesländer wären weitere erhebliche Einnahmereduzierungen tödlich. Es kann niemand ein Interesse daran haben, die Stabilität der ostdeutschen Länder zu gefährden und die allmähliche Anpassung der Lebensverhältnisse auf den Sankt-Nimmerleins-Tag zu verschieben.

(Beifall Dr. Gerhard Bartels, PDS)

Meine Damen und Herren! Die augenscheinlich schwierigen und zähen Verhandlungen zum Maßstabegesetz werden auf Regierungsebene geführt. Angesichts der engen Zeitvorgabe durch das Bundesverfassungsgericht und im nächsten Jahr anstehender Bundestags- und Landtagswahlen befinden sie sich in einer heißen Phase. Aus unserer Sicht ist es deshalb unabdingbar, dass das Parlament, das ja in Verantwortung gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern dieses Landes steht, umfassend und zeitnah in öffentlicher Sitzung über den Verhandlungsstand unterrichtet wird. Gerade vor dem Hintergrund der Sonderministerpräsidentenkonferenz, die am Wochenende in Wiesbaden stattgefunden hat, und der dort getroffenen Vereinbarungen, halten wir die Unterrichtung des Parlaments durch die Regierung für notwendig.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS
und Erhard Bräuning, SPD)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke, Frau Gramkow.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 60 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist es so beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat der Ministerpräsident Herr Dr. Ringstorff.

Ministerpräsident Dr. Harald Ringstorff: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten! Die Verhandlungen zum Maßstabegesetz, zur Neuregelung des Länderfinanzausgleiches und zur Fortsetzung des Solidarpaktes nach 2004 befinden sich in einer wichtigen Phase. In den kommenden Monaten werden die Pflöcke eingeschlagen.

Wir alle wissen, nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes sind Bund und Länder mehr denn je gefordert, ihre gesamtstaatliche Verantwortung wahrzunehmen, damit die föderale Staatsordnung eine Zukunft hat. Es gilt daher in der Ministerpräsidentenkonferenz aller Länder, Einigungsmöglichkeiten für eine verfassungskonforme Weiterentwicklung des bundesstaatlichen Finanzausgleiches auszuloten. Mecklenburg-Vorpommern kommt dabei als amtierendem Vorsitzland eine besondere Rolle zu – auf der einen Seite als Mittler im Spannungsverhältnis zwischen den Ländern, auf der anderen Seite als Vertreter der eigenen Landesinteressen, unserem Ziel, Mecklenburg-Vorpommern seinen Platz als gleichberechtigten Partner im Konzert der Bundesländer zu sichern.

Im Paket mit der Neuordnung des Finanzausgleiches geht es auch um die Fortsetzung des Solidarpaktes zum Aufbau Ost nach 2004. In diesem Zusammenhang ist es von großer Bedeutung, dass bereits im Sommer 2000 eine Einigung von Bund und Ländern dahin gehend erreicht wurde, dass die Verabschiedung des Maßstabegesetzes, des Finanzausgleichsgesetzes sowie eine Anschlussregelung für den Solidarpakt II insgesamt abschließend noch in der laufenden Legislaturperiode erfolgen soll. Der Zeitplan sieht so aus: Der Bund wird bis

Mitte Februar einen Kabinettsbeschluss zum Entwurf eines Maßstäbegesetzes herbeiführen. Bis zum Sommer soll eine Einigung über den Bund-Länder-Finanzausgleich und den Solidarpakt II erfolgen, um das Gesamtpaket möglichst bis Ende 2001 abschließen zu können. Denn Sie wissen alle, das Jahr 2002 ist ein Wahljahr und solche Jahre sind immer nicht besonders gut geeignet, um zu vernünftigen Lösungen zu kommen.

Meine Damen und Herren, zur Neuordnung des Bund-Länder-Finanzausgleiches hat am vergangenen Wochenende unter meinem Vorsitz in Wiesbaden eine Sonderkonferenz der Ministerpräsidenten der Länder stattgefunden. Nach zwei Tagen harter Verhandlungen ist der Weg nun frei für einen erneuten Versuch, einen Versuch der Länder, sich aufeinander zuzubewegen und dabei die gegensätzlichen Positionen zunächst einmal zurückzustellen. Ich glaube, damit ist ein wichtiger Zwischenschritt gelungen. Ob das aufgrund der vereinbarten politischen Eckpunkte auch in der praktischen Umsetzung trägt, wird sich in den nächsten Monaten zeigen. Fest steht, bisher hat noch niemand materielle Zugeständnisse gemacht oder materielle Zugeständnisse erhalten.

Meine Damen und Herren, was bedeuten die Beschlüsse von Wiesbaden für unser Bundesland, für uns in Mecklenburg-Vorpommern?

Erstens. Es soll eine Weiterentwicklung des Länderfinanzausgleiches über den Status quo versucht werden, ohne dass wir für uns wesentliche Grundsätze aufgeben.

Zweitens. Ein wesentlicher Eckpfeiler der Ergebnisse von Wiesbaden ist die Bekräftigung, der Aufbau Ost bleibt gesamtstaatliche Aufgabe von Bund und Ländern und zentrales Element der bundesstaatlichen Finanzpolitik auch nach dem Jahre 2004. Es muss sichergestellt werden, dass keine Schlechterstellung der ostdeutschen Länder bei der Neuordnung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen herauskommt.

Drittens. Es ist uns gelungen, die Bestrebungen nach Verwirklichung einer stärkeren Anreizorientierung mit der Aufforderung an die Finanzminister zu koppeln, neue Rechenmodelle zu entwickeln, die von einem Korridor der Belastungen beziehungsweise Entlastungen im Referenzjahr von grundsätzlich plus/minus 12 DM je Einwohner ausgehen, das heißt, kein Bundesland darf stärker als 12 DM je Einwohner be- oder entlastet werden. Bei diesen Modellen können auch Verschiebungen zwischen Umsatzsteueranteilen und Bundesergänzungszuweisungen vorgenommen werden. Man kann mit Fug und Recht sagen, das ist ein Erfolg für die finanzschwachen neuen Länder. Damit ist der Angriff der Länder Bayern, Baden-Württemberg und Hessen auf die Finanzausstattung insbesondere der ostdeutschen Länder abgewendet worden.

Bayern, Baden-Württemberg und Hessen haben mit ihrer Klage vor dem Bundesverfassungsgericht die gemeinsame Finanzverantwortung von Bund und Ländern im solidarischen Bundesstaat in Frage gestellt. Doch für uns in Mecklenburg-Vorpommern heißt das oberste Gebot: In einem föderalen Staat sind Bund und Länder so mit Finanzmitteln auszustatten, dass den Bürgern in allen Regionen annähernd gleiche Lebensverhältnisse geboten werden können. Das ist eins der wesentlichen Ziele der Finanzordnung. Und daran muss sich auch die anstehende Weiterentwicklung des bundesstaatlichen Finanzausgleiches messen lassen. Deshalb darf es bei der anstehenden Neuordnung keine Gewinner und keine Verlierer

geben. Mit der Vereinbarung des so genannten Korridors wurden in diesem Sinne, denke ich, Grenzen eingezogen. Die politische Eigenständigkeit und finanzielle Handlungsfähigkeit aller Länder durch die aufgabengerechte Finanzausstattung muss gewährleistet sein. Da sind sich in diesem Punkt jetzt alle Regierungschefs einig.

Über diese Ergebnisse hinaus wurden in Wiesbaden auch weitergehende Themen zur Modernisierung der bundesstaatlichen Ordnung erörtert. Hier stand der Punkt Entflechtung von Gemeinschaftsaufgaben beziehungsweise Mischfinanzierungen zur Diskussion. Und im Sinne eines politischen Brückenbaus haben sich die Regierungschefs darauf verständigt, mit dem Bund im Zusammenhang mit der Neuordnung des Finanzausgleiches diese Entflechtung zu vereinbaren. Dabei soll es zunächst um eine politische Klärung der Problematik gehen. Und auch an dieser Stelle ist es gelungen, ein Gegengewicht zu den Interessen der Geberländer zu verankern. Die überproportionalen Zuweisungen aus Mischfinanzierungen an die ostdeutschen Länder sollen auch weiterhin für den Aufbau Ost, für die Fortsetzung des Aufbau Ost zur Verfügung stehen, gegebenenfalls sind dafür besondere Regelungen zu schaffen. So ist es in Wiesbaden vereinbart worden. Darüber hinausgehende Vorschläge zur Modernisierung der bundesstaatlichen Ordnung sind weiter zu bearbeiten und spätestens bis zur nächsten Jahreskonferenz im Herbst, also im Oktober 2001, aufzubereiten. Die Finanzministerkonferenz wurde beauftragt, auf der Grundlage der genannten Kriterien Vorschläge für eine konsensfähige Neuregelung des bundesstaatlichen Finanzausgleichs bis zur nächsten Ministerpräsidentenkonferenz am 5. April vorzulegen.

In Wiesbaden hat Mecklenburg-Vorpommern gemeinsam mit den anderen Ländern nochmals seine Erwartung bekräftigt, dass der Bund im Entwurf des Maßstäbegesetzes, des Finanzausgleichsgesetzes und des Solidarpaktes II seiner gesamtstaatlichen Verantwortung voll und ganz gerecht wird.

Meine Damen und Herren, die Fortsetzung des Aufbau Ost steht für uns in Mecklenburg-Vorpommern bei den Verhandlungen zum Bund-Länder-Finanzausgleich an zentraler Stelle.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Die ostdeutschen Ministerpräsidenten haben sich vom Bundeskanzler zuletzt im Januar dazu wichtige Zusagen geben lassen und sie haben wichtige Zusagen erhalten – so die Zusage, dass der neue Solidarpakt eine längerfristige Perspektive geben muss, auch um Planungssicherheit zu gewährleisten und Investitionen zu fördern. Die Zusage, dass der Bund die Gutachten der fünf Institute zum Umfang der Infrastrukturlücke von 300 Milliarden DM in den neuen Ländern als Ausgangsbasis für die konkreten Verhandlungen anerkannt hat, ist, denke ich, auch als Erfolg zu werten

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der SPD und PDS)

wie auch die Zusage, dass der Bund sich zu seiner besonderen Verantwortung für die neuen Länder bekennt und daher – das ist ganz wichtig – den Solidarpakt II im Maßstäbegesetz verankert.

Meine Damen und Herren, wir dürfen beim Aufbau Ost nicht stehen bleiben. Wir haben erst die Hälfte der Weg-

strecke zurückgelegt und wir dürfen in unseren Anstrengungen um eine selbsttragende Wirtschaftsentwicklung in Ostdeutschland nicht nachlassen, gerade auch mit Blick auf die nach wie vor großen Unterschiede in der Wirtschaftskraft zwischen Ost und West.

Die Grundpositionen der neuen Länder für die weiteren Verhandlungen sind klar:

Erstens. Der Solidarpakt II soll nicht hinter dem Volumen der bisher für den teilungsbedingten Nachholbedarf eingesetzten Mittel zurückbleiben.

Zweitens. Für einen Zeitraum von zehn Jahren ist nach Auffassung aller ostdeutschen Ministerpräsidenten in der Summe der verschiedenen Maßnahmen ein jährlicher Betrag von circa 30 Milliarden DM erforderlich. Und für die Zeit danach ist eine Anschlussregelung vorzusehen.

Drittens. Die Notwendigkeit des Solidarpaktes II ist im Maßstäbengesetz zu berücksichtigen, womit die Langfristigkeit der Aufgabenstellung des Aufbau Ost betont wird.

In diesen Forderungen müssen die ostdeutschen Länder zusammenstehen wie ein Mann. Gemeinsam werden wir uns mit dem Bundeskanzler und dem Bundestagssonderausschuss Maßstäbengesetz/Finanzausgleich in Verbindung setzen und den kontinuierlichen Dialog weiterführen.

Meine Damen und Herren, die Verhandlungen zum Maßstäbengesetz, zum Länderfinanzausgleich und zum Solidarpakt II befinden sich in einer wichtigen Phase. Aber das Ringen steht erst am Anfang und für die anstehenden Verhandlungen haben wir uns gute Startpositionen gesichert. Ab jetzt wird es Schlag auf Schlag gehen. Für uns in Mecklenburg-Vorpommern gilt es, Geschlossenheit zu zeigen und gemeinsam zu kämpfen,

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS)

gemeinsam zu kämpfen für einen fairen Finanzausgleich in einem solidarischen föderalen Staat, für unseren Platz als gleichberechtigter Partner im Kreis der Bundesländer und für die finanzielle Handlungsfähigkeit Mecklenburg-Vorpommerns auch in Zukunft. Und da sind alle gesellschaftlichen Kräfte unseres Landes gefordert. Deshalb rufe ich alle Akteure auf zum gemeinsamen Handeln, zu einer Allianz für Mecklenburg-Vorpommern.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS – Siegfried Friese, SPD: Richtig!)

Wir müssen an einem Strang ziehen – Opposition wie Regierung und Gewerkschaften wie Arbeitgeberverbände –, damit unser Land auch in Zukunft eigenständig und handlungsfähig bleibt. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke, Herr Ministerpräsident.

Das Wort hat jetzt der Fraktionsvorsitzende der Fraktion der CDU Herr Rehberg.

Eckhardt Rehberg, CDU: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Fraktion der CDU begrüßt die Tatsache, dass das Parlament angesichts der aktuellen Entwicklungen im Rahmen der Debatte zum Länderfinanzausgleich sich noch einmal mit dieser für die Zukunft des Landes so außerordentlich bedeutsamen Frage beschäftigt.

Gerade deswegen möchte ich aber allen hier versammelten Abgeordneten noch einmal ins Gedächtnis rufen, dass es die CDU-Fraktion war, die am 19. Oktober 2000 einen inhaltlich fundierten Antrag zur möglichen Zukunft des Aufbau Ost in dieses Plenum einbrachte. Erwartungsgemäß wurde dieser Antrag, wie so viele andere, von SPD und PDS abgelehnt. Herr Ministerpräsident, so viel dazu, wie Sie daran interessiert sind, mit der Opposition konstruktiv zusammenzuarbeiten.

(Beifall Wolfgang Riemann, CDU, und Jörg Vierkant, CDU)

Man muss nicht in allen Punkten einer Meinung sein, aber die Ausschüsse wären ab dem Herbst vergangenen Jahres schon der geeignete Ort gewesen, dass die Landesregierung das Parlament zeitnah unterrichtet hätte und dass man sich in den Argumenten ausgetauscht hätte. Aber Sie lehnten die Überweisung unseres Antrages ab, obgleich uns die Finanzministerin damals schon zur konstruktiven Mitarbeit aufgefordert hatte. Ich kann also vor diesem Hintergrund sagen, dass unsere Fraktion ihre Hausaufgaben in dieser Frage gemacht hat. Und möglicherweise hätten ja die Ausschussberatungen sogar zu einem Konsens geführt,

(Wolfgang Riemann, CDU: Richtig.)

der für die Verhandlungsposition unseres Landes hilfreich gewesen wäre. Sie haben sich dieser Konsenssuche verweigert und tragen dafür die volle politische Verantwortung.

(Beifall Wolfgang Riemann, CDU, und Steffie Schnoor, CDU)

Wer sich nun in den vergangenen Tagen die Pressestimmen zum Verhandlungsergebnis der Ministerpräsidenten und Regierungschefs in Wiesbaden am vergangenen Wochenende anschaut, muss zum Ergebnis kommen, dass man sich auf den kleinsten gemeinsamen Nenner geeinigt und im Prinzip dem Bund den schwarzen Peter zugespielt hat. Es ist zu konstatieren, dass weit mehr Fragen offen geblieben sind, als beantwortet werden konnten. Von einem inhaltlichen Durchbruch zu sprechen fällt schwer.

(Siegfried Friese, SPD: Genau so argumentiert das „Neue Deutschland“. – Angelika Gramkow, PDS: Das ist überhaupt gar nicht wahr. – Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD, CDU und PDS)

Es gibt nun einen Unterschied, Herr Friese.

(Unruhe und Heiterkeit bei den Abgeordneten)

Herr Friese, es gibt nun wahrhaftig einen Unterschied.

(Peter Ritter, PDS: Das scheint mir die meistgelesene Zeitung in Deutschland zu sein.)

Ich habe vor 1989 das „Neue Deutschland“ nicht gelesen und ich tue es heute auch nicht. Das ist der entscheidende Unterschied. Und ich stelle, Herr Friese,

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

ich stelle Ihnen die Frage: Sind Sie wirklich derjenige, der – mit Ihrer fachlich fundierten Kenntnis – das heutige System des Länderfinanzausgleichs mit seinen drei Phasen, dem vertikalen und horizontalen Finanzausgleich zuzüglich Solidarpakt II

(Wolfgang Riemann, CDU:
Aber Herr Friese doch nicht! –
Minister Dr. Gottfried Timm: Das kennt er.)

und das, was im Bundeshaushalt für die neuen Bundesländer drinsteht, einschätzen kann und dann die Entwicklung der letzten Wochen und Monate und das, was in Wiesbaden besprochen worden ist, beurteilen kann? Herr Friese, ich muss Ihnen sagen, ich bezweifle das im hohen Maße.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der SPD –
Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Minister Dr. Gottfried Timm: Nee, nee, das brauchen Sie nicht. Das kann er alles. –
Dr. Gerhard Bartels, PDS: Aber Sie können es, Herr Rehberg.)

Der bundesstaatliche Finanzausgleich, so ein Punkt in Wiesbaden, soll verfassungskonform fortentwickelt werden. Na was denn sonst, möchte man fragen. Der nächste Punkt: Der Aufbau Ost bleibt eine gesamtstaatliche Aufgabe von Bund und Ländern. Hat dieses vorher jemand in Abrede gestellt?

(Wolfgang Riemann, CDU:
Bei Schröder weiß man nie so genau.)

Und der nächste Punkt: Erstmalig ist die Rede von einer stärkeren Anreizorientierung, die den Ländern einen höheren Selbstbehalt als die bisherigen 14 DM bei den Steuereinnahmen gewährleistet. Auf lange Sicht erscheint dieses Ziel als durchaus wünschenswert. Kurz- und mittelfristig dürfte dieses unser Land allerdings nicht wirklich voranbringen.

Trotzdem begrüßen wir es, dass auch die Landesregierung erstmalig dem Anliegen der Geberländer in dieser Richtung ein Stück weit gefolgt ist. Dass eine Reihe von Sozialdemokraten einen Steuerwettbewerb auch der Länder untereinander scheuen wie der Teufel das Weihwasser, ist bekannt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich möchte auch noch mal ein Stück zur Wahrheitsfindung beitragen. Ich hoffe, Herr Ministerpräsident Ringstorff, dass der Bundesfinanzminister Eichel nun wirklich der richtige Partner in all den Punkten ist, die Sie angesprochen haben. Es muss der Wahrheit halber nämlich noch einmal in Erinnerung gerufen werden, dass es der damalige hessische Ministerpräsident und heutige Bundesfinanzminister Eichel war, der sich genau für ein solches Modell des Länderfinanzausgleiches stark gemacht und vor dem Verfassungsgericht gemeinsam mit Bayern und Baden-Württemberg geklagt hat.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Ministerin Sigrid Keler: Nicht gemeinsam.)

Ich bin schon sehr gespannt, ob und wie Sie ihn in den Verhandlungen mit dem Bund vom Gegenteil werden überzeugen können. Da Sie ja sonst vorbehaltlos seine Politik auf Kosten der neuen Länder unterstützen, müsste er doch eigentlich zu einem gewissen Entgegenkommen bereit sein.

Nun hört man aus dem Munde der Finanzministerin, einen Wettbewerb der Länder, besonders im Rahmen der Bemühungen, neue Unternehmen im jeweiligen Land anzusiedeln, gebe es doch bereits. Solche Aussagen waren erst wieder auf der Tagung der IHK zu Schwerin zur Zukunft des Länderfinanzausgleichs am 22. Januar die-

sen Jahres zu vernehmen. Frau Ministerin, wenn das Ihr Kriterium für Wettbewerb der Länder ist, dann müssten Sie hier und heute offen eingestehen, dass Sie in diesem Ringen bislang eine mehr als miserable Figur abgegeben haben.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der CDU – Angelika Gramkow, PDS:
Das ist wirklich frech und gemein.)

Seit SPD und PDS in Schwerin regieren, konnten Sie auch nicht eine einzige nennenswerte Neuansiedlung auf Ihrem Konto verbuchen. Nein, Transrapid, Airbus,

(Heiterkeit bei Angelika Gramkow, PDS)

Bundeswehrstandorte sprechen eine Sprache für sich.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der CDU – Dr. Gerhard Bartels, PDS:
Das Transrapid-Syndrom der CDU.)

Wissen Sie, was die Menschen für ein Syndrom, Herr Ritter, in diesem Land haben?

(Dr. Gerhard Bartels, PDS: Ich bin Herr Bartels.)

Herr Bartels, Entschuldigung.

(Dr. Gerhard Bartels, PDS: Machen Sie mich nicht kleiner, als ich bin!)

Dass sie konstatieren müssen zum Jahresende 2000 die wenigste Beschäftigung, die höchste Arbeitslosigkeit und insbesondere die höchste Jugendarbeitslosigkeit seit Jahren – das ist das Ergebnis Ihrer Politik!

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der
CDU – Wolfgang Riemann, CDU:
Da geht es wirklich voran.)

Und was noch dazu kommt – und das lässt Sie offenbar völlig kalt –, ist, dass in dessen Folge in den letzten drei Jahren die Abwanderung gerade junger Leute dramatisch in diesem Land zugenommen hat, aber dramatisch zugenommen hat. Und das, das muss ich Ihnen sagen, lässt mich nicht kalt, und schon gar nicht als Vater von zwei Kindern, die knapp über 20 sind.

(Dr. Gerhard Bartels, PDS: Vielleicht lässt Sie auch der Rückblick auf Ihre eigene Politik nicht kalt. Vielleicht!)

Das kann mich nicht kalt lassen. Wenn Sie das kalt lässt, Ihre Daten, die Sie vorzuweisen haben,

(Dr. Gerhard Bartels, PDS: Ja, kümmern Sie sich mal um sich selber, Herr Rehberg!)

dann verstehe ich Sie nicht mehr, Herr Bartels. Das kann einen nicht kalt lassen in Mecklenburg-Vorpommern,

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Wolfgang Riemann, CDU: Richtig. –
Dr. Gerhard Bartels, PDS: Und die Reparatur überlassen Sie mal uns!)

dass aufgrund Ihrer Politik gerade junge motivierte Leute in den Westen gehen. Gucken Sie sich mal die Zahlen an, wie viele Lehrer unter 30 Jahren, die im Schuldienst sind, weggehen und wie viele erst gar nicht anfangen!

(Andreas Bluhm, PDS: Da hatten wir ja auch '92 ein Problem. Da haben wir ja gestern schon drüber geredet. – Dr. Gerhard Bartels, PDS: Reden Sie mal über Ihre Reparaturen und lassen Sie mal unsere unsere Sorge sein!)

Das ist auch ein bezeichnendes Zeichen Ihrer Politik. Schaffen Sie Rahmenbedingungen, dass die Menschen in diesem Land bleiben! Ansonsten können wir über den Länderfinanzausgleich ohne Ende verhandeln. Dann werden wir jedes Jahr Tausende an Einwohnern verlieren und dann gehen die Finanzzuweisungen ganz automatisch herunter – das ist auch eine Tatsache –, denn die Pro-Kopf-Zuweisungen werden wir wohl nicht verändern können.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, beim Entlastungskorridor in Höhe von 12 DM je Einwohner hieße das für Mecklenburg-Vorpommern, schlimmstenfalls mit einem jährlichen Verlust von über 20 Millionen DM rechnen zu müssen. Im Ergebnisprotokoll der Verhandlung steht in diesem Zusammenhang der Zusatz: „Bei diesen Modellrechnungen können auch Verschiebungen zwischen Umsatzsteueranteilen und Bundesergänzungszuweisungen vorgenommen werden.“

Noch einmal: Auch diese Variante war in unserem damaligen Antrag vorgesehen und hätte nach Berechnungen des DIW Mecklenburg-Vorpommern ein Plus in Höhe von 77 Millionen DM gebracht. Auch dieses haben Sie damals abgelehnt. Nach jetzigem Stand ist demgegenüber überhaupt nicht gewährleistet, dass unser Land per Saldo positiv abschneidet, denn es ist angesichts der derzeitigen Situation noch nicht klar, ob Sie mit Ihrer Anerkennung der so genannten Einwohnerveredlung in der bislang geltenden Höhe von 135 Prozent unserem Land einen wirklichen Gefallen getan haben.

Es muss dann schon in diesem Zusammenhang, Herr Ministerpräsident, nachdrücklich darauf hingewiesen werden, dass das Modell der Länder Baden-Württemberg, Bayern und Hessen für Mecklenburg-Vorpommern einen Einnahmezuwachs in Höhe von 95 Millionen DM bedeutet hätte, während das so genannte Reformmodell, dessen Anwendung ja ironischerweise gerade möglichst wenig Reformen im deutschen Föderalismus implizieren würde, für Mecklenburg-Vorpommern ein Plus von 17 Millionen DM vorsah.

Nun, mir ist schon klar, dass diese Differenz in allererster Linie auf Kosten der Stadtstaaten gegangen wäre. Deshalb war es wohl auch ein Versuch, Länderfronten aufzubrechen. Doch wie gesehen haben wir für unsere Interessen ein so deutliches Faustpfand noch nicht in unserer Hand, garantieren es aber anderen. Ob deren besondere Gewichtung ökonomisch und verfassungsrechtlich in dieser Höhe gerechtfertigt ist, war, ist und bleibt strittig. Ich möchte nur daran erinnern, dass Hamburg die zweitreichste Region Europas ist.

Nach dem jetzigen Stand haben wir weder das eine noch das andere Modell realisiert, sondern können jetzt stattdessen umfangreiche Planspiele durchführen, die alle schlimmstenfalls die Rechnung ohne den Wirt, nämlich den Bund, machen werden, denn dieser hat sich ja bislang überhaupt noch nicht zu dem ganzen Problemkomplex geäußert. Es ist dann schon ziemlich erstaunlich, dass über ganz konkrete Zahlen in aller Öffentlichkeit gesprochen wird, obwohl das Bundesverfassungsgericht dem Gesetzgeber aufgetragen hat, bis Anfang 2003 im Rahmen eines so genannten Maßstäbegesetzes verständliche und nachvollziehbare Kriterien zu beschließen, nach denen Bund und Länder künftig die Steuereinnahmen unter sich aufteilen. Von der Logik her kann es auch gar nicht anders sein,

(Heiterkeit bei Angelika Gramkow, PDS)

als dass ich eben erst diese Maßstäbe konkretisieren muss und mich dann um die sich daraus abzuleitenden Summen streite. Offenbar ist jetzt der umgekehrte Weg geplant.

(Heiterkeit bei Angelika Gramkow, PDS:

Ich habe gar nicht gewusst, dass Herr Rehberg so blaue Augen hat.)

Das heißt, ich lege erst die Summen fest und passe die Maßstäbe dann so an, dass sie zu jenen kompatibel sind.

Dass die Hoffnungen der Länder gegenüber dem Bund auf nicht gerade standfesten Füßen stehen, wird ja dann auch in der Formulierung der Regierungschefs deutlich, die da lautet: „Sie“ – die Länder – „gehen davon aus, dass der Bund mit dem Entwurf des Maßstäbegesetzes die gemeinsame Position der Länder berücksichtigt.“ Das bedeutet doch aber im Umkehrschluss, dass das gesamte in Wiesbaden erzielte Ergebnis möglicherweise auf Treibsand gebaut ist. Ob und in welcher Form der Bund die Länderpositionen in dieser Form berücksichtigt, ist also gänzlich offen und der erwähnte Korridor von 12 DM somit eine denkbare Option, die sich aber genauso gut und genauso schnell wieder in Luft auflösen kann.

Eine einzige Enttäuschung stellt auch die Tatsache dar, dass bei der Frage der bislang geltenden hälftigen Einbeziehung der Gemeindesteuern in den Länderfinanzausgleich nicht die geringsten Fortschritte erzielt werden konnten.

(Angelika Gramkow, PDS:

Ja, an wem liegt denn das?)

Wenn ich im Rahmen des Länderfinanzausgleichs

(Angelika Gramkow, PDS: Herr Rehberg?! –

Dr. Gerhard Bartels, PDS: Darüber redet er lieber nicht.)

die finanzielle Leistungsfähigkeit von Regionen betrachte,

(Angelika Gramkow, PDS: Haben Sie

gerade das Geberlandmodell gelobt? –

Dr. Gerhard Bartels, PDS: Geli, darüber

redet er nicht. – Angelika Gramkow, PDS:

Gerade so, wie es passt.)

muss ich selbstverständlich immer Land und Kommunen zusammennehmen. Um deutlich zu machen, über welche finanziellen Größenordnungen ich in diesem Zusammenhang spreche: Insgesamt käme für Mecklenburg-Vorpommern bei einer vollen Anrechnung ein Plus von 631 Millionen DM heraus. Es ist zwar unrealistisch anzunehmen, dass man in dieser Frage die eigene Position in voller Höhe hätte durchsetzen können, aber, wie gesagt, wir haben nicht einmal eine Brotkrume erhalten.

(Angelika Gramkow, PDS: Das ist

doch offen. Das wissen Sie doch! –

Heiterkeit bei Ministerin Sigrid Keler

und Angelika Gramkow, PDS)

Und auch ein weiterer Punkt lässt erkennen, dass man eben nicht ...

Frau Gramkow, was ich jetzt nicht verstehe, ist, da Sie offenbar alles wissen, warum Sie diesen Antrag gestellt haben, dass die Landesregierung darüber berichtet.

(Angelika Gramkow, PDS: Das habe ich gesagt, warum wir ihn gestellt haben.)

Das ist vollkommen fragwürdig. Besser wäre es gewesen, wir hätten im Oktober einen inhaltlich fundierten Antrag in die Ausschüsse überwiesen

(Wolfgang Riemann, CDU: Genau! Genau!)

und uns dann eine gemeinsame Position aufgebaut.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Aber offenbar sind Sie nicht mal ansatzweise an einer konstruktiven Zusammenarbeit mit der CDU-Opposition in diesem Land interessiert.

Und auch insoweit fällt es mir natürlich schwer, Frau Kollegin Gramkow, die Position unseres Landes – weil ich sie ja gar nicht kenne, sie ist ja nirgendwo fixiert – gegenüber Ministerpräsidenten wie Erwin Teufel, Edmund Stoiber oder Roland Koch deutlich zu machen. Das kann ich ja gar nicht tun. Ich weiß nicht, welche Haltung das Land in den einzelnen Punkten, was Länderfinanzausgleich und Solidarpakt betrifft, einnimmt.

(Angelika Gramkow, PDS: Er hat nicht zugehört. – Heiterkeit bei Wolfgang Riemann, CDU:
Das soll ja jetzt Herr Dr. Knapp richten.
Da warten wir noch drauf. – Zuruf von
Dr. Christian Beckmann, CDU)

Ja, gut. Also über die Versorgungsmentalität dieser Landesregierung gegenüber Personen, die sie gerne hin und her schiebt, will ich jetzt nicht debattieren. Das können wir vielleicht noch zu einem späteren Tagesordnungspunkt realisieren.

Und auch ein weiterer Punkt lässt erkennen, dass man eben nicht davon sprechen kann, dass, wie es in der Öffentlichkeit hieß, der Osten keine Verluste erleiden würde. Im Punkt 2 des Ergebnisprotokolls heißt es im Zusammenhang mit der Problematik der Mischfinanzierung, darunter die GA, „zu gewährleisten, dass die überproportionalen Zuweisungen aus Mischfinanzierungen an die ostdeutschen Länder auch weiterhin für die Fortsetzung des Aufbau Ost zur Verfügung stehen“. Wenn man sich diese Formulierung genau anguckt, stellt man recht schnell fest, dass von einer absoluten Höhe der Zuweisungen aus den Mischfinanzierungen nicht die Rede ist. Das bedeutet aber nichts anderes, als dass die Konferenz in Wiesbaden nicht einmal eine Mindestausstattung im Rahmen solcher Programme gefordert hat und der Bund nunmehr einen großzügigen Spielraum hat, auch an dieser Stelle entsprechende Kürzungen vorzunehmen, wie er es in der Vergangenheit getan hat.

Meine Damen und Herren, da genügt schon ein Blick auf die Erstattungsbeiträge des Bundes für Infrastrukturmaßnahmen und betriebliche Investitionen, die von 285,6 Millionen DM in 2000 auf 213,3 Millionen DM in diesem Jahr absinken. Warum diese Entwicklungstendenz sich nach 2005 ändern sollte, bleibt mir nach dem jetzigen Kenntnisstand unerfindlich.

Da kann ich auch nicht der Aufforderung des Präsidenten der IHK zu Schwerin Herrn Liesberg folgen, der Bundeskanzler möge doch nun nach zwei Jahren im Amt den Aufbau Ost endlich zur Chefsache zu machen. Dies kommt nach den bisherigen Erfahrungen ja vielmehr einer Drohung gleich.

(Wolfgang Riemann, CDU: So ist es.)

Meine Damen und Herren! Zu begrüßen ist hingegen, dass die Formulierung aufgenommen wurde, in Verhandlungen mit dem Bund überhaupt auf eine Entflechtung von Gemeinschaftsaufgaben/Mischfinanzierungen hinzuwirken. Dieses kann die Eigenverantwortlichkeit und den individuellen Gestaltungsspielraum der Länder erhöhen. Wir sehen es ja alljährlich in den Haushaltsberatungen, dass die Handlungsmöglichkeiten des Landes und insbesondere des Landtages durch die zahlreichen Mischfinanzierungsprogramme stark eingeschränkt sind. Wenn es hier zu Änderungen kommen sollte, könnten wir dieses nur positiv bewerten.

Selbiges gilt für die Formulierung, dass die Arbeitsgruppe unter der Federführung Bayerns und Bremens bis zur Jahreskonferenz der Ministerpräsidenten unter anderem zum Thema „Stärkung der Gesetzgebungsbefugnisse der Länder“ bislang vorliegende Vorschläge aufbereitet. Die Crux dabei ist aus Sicht meiner Fraktion in ihrer Rolle als Opposition allerdings, dass man unserem Land, so lange SPD und PDS Verantwortung tragen, einen höheren eigenen Entscheidungsspielraum eigentlich gar nicht wünschen kann. Insofern kann ich für den Zeitraum des Solidarpaktes II, den ich auf 10 bis 15 Jahre vorschlage, nur die Hoffnung aussprechen, dass ein Kompromiss derart gefunden wird, dass die Projekthoheit so weit wie möglich bei den Ländern liegen sollte, die Mittelzuweisungen aber investiv gebunden sind. Denn ohne Zweckbindung besteht die Gefahr, dass – und dafür ist unser Land leider nach wie vor ein sehr unruhliches negatives Beispiel – die Zuweisungen entweder für Zwecke der Haushaltskonsolidierung, ich denke nur an die Substitution von EFRE-Mitteln, missbraucht oder für politische Spielwiesen verwendet werden.

(Hannelore Monegel, SPD:
Missbrauch! Missbrauch!)

Beides kann nicht im Interesse dieses Landes sein.

(Wolfgang Riemann, CDU: Der vierte Arbeitsmarkt wird dann aufgebaut.)

Und wenn ich mir Ihr Haushalts-Ist, Frau Finanzministerin, für das Jahr 2000 anschau, dann werden Sie in den nachfolgenden Verhandlungen sehr schlecht dastehen.

(Hannelore Monegel, SPD:
Finanzaffären gibt's nur bei Rot-Rot.)

Da rühmen Sie sich weiterhin, die Investitionen noch einmal im Wege des Haushaltsvollzuges um 80 Millionen DM gekürzt zu haben.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten
der SPD und PDS)

Damit haben Sie wiederum ein Investitionsvolumen in dreistelliger Millionenhöhe nicht ausgelöst und damit die Schaffung oder Erhaltung von mehreren tausend Arbeitsplätzen nicht erwirkt. Und, meine Damen und Herren, die Schere zwischen der Höhe der Personalausgaben und der Investitionsausgaben hat sich noch einmal vergrößert. Lag die Differenz im Soll noch bei ohnehin schon dramatischen 18,8 Prozent, so liegt sie nun bei sage und schreibe 20,5 Prozent.

Meine Damen und Herren, Herr Ministerpräsident, Frau Finanzministerin, ich glaube, Sie haben keine guten Karten mit den Daten, die das Land Mecklenburg-Vorpommern vorzuweisen hat. Wie wollen Sie begründen, dass Mecklenburg-Vorpommern landesseitig mit die höchsten Personalkosten pro Einwohner deutschlandweit hat,

(Ministerin Sigrid Keler: Das mache ich gern.)

im Gegensatz dazu die Kommunen aber mit die niedrigsten Personalkosten?

(Beifall Dr. Christian Beckmann, CDU –
Dr. Armin Jäger, CDU: Genau so ist es.)

Wie wollen Sie begründen, die aufgeblähteste Landesverwaltung in Deutschland zu haben? Wie wollen Sie begründen, dass Sie einschließlich der Mittelfristigen Finanzplanung bis zum Jahr 2004 planen, die Investitionen um 800 Millionen Mark gegenüber 1998 abzusenkten?

(Hannelore Monegel, SPD: Dass wir die größte Verschuldung unter CDU hatten.)

Und, meine Damen und Herren, wie wollen Sie weiter begründen, und das ist eben das Fatale, was deutschlandweit herumschwirrt, dass Sie – oder Ihr Koalitionspartner PDS – vorhatten, 5.000 Stellen im öffentlichen Beschäftigungssektor zu schaffen? Angekommen, Frau Finanzministerin, ist deutschlandweit, dass Sie 5.000 zusätzliche Stellen im öffentlichen Dienst schaffen wollen. Und hier müssen Sie erst mal wirklich, aus meiner Sicht, damit Sie gute Karten bei den Verhandlungen zum Länderfinanzausgleich haben, zeigen, dass Sie gewillt sind, selber auch den Begriff „Aufbau Ost“ mit eignen Taten im Landeshaushalt auszufüllen.

(Beifall Wolfgang Riemann, CDU: Richtig.)

Ich glaube, das ist ganz entscheidend.

Und das Zweite ist, dass Sie endlich darangehen müssen zu zeigen, dass Sie auch wirklich einen Boden bereiten, damit Wirtschaft sich in Mecklenburg-Vorpommern entwickeln kann, und zwar sich so, Herr Ministerpräsident, entwickeln kann, dass die Schere zwischen West und Ost nicht weiter auf-, sondern zugeht. Und Ihnen werden auch nicht die buchhalterischen Tricks nützen, die Sie zum Beispiel anwenden, wenn Sie vom Wirtschaftswachstum reden. Herr Ministerpräsident Ringstorff, drei Prozent von 300.000 sind immer noch mehr als drei Prozent von 240.000. Und sagen Sie den Menschen und sagen Sie auch gegenüber dem Bundeskanzler endlich deutlich, wenn wir nicht das zweieinhalb- bis dreifache Wirtschaftswachstum im Osten bekommen, dann werden wir den Aufbau Ost nicht bewerkstelligen. Da können wir debattieren, wie wir wollen. Das heißt, wir brauchen weiter – ich komme zum Schluss – nicht nur eine kleinteilige Debatte über den Länderfinanzausgleich, sondern wir brauchen wirklich das Engagement des Bundes im Solidarpakt und im Bundeshaushalt.

Und lassen Sie mich zum Schluss eins sagen: Herr Ministerpräsident Ringstorff, ich kann mich sehr gut an Ihre Reden 1992/93 zum föderalen Konsolidierungspaket erinnern. Ich will Sie nur an eins erinnern: Der Bund hat damals zu über 90 Prozent auf seine Kosten von 95 auf 99,5 Prozent die Einkommenssituation im Schnitt gegenüber den alten Bundesländern verbessert. Auf seine Kosten! Damals hieß der Bundeskanzler Helmut Kohl. Ich erwarte, dass der Bund bei dieser komfortablen Situation, zum Beispiel UMTS-Erlöse, dass Herr Schröder und Herr Eichel wirklich nicht wortbrüchig werden, sondern dass Ihnen der Aufbau Ost wirklich eine Herzenssache ist, ansonsten hatten die Tränen von Herrn Eichel im Deutschen Bundestag zur Debatte „10 Jahre Deutsche Einheit“ wenig Sinn. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke, Herr Rehberg.

Das Wort hat jetzt die Finanzministerin Frau Keler.

Ministerin Sigrid Keler: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Herr Rehberg, falls Sie bald wieder rausgehen, will ich mal ein paar Punkte vorwegsagen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS – Heiterkeit bei Minister Dr. Wolfgang Methling – Eckhardt Rehberg, CDU: Ich mache das immer so wie Sie. Da sind Sie das große Vorbild, nicht da zu sein oder rauszugehen. – Zuruf von Martin Brick, CDU)

Also, ich gehe mal davon aus, dass wir über den Haushaltsvollzug 2000 bei der nächsten Landtagsdebatte hier reden werden, und so, wie die Zahlen sind, bin ich nicht so ganz glücklich darüber. Das habe ich überall gesagt und ich habe in keinem Interview oder irgendwo es gut gefunden, dass wir die Investitionen nicht in dem Umfang realisiert haben. Aber ich denke, im Verhältnis zu den anderen Ländern – und das werden wir Ihnen dann vorlegen – können wir uns sehen lassen.

(Wolfgang Riemann, CDU: Mit der höchsten Jugendarbeitslosigkeit, Frau Keler, oder womit können wir uns sehen lassen?)

Herr Riemann, Sie wissen ganz genau, wie Zahlen zustande kommen, und wenn das jetzt nicht den Rahmen hier sprengen würde, würde ich Ihnen gerne mal die Zahlen sagen.

(Heiterkeit bei Wolfgang Riemann, CDU: Ich habe sogar eine Wette gewonnen mit Ihrem Mitarbeiter, Frau Keler, weil ich bei Personalausgaben richtig lag.)

Meinerseits steht noch ein anderes Angebot. Ich habe es Ihnen schon bei Ihrem Antrag zum Aufbau Ost gesagt, ich bin jederzeit bereit, in Ihre Fraktion zu kommen, ich bin auch jederzeit bereit, in den Ausschüssen über den Verhandlungsstand des Länderfinanzausgleiches Ihnen Informationen zu geben.

(Eckhardt Rehberg, CDU: Sie hätten den Antrag in die Ausschüsse überweisen sollen, Frau Keler. Auch Sie haben dagegen gestimmt. – Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU – Angelika Gramkow, PDS: Dazu kommen wir gleich!)

So, und das Dritte ist, Herr Riemann, noch ganz schnell zu den wirtschaftlichen Daten.

(Wolfgang Riemann, CDU: Bevor ich dann rausgehe.)

Sie wissen ganz genau, dass Mecklenburg-Vorpommern im Jahr 2000 den größten Zuwachs am Bruttoinlandsprodukt hatte in den ostdeutschen Ländern

(Wolfgang Riemann, CDU: Und den höchsten Zuwachs bei der Jugendarbeitslosigkeit und den niedrigsten Beschäftigungsstand.)

und den höchsten oder zweithöchsten Zuwachs bei den Steuereinnahmen. Also reden Sie das Land nicht ständig schlecht!

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der PDS – Harry Glawe, CDU: Da kann einem schlecht werden.)

Auf der Konferenz in Wiesbaden ist es unter der geschickten Verhandlungsführung unseres Ministerpräsidenten gelungen,

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Wolfgang Riemann, CDU: Nichts zu erreichen.)

den Griff der Klageländer in die Kassen der neuen Länder und der armen westdeutschen Länder abzuweisen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der PDS – Angelika Gramkow, PDS: Sehr richtig!)

Und das können Sie nun halten, wie Sie wollen,

(Angelika Gramkow, PDS: Das haben wir ja gerade gehört, dass die CDU das nicht will. – Zuruf von Harry Glawe, CDU – Angelika Gramkow, PDS: Sie müssen das Papier lesen.)

es ist ein großer Erfolg, wenn man wusste, wie tief eigentlich vorher die Gräben waren.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Meine Damen und Herren, um Ihnen die Ausgangslage für diese Verhandlungen zu verdeutlichen, möchte ich Ihnen noch einmal kurz den Verhandlungsverlauf der letzten Monate darlegen: Auf die Klage der Bundesländer Bayern, Baden-Württemberg und Hessen gegen den Länderfinanzausgleich mit dem Ziel, deren Geberanteile zu verringern, sprach das Bundesverfassungsgericht am 11.11.1999 das Urteil. Und Herr Rehberg hat nicht ganz Unrecht, bei dem ersten Solidarpakt und Länderfinanzausgleich hat der Bund kräftig draufgezahlt. Er hat nämlich sieben Prozentpunkte Umsatzsteuer rübergeschoben an die Länder.

(Beifall Angelika Gramkow, PDS)

Deshalb ist es ja umso verwerflicher, dass gerade diese reichen Länder jetzt auf einmal beklagen, dass sie so viel Geld rüberschieben müssen.

(Eckhardt Rehberg, CDU: Dann sagen Sie danke schön.)

Das ist doch der Punkt. Das ist doch die Gemeinheit!

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS – Eckhardt Rehberg, CDU: Also ich entnehme Ihren Worten, dann sagen Sie danke schön zu Helmut Kohl und Theo Waigel. – Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS – Beifall Wolfgang Riemann, CDU)

Nicht nur danke schön, Helmut Kohl, sondern danke schön an alle die Länder, die damals mitgestimmt haben, denn es war ein 16-zu-0-Beschluss, Herr Rehberg.

(Eckhardt Rehberg, CDU, und Wolfgang Riemann, CDU: Sehen Sie! Sehen Sie! – Harry Glawe, CDU: Ja, wenn man den Vorteil hat, dann ist doch das klar!)

Dieses Urteil im Bundesverfassungsgericht hat erst mal festgestellt, es wird an dem geltenden Finanzausgleich grundsätzlich festgehalten, es werden keine qualitativen Aussagen zum Finanzausgleich gemacht und für ein Maß-

stäbegesetzt transparente begründete Grundsätze für den Finanzausgleich verlangt.

Für die Länder insgesamt und den Bund war das Urteil die Verpflichtung, Maßstäbe für den Finanzausgleich sachgerecht darzulegen und gesetzlich zu verankern. Für die klagenden Länder war der Versuch, den Finanzausgleich grundsätzlich auszuhebeln, gescheitert. Sie reagierten auf das Urteil mit einer großen Kampagne in der Öffentlichkeit, die das Ziel hatte, ihre politischen Absichten nun im Wege von Verhandlungen zu erreichen. Zehn Bundesländer haben sich im „Hannoveraner Kreis“, der übrigens schon vor dem Urteil in Karlsruhe kontinuierlich zusammengearbeitet hatte, hinsichtlich der Erarbeitung solcher Maßstäbe und Modelle noch fester zusammengeschlossen. Es sind die Länder Niedersachsen, Bremen, Hamburg, Berlin, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt, Brandenburg, Schleswig-Holstein, Saarland und Rheinland-Pfalz. Sie merken schon, zwei arme Länder fehlen,

(Eckhardt Rehberg, CDU: Ich denke, es gibt keine armen Länder?)

nämlich Sachsen und Thüringen.

(Wolfgang Riemann, CDU: Sie reden doch Sachsen und Thüringen schlecht, Frau Keler. – Eckhardt Rehberg, CDU: Es geht darum, dass Sie andere Länder schlecht reden!)

Und es sind neue und alte Länder, Stadtstaaten und Flächenländer, finanzschwache Länder und ein finanzstarkes Land, nördliche und südliche sowie CDU- und SPD-geführte Länder.

(Heiterkeit bei Harry Glawe, CDU)

In diesem „Hannoveraner Kreis“ arbeiten die Länder trotz ihrer unterschiedlichen Interessen bis heute konstruktiv zusammen. Und, Herr Rehberg, es hat keinen Zweck, die reinen Landesinteressen verbal radikal vor sich herzutragen.

(Eckhardt Rehberg, CDU: Das habe ich nicht gemacht, Frau Keler. Da haben Sie nicht zugehört.)

Übrigens, Sie haben heute hier einen Haufen Argumente benutzt, die ich eigentlich aus Bayern nur immer gehört habe.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der PDS – Eckhardt Rehberg, CDU: Nee, das stimmt nicht! – Wolfgang Riemann, CDU: Nein, das ist nicht wahr! Das hat er nicht gemacht.)

Sie sollten sich das noch mal genau ansehen, wessen Interessen Sie hier jetzt vertreten haben.

Wir haben uns Bündnispartner gesucht, auch aus Ihrer Partei übrigens, wie zum Beispiel Sachsen und Saarland, die gemeinsam mit uns für Gerechtigkeit im Länderfinanzausgleich kämpfen,

(Eckhardt Rehberg, CDU: Da habe ich auch nichts dagegen. Das ist doch in Ordnung!)

und da können Sie doch gar nichts dagegen haben.

(Eckhardt Rehberg, CDU: Habe ich doch nicht gesagt!)

Ach, doch. Hören Sie doch mal, was Sie alles gesagt haben, Herr Rehberg!

(Heiterkeit bei Eckhardt Rehberg, CDU – Wolfgang Riemann, CDU: Na, was hat er denn gesagt? Was hat er denn gesagt?)

Gucken Sie es doch noch mal an!

Übrigens, nicht nur SPD-geführte Länder finden den Steuerwettbewerb falsch, sondern auch CDU-geführte Länder. Den Wettbewerb über den Länderfinanzausgleich organisieren zu wollen, das bedeutet, Reiche werden reicher und Arme werden ärmer.

(Eckhardt Rehberg, CDU: Na, dem Einstieg haben Sie doch zugestimmt in Wiesbaden, Frau Keler.)

Warten Sie doch mal ab!

(Eckhardt Rehberg, CDU:
Da haben Sie doch zugestimmt!)

Ach, wir haben gar nicht zugestimmt.

(Eckhardt Rehberg, CDU: Das ist doch wahr!)

Sie verstehen zu wenig davon.

(Eckhardt Rehberg, CDU:
Für den Korridor von ...)

Ich komme nachher gleich noch darauf.

(Eckhardt Rehberg, CDU: Also wirklich!)

Diese Zusammenarbeit unterstreicht die Bereitschaft dieser Länder in gesamtstaatlicher Verantwortung den Föderalismus auch bei engeren finanziellen Spielräumen weiterzuentwickeln. Sie haben sich zu einem solidarischen Föderalismus bekannt, weil er sich in den letzten zehn Jahren in der alten und in der neuen Bundesrepublik beeindruckend bewährt hat und weil er sich im Hinblick auf das Zusammenwachsen Europas als Modell und als Chance gerechter Entwicklung empfohlen hat.

Dem von diesen zehn Ländern erarbeiteten Modell liegen folgende Prämissen zugrunde:

Die politische Eigenständigkeit und die finanzielle Handlungsfähigkeit aller Länder sind durch eine aufgabengerechte Finanzausstattung zu gewährleisten. Das heißt unter anderem, dass an der Stadtstaatenwertung festzuhalten ist, aber auch der besonderen Situation der extrem dünn besiedelten Flächenländer ist Rechnung zu tragen. Unausgewogene Vor- und Nachteile für einzelne Länder sind zu vermeiden durch die Einhaltung eines Korridors für die Veränderungen bei Zuwächsen und Verlusten. Der Solidarpakt ist in seiner Struktur und Dotierung fortzusetzen.

Auf Grundlage dieser Vorgaben gelang es uns, ein Modell zu entwickeln, das alle vom Bundesverfassungsgericht aufgeworfenen Fragen verfassungskonform löst. Der Finanzausgleich nach diesem Muster wird vereinfacht, Transparenz und Rationalität des Ausgleichs werden verbessert. Ein Maßstäbengesetz ohne vorherige Modellrechnung wäre, meine Damen und Herren, wie eine Unterschrift auf einem ungedeckten Scheck. So naiv kann doch nicht mal Herr Rehberg sein.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD – Angelika Gramkow, PDS:
Doch. Das hat er gerade gesagt.)

Und was meinen Sie, welcher Ministerpräsident oder welche Finanzministerin könnte auf dieser Grundlage einem Parlament empfehlen, so einem Gesetz zuzustimmen?

Welche seiner Interessen hat denn nun Mecklenburg-Vorpommern in das Hannoveraner Modell erfolgreich eingebracht? Dazu nur einige Stichworte:

Erstens. Die kommunale Finanzkraft wird stärker als bisher, nämlich insgesamt circa 60 bis 70 Prozent, in den Finanzausgleich einbezogen. Der Gemeindefinanzbedarf wird damit sachgerechter und differenzierter als bisher berücksichtigt. Dies war eine der Hauptforderungen der neuen Länder, die im Vergleich zu den westlichen Ländern noch auf lange Zeit Kommunen mit niedriger Steuerkraft haben werden. Dieser Schritt veranlasste auch Sachsen, sich dem „Hannoveraner Kreis“ anzuschließen, so dass in der Finanzministerkonferenz unsere Mehrheit auf elf Stimmen angewachsen ist.

Zweitens. Neben der schon bestehenden Prämierung dicht besiedelter Regionen werden in unserem Modell nunmehr auch Zuschläge für dünn besiedelte Gebiete berücksichtigt. Damit können wir die strukturellen Auswirkungen unserer demographischen Entwicklung abmildern.

Drittens. Der neu eingeführte linear stetige Tarif vermeidet Sprünge im Länderfinanzausgleich, bildet die Leistungskraft der Geber- als auch der Nehmerländer genauer ab und gewährleistet damit besser als bisher Stabilität und Planbarkeit der Landeshaushalte.

Viertens. Die bestehenden Bundesergänzungszuweisungen werden entsprechend der Vorgabe des Bundesverfassungsgerichtes besser begründet, nach nachvollziehbaren Kriterien ermittelt beziehungsweise dem neuen Länderfinanzausgleich angepasst. In unserem Modell haben wir die kommunale Finanzkraft stärker berücksichtigt als bisher. Das führt zu geringeren Bundesergänzungszuweisungen und kommt in der Folge – wie bei kommunizierenden Röhren – über die erhöhten Umsatzsteueranteile allen Ländern zugute. Genau so, wie es das Bundesverfassungsgericht verlangt hat.

Meine Damen und Herren! Mit diesen methodischen Grundentscheidungen in diesem Modell haben wir unsere Landesinteressen weitgehend zur Geltung bringen können. Die Integration aller ostdeutschen Länder in den Finanzausgleich wird verstärkt. Unser Modell ist eine verbesserte, eine verlässliche Grundlage für die Fortsetzung unserer Anstrengungen zum Aufbau Ost.

Als Antwort auf das Hannoveraner Modell veröffentlichten die klagenden Länder in der letzten Woche ihren eigenen Vorschlag. Um es vorwegzusagen: Mein ehemaliger sächsischer CDU-Kollege Milbradt hatte vor der FMK in Wiesbaden seine Enttäuschung über die handwerklichen Mängel bei diesem Modell in ungewöhnlicher Schärfe öffentlich gemacht. Wenn ein so ausgewiesener Experte und erfolgreicher Finanzminister dies tut, spricht dies mit Sicherheit nicht für das Modell. Und sogar der Thüringer MP fand dieses Modell inakzeptabel. Die Klageländer bezeichneten ihr Modell als ein Konsensmodell, was es einfach nicht ist. Ich will Ihnen die größten Zumutungen des Modells der Südländer noch einmal erläutern. Und Herr Rehberg, wenn Sie meinen, dieses Modell sei ...

(Wolfgang Riemann, CDU: Das ist so ähnlich, als wenn Sie Ihren Haushalt als solide bezeichnen, Frau Keler!)

Wissen Sie, Herr Riemann, Sie verstehen so wenig davon.

(Heiterkeit bei Wolfgang Riemann, CDU:
Ach ja, Frau Keler!)

Sie sollten lieber zuhören. Es wäre vielleicht mal ganz gut.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS)

Ja, aber sein Benehmen ist ja wohl katastrophal als finanzpolitischer Sprecher.

(Eckhardt Rehberg, CDU: Also wirklich,
gucken Sie mal Ihr eigenes an!)

Ach, Sie können doch ruhig sein.

(Eckhardt Rehberg, CDU: Gucken Sie
sich mal wirklich Ihr eigenes an! Also
wirklich! – Glocke der Vizepräsidentin)

Und wenn Sie meinen, Herr Rehberg,

(Eckhardt Rehberg, CDU: Gucken Sie mal Ihr
eigenes an! – Heiterkeit bei Harry Glawe, CDU,
und Wolfgang Riemann, CDU)

dass dieses Modell für uns ostdeutsche Länder günstiger ist, so muss ich sagen, Sie haben es sich oberflächlich angesehen.

(Eckhardt Rehberg, CDU: Nee, überhaupt
nicht. – Dr. Gerhard Bartels, PDS:
Wahrscheinlich gar nicht.)

Ich möchte dann mal Ihre Durchrechenbarkeit sehen für das Jahr 2004. Es verschlechtert sich nämlich alleine vom Jahr '99 zum Jahr 2000

(Zuruf von Dr. Christian Beckmann, CDU –
Eckhardt Rehberg, CDU: Nee, sie
verwechselt das ja ständig.)

sofort um 57 Millionen DM.

(Eckhardt Rehberg, CDU: Wir sind nicht
im Jahr '99/2000. Wir sind im Jahr 2001.)

Dieses Modell ist für das Jahr 2004 gar nicht durchrechenbar.

(Eckhardt Rehberg, CDU: Natürlich!)

Ach, das sagen Sie!

(Dr. Gerhard Bartels, PDS:
Herr Rehberg kann das, Frau Keler! –
Wolfgang Riemann, CDU: Na ja, Herr
Knapp wird es bei Ihnen schon richten!)

Also, wir haben festgestellt ...

Wissen Sie, mit blöden Argumenten können Sie doch nicht die Sache hier aufhalten.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD –
Heiterkeit bei Wolfgang Riemann, CDU: Der
hat bei uns auch schon so Einiges gerichtet. –
Zuruf von Dr. Christian Beckmann, CDU)

Das Südländermodell ist nicht verfassungskonform. Bisher ist zum Beispiel die Einbeziehung der kommunalen Finanzkraft bei der Umsatzsteuerverteilung im Artikel 107 Absatz 1 nicht vorgesehen. Das kümmerte die Südländer wenig. Ihr Vorschlag, die kommunale Finanzkraft dennoch einzubeziehen, erfordert daher eine Änderung des Grundgesetzes. Weiter haben die Südländer eine ganze Reihe neuer Bundesergänzungszuweisungen erfunden, weil ihr

Modell sonst gar nicht zu rechnen gewesen wäre, und das, obwohl das Bundesverfassungsgericht ausdrücklich den Rückbau dieser Zuweisungen des Bundes im Verhältnis zum Länderfinanzausgleich verlangt. So soll es zum Beispiel eine so genannte Neue-Schulden-Abbau-BEZ angeblich zur Herstellung vergleichbarer Wettbewerbspositionen zwischen den Ländern geben. Ich stelle mir mal vor, wir wären auf die Idee gekommen, so eine BEZ zu erfinden, wie da die reichen Südländer aber geschrien hätten. Nach geltendem Verfassungsrecht muss hier die Notwendigkeit neuer BEZ sowohl dem Grunde als auch der Höhe nach begründet sein. Eine solche Begründung findet sich im Südländermodell nicht, das heißt, die Vorschläge sind auch in diesem Punkt nicht verfassungsfest.

Zweitens. Das Südländermodell schwächt die föderale Ordnung.

(Wolfgang Riemann, CDU: Warum reden
Sie jetzt vom Südländermodell?)

Die Stadtstaaten werden mit der faktischen Abschaffung der 135-prozentigen Einwohnerwertung in ihrer Existenz in Frage gestellt.

(Wolfgang Riemann, CDU:
Ich denke, Sie haben sich geeinigt!)

Drittens. Das Südländermodell schwächt die Stellung der neuen Länder im Finanzausgleich. Durch die Reduzierung des Volumens des Länderfinanzausgleichs werden Ausgleichspflichten der Geberländer dem Bund zuge-schoben.

(Angelika Gramkow, PDS: Damit deutlich
wird, was sie auf dem Kasten haben. –
Dr. Gerhard Bartels, PDS: Was sie
nicht auf dem Kasten haben.)

Ein Beispiel dafür ist das Beharren auf dem nur hälftigen Einbezug der kommunalen Finanzkraft im Länderfinanzausgleich,

(Angelika Gramkow, PDS: Was die CDU-Länder
eigentlich wollten. – Wolfgang Riemann, CDU:
Hans Eichel wollte das auch.)

ein in jeder Hinsicht ungerechtfertigter Vorteil für die Geberländer.

Die Belastungen der neuen Länder durch die Finanzschwäche ihrer Gemeinden soll auch weiterhin der Bund über die Sonderbedarfs-Bundesergänzungszuweisungen ausgleichen, was nicht zu erwarten ist. Die völlig andere Siedlungsstruktur in den neuen Ländern wird auch weiterhin nicht zur Kenntnis genommen. Damit sollen auch in Zukunft die besonderen Belastungen von dünn besiedelten Ländern im Länderfinanzausgleich nach Meinung der Südländer unberücksichtigt bleiben.

Meine Damen und Herren! Insgesamt komme ich zu der Einschätzung, dass es sich bei dem Modell der Klageländer um eine rein länderegoistische Reaktion auf das Reformmodell des „Hannoveraner Kreises“ handelt. Von einer Suche nach Konsens ist in dem Modell nichts zu erkennen. Deshalb war es umso wichtiger, dass in Wiesbaden der Durchbruch gelungen ist. Die Einzelheiten dazu hat der Ministerpräsident vorgetragen.

Meine Damen und Herren, ich sehe den nächsten Wochen mit Spannung entgegen.

(Wolfgang Riemann, CDU: Wir auch. –
Minister Dr. Wolfgang Methling:
Ach, Herr Riemann!)

Wir werden sehen, wie sich die Verhandlungen, an denen jetzt alle Länder beteiligt sind, entwickeln werden. Die Experten in allen Finanzministerien haben nun die Aufgabe, anhand der vorgegebenen Kriterien der Ministerpräsidenten einen konsensfähigen Vorschlag zu erarbeiten, einen Vorschlag, den alle 16 Länder mittragen können. Damit liegt noch ein schwerer Weg vor uns, denn die Zeit drängt und die Vorgaben aus Wiesbaden werden im Detail nicht leicht unter einen Hut zu bringen sein. Ich bin davon überzeugt, dass es bei gutem Willen und Verständnis für die jeweils andere Position auch zu einer Einigung kommen kann. Eine gemeinsame Position aller Bundesländer ist mir umso wichtiger, als der Bund in den nächsten zwei Wochen seinen eigenen Entwurf für das Maßstabgesetz vorlegen wird.

Meine Damen und Herren! Vom Länderfinanzausgleich hängt neben anderem auch die Planungssicherheit für unsere Landeshaushalte in den nächsten Jahren ab. Wir brauchen eine Fortschreibung, die es uns erlaubt, unsere erfolgreiche Politik fortzusetzen. Wir bemühen uns nur um das, was das Grundgesetz uns zubilligt. Weniger werden wir aber nicht akzeptieren.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Frau Ministerin.

Um das Wort hat noch einmal der Ministerpräsident Herr Dr. Ringstorff gebeten. Bitte, Herr Ministerpräsident.

Ministerpräsident Dr. Harald Ringstorff: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Nachdem Herr Rehberg von Hansa wieder zurück ist,

(Wolfgang Riemann, CDU: Billige Polemik, Herr Ministerpräsident! Das haben Sie nicht nötig.)

haben wir tatsächlich den „alten“ Rehberg erlebt. Zunächst hat er erst mal kräftig seine alte Gebetsmühle gedreht

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

und versucht, das Land schlecht zu reden.

(Eckhardt Rehberg, CDU: Ihre Politik reden Sie schlecht. – Wolfgang Riemann, CDU: Diese billige Polemik haben Sie nicht nötig! – Unruhe bei Minister Dr. Wolfgang Methling – Harry Glawe, CDU: Hansa spielt doch erst Sonntag gegen Frankfurt. – Glocke der Vizepräsidentin)

Das Problem, was damit zusammenhängt, ist allerdings, dass er das nicht nur hier im Landtag und im eigenen Land macht, sondern dass er in andere Bundesländer reist und dort Vorträge hält, um das Land schlecht zu reden, um Investoren vom Investieren in Mecklenburg-Vorpommern abzuhalten.

(Unruhe bei Abgeordneten der CDU – Wolfgang Riemann, CDU: Ach deshalb kommt keiner, Herr Ministerpräsident! Aber entschuldigen Sie, Herr Ringstorff, das können Sie Ihren Enkeln abends beim Einschlafen erzählen, aber nicht hier im Landtag! – Siegfried Friese, SPD: Sie können ja nicht mal zuhören! – Glocke der Vizepräsidentin)

Herr Rehberg, dass Sie bei Ihren Bemühungen keinen Erfolg haben, das zeigen die Zahlen des Landes Mecklenburg-Vorpommern.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Wolfgang Riemann, CDU: Holla, die höchste Jugendarbeitslosigkeit, Herr Ministerpräsident! – Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Meine Damen und Herren!

Ministerpräsident Dr. Harald Ringstorff: Zwar trifft es zu, dass seit vier Jahren die Entwicklung in Ost und West wieder auseinander klafft, aber wir sind noch am ehesten von allen neuen Bundesländern dabei, diese Lücke zu schließen.

(Heiterkeit bei Harry Glawe, CDU – Wolfgang Riemann, CDU: Insbesondere in Vorpommern merken die Menschen das.)

Und, Herr Glawe, auch wenn Sie noch so lachen,

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

hören Sie es sich noch einmal an: Als Sie die Wirtschaftspolitik aus der Hand gegeben haben, waren wir Schlusslicht

(Harry Glawe, CDU: Da sah es besser aus. Da hatten wir eine höhere Beschäftigungslage in Vorpommern als heute.)

unter den neuen Bundesländern und mit Ausnahme von Berlin Schlusslicht in der gesamten Bundesrepublik Deutschland in der wirtschaftlichen Entwicklung.

(Wolfgang Riemann, CDU: Wir hatten 640.000 Beschäftigte, heute haben wir noch 599.000.)

Wir haben das Land – und werden es weiter tun – Schritt für Schritt vorangebracht.

(Heiterkeit bei Eckhardt Rehberg, CDU: Oh, Münchhausen! Hört euch mal Münchhausen an! – Vizepräsidentin Kerstin Kassner übernimmt den Vorsitz.)

Wir haben in der gewerblichen Wirtschaft, auch wenn Sie es nicht hören mögen,

(Wolfgang Riemann, CDU: Er zieht sich an den wenigen Haaren aus dem Sumpf!)

ein Wachstum von zwölf Prozent,

(Heiterkeit bei Eckhardt Rehberg, CDU: Das hören wir bestimmt in diesem Jahr noch fünfmal!)

wir haben die Exporte gewaltig steigern können.

(Wolfgang Riemann, CDU: Ja, zwei Schiffe haben wir mehr abgeliefert.)

Und auch wenn Sie sich Mühe gegeben haben, Touristen vom Besuch unseres Landes abzuhalten,

(Heiterkeit bei Eckhardt Rehberg, CDU)

haben wir Jahr für Jahr neue Rekorde in der Tourismuswirtschaft geschafft.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD – Eckhardt Rehberg, CDU: Ach, das glaube ich. So sieht unser Land aus.)

Mich wundert, Herr Rehberg, dass Sie, so, wie Sie hier auftreten und alles besser wissen, nach Ihrem Abgang bei Hansa Rostock nicht schon zum Kanzlerkandidaten der Unionsparteien

(Heiterkeit bei Gerd Böttger, PDS – Wolfgang Riemann, CDU: Schröder sieht Sie ja gar nicht. Er hat Sie ja gar nicht auf dem Personaltableau, auch wenn es eng wird.)

für die nächste Bundestagswahl ausgerufen worden sind.

(Heiterkeit bei Gerd Böttger, PDS: Riemann will Kanzler werden, was?!)

Aber nun zurück zu den ...

Herr Riemann, Sie können noch so lange reden, Sie werden sich das anhören müssen, was ich Ihnen hier zu sagen habe.

(Eckhardt Rehberg, CDU: Es ist so traurig um dieses Land bestellt.)

Aber nun, Herr Rehberg, zurück zu dem Teil Ihrer Rede, der sich mit der Sache beschäftigte.

(Eckhardt Rehberg, CDU: Ein düsteres Niveau! Ein ganz düsteres Niveau!)

Ich habe den Eindruck, dass Ihre Rede in München geschrieben worden ist.

(Heiterkeit bei Eckhardt Rehberg, CDU – Wolfgang Riemann, CDU: Er hat nie ein Wort zur Verteidigung des Südländermodells gebraucht.)

Doch.

(Wolfgang Riemann, CDU: Nehmen Sie das Ohropax aus den Ohren, Herr Ministerpräsident!)

Sind Sie wirklich so naiv, Herr Rehberg, dass Sie glauben, dass das so genannte Konsensmodell der süddeutschen Länder uns Vorteile gebracht hätte auf Dauer? Sie haben behauptet, wir hätten dieses Modell abgelehnt, was uns Vorteile gebracht hätte. Sie würden damit unterstellen, dass Herr Biedenkopf und sein ehemaliger Finanzminister – er hat ihn ja jetzt entlassen, aber trotzdem gilt er als ausgezeichnete Fachmann –

(Dr. Armin Jäger, CDU: Bei uns ist das umgekehrt im Lande. – Heiterkeit bei Eckhardt Rehberg, CDU, und Wolfgang Riemann, CDU)

sich ebenso geändert hätten in der Einschätzung des so genannten Konsensmodelles der Südländer. Auch dort ist natürlich erkannt worden, dass man uns neuen Ländern einen Köder hinwerfen wollte, einen Köder, der uns nur kurze Zeit geschmeckt hätte, der aber auf lange Zeit zu verheerenden Folgen für die neuen Bundesländer geführt hätte.

Es ist viel Geld, Herr Rehberg, sage ich, das Sie mit Ihrer Argumentation nach Bayern rüberschieben.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Zuruf von Eckhardt Rehberg, CDU)

Handeln Sie endlich im Interesse Mecklenburg-Vorpommerns!

(Wolfgang Riemann, CDU: Ein bisschen Nachhilfeunterricht im Kabinett, Frau Keler!)

Setzen Sie sich für die Interessen dieses Bundeslandes ein und machen Sie nicht weiter so, wie Sie es bisher tun! Man muss nämlich den Eindruck haben, dass jeder wirtschaftliche Erfolg, jede Investition, die wir hier im Land realisieren

(Wolfgang Riemann, CDU: Trotz der Landesregierung kommt.)

unter dieser Landesregierung, wie ein Stich in Ihrem Herzen ist. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und Dr. Gerhard Bartels, PDS – Wolfgang Riemann, CDU: Nein, trotz der Landesregierung kommt.)

Vizepräsidentin Kerstin Kassner: Herr Ministerpräsident, gestatten Sie eine Anfrage? (keine Zustimmung)

(Dr. Armin Jäger, CDU: Der Ministerpräsident hat keine Zeit für uns.)

Vielen Dank, Herr Ministerpräsident.

Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Frau Gramkow von der PDS-Fraktion.

Angelika Gramkow, PDS: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich finde es schon immer interessant, was man aus einer Themendebatte machen kann, die eigentlich dazu angetan ist, gemeinsam im Interesse der Bürgerinnen und Bürger dieses Landes zu kämpfen, aber in einen derartigen Schlagabtausch ableitet, der mich sehr nachdenklich macht.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS)

Herr Rehberg, wenn Sie hier sagen, wir wären längst weiter, wenn wir den Antrag „Zukunft Aufbau Ost“ der CDU angenommen hätten, die Landesregierung hat nicht gehandelt, dann frage ich mich, ob Sie allen Ernstes von diesem Landtag erwartet haben, was Sie in diesem Antrag aufgeschrieben hatten.

(Wolfgang Riemann, CDU: Überwiesen haben wollten wir ihn, damit wir darüber reden, Frau Gramkow. Das war schon zu viel für Sie.)

Wir sollten in diesem Antrag bestätigen, dass die Landesregierung bei den sehr schwierigen Verhandlungen,

(Zuruf von Dr. Gerhard Bartels, PDS)

die wir eben sehr sachdienlich und ehrlich dargestellt bekommen haben,

(Dr. Christian Beckmann, CDU: Ach, Frau Gramkow, Frau Gramkow!)

folgenden Grundzügen folgen soll, und bei den Verhandlungen berücksichtigen, und ich zitiere jetzt aus Ihrem Antrag, eine „verstärkte Förderung der Bildung von F&E-Netzwerken innerhalb der gewerblichen Wirtschaft“ durchzusetzen. Der Antrag weist weiterhin auf:

- Vorzug der Vergabe-ABM vor der Regie-ABM,
- verstärkte Umwandlung der ABM in öffentliche Aufträge,
- Integration der Investitionshilfen nach Artikel 104a GG in den vertikalen Finanzausgleich, ...“

was meiner Ansicht nach eine Grundgesetzänderung notwendig macht,

„– Abschaffung der Fehlbetrags-Ergänzungszuweisungen und Erhöhung des Umsatzsteueranteils der Länder um mindestens drei Prozentpunkte“.

Interessant, interessant.

(Wolfgang Riemann, CDU: Ja.)

Hätten Sie das unter der CDU-Regierung und einem CDU-Finanzminister genauso gefordert?

(Wolfgang Riemann, CDU: Die hat es sogar freiwillig gemacht. Das wissen Sie genau. – Heiterkeit bei Abgeordneten der PDS)

Und hinzu kommt, dass Sie dann glattweg auch noch im gleichen Antrag die Verbesserung der direkten Steuerbeteiligung der Gemeinden fordern, welcher Steuern auch immer, bezüglich der Gemeinden, und da war es nur sachdienlich, dass dieser Landtag erklärt hat, dieser Antrag war es nicht mal wert, in die Ausschüsse überwiesen zu werden.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS – Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

Ich komme jetzt zum eigentlichen Thema, denn dieses Thema ist ernst genug,

(Wolfgang Riemann, CDU: Solches Berichtersuchen ist es nicht wert, aber über Inhalte kann man schon im Ausschuss diskutieren. – Barbara Borchardt, PDS: Darüber reden wir nachher noch, Herr Riemann.)

und natürlich ist klar, dass bezüglich der Finanzverfassung der Bundesrepublik Deutschland unterschiedliche Auffassungen existieren. Und genau aus diesem Grund haben wir es für wichtig erachtet, dass hier öffentlich auch über die Kompliziertheit dieses Prozesses gesprochen wird, obwohl wir damit nicht in Frage gestellt haben, dass die Koalitionsfraktionen wie im Übrigen auch der Finanzausschuss des Landtages detailliert und genau über diesen Verhandlungsstand im Internen informiert worden sind.

Der Gesetzgeber ist verpflichtet, eine rechtlich zweifelsfreie und finanzpolitisch tragfähige Lösung vorzulegen, weil die CDU-geführten Länder, die geklagt haben, dieses letztendlich durch ihre Klage erreicht haben, Herr Riemann. Und das muss man auch hinzusagen: Da war nichts mehr davon zu hören, warum denn die steuerstarken Länder jetzt auf einmal

(Wolfgang Riemann, CDU: Warum sagen Sie nur CDU? Hat sich nicht auch Hans Eichel von der SPD dazu bekannt? Warum schützen Sie Ihren Koalitionspartner, Frau Gramkow?)

den Finanzausgleich anklagen, obwohl sie vor 20 Jahren durch diesen Finanzausgleich erst zu reichen steuertragenden Ländern geworden sind.

(Wolfgang Riemann, CDU: Der ist zurückgetreten worden.)

Die PDS-Fraktion hält die Festlegungen und die Einigung auf den Korridor von 12 DM je Einwohner vom letzten Wochenende für einen tragfähigen Kompromiss und wir können mit ihm leben. Allerdings bleiben wichtige Fragen offen, auch das ist hier gesagt worden, Stichwort „Anrechnung kommunale Finanzkraft“ und „Dünnbesiedlung von Flächenländern“, was für uns als PDS allerdings auch nicht zur Debatte steht, und ich erinnere hier an die

Zusicherung der Bundesregierung, für eine sachgerechte Regelung zugunsten extrem dünn besiedelter Flächenländer stark einzutreten.

Die Verständigung zu einer Entflechtung der Mischfinanzierung – und hier reden wir über die Gemeinschaftsaufgaben regionale Wirtschaftsstruktur, Agrar- und Küstenschutz und die Frage des Hochschulbaus – kommt einer Forderung der PDS entgegen. Ein flexibler Einsatz der Mittel entsprechend dem Bedarf und weniger restriktive Vorgaben des Bundes könnten auch in Mecklenburg-Vorpommern spürbar positive Effekte bringen. Die Gefahr besteht allerdings, dass bei dieser Entflechtung nur über die Höhe der Gemeinschaftsaufgaben geredet werden soll.

In dem Zusammenhang halten wir das Bekenntnis aller Länder – und ich betone hier, aller Länder –, dass der Aufbau Ost gesamtstaatliche Aufgabe bleibt und den neuen Ländern auch über das Jahr 2004 hinaus längerfristig überproportionale Zuweisungen zustehen, für überaus wichtig. Beruhigter wäre ich allerdings, wenn ich die Zahlen, die dies beinhalten, schon kennen würde. Bis zur nächsten Ministerpräsidentenkonferenz – unser Ministerpräsident hat darauf hingewiesen – wird noch viel zu tun sein. Es wird Detailarbeit zu regeln sein. Eigentlich können wir erst im Ergebnis dieser ...

(Der Abgeordnete Wolfgang Riemann meldet sich für eine Anfrage.)

Im Anschluss, ja, Herr Riemann?

... Verhandlungen genau wissen, wie die entsprechenden Regelungen sich auch für unser Land gestalten werden. Offen ist dabei zum Beispiel ja wohl die künftige Regelung des Umsatzsteuerausgleiches. Bisher wurde er bis zu 25 Prozent des Länderanteils an der Umsatzsteuer nach der Steuerkraft der Länder verteilt. Und, Herr Riemann, hören Sie zu, nach dem letzten Modell der Klägländer soll der Umsatzsteuerausgleich zwar nicht mehr abgeschafft werden, was im ersten Modell noch drin war, sondern nur noch neu gestaltet werden. Und da heißt es sogar „zugunsten der neuen Länder“. Sie können sicher sein, dass wir uns das ganz genau anschauen werden, weil auch hier die Zahlen interessant sind.

(Wolfgang Riemann, CDU: Ja, natürlich.)

Auf der anderen Seite bleibt das Modell – und das ist bisher nicht ausgeräumt – der Klägländer dabei, es bei einer hälftigen Einbeziehung der Gemeindekraft in den Länderfinanzausgleich zu belassen, und sieht einen Wegfall der Hafenlasten vor, was beides dann auch wieder knallhart in Zahlen unser Land treffen könnte. Letztlich allerdings glaube ich auch, es wird einen tragfähigen Kompromiss geben, es wird ihn geben müssen, der eine ausgewogene Gesamtlösung darstellt, die im Wesentlichen keine Gewinner und Verlierer zulassen wird. Ich sage aber hier, dass es schade ist, weil diese Lösung eigentlich zu kurz greift, denn, meine Damen und Herren, der Finanzausgleich hat bis auf Ausnahmen die Unterschiede der Lebensverhältnisse seit Einbeziehung der neuen Länder in den Länderfinanzausgleich nicht wesentlich abbauen können, obwohl rein rechnerisch die Finanzkraft angeglichen worden ist. Als Ursache sehen wir, dass die alleinige Angleichung der Finanzkraft keineswegs ausreicht, den Ansatz des Grundgesetzes umzusetzen, einheitliche Lebensverhältnisse im Bundesgebiet zu schaffen. In der Realität ist insbesondere das Gefälle bei der Wirtschafts-

kraft so gewaltig, dass alles getan werden muss, um diese Schere zu schließen.

Das bisherige System der Finanzbeziehungen ist alles andere als transparent und überschaubar. Auch deshalb wäre eine grundsätzliche Reform wünschenswert und notwendig gewesen. Es hat in der Geschichte des Finanzausgleichs bereits mehrere Änderungen gegeben, die aber alle nur oberflächlich blieben, und auch jetzt ist leider der Zeitpunkt verpasst, um eine grundlegende Reform der Finanzverfassung der Bundesrepublik Deutschland auf den Weg zu bringen.

Deshalb sehen wir uns bestärkt darin, mit unseren Vorstellungen zur Neuordnung eines Finanzausgleiches letztendlich zur Veränderung der Finanzverfassung nicht hinter dem Berg zu halten. Wir wollen eine konsequentere Durchsetzung des Konnexitätsprinzips, eine Rückübertragung von Gesetzgebungskompetenzen vom Bund auf die Länder und damit letztlich die Stärkung von Föderalismus. Die PDS erwartet von einem Maßstäbengesetz, dass es die Hauptkriterien für eine Angleichung der Lebensverhältnisse bestimmt, die sich im Niveau der Beschäftigung, der Qualität der Infrastruktur oder in dem erreichten Stand der Wirtschaftskraft ausdrücken. Daraus ergeben sich Schlussfolgerungen für die Gestaltung des horizontalen und vertikalen Finanzausgleichs.

Wir könnten uns vorstellen erstens im Ausgleich der Länder eine Annäherung der Finanzkraft auf durchschnittlich 95 Prozent und zweitens die weitere Annäherung der Lebensverhältnisse durch Bundesergänzungszuweisungen, und zwar transparent, aber zeitlich befristet. Dabei geht es uns keineswegs um eine vollständige Angleichung der Finanzkraft, sondern um die Verringerung der großen Unterschiede. Um den Ausgleich zwischen den Ländern gerechter zu gestalten, sind alle Steuereinnahmen der Länder, also auch die Gemeindesteuern, zu 100 Prozent einzubeziehen. Wenn das, was Frau Finanzministerin durch Mecklenburg-Vorpommern eingebracht hat – vielleicht 60 oder 65 Prozent –, einbezogen werden könnte, wäre das allemal schon ein Erfolg gegenüber dem, was gegenwärtig auf dem Tisch liegt.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Im Rahmen der Neuordnung der Bundesergänzungszuweisungen haben wir Sonderbedarfe, die begründbar sind, zu definieren. Das ist unter anderem der Stadtstaatenstatus, der nicht allein durch Einwohnerveredlung bestimmt sein soll, und die dünne Besiedlung von Flächenländern. Die Finanzausstattung der dünn besiedelten Länder und deren Kommunen liegt mit rund 7,5 bis 10 Prozent unter dem Durchschnitt der Flächenländer. Dies zeigt, dass bei der derzeit nur 50-prozentigen Anrechnung der kommunalen Steuereinnahmen im Länderfinanzausgleich die dünn besiedelten Länder bereits schlechter gestellt sind. Das geht aus dem Gutachten von Professor Dr. Seitz zum „Einfluss der Bevölkerungsdichte auf die Kosten der öffentlichen Leistungserstellung“ hervor. Und, Herr Riemann, ich habe vorhin leise zu Ihnen gesagt, vielleicht sollten Sie wirklich die Unterlagen dazu mal lesen.

(Wolfgang Riemann, CDU: Warum handeln Sie denn im FAG anders, Frau Gramkow?
Warum handeln Sie denn im FAG im Lande genau andersrum?)

Meine Damen und Herren, entscheidend ist, dass bis Ende 2001 ein akzeptables Ergebnis auf dem Tisch liegt.

Nur so kann Planungssicherheit für die Länder und dafür auch für unser Land gewährleistet werden. Angesichts des jetzigen Verhandlungsstandes und dem von Frau Ministerin und Herrn Ministerpräsidenten aufgezeigten Kompromissrahmen fordern und unterstützen wir die Landesregierung dabei, weiterhin alles zu tun, um das bestmögliche Ergebnis für das Land herauszuholen. Und das kann für uns nur heißen, dass das Gesamtvolumen an Zuweisungen über den Länderfinanzausgleich und die Bundesergänzungszuweisungen möglichst längerfristig gehalten werden kann. Wir halten unseren Antrag mit dem Bericht des Ministerpräsidenten und der Ministerin für erledigt.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS)

Vizepräsidentin Kerstin Kassner: Frau Gramkow, Sie hatten Herrn Riemann noch die Beantwortung einer Frage versprochen.

Angelika Gramkow, PDS: Bitte schön.

Vizepräsidentin Kerstin Kassner: Bitte schön, Herr Riemann, Sie können die Frage jetzt stellen.

Wolfgang Riemann, CDU: Frau Gramkow, würden Sie mir zwei Fragen gestatten?

Angelika Gramkow, PDS: Das muss leider die Präsidentin tun.

Wolfgang Riemann, CDU: Gut. Dann darf ich meine erste Frage stellen. In der „Frankfurter Rundschau“ vom heutigen Tage führt der Bundesfinanzminister Hans Eichel aus, dass Überweisungen aus der Bundeskasse für Sonderlasten – und darunter fallen insbesondere die neuen Bundesländer – im Regelfall degressiv ausgestattet werden sollen. Das betrifft das Maßstäbengesetz. Wie bewerten Sie dieses?

(Götz Kreuzer, PDS: Geli, sag, du liest nicht Frankfurter Zeitung, du liest „Neues Deutschland“! – Heiterkeit bei den Abgeordneten)

Angelika Gramkow, PDS: Ich werde natürlich sagen, dass ich die Frankfurter Zeitung lese.

Wolfgang Riemann, CDU: Also ich glaube, über Finanzausstattung der neuen Bundesländer und Kürzungen kann man nicht lachen.

Angelika Gramkow, PDS: Herr Riemann, ich würde in dem Zusammenhang und mit der Sachkenntnis der inhaltlichen Argumentation und den Beratungen, die insbesondere auch im Sonderausschuss des Bundestages laufen, mich gern vergewissern, was konkret diesem Artikel zugrunde liegt. Ich würde da eher sagen, ich möchte mir das dann schwarz auf weiß ansehen, ohne dass ich hier aus einer Zeitung mit Aussagen konfrontiert werde, die ich so auch gar nicht nachvollziehen kann.

Wolfgang Riemann, CDU: Darf ich noch eine zweite Frage stellen?

Vizepräsidentin Kerstin Kassner: Bitte sehr, Herr Riemann.

Wolfgang Riemann, CDU: Frau Gramkow, wie beurteilen Sie das Vorhaben des Bundesfinanzministers im Maßstäbengesetz, dass finanzkräftige Länder und insbesondere hier die Südschiene nur noch einen geringeren Teil ihrer überdurchschnittlichen Steuereinnahmen abgeben sollen? Das ist das Vorhaben des Bundesfinanzministers, was Herr Ringstorff in der Südschiene ...

Vizepräsidentin Kerstin Kassner: Ich glaube, Herr Riemann, Frau Gramkow hat die Frage verstanden.

Wolfgang Riemann, CDU: ... eben gerade kritisiert hat.

Angelika Gramkow, PDS: Auch in diesem Zusammenhang, denke ich, wird es wichtig sein, dass wir uns die Vorstellungen der Bundesregierung zum Maßstäbegesetz, wenn sie dann formuliert sind, genau anschauen, uns in die Debatte einbringen und nicht schon vorverurteilen, was vielleicht noch gar nicht auf dem Papier steht. – Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS)

Vizepräsidentin Kerstin Kassner: Vielen Dank, Frau Gramkow.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Borchert von der SPD-Fraktion. Bitte sehr.

Rudolf Borchert, SPD: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zum Thema Länderfinanzausgleich ist ja nicht nur heute schon viel geredet worden, sondern in den letzten Tagen gab es dazu viele Pressemeldungen. Wir haben uns im Landtag dann ebenfalls mit dem Thema schon mehrfach befasst und ich bin mir sicher, das wird auch zukünftig noch der Fall sein. Ein Tauziehen um die finanzielle Ausstattung zwischen den Ländern, die den Wettbewerbsföderalismus, und den Ländern, die einen solidarischen Föderalismus favorisieren, ist im Gange. Und, meine Damen und Herren, es geht dabei um sehr viel Geld. 1997 betrug zum Beispiel das Volumen des Finanzausgleichs insgesamt mehr als 50 Milliarden DM. Urheber dieser Auseinandersetzungen sind die Länder Bayern, Baden-Württemberg und Hessen, die mit ihrer überwiegend ideologisch motivierten Klage vor dem Bundesverfassungsgericht eine völlige Neuordnung des bundesstaatlichen Finanzausgleichs erreichen wollten. Dies hätte auch für Mecklenburg-Vorpommern bei Erfolg verheerende Auswirkungen gehabt.

Mit dem Urteilsspruch des Bundesverfassungsgerichtes vom 11. November 1999 ist nun der Bundesgesetzgeber aufgefordert worden, bis Ende 2002 ein Maßstäbegesetz als Vorschaltgesetz, das die Prinzipien der Umverteilung festschreibt, zu verabschieden. Bund und Länder sind übereingekommen, diesen Termin auf Ende 2001 vorzuziehen. Ich meine, ein ehrgeiziges Ziel, und viel Zeit bleibt nun nicht mehr, um eine von Bund und Ländern gemeinsam getragene Lösung zu finden, denn es besteht ja auch durchaus die Gefahr, dass aus einem andauernden Streit zwischen den Ländern möglicherweise der Bund als lachender Dritter hervorgeht und seine Zuweisungen an die Länder reduzieren könnte.

(Wolfgang Riemann, CDU:
Das plant Hans Eichel.)

Vor diesem Hintergrund ist es in jedem Fall außerordentlich erfreulich, Herr Riemann, dass auf der Sonderkonferenz der Ministerpräsidenten am letzten Wochenende in Wiesbaden die Länderchefs den Streit über den Länderfinanzausgleich vorerst beigelegt und sich einvernehmlich auf Grundsätze eines Kompromisses verständigt haben, in dem die gemeinsame Position aller Länder – ich betone, aller Länder – Berücksichtigung finden. Es wäre natürlich auch ein Erfolg für den solidarischen Föderalismus, wenn am Ende des noch schwierigen Prozesses eine 16-zu-0-Lösung aller Länder zustande kommen könnte.

Bis dahin gilt es aber für die Finanzminister, sicherlich noch viele schwierige, aber wohl auch durchaus lösbare Detailfragen zu klären.

Besonders wichtig für Mecklenburg-Vorpommern – da greife ich nur einen Punkt heraus – ist, dass die Finanzkraft der Kommunen und darüber hinaus natürlich die dünne Besiedlung im Länderfinanzausgleich stärkere Berücksichtigung finden. Die Flächenländer, insbesondere Mecklenburg-Vorpommern, das Land mit der geringsten Einwohnerdichte, müssen für hohe zusätzliche Infrastrukturkosten zum Beispiel im Verkehrsbereich, bei der Polizei, bei den Schulen und so weiter aufkommen. Dieser Situation trägt das Bundesverfassungsgericht Rechnung und fordert den Gesetzgeber auf zu prüfen, ob eine unterdurchschnittliche Bevölkerungsdichte einen finanziellen Mehrbedarf rechtfertigt.

Was hat nun Wiesbaden unserem Land gebracht? Ich sehe hier zwei große Punkte oder zwei wichtige Erfolge, die sich aus Wiesbaden für unser Land ergeben:

Erstens. Erfreulich sind vor allen Dingen die Beschlüsse, dass der Aufbau Ost gesamtdeutsche Aufgabe von Bund und Ländern bleibt und dass die Bundesregierung auch nach der Neuregelung des Länderfinanzausgleichs überproportionale Zuweisungen für die ostdeutschen Länder zur Verfügung stellen soll. Angesichts der nach wie vor sehr großen Probleme in Ostdeutschland und des enormen Nachholbedarfs beim Aufbau der Infrastruktur und in der Angleichung der Lebensverhältnisse – ich verweise auf die Thesen von Wolfgang Thierse – ist dies wohl auch sicherlich zwingend notwendig. Allerdings müssen diesen so positiven Grundsatzbeschlüssen – und da teile ich natürlich auch die Position von Frau Gramkow – die entsprechenden politischen Taten folgen,

(Beifall Dr. Gerhard Bartels, PDS,
und Angelika Gramkow, PDS)

wenn es schließlich gilt, die Aufbauhilfe für Ostdeutschland nicht nur fortzusetzen, sondern mit mindestens 30 Milliarden DM im Jahr und darüber hinaus über einen Zeitraum von mindestens zehn Jahren festzuschreiben, denn um diese Größenordnung geht es.

Zweitens möchte ich Wiesbaden insbesondere natürlich positiv bewerten, weil die Beschlüsse zur Neuregelung des Länderfinanzausgleichs im Wesentlichen als Erfolg – ich betone, im Wesentlichen – für den Kreis der elf meist finanzschwachen Bundesländern zu werten sind, denn schließlich, und das ist unbestritten, wurde der Angriff der Länder Bayern, Baden-Württemberg und Hessen abgewehrt, den solidarischen Föderalismus auszuhebeln und das Verfassungsgebot, gleiche Entwicklungschancen für alle Bürger der Bundesrepublik Deutschland, in Frage zu stellen, somit praktisch abgewehrt.

Ich glaube, an dieser Stelle ist es sicherlich auch angebracht, in aller Deutlichkeit zu sagen, dass einen großen Anteil am Erfolg von Wiesbaden unser Ministerpräsident mit seinem Verhandlungsgeschick hatte. Überlegt und souverän, wie es seine Art ist, hat er seine Rolle als Vorsitzender der Konferenz genutzt, um in der Sache erfolgreich zu sein, und, was wichtig ist, er hatte dabei immer unser Landesinteresse im Blick und letztendlich auch Erfolg.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Eine große Leistung hat aber auch unsere Finanzministerin Sigrid Keler vollbracht, ebenfalls ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Finanzministerium, denn seit vielen Monaten haben sie sich erfolgreich dabei eingebracht, als es galt, den Hannoveraner Kreis zu organisieren und, was natürlich noch viel wichtiger ist, ihn inhaltlich so zu entwickeln, dass letztendlich mit dem Hannoveraner Modell eine überzeugende Alternative vorgelegt wurde zum so genannten Südländermodell. Ich bin mir sicher, vieles von dem, was dort angearbeitet wurde, wird sich dann in der Endphase oder in der Endfassung wiederfinden und mit Sicherheit auch zugunsten unseres Landes.

Was bleibt als Fazit von Wiesbaden? Ich möchte es kurz zusammenfassen: Durchaus positiv, aber nicht euphorisch sind die Ergebnisse zu bewerten oder man könnte auch sagen, es wurde viel erreicht, aber es sind noch schwierige Detailfragen zu lösen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen der CDU-Fraktion, ich fordere Sie hier ausdrücklich auf, sich einzubringen im Interesse des Landes. Machen Sie Ihren Einfluss geltend, damit wir gemeinsam für unser Land im Länderfinanzausgleich letztendlich für uns das Optimale und das Beste erreichen! – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS)

Vizepräsidentin Kerstin Kassner: Vielen Dank, Herr Borchert.

Ich schließe damit die Aussprache.

Im Laufe der Debatte ist beantragt worden, den Antrag der Fraktionen der PDS und SPD auf Drucksache 3/1817 aufgrund des in der laufenden Sitzung abgegebenen Berichtes des Ministerpräsidenten und der Finanzministerin für erledigt zu erklären. Über diesen Antrag lasse ich jetzt abstimmen. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. – Vielen Dank. Gegenprobe. – Danke sehr. Gibt es Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der Antrag der Fraktionen der PDS und SPD auf Drucksache 3/1817 für erledigt erklärt.

Meine Damen und Herren, die Fraktion der PDS hat um eine zehnmütige Auszeit gebeten. Ich unterbreche die Sitzung und wir setzen sie fort um 14.05 Uhr.

Unterbrechung: 13.53 Uhr

Wiederbeginn: 14.05 Uhr

Vizepräsidentin Kerstin Kassner: Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich eröffne die unterbrochene Sitzung wieder.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 15:** Beratung des Antrages der Fraktion der CDU – Bericht der Landesregierung zur Arbeitsmarktlage in Mecklenburg-Vorpommern, Drucksache 3/1824.

**Antrag der Fraktion der CDU:
Bericht der Landesregierung zur Arbeitsmarktlage in Mecklenburg-Vorpommern
– Drucksache 3/1824 –**

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete Herr Glawe von der CDU-Fraktion. Bitte sehr.

Harry Glawe, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die CDU hat einen Bericht zur Arbeitsmarktlage in Mecklenburg-Vorpommern bean-

tragt. Ich denke, aus gutem Grund. Die Lage auf dem Arbeitsmarkt ist und bleibt in Mecklenburg-Vorpommern bedrückend. Wir hatten zum Jahresende 2000 167.000 Menschen ohne Beschäftigung. Das sind so viele, wie eigentlich in einer Konjunktur, die ja angesprungen ist, unüblich ist.

Meine Damen und Herren, das Wachstum in Mecklenburg-Vorpommern steigt,

(Heiterkeit bei Peter Ritter, PDS:
Sonst wäre es auch kein Wachstum.)

aber dieses Wachstum hat keine Effekte in Bezug auf die Beschäftigungslage in Mecklenburg-Vorpommern.

(Annegrit Koburger, PDS: Das haben wir Ihnen schon damals bei Ihrem netten Programm gesagt, dass das nicht funktioniert.)

Und da mögen Sie ja ruhig lachen, meine Damen und Herren von der PDS. Sie haben 1998 gesagt, Arbeit für alle.

(Peter Ritter, PDS: „Arbeit her“, hatten wir gesagt, Herr Glawe.)

Sie sehen, wo Sie sind mit „Arbeit für alle“.

(Peter Ritter, PDS: Auf dem Plakat stand „Arbeit her“, nicht „Arbeit für alle“.)

Die SPD hat gesagt, sie will die Arbeitslosenzahlen um 50 Prozent halbieren.

(Barbara Borchardt, PDS: Das hat doch aber wohl die CDU mal gesagt.)

Auch die SPD weiß heute, wo sie ist.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der PDS – Heiterkeit bei Peter Ritter, PDS:
Der Kandesbunzler war das.)

Meine Damen und Herren, Sie haben nichts bewegt. Im Land Mecklenburg-Vorpommern fehlen 17.000 Unternehmen. Das ist eine Tatsache.

Und wir haben ein weiteres Problem. Ich will Ihnen zwei, drei Dinge noch mal vortragen, weil Sie ja wahrscheinlich Arbeitsmarktstatistiken relativ wenig sehen und sehen wollen.

(Barbara Borchardt, PDS: Ach so!)

Durch Ihre rot-rote Brille ist es immer schwierig, alles zu ertragen.

(Zuruf von Angelika Gramkow, PDS)

Meine Damen und Herren, wir haben 1996 674.000 Beschäftigungsverhältnisse in Mecklenburg-Vorpommern gehabt. Heute haben wir noch 599.500. Das ist Ihre Bilanz. Sie haben es geschafft, in zwei Jahren 40.000 Arbeitsplätze wegfallen zu lassen, und Sie haben es nicht geschafft, neue Arbeitsplätze in dieser Größenordnung zu installieren.

(Peter Ritter, PDS: Jetzt kommen gleich wieder der Airbus und der Transrapid.)

Meine Damen und Herren, Sie haben es geschafft, die Jugendarbeitslosigkeit auf ein nie gekanntes Maß hochzufahren. Hier haben wir heute so viele Arbeitslose wie nach der Strukturänderung 1991, nämlich 20.600. Wir haben bei den über 50-Jährigen 40.000 Arbeitslose. Wir haben 4.200 Schwerbehinderte, die arbeitslos sind. Das sind nur 800 mehr als vor zwei Jahren, als Sie ver-

sprochen hatten, für die Schwerbehinderten was zu tun. Jetzt fangen Sie damit an. Zwei Jahre lang haben Sie erst mal die Arbeitslosenzahlen hochgefahren. Wir haben 49.000 Langzeitarbeitslose. Das ist fast ein Drittel der Arbeitslosen im Land überhaupt. Meine Damen und Herren, das sind Zahlen, die eigentlich erschütternd sind.

Wir sind eine strukturschwache Region und auch dadurch, dass sich bei uns sozusagen in der Wirtschaft einiges tut, wird es Kürzungen bei ABM- und SAM-Stellen im Land in diesem Jahr geben.

Ein weiteres Problem ist in der kurzen Zeit aufgetreten. Wir haben ein Operationelles Programm, das ESF – durch die EU genehmigt und dem zugestimmt

(Zuruf von Barbara Borchardt, PDS)

durch alle Sozialpartner im September 1999 –, zu registrieren gehabt. Aber was hat die Landesregierung gemacht? Sie hat fünf Monate lang die Dinge weitestgehend verschwiegen. Und erst, nachdem dem Arbeitsamt klar wurde,

(Barbara Borchardt, PDS: Dann haben Sie wohl den Bericht nicht gelesen, den Sie gekriegt haben.)

was da passieren soll, ist Bewegung in die Sache gekommen. Und zwar ging es darum, im SGB III den Paragraphen 266 auszugestalten. Die Ausgestaltung des Landes sah wie folgt aus: Sachkostenzuschüsse sollten eigentlich ab dem 01.01.2001 auf null gefahren werden. Das heißt, man hatte vielleicht gehofft, dass die Bundesanstalt für Arbeit den Paragraphen 266 nicht richtig interpretiert und trotzdem ihren Anteil bereitstellt. Der betrug bis jetzt immer 50 Prozent der Mittel, die es vorher dazu auch gegeben hat, also 5 Prozent Sachkosten zu den einzelnen Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen im öffentlich geförderten Beschäftigungsbereich. Und wir haben hier in Mecklenburg-Vorpommern ja noch den öffentlich geförderten Beschäftigungssektor.

(Peter Ritter, PDS: Na ein Glück!)

In den alten Bundesländern versteht natürlich keiner so richtig was darunter, weil alle glauben, es handelt sich eigentlich um ABM- und SAM-Stellen.

(Barbara Borchardt, PDS: Die haben doch aber eine ganz andere Entwicklung.)

Aber wir installieren hier ja mittlerweile einen dritten Arbeitsmarkt und sind sehr glücklich und sehr froh darüber, entziehen aber auch Mittel in diesem Bereich gerade für den Bereich der Sachkostenzuschüsse.

(Angelika Gramkow, PDS: Ach! – Unruhe bei Barbara Borchardt, PDS)

Die Diskussion haben wir hinter uns, meine Damen und Herren. Das SGB III ...

(Angelika Gramkow, PDS: Da bringen wir 370 Leute bereits in Festarbeit und da bringen Sie ABM dagegen. Was reden Sie hier? – Zuruf von Peter Ritter, PDS)

Ja, ich bringe ja immer alles durcheinander. Ich bringe ja alles durcheinander.

(Zuruf von Heinz Müller, SPD)

Aber Sie haben die Dinge ja immer im Griff, nicht? Sie haben diese Dinge ja im Griff.

Das SGB III sagt:

1. Es geht um eine Stärkung der zusätzlichen Beschäftigung in den Betrieben. Das heißt, Einstellung in den Betrieben ist ein völlig richtiger Weg.
2. Die indirekte Beschäftigung soll gefördert werden durch Fortbildungs- und Umschulungsmaßnahmen.
3. Existenzgründungen sind zu fördern.
4. ABM und SAM sind zu fördern.

Wir hatten im vorigen Jahr rund 25.000 Stellen. In diesem Jahr sind es rund 20.000 Stellen.

Die Tatsache, und die kann ich Ihnen nicht ersparen, Sie haben in den letzten Wochen dafür gesorgt, dass relativ viel Unruhe im Bereich der strukturschwachen Regionen im Land Mecklenburg-Vorpommern entstanden ist, und das ist in besonderer Weise die Region um Neubrandenburg. Aber auch die Region Vorpommern hat nicht gerade vor Freude in die Hände geklatscht.

(Angelika Gramkow, PDS: Und die Westmecklenburger auch nicht.)

Selbst in Schwerin, gestern oder vorgestern auf der Arbeitsmarktkonferenz, war relative Betretenheit an der Tagesordnung. Meine Damen und Herren, Sie haben es letzten Endes – und da würde ich sogar dem Minister Holter Dank sagen – geschafft, einen Kompromiss auf den Weg zu bringen, den Sie eigentlich schon vorher hätten installieren können.

(Barbara Borchardt, PDS: Wir installieren nicht, wir reden miteinander.)

Immerhin werden aber die Sachkosten rund 15 Millionen DM betragen und angekündigt ist, dass diese Sachkosten bis zum 30.06. diesen Jahres auf ihre Wirksamkeit überprüft werden sollen. Gleichzeitig sind alle Arbeitsmarktvertreter und Indikatoren eigentlich der Meinung, dass sich in besonderer Weise auch die Gemeinden und Kommunen, die Landkreise und kreisfreien Städte zukünftig an den Sachkosten nach SGB III Paragraph 266 beteiligen sollen. Wenn Sie in der nächsten Zeit nur dazu kommen, von sechs auf fünf Prozent zu gehen, würde das Mehrbelastungen von rund 5 Millionen DM für die Kommunen bedeuten. Bei nur einem Prozent!

Meine Damen und Herren, ich will Sie nur darauf hinweisen, dass diese Diskussion noch ansteht, denn ich kann mir nicht vorstellen, dass Sie letzten Endes auf 1,9 Milliarden oder, wenn man alles zusammenzählt, auf 2,68 Milliarden DM aus der Arbeitsmarktförderung des Bundes verzichten wollen, denn im Operationellen Programm haben Sie etwa 630 Millionen für sechs Jahre durch Landesmittel und 730 Millionen durch ESF-Mittel verfügbar. Ich kann mir nicht vorstellen, dass Sie es sich leisten wollen, 20.000 Stellen nicht zu kofinanzieren und somit auch die Bundesanstalt für Arbeit dafür sorgen muss, dass diese Mittel dann umgesteuert werden, also noch mehr in Fortbildung und Umschulung gesteckt werden. Das ist ja auf der einen Seite sinnvoll, nur, wir haben auch genügend Erfahrungen damit, dass diese Umschulungen nicht zielgenau erfolgen und auch Qualifizierungen nicht zielgenau erfolgt sind in den letzten Jahren. Also ich will darauf hinweisen, dass damit auch nicht die Entlastung des Arbeitsmarktes erfolgen wird. Und eine weitere Gefahr besteht: Wenn Sie am Jahresende diese Mittel nicht abgerufen haben, wird es durchaus so sein, dass

andere Arbeitsamtsbezirke diese Gelder, die hier in Mecklenburg-Vorpommern nicht ausgegeben werden können oder konnten, ausgegeben werden.

Meine Damen und Herren, wir haben sozusagen zu konstatieren, dass die erste Phase der Diskussion zu den Dingen, die ich hier angesprochen habe, gelaufen ist. Aber ich denke, wir müssen in diesem Jahr zu verlässlichen Regelungen kommen. Ich will Ihnen noch einen weiteren Grund nennen, warum wir verlässliche Regelungen brauchen. Das Land Mecklenburg-Vorpommern hat ja vor, einen Überrollhaushalt zu installieren, der dann auch für die Jahre 2000 und 2003 greifen soll. In dem Zusammenhang müssen die Dinge für das Land geordnet werden. Wir brauchen verlässliche Rahmenbedingungen. Das, was wir für den ersten Arbeitsmarkt tun wollen, ist völlig vernünftig und richtig. Aber wir werden auf Strukturhilfen für den zweiten Arbeitsmarkt nicht verzichten können. Und ein Drittes sage ich Ihnen auch noch, ich halte den dritten Arbeitsmarkt nicht für die Zukunft. Und sollten wir mal wieder an die Regierung kommen, werden wir ihn abschaffen.

(Peter Ritter, PDS: Sollten! Sollten!)

Danke schön, meine Damen und Herren.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Barbara Borchardt, PDS:

Und dafür brauchen wir nun ein Gericht?

Ooh! – Angelika Gramkow, PDS:

Das erzähle ich den Schulsozialarbeitern.)

Vizepräsidentin Kerstin Kassner: Vielen Dank, Herr Glawe.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 60 Minuten vereinbart. Dazu gibt es offensichtlich keinen Widerspruch.

Das Wort hat der Arbeitsminister Herr Holter. Bitte sehr.

(Barbara Borchardt, PDS: Aber Herr Glawe hat sich ordentlich in die Bresche geschmissen.)

Minister Helmut Holter: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Das Landeskabinett beschäftigt sich monatlich mit der Arbeitsmarktsituation im Land. Ansonsten ist Arbeitsmarktpolitik und die Frage der Zukunft von Arbeitslosen natürlich auch Tagesaufgabe, von 0 Uhr bis 24 Uhr, Herr Glawe, das wissen Sie. Deswegen hat der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit nicht nur in meinem Ressort, sondern in allen Ressorts der Landesregierung höchste Priorität.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Wir waren im vergangenen Jahr das einzige ostdeutsche Land, in dem die Arbeitslosenzahlen nicht gestiegen sind – auch das gehört zur Wahrheit –, und nebenbei nur, ganz im Gegenteil zu dem CDU-alleinregierten Sachsen, wo die Zahl der Erwerbslosen um 8.103 Menschen angestiegen ist.

(Zuruf von Peter Ritter, PDS)

Ich hoffe, meine Damen und Herren von der CDU, dass Sie Ihre Ratschläge für Mecklenburg-Vorpommern auch Ihren Parteifreunden in Sachsen mitteilen. Dann geht's vielleicht dort auch aufwärts.

Ich kann Ihnen auch leider keine Lernfähigkeit bescheinigen. Wie schon im Wahlkampf 1998 versuchen Sie jetzt wieder, ABM, also Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, par-

teipolitisch zu instrumentalisieren. Da kann ich nur sagen, das geht in die Hose. Die ABM sind ein Instrument der Arbeitsmarktpolitik. Wundermittel sind sie allerdings nicht. Das nur als Vorbemerkung.

Die Beschäftigungspolitik des Landes verfolgt in meiner Verantwortung zwei strategische Grundlinien. Erstens geht es um die wirtschaftsnahe und unternehmensnahe Orientierung und zweitens um die Gemeinwohlorientierung. Und ein Ausspielen eines Ziels gegen das andere ist mit mir nicht zu machen. Ich bleibe dabei: Es ist immer besser, Arbeit zu finanzieren, als Arbeitslosigkeit zu alimentieren.

(Beifall Irene Müller, PDS)

Weil dies vernünftig ist, setze ich in der Arbeitsmarktpolitik auf die Kraft der Vernunft und des gemeinsamen Anliegens über Partikularinteressen hinweg. Ich werde auch künftig bei politischen Entscheidungen den Konsens mit den Sozialpartnern suchen und ich werde mich auch künftig vor meinen Entscheidungen mit den Menschen beraten, die von diesen Entscheidungen betroffen sind.

(Beifall Barbara Borchardt, PDS, und Angelika Gramkow, PDS)

Und gerade – Herr Glawe, Sie waren selbst anwesend auf einigen Konferenzen –, gerade in den vergangenen Tagen habe ich in vier Regionalkonferenzen zusammen mit dem Präsidenten des Landesarbeitsamtes vor annähernd 1.000 Kommunalpolitikern und Arbeitsmarktakteuren, vor Vertreterinnen und Vertretern von Beschäftigungsgesellschaften, Verbänden, Vereinen, vor Gewerkschaftern und Unternehmern gesprochen und für ein Umsteuern in der Beschäftigungspolitik geworben. Dieses Umsteuern ist notwendig. Und an dieses Umsteuern sind die Mittelzuflüsse aus der Europäischen Union geknüpft, das wissen Sie. Wir haben sehr wohl, Herr Glawe, auch in den verschiedensten Landtagssitzungen und in den Ausschüssen über die Europäischen Strukturfonds und in dem für mein Ressort zuständigen Ausschuss auch über den Europäischen Sozialfonds und das Operationelle Programm informiert und darüber gesprochen. Also, von wegen closed shop und das ist alles geheim gehalten worden. Dieses Argument kann ich überhaupt nicht teilen. Wir haben da sehr transparent gearbeitet.

Es ist aber so, dass wir ausgehend von diesem Operationellen Programm umsteuern müssen. Neu ist gegenüber der vorangegangenen Förderperiode, dass neben qualitativen Ausrichtungen auch prozentuale Anteile für die einzelnen Politikfelder notwendig sind, die erstens mit den Sozialpartnern vereinbart wurden und zweitens dann durch die Europäische Kommission genehmigt wurden. Man kann sagen, wir haben über diese Umsteuerung in stundenlangen, ja, in tagelangen Debatten gestritten, wir haben sie regelrecht erstritten, gemeinsam mit den Beteiligten. Jetzt ist es Konsens unter uns, dass dieses Umsteuern in sozialer Verantwortung passieren muss.

Ich habe nicht umsonst zu Beginn darauf verwiesen, wie es in den anderen ostdeutschen Ländern aussieht, und ich könnte hier eine weitgehend treffende Analyse des Bundestagspräsidenten vorlesen. Lassen Sie mich eine Folgerung ziehen, die ich hier kurz nennen will. „Weiter so!“ würde fatale Folgen haben. Es gehört vieles auf den Prüfstand, auch in der Beschäftigungspolitik, und hier ordnen sich die Erwägungen und Entscheidungen zu den

so genannten ABM-Sachkosten ein oder, wie es im Sozialgesetzbuch III heißt, der verstärkten Förderung. Ich will es hier noch einmal sagen:

Erstens. Es wird keine Arbeitsbeschaffungsmaßnahme am notwendigen Sachkostenzuschuss seitens des Landes scheitern.

Zweitens. Wir werden einen Beitrag zum Erhalt der sozialen Strukturen im Land Mecklenburg-Vorpommern leisten. Selbstverständlich werden Beschäftigungsgesellschaften in Mecklenburg-Vorpommern eine Zukunft haben.

Aber eins ist klar – und das sei drittens genannt –, das Prinzip Gießkanne hat ausgedient. Es wird faktisch, wo das strittig ist, eine Einzelfallprüfung jeder Maßnahme geben.

Wir haben am Dienstagabend nach der 4. Regionalkonferenz hier in Schwerin mit den Partnern, die ich aufgezählt habe, zusammengesessen. Im Ergebnis dieser Beratung habe ich entschieden – die Entscheidung ist gestern per Fax und per Brief an alle Beschäftigungsträger und Landräte hinausgegangen und damit ist es jetzt entschieden –, dass ABM in Vergabe einen Regelfördersatz von bis zu 25 Prozent des berücksichtigungsfähigen Arbeitsentgeltes erhalten wird. Die Ausnahme soll bis zu 30 Prozent betragen. ABM für Schwerbehinderte wird mit bis zu 10 Prozent gefördert. Die Ausnahme beträgt bis zu 15 Prozent. Und die Regie-ABM – das ist ja die Masse, das wissen Sie ja auch – wird in der Regel bis zu 6 Prozent gefördert. Die Ausnahme beträgt bis zu 10 Prozent. Ja, hier haben wir einen Kompromiss erzielt, denn die Absicht war nicht, wie Sie gesagt haben, Herr Glawe, zum 01.01. Sachkostenförderung zu streichen, sondern es geht um die Frage, um wie viel kann sie zurückgefahren werden, um dabei aber die Prinzipien, die ich vorhin genannt habe – Zukunft von Beschäftigungsgesellschaften, Erhalt der sozialen Strukturen und keine Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen in Mecklenburg-Vorpommern werden an Sachkosten scheitern –, um diese Prinzipien umzusetzen. Deswegen haben wir uns nach intensiver Konsultation mit Beschäftigungsträgern entschieden, die Ausnahme bis zu 10 Prozent hochzufahren.

(Beifall Barbara Borchardt, PDS,
und Angelika Gramkow, PDS)

Das wird aber in einem strengen Verfahren durch die Arbeitsämter geprüft und die Träger müssen die notwendigen Kosten, sowohl bei der Regelförderung als auch bei der Ausnahmeförderung, tatsächlich nachweisen. Das ist ein Gebot der Stunde. Dazu gibt es keine Alternative. Und ich habe – auch das wissen Sie – in der vergangenen Woche nach der 1. Regionalkonferenz entschieden, dass die Anträge, die aus 2000 noch beim den Versorgungsamt Schwerin vorliegen, unverzüglich bewilligt werden, und zwar nach den bisherigen Förderkonditionen, wie sie in 2000 gegolten haben.

Nun fällt es mir, meine Damen und Herren, einigermaßen schwer, auf den Antrag der CDU-Fraktion einzugehen, weil er nämlich von fraglicher Sachkenntnis geprägt ist. Nur so viel: Unser Land ist das Hochland von ABM, wir sind Spitzenreiter im Osten, was die Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen betrifft. Im Jahresdurchschnitt 2000 waren in Mecklenburg-Vorpommern 25.600 Personen in einer Arbeitsbeschaffungsmaßnahme beschäftigt. Das entspricht zwar einem Rückgang gegenüber 1999 von

rund 2.500 Personen, aber immerhin sind auf 100 Arbeitslose noch 15,7 Personen gekommen, die in ABM beschäftigt waren. In 1999 waren das noch 17,3 Personen auf 100 Arbeitslose.

Die ausgereichten Zuschüsse wurden in der Vergangenheit für die im Antrag der CDU-Fraktion unter Punkt 4 genannten Ausgabepositionen verwendet. Dabei ist logischerweise zwischen den Ausgabepositionen zu unterscheiden. Da sind die fixen Kosten, das ist richtig, die unmittelbar aus dem Beschäftigungsverhältnis entstehen und für die es gesetzliche Verpflichtungen gibt. Das sind Abgaben für die Berufsgenossenschaft, Arbeitsschutzmaßnahmen, Versicherungsleistungen, auch Gelder für Wirtschaftsprüfer. Ausgabepositionen wie die Verwaltungsgemeinkosten, Reisekosten und Materialkosten sind variable Ausgabepositionen. So ist also hier auch die Frage nach dem Verhältnis zu stellen. Wie ist das Verhältnis von den konstanten, von den fixen Kosten zu den variablen? Auch das ist in Einzelfällen untersucht worden.

Nun ist es aber so, dass natürlich – und das haben Sie ja vorgetragen, Herr Glawe – die Sachkostenförderung in Abhängigkeit von der Maßnahme und damit in Abhängigkeit von den Lohnkosten erfolgt. Deswegen ist auch die Struktur dieser Sachkosten sehr unterschiedlich, und zwar von ABM zu ABM. Sie sind faktisch miteinander nicht zu vergleichen. Meine Recherche hat ergeben, dass weder beim Landesarbeitsamt noch bei den regionalen Arbeitsämtern, auch nicht in meinem Ministerium eine systematische, statistische Erfassung und Auswertung von einzelnen Kostenpositionen vorliegt und auch nicht erfolgt, sondern es ist immer im Einzelverfahren zu der jeweiligen Maßnahme mit dem Arbeitsamt beziehungsweise Versorgungsamt abzustimmen, ob die Kosten anrechnungsfähig sind für die entsprechende Förderung. Wir hatten in 2000 5.270 Förderfälle, die diese Sachkostenförderung beinhalten. Damit wurden circa 21.000 Personen über die Sachkostenförderung des Landes begünstigt. Das sind in Bezug auf die 25.600 82,3 Prozent aller ABM-Beschäftigten, die eine Begünstigung durch das Land Mecklenburg-Vorpommern erfahren haben.

Nun ist es so, darüber haben Sie gesprochen, dieser Paragraph 266 Sozialgesetzbuch III – und wir haben den überhaupt nicht falsch interpretiert – schreibt bei Zuschüssen von Sachkosten vor, dass diese nur geleistet werden können, wenn das jeweilige Bundesland und das Arbeitsamt, sprich die Bundesanstalt für Arbeit, diese Sachkosten zur Hälfte tragen. Sind wir nicht bereit zu zahlen, kann die Bundesanstalt nicht zahlen. Zahlt die Bundesanstalt nicht, können wir auch nicht zahlen. Also, es gibt hier eine zwingende Abhängigkeit, damit Sachkostenförderung überhaupt erfolgen kann. Das ist im Paragraphen 266 deutlich ausgesprochen worden.

(Harry Glawe, CDU: Ist ja richtig.)

Deswegen – das ist ja auch der Punkt 2, wo Sie eine Interpretation haben wollten, das will ich hier sagen – halte ich die Regelung in diesem Paragraphen 266 Sozialgesetzbuch III zumindest für problematisch, was die haushaltspolitische Situation der ostdeutschen Länder betrifft.

(Harry Glawe, CDU: Ja.)

Ich kann nur anregen, im Zuge der Novellierung des Sozialgesetzbuches III auch über den Paragraphen 266 dahin gehend nachzudenken,

(Beifall Reinhard Dankert, SPD,
und Angelika Gramkow, PDS)

ob denn diese zwingende Abhängigkeit, von der ich gesprochen habe, auch in Zukunft beibehalten werden muss. Das würde vielleicht so manches Problem lösen.

(Götz Kreuzer, PDS: Genau so ist es.
Genau! – Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Das ist also eine Frage, die ich meines Erachtens, nicht nur ich, sondern wir gemeinsam in die gesellschaftspolitische und bundespolitische Debatte einbringen sollten.

Jetzt habe ich diese Entscheidung getroffen. Ich habe auch gesagt, dass wir nach dem 30.06. analysieren wollen, wie diese Sachkostenförderung zur Anwendung kommt und ob die Beschäftigungsträger, die Vereine und die Gesellschaften damit auskommen können. Wir werden das also im dritten Quartal sehr tiefgründig analysieren. Wir werden uns dann in einem Diskussionsprozess mit den Trägern, dem Landesarbeitsamt und den Sozialpartnern wieder zusammensetzen, um auch eine berechtigte Forderung der Beschäftigungsträger und nicht nur der Beschäftigungsträger auf den vier Regionalkonferenzen, die Voraussetzungen zu schaffen, damit Planungssicherheit für 2002 und die Folgejahre besteht, zu besprechen. Dazu ist beabsichtigt, im Herbst, wahrscheinlich November 2001, erneut diese Konferenzen durchzuführen. Vor diesen Konferenzen werden wir jedoch sehr wohl auch die Klarheit schaffen, damit auf diesen Konferenzen deutlich eine Ansage getroffen werden kann, damit wie gesagt die Planungssicherheit im Land besteht, wie es weitergehen soll mit der Sachkostenförderung, im Übrigen, nicht nur mit der Sachkostenförderung. Wir haben auf diesen Regionalkonferenzen ja bestimmte Dinge angesprochen, aber wir haben sie nicht vertieft. Wir müssen uns sehr wohl zu den Fragen der Regionalisierung, zu den Fragen der Stammstellenförderung und zu all diesen Fragen verständigen, wie es qualitativ weitergehen soll, ausgehend von den drei Grundsätzen, die ich eingangs genannt habe. Und das wird noch eine spannende Diskussion, auch eine angeregte Diskussion geben. Das ist mir vollkommen klar. Aber ich meine, wir haben keine Alternative, als diese Diskussion zu führen.

Deswegen – und das haben Sie auch sehr deutlich gemacht anhand der Zahlen, Herr Glawe – haben wir zur aktiven Arbeitsmarktpolitik überhaupt keine Alternative. Ich meine aber auch, es hat keinen Sinn, sich etwas in die Tasche zu lügen. Wir sind – auch darüber habe ich hier 2000 vor dem Landtag gesprochen – im Jahre 2000 in ein hohes Risiko gegangen. Wir haben nämlich vor der Entscheidung in Brüssel über das Operationelle Programm beschlossen, hier als Landesregierung ins Obligo zu gehen und arbeitsmarktpolitische Maßnahmen vorzufinanzieren, bevor die Genehmigung zu dem neuen ESF überhaupt in Schwerin eingetroffen ist. Das war mein Anliegen, um Brüche zu vermeiden. Im Unterschied zu anderen ostdeutschen Ländern ist dies nämlich hier gelungen in Mecklenburg-Vorpommern. In anderen ostdeutschen Ländern mussten Beschäftigungsgesellschaften schließen und sind in Größenordnungen ABM und SAM, also Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und Strukturanpassungsmaßnahmen, nicht erfolgt. Das soll auch in Zukunft so bleiben. Wir wollen ohne Brüche arbeiten. Wir müssen umsteuern, aber wir werden weder zurückrudern noch das Schiff auf Grund laufen lassen.

Im Kern geht es darum, entlang der beiden strategischen Grundlinien die Brückenfunktion der Beschäfti-

gungspolitik auszuprägen. Es geht um den Zugang zum Markt und zur Gesellschaft und wir halten, so vermessen das klingen mag, am Ziel der Vollbeschäftigung fest. Daher soll die Arbeitsmarktpolitik näher an die Unternehmen heranrücken, den Weg in die Selbstständigkeit ebnen und über Qualifizierung Wettbewerbsfähigkeit erhöhen. Ja, das wird unser Dissens bleiben, Herr Glawe. Wir werden auch an den gemeinwohlorientierten Arbeitsförderprojekten festhalten, wir werden auch hier an Qualität zulegen. Wir haben bisher 800 Menschen einen Arbeitsplatz ermöglicht, und zwar einen langfristig angelegten Arbeitsplatz.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Das ist doch der Unterschied zu den bisherigen arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen. Und wir wollen hier keine Zahlen produzieren, sondern Wirkungen. Wir wollen Beispiele schaffen, dass es auch anders geht in der Arbeitsmarktpolitik, und deswegen werden wir uns jetzt in 2001 Mühe geben, mehr Mühe geben, um Projekte zu entwickeln, die sich stärker an den regionalen Bedarfen orientieren. Und das, glaube ich, ist die Herausforderung, der wir uns in den Regionen und auch mit meinem Ministerium stellen müssen.

Natürlich hat Arbeitsmarktpolitik nach wie vor eine zentrale Mitverantwortung für den Erhalt und die Schaffung einer Infrastruktur, die den von Arbeitslosigkeit betroffenen Menschen, ihren Familien und ihrem sozialen Umfeld hilft, den Anschluss zu halten. Sie dürfen nicht vom wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Leben ausgegrenzt werden. Arbeitsmarktpolitik allein kann aber keine neuen und sich selbst tragenden Arbeitsplätze schaffen. Sie hat eine die Wirtschafts- und Strukturpolitik flankierende Funktion.

Sie haben es gesagt, wir hatten Ende des Jahres 2000 167.000 Arbeitslose, jahresdurchschnittlich waren es 163.000. Wir haben im Vergleich – und das will ich hier einfach sagen, weil da auch andere Zahlen in der Öffentlichkeit kursieren –, wir haben im Vergleich zum Jahre 1998 einen Rückgang von 8.108 Personen. Dabei, das muss man sagen, gibt es einen Ost-West-Unterschied, dass also in den Arbeitsamtsbezirken Stralsund und Neubrandenburg die Arbeitslosigkeit zugenommen hat im vergangenen Jahr, aber jahresdurchschnittlich sind es eben 8.100 weniger im Landesvergleich. Das, meine ich, ist eine Zahl, die man mit einer gewissen Selbstüberzeugung hier sagen kann, aber von einer Wende möchte ich deswegen noch nicht sprechen.

(Harry Glawe, CDU: Das ist der Erfolg
der demographischen Entwicklung.)

Ich bin also ganz nüchtern in dieser Frage, habe überhaupt keinen Grund zur Euphorie, aber ich stelle eine Stabilisierung fest und ich sage, die Richtung stimmt. Es liegt jetzt an uns, tatsächlich diese Richtung weiter qualitativ auszugestalten. Und deswegen, meine ich, ist es richtig, dass wir jetzt an einem neuen arbeitsmarktpolitischen Programm arbeiten, um genau die verschiedenen Belange und Bedürfnisse der Regionen und des Landes aufzunehmen und damit auch die Sicherheit zu schaffen, dass der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit noch stärker akzentuiert wird. Dieses Programm wird gegenwärtig diskutiert. Es soll mit Beginn des nächsten Jahres in Kraft treten und es wird kompatibel sein mit den Politikfeldern des Europäischen Sozialfonds.

Wir werden in einem kritischen Dialog mit den Selbstverwaltungsgremien der Bundesanstalt für Arbeit und den Sozialpartnern darüber sprechen, wie effizient und wirksam die einzelnen arbeitsmarktpolitischen Instrumente sind. Wir werden auch darüber sprechen müssen, ob das, was die Bundesanstalt leistet, durch Maßnahmen und Mittel des Landes unterstützt werden muss oder ob wir nicht einen eigenständigen Beitrag leisten, um hier zu ergänzen, wo die Bundesanstalt für Arbeit nicht agieren kann.

Das sind also erst mal grundlegende Orientierungen. Ich meine, wir sind alle gut beraten – ich werde es tun –, den Dialog mit den Partnern, ob mit Sozialpartnern, mit den Beschäftigungsträgern, mit den Kommunen und den Landkreisen, fortzusetzen. Mir geht es darum, in einem transparenten kommunikativen Prozess eine neue Arbeitsmarktpolitik zu gestalten. Ich befinde mich dabei auf einem guten Weg und bitte Sie um Ihre Unterstützung. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der PDS und Heike Polzin, SPD)

Vizepräsidentin Kerstin Kassner: Vielen Dank, Herr Minister.

Das Wort hat der Abgeordnete Herr Seidel von der CDU-Fraktion.

Jürgen Seidel, CDU: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Frau Präsidentin!

Ich möchte gern zwei Vorbemerkungen machen: Zunächst einmal, Herr Minister Holter, Sie haben ungefähr so ausgeführt, wir sollten mal den Sachsen sagen, wo es langgehen soll. Also ich würde da etwas spaßhaft sagen, die mögen wohl gegenwärtig Probleme haben mit der Thronfolge, aber wenn wir den Sachsen Ratschläge geben wollten im Hinblick auf Arbeitsmarkt- und wirtschaftliche Entwicklung, würden wir wahrscheinlich doch schlechte Karten haben. Wir sollten da ein bisschen bescheidener sein.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der CDU – Zuruf von Peter Ritter, PDS)

Und zum Zweiten: Sie sagen, wir instrumentalisieren das Thema ABM. Dazu muss ich einfach ausführen, die Situation bei den ABM-Gesellschaften ist so, wie sie ist. Und im Moment ist sie konfus. Ich habe mehrere Briefe bekommen – wir haben ja auch einen Schriftwechsel gehabt, danke auch für die Antwort –, da waren Menschen in der Tat in einer Situation, die für sie erst mal neu war, mit der sie nicht fertig wurden, und das sollten wir auch sehr ernst nehmen. Ich habe gerade gestern noch mal eine Situationsdarstellung bei der IPSE in Neustrelitz bekommen. Das ist ja der größte Arbeitgeber, leider, muss man sagen, dort in der Ecke. Dort ist eine ähnlich schwierige Situation. Also, instrumentalisieren oder nicht – Fakt ist, das sind Probleme, und ich denke, es ist richtig, dass wir darüber sprechen.

Ich will jetzt auch gar nicht weiter über die Zahlen referieren, die hat Kollege Glawe genannt. Ich denke, wir sollten uns auch diese Rituale ersparen. Wissen Sie, wir bringen dann mal den Vergleich von 1998 zu heute, dann sagen Sie was von Wahlkampf-ABM in 1998, das bringt es alles nicht. Aber Fakt ist doch eins: Es hat sich in der Tat in den letzten Jahren auf dem Arbeitsmarkt nichts getan. Wir müssen das nüchtern konstatieren und daraus

auch unsere Konsequenzen ziehen. Und, meine Damen und Herren, wenn ich das so sage, dass sich nichts getan hat, dann ist das eben einfach die Situation, die trotz öffentlichen Beschäftigungssektors, man könnte vielleicht auch sagen, die mit öffentlichem Beschäftigungssektor, die trotz BioCon Valley, die trotz Superergebnissen bei den Steigerungsraten im verarbeitenden Gewerbe gegenwärtig besteht. Das ist die Situation.

Und im Übrigen – das will ich auch klar sagen, selbst wenn ich weiß, ich habe in den früheren Jahren auch Prozente ganz gern genutzt – muss man natürlich nüchtern erkennen, dass uns diese Prozentspielereien gerade mit dem verarbeitenden Gewerbe überhaupt nicht weiterhelfen. Was hilft es uns, wenn wir da groß erzählen – der Ministerpräsident macht das immer wieder –, wir sind in Deutschland die Weltmeister beim Zuwachs im verarbeitenden Gewerbe,

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

und vergessen zu sagen, auf ganz niedrigem Niveau, und draußen gehen die Betriebe reihenweise Pleite?! Das versteht doch keiner. Also insofern, denke ich, ist es doch wohl wichtig – und das verstehe ich unter diesem Antrag, da kann man gerne über diese einzelnen Punkte reden, das ist, glaube ich, gar nicht so das Thema, da könnten wir gerne noch viel mehr zusammentragen –, ist es doch richtig, eine Analyse des Arbeitsmarktes zu machen und darauf aufbauend eine Grundsatzdiskussion zu führen, wie denn die Strategie der Landesregierung zum Hauptproblem unserer Tage – Sie sagen, Sie beschäftigen sich damit von morgens bis abends, das kann ich mir auch vorstellen –, nämlich die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, für die Zukunft aussehen muss.

Meine Damen und Herren, dies wird doch immer wichtiger, wenn wir uns vor Augen halten, welche Rückschläge wir gegenwärtig erleben. Und ich will Sie doch nur an die Dinge erinnern, die wir gemeinsam durchleben, ich könnte auch sagen, durchleiden. Das Thema mit der Bahn AG, das haben wir hier schon öfter besprochen, ist doch eine, ich will das Wort Katastrophe jetzt mal weglassen, aber eine schwierige Situation für Mecklenburg-Vorpommern und die wird bestimmt nicht besser – das behaupte ich einfach – in den nächsten Monaten. Oder nehmen Sie – ja, man muss es doch einfach sagen – die Kahlschlagmaßnahmen bei der Schließung der Bundeswehrstandorte. Das ist doch wohl eine ganz schwierige Situation speziell für einige Bereiche in Mecklenburg-Vorpommern. Oder nehmen Sie das, was sich heute hier vor den Toren des Landtages abgespielt hat, die BSE-Problematik. Zugegeben, wir wissen auch alle nicht so recht, wo dort anzusetzen ist, aber das wird uns zumindest in den nächsten Monaten Arbeitsplätze kosten. Das ist so sicher wie das Amen in der Kirche.

Und von daher, meine ich, ist es doch richtig, immer ausgehend von einer Analyse, von einem Bericht über den Arbeitsmarkt auch zu – man könnte es so bezeichnen – einem ganzheitlichen Konzept der Landesregierung zu kommen. Ich will dazu ein paar Vorschläge unterbreiten, aber überhaupt keinen Anspruch auf Vollständigkeit erheben, sondern nur mal Gedanken in die Diskussion werfen, was wir denn vielleicht tun müssten. Sie werden mir sicherlich in vielem sagen, machen wir schon, aber deswegen ist es vielleicht doch gestattet, das mal zu nennen:

Erstens, und ich spreche für unsere Fraktion, sind wir ganz klar für die Stärkung des ersten Arbeitsmarktes und

übrigens, Herr Minister Holter, so gesehen natürlich auch dafür, dass Arbeitsmarktinstrumente so unternehmensnah wie möglich eingesetzt werden. Das haben wir immer gesagt und da haben Sie unsere Unterstützung in jedem Fall. Insofern, glaube ich, müssen Sie uns auch dankbar sein, dass die Diskussion stattfindet und Sie noch mal Gelegenheit haben, hier heute Ihre Gedanken, die man vielleicht hätte mal ein bisschen früher in der Öffentlichkeit darstellen sollen, so auszusprechen.

Zweitens meinen wir, dass wir Arbeitsplätze brauchen, das ist manchmal eine etwas bittere Wahrheit, die man – ich habe kein besseres Wort, ich bitte um Nachsicht – vielleicht mit etwas einfacheren Arbeiten umschreiben könnte, die aber auch Lebensunterhalt sichern müssen und letztlich auch bezahlbar sind. Insofern plädiere ich noch mal nachdrücklich für einen Modellversuch mit dem Kombilohn. Andere Länder machen das. Warum machen wir nicht mal einen Versuch, wenigstens in diesem Bereich, gerade was Dienstleistungen betrifft, Menschen eine Perspektive zu geben?

Drittens. Wir fordern mehr Professionalität bei Unternehmensansiedlungen in Mecklenburg-Vorpommern. Leider müssen wir ja nun davon ausgehen, dass Transrapid und Airbus vergeigt sind, und bei einer möglichen BMW-Ansiedlung steht unser Land erneut vor großen Herausforderungen. Man kann nur hoffen, dass wir hier ein besseres Ergebnis hinkriegen für Mecklenburg-Vorpommern,

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Harry Glawe, CDU: Richtig.)

und nicht nur hoffen, sondern sicherlich muss jeder das Seine dazu tun.

Viertens. Jetzt würde ich gern den Herrn Ministerpräsidenten ansprechen, er ist aber gerade nicht da. Herr Ministerpräsident, sorgen Sie bitte dafür, dass diese Bundesregierung das Land Mecklenburg-Vorpommern wirksam unterstützt. Ich muss sagen, meine Erkenntnis gerade aus den aktuellen Entscheidungen ist doch die – und die teilen inzwischen viele Menschen –, dass eine Bundesregierung, die in Eggesin und in Stavenhagen den Bundeswehrstandort schließt, kein Herz für dieses Land hat.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Fünftens. Lassen Sie uns zurückkehren zu einer wirtschaftsfreundlichen Politik! Das hat nichts mit einer Politik zu tun, wo man Unternehmern goldene Wege bauen will. Darum geht es gar nicht. Wir brauchen die Arbeitsplätze, die diese Unternehmer schaffen können, insofern auch eine wirtschaftsfreundliche Politik, ohne eben ein Bildungsfreistellungsgesetz, zu dem die Wirtschaft ganz klar sagt, dieses von Ihnen als Wirtschaftsförderung bezeichnete Gesetz wollen wir nicht, ganz klar gesagt in diesem Raum, oder ohne eine Verbandsklage. Ich will nur solche Stichworte herausgreifen, die sicherlich nicht im Sinne von wirtschaftlicher Entwicklung in diesem Land sind.

(Minister Dr. Wolfgang Methling:
Das sagt der ehemalige Umweltminister.)

Sechstens. Meine Damen und Herren, lassen Sie ab von dem unsäglichen Sparkurs im Bildungsbereich! Hier muss im Gegensatz zu den vergangenen Jahren wieder mehr Geld in die Hand genommen werden. Ich denke, solche Schlagzeilen, wie wir sie in den letzten Tagen lesen konnten: „Jeder Vierte bricht die Berufsausbildung in Mecklenburg-Vorpommern ab“ oder „Jeder Zehnte ver-

lässt die Schule ohne Abschluss“, die schreien doch förmlich nach Veränderungen und die werden nicht gehen ohne Geld. Das wissen wir alle.

Siebtens. Die nach wie vor zu konstatierende Abwanderung jüngerer Menschen, insbesondere eben auch aktiver Menschen, insbesondere auch Frauen aus Mecklenburg-Vorpommern nimmt bedrohliche Ausmaße für das Land an. Hier brauchen wir ein nachhaltiges Konzept, um diesem Trend zu begegnen. Ich weiß wohl, dass das nicht einfach ist. Das ist mir wohl klar. Und auch hier kann ich sagen, Herr Minister Holter, Sie haben hier und da ja mal Gedanken geäußert, das ist richtig, da ist vieles richtig, würde ich auch unterschreiben, aber ich meine, hier muss es auch wirklich zu konzeptionellen Überlegungen kommen, die letztlich auch in entsprechendem Regierungshandeln deutlich werden.

Meine Damen und Herren, ich denke, es ist dringend erforderlich, dass auf der Basis einer nüchternen Analyse die Situation mit nachhaltigen Konzepten in Mecklenburg-Vorpommern angegangen wird. Und ich glaube, hier braucht es in der Tat auch eine Zusammenarbeit von Regierung und Opposition. Und so verstehe ich unseren Antrag hier heute, was dieses Thema betrifft. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Vizepräsidentin Kerstin Kassner: Vielen Dank, Herr Seidel.

Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Frau Borchardt von der PDS-Fraktion.

Barbara Borchardt, PDS: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Der Schweizer Moralist Hilty sagte 1905: „Das größte Unglück, das es gibt, ist ein Leben ohne Arbeit. Die Arbeitslosen sind in der Tat die wahren Unglücklichen in dieser Welt.“

(Lutz Brauer, CDU: Wir schreiben jetzt 2001.)

Wie wahr! Und die Betroffenen empfinden es auch hundert Jahre später noch so.

Blicke ich zurück, habe ich immer den Eindruck, dass alle über das Problem redeten und so taten, als sei die Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit das Thema Nummer 1. Aber was war wirklich in der Vergangenheit? War es wirklich so? Ich denke, nein. Insbesondere in der Zeit der Kohl-Regierung war es wohl eher so, dass man die Arbeitslosen bekämpft hat und nicht die Arbeitslosigkeit.

(Harry Glawe, CDU: Unglaublich!)

Ich meine die berühmt-berüchtigte Novellierung des Arbeitsförderungsrechtes, in dem die Zumutbarkeitsvoraussetzungen vor allen Dingen für Frauen und Langzeitarbeitslose verschärft, die Senkung des Anspruchs auf Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe verankert sowie die Anrechnung von Abfindungen und das Arbeitslosengeld festgelegt wurden. Ein weiteres Beispiel ist die Novellierung des Bundessozialhilfegesetzes, in dem die Absenkung der Sozialhilfe auf bis zu 20 Prozent bei Nichtannahme von Arbeit verankert wurde. Und all das wurde begleitet von einer öffentlichen Missbrauchsdebatte, die zu einer Stigmatisierung der Betroffenen führte.

(Harry Glawe, CDU: Meinen Sie jetzt den Ministerpräsidenten? Das kann ja wohl nicht sein!)

Ich will an dieser Stelle auch nicht verhehlen, dass wir diesbezüglich auch mit den Anstrengungen der rot-grünen Bundesregierung nicht zufrieden sind. Ich komme an anderer Stelle darauf zurück.

In diesem Zusammenhang nur ein Stichwort: die Abschaffung der originären Arbeitslosenhilfe im letzten Jahr. Die jetzige Landesregierung und die Koalitionsfraktionen messen der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit eine große Bedeutung zu. Ich weiß, meine Damen und Herren von der CDU, dass Sie diese Bemühungen nicht anerkennen wollen.

(Harry Glawe, CDU: Die Zahlen sprechen gegen Sie. – Zuruf von Lutz Brauer, CDU)

Nein, ich gebe Ihnen Recht. Wir haben alle keinen Grund, uns zurückzulehnen und mit den bisher erreichten Ergebnissen zufrieden zu sein. Das sind wir auch nicht.

(Harry Glawe, CDU: Wir haben noch gar nichts erreicht.)

162.998 Betroffene in unserem Land sind nach den jüngsten Angaben arbeitslos. Das sind 162.998 zu viel. Ihnen Hilfe und Unterstützung zu geben, insbesondere durch eine existenzsichernde Arbeit, sollte im Mittelpunkt all unserer Bemühungen stehen. Doch, meine Damen und Herren von der CDU, mit einer Berichterstattung, wie im Antrag gefordert, erreichen wir dieses Ziel wohl auch nicht. Angesichts der öffentlichen Debatte um die Diskussion über die Fortführung der verstärkten Förderung für ABM waren wir gar nicht überrascht, dass Sie dieses Thema auf die Tagesordnung brachten.

(Harry Glawe, CDU: Ach nee?)

Aber, wie so oft, Sie fangen großartig an, lassen ganz schnell nach und enden in einer CDU-typischen Inkonsequenz. Nicht die Fortführung der Förderung durch das Land ist Ihr Ziel, das würde Ihnen wohl auch zu weit gehen, nein, Sie fordern zum x-ten Mal ein Bekenntnis der Regierung zum ersten Arbeitsmarkt und die Haltung zum so genannten zweiten Arbeitsmarkt. Wieder wollen Sie in der Öffentlichkeit den Eindruck erwecken, diese Regierung und die Koalitionsfraktionen stärken in erster Linie den so genannten zweiten Arbeitsmarkt.

(Lutz Brauer, CDU, und Jürgen Seidel, CDU:
Den dritten. – Harry Glawe, CDU:
Den dritten. Kennen Sie den nicht?)

Ich möchte Sie daran erinnern, dass die Regierung auf Antrag der Koalitionsfraktionen einen ausführlichen Bericht zur Weiterentwicklung der arbeitsmarktpolitischen Programme unter Berücksichtigung der Zielstellung der Europäischen Union vorgelegt hat. Diesen Bericht haben Sie erhalten. Vielleicht wäre es sinnvoll, sich einmal mit diesem Bericht zu befassen.

(Heiterkeit bei Harry Glawe, CDU)

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die PDS hat nie einen Hehl daraus gemacht, dass die vorhandenen arbeitsmarktpolitischen Instrumente nur begrenzt geeignet sind, die Massenarbeitslosigkeit zu bekämpfen. Aber, und das wissen wir auch, das müssen wir auch zur Kenntnis nehmen, wir müssen im Interesse der Betroffenen diese Instrumente nutzen.

Beispielhaft für die geringen Wirkungsmöglichkeiten arbeitsmarktpolitischer Instrumente ist insbesondere bei ABM die so genannte Brückenfunktion. Um Unterstellun-

gen gleich vorzubeugen, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den unterschiedlichsten Projekten leisteten und leisten eine gute Arbeit, die insbesondere in den Regionen unverzichtbar geworden ist. Aber eine Brückenfunktion zum so genannten ersten Arbeitsmarkt haben sie wohl kaum. Eine Brücke führt doch wohl immer zu einem Ufer. Dieses Ufer ist für viele, die schon eine ABM-Karriere hinter sich haben, nicht zu sehen. Und die Ursachen sind uns doch allen bekannt. Nach wie vor geht der Konjunkturaufschwung, verbunden mit der Schaffung von Arbeitsplätzen, an den neuen Bundesländern vorbei.

(Dr. Christian Beckmann, CDU: Das stimmt.)

Ja, wir haben zu wenige Unternehmen in unserem Land. Fachkräfte verlassen unser Land, weil sie woanders mehr verdienen. Die Kaufkraft ist zu gering, die Menschen können angebotene Dienstleistungen kaum in Anspruch nehmen.

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die Diskussion in den letzten Wochen hat uns aus meiner Sicht eines bestätigt: Wir kommen an der Schaffung eines öffentlich geförderten Beschäftigungssektors nicht vorbei.

(Beifall Peter Ritter, PDS)

Wenn Vereine und Verbände, Landräte und Bürgermeister, ja, auch Landtagsabgeordnete aller Fraktionen darauf hinweisen, dass durch den angeblich geplanten Wegfall der Sachkosten für ABM die soziale und kulturelle Infrastruktur zu zerbrechen droht, wird unsere Auffassung noch bestärkt. Ja, insbesondere in den neuen Bundesländern wurden diese notwendigen Arbeiten durch die fehlenden finanziellen Mittel in den Kommunen, der Träger und auch des Landes über arbeitsmarktpolitische Instrumente aufgebaut. Dass diese Situation nicht auf Dauer so bleiben kann, ist uns doch wohl allen klar.

Und ich denke, das Programm „1.000 Jugend- und Schulsozialarbeiter“ beweist, wie dringend der Einstieg in den öffentlich geförderten Beschäftigungssektor ist. Dieses Programm wird positiv durch die Kommunen angenommen. Das beweist auch die Bereitschaft der Kommunen, sich an diesem Programm zu beteiligen. Gleiches gilt für die gemeinwohlorientierten Arbeitsförderprojekte in unserem Land, in denen über 800 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter eine sinnvolle und aus meiner Sicht notwendige Arbeit gefunden haben. Bei der Gestaltung dieses Prozesses ist deutlich geworden, dass öffentlich geförderte Beschäftigung an Akzeptanz zunimmt, wenn alle Partner in diesen Prozess mit einbezogen werden.

Aber, und das ist auch allen Akteuren bewusst, das Land wird allein nicht in der Lage sein, den öffentlich geförderten Beschäftigungssektor für weitere Bereiche aufzubauen.

(Harry Glawe, CDU: Aha! Das war schon mal ein Eingeständnis.)

Dazu bedarf es der Schaffung von Rahmenbedingungen auf Bundesebene. Mit dem Regierungswechsel in Berlin haben viele gehofft, dass diese Rahmenbedingungen auch geschaffen werden, hatte doch die SPD auf Bundesebene 1995 einen Gesetzentwurf mit dem schönen Namen „Arbeits- und Strukturförderungsgesetz“ in den Bundestag eingebracht. In diesem Gesetzentwurf waren neue Instrumente der aktiven Arbeitsmarktpolitik verankert, die einen Einstieg ermöglichen würden. Mit

dem Regierungsantritt hatte sich auch die Koalition darauf verständigt, das Arbeitsförderrecht in dieser Wahlperiode zu verändern. Dieses Vorhaben haben sie leider beerdigt und damit auch die Hoffnung vieler Betroffener. Ich habe angesichts der Entwicklung auf Bundesebene in Bezug auf die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit kaum noch Hoffnung, dass hier neue Wege gegangen werden. Im Gegenteil, die Missbrauchsdebatte hat wieder Fuß gefasst, leider auch in unserem Land. Modellversuche für den staatlich subventionierten Niedriglohnssektor werden gefördert.

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Neue Wege in der Arbeitsmarktpolitik zu gehen ist notwendiger denn je. Dazu gehören aus unserer Sicht die Verstärkung der Regionalisierung, der zielgerichtete Einsatz der arbeitsmarktpolitischen Instrumente wie zum Beispiel in der Fortbildung und Umschulung entsprechend des Bedarfes in der Region, die Verknüpfung der Wirtschafts-, Struktur- und Beschäftigungspolitik, um nur einiges zu nennen. Mit dem neuen AQMV wurden erste Schritte gegangen, die weiter ausgebaut werden und genutzt werden müssen. Der Antrag der CDU hilft uns dabei nicht weiter. Deshalb lehnen wir ihn ab.

(Beifall Peter Ritter, PDS,
und Birgit Schwebs, PDS –
Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Vizepräsidentin Kerstin Kassner: Vielen Dank, Frau Borchardt.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Dankert von der SPD-Fraktion.

(Lutz Brauer, CDU: Vielleicht
haben Sie besser zugehört.)

Reinhard Dankert, SPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wie das immer so ist, wenn man als inzwischen fünfter Redner zu der ganzen Sache spricht, dann ist alles schon gesagt. Ich will es auch kurz machen. Der beantragte Bericht – da können Sie, glaube ich, die Rede von Herrn Holter im Protokoll nachlesen, dann haben Sie alle Antworten. Und die speziellen Dinge können Sie ja nach Riemann'scher Manier mit einer Kleinen Anfrage klären.

(Götz Kreuzer, PDS: Na bloß nicht!
Fordern Sie nicht den Deiwel heraus! –
Zuruf von Lutz Brauer, CDU)

Also insofern ist das ganz praktisch erledigt. Und ich kündige an, dass wir diesen Antrag auch ablehnen werden.

Aber in der Diskussion sind natürlich einige Dinge aufgeworfen worden, die gar nicht mal zur Gegenrede reizen, sondern zur Diskussion. Herr Seidel sagt, wir sollen nicht mit Statistiken hin und her werfen und so weiter und so fort. Da gebe ich Ihnen unumwunden Recht. Aber sagen Sie es doch mal Herrn Glawe,

(Harry Glawe, CDU: Ja?)

der bewusst, sage ich mal,

(Harry Glawe, CDU: Ja?)

die Zahlen verwendet. Die kann man so und so auswerten. Was mich allerdings ein bisschen stört bei dem Kollegen Glawe, ist, dass er uns bescheinigt, dass wir die Arbeitslosigkeit hochgefahren haben, als wenn wir es absichtlich machen würden, weil es unser Politikinhalt wäre. Ich glaube, das können Sie uns nicht unterstellen.

(Beifall Dr. Henning Klostermann, SPD –
Zuruf von Lutz Brauer, CDU)

Ich habe ja bei der letzten Gelegenheit zur Arbeitsmarktpolitik auch gesagt, wir haben hier mit Problemen der sozialen Marktwirtschaft zu tun und das Wort „sozial“ kann man ja hier und da auch schon mal hinterfragen. Der Kapitalismus erzeugt eben auch eine hohe Arbeitslosigkeit. Und wenn Sie sagen, wir sind nicht groß weitergekommen in der Entwicklung, dann ist das ein großer Standortnachteil für Mecklenburg-Vorpommern. Und einem Strukturwandel entgegen zu subventionieren, das hat noch keine Regierung so richtig geschafft.

(Lutz Brauer, CDU: Aber die Wähler geben
mit ihren Stimmen auch Hoffnungen ab.)

Ich glaube, das gilt auch für ganz Deutschland.

Ihre Aussage, dass Sachkosten auf null gefahren werden, das hat der Minister, glaube ich, auch gut erläutert.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Das ist einfach eine Sache, die nicht stimmt.

Sie haben noch einen Satz geäußert, Herr Glawe, GAP entzieht ABM- und SAM-Mittel. Ich kann das nicht nachvollziehen. Soviel ich weiß, sind es vorwiegend ABM- und SAM-Stellen, die im Bereich des gemeinwohlorientierten Arbeitsförderprojektfeldes bewilligt werden, und nur ganz wenige rein landesfinanzierte Maßnahmen. Außerdem zählt es zu dem Maßnahmenfeld A entsprechend der EU-Kategorien, also es nimmt dort kein Geld weg, es beweist nur, dass wir in dem Bereich eigentlich sehr viel mehr gemacht haben, als die EU uns vielleicht zugesteht.

(Harry Glawe, CDU: Jaja, da habt Ihr Eure
Modellprojekte in den Arbeitsmarkt eingebracht.)

Langfristigkeit ist, glaube ich, durch das Orientieren auf die EU-Programme gewährleistet. Diese gehen immer über sechs Jahre. Ich weiß auch nicht, was das soll. Und im Übrigen teile ich die Meinung von Herrn Holter zum Paragraphen 266. Ich denke, da werden wir auch in unserer Bundestagsfraktion ein bisschen Überzeugungsarbeit leisten müssen.

(Harry Glawe, CDU: Das ist richtig.)

Ich will noch ein paar Dinge sagen.

(Harry Glawe, CDU: Dann gibt
es nachher gar nichts mehr.)

Die einzelnen Felder des Operationellen Programms sind zum einen die aktive und präventive Arbeitsmarktpolitik und zum anderen die berufliche und allgemeine Bildung. Auf diesen beiden Feldern haben wir in Mecklenburg-Vorpommern sehr viel Gutes gemacht,

(Beifall Heidemarie Beyer, SPD,
und Dr. Manfred Reißmann, SPD)

auch in den letzten zehn Jahren, und ich nehme da überhaupt keine Landesregierung aus. Das Problem ist nur, dass in der EU die Philosophie offensichtlich auf etwa 10 Prozent Arbeitslosigkeit ausgerichtet ist und nicht auf 20 und mehr, wie sie hier im Osten Deutschlands überall herrscht. Insofern ist das Zurückfahren von einem hohen Level in bestimmten Dingen – weil wir über sechs Jahre, Sie wissen das alles, die Durchschnittswerte erreichen müssen, sonst kriegen wir kein Geld von der EU – natürlich schmerzhaft und führt dann auch zu Irritationen.

Die Anpassungsfähigkeit und der Unternehmergeist, das ist ein Feld, das wir ausbauen müssen, das sind Existenzgründungen. Und die Chancengleichheit von Männern und Frauen, das sind auch Felder, die wir ausbauen können. Ich denke, in diesem Bereich gibt es sehr viel Chancen, noch etwas zu machen. Allerdings muss auch das Umfeld stimmen. Und da haben wir gesagt, in Mecklenburg-Vorpommern ist noch eine ganze Menge zu tun.

Ich denke auch, denn der Anlass war ja diese Sache mit der Sachkostenförderung, und ich will hier noch mal eindeutig sagen, es ist nach zehn Jahren erfolgreicher Arbeit im Arbeitsmarktbereich zu einer Panne gekommen. Die ist allerdings behoben worden, zwar nicht schmerzlos, aber letztendlich schnell. Richtig ist aber, dass wir über die konkreten Auswirkungen des Umsteuerns, wie es immer guter Brauch war, ist und bleibt, eher mit den Betroffenen hätten reden müssen. Das ist richtig, aber es ändert nichts an der Tatsache, dass wir grundsätzlich auf diese EU-Richtlinien umsteuern müssen. Wir sind an sie gebunden. Und wir haben das bereits mit dem Haushalt 2001 getan.

Aber vielleicht darf ich diese Stelle auch einmal nutzen, um mal zu sagen, wie viele Förderstränge, welches, sage ich mal, „Dickicht“ wir im Bereich der Arbeitsmarktpolitik haben, was es auch so schwierig macht, das Ganze EU-kompatibel zu machen.

Wir haben erstens die Bundesanstalt für Arbeit. Dort haben wir einen beitrags- und steuerfinanzierten Haushalt, er wird also aus zwei verschiedenen Strängen gespeist. Dann haben wir die verschiedensten Landesprogramme, steuerfinanziert, teilweise an Bundesmittel gekoppelt, gesetzlich oder freiwillig, teilweise an EU-Mittel gekoppelt, teilweise reine Landesmittel, was wiederum Bund oder EU „nichts angeht“. Wir haben dann wiederum die EU-Mittel, die gehen in die Landesprogramme ein, sie werden aber über den Bund bei der EU beantragt, sind steuerfinanziert, werden aber nach Gesamt-EU-Kriterien vergeben. Diese haben allerdings den Vorteil, dass man sich länger darauf verlassen kann und, um auf den aktuellen Tatbestand einzugehen, dass man sich länger danach richten muss, egal wie Sie es wollen. Wir haben dann noch viertens kommunale Mittel, freiwillige Aufgaben in der Regel. Meist werden hier die Eigenanteile von Trägern ausgeglichen, die selber nicht in der Lage sind, diese Mittel aufzubringen. Darüber hinaus haben wir den Bereich Arbeitslosen- und Sozialhilfe in den vielfältigsten Formen, also die Bereiche, die in das BSHG reichen. Das sind auch mindestens zwei Förderstränge auf kommunaler Ebene. Und wir haben den ganz kleinen Teil, aber ich will ihn der Vollständigkeit halber erwähnen, das sind die Eigenmittel der Träger, die über Sponsoring und sonstige Einnahmen kommen können. Aber ich gebe zu, das ist ein sehr kleiner Teil.

Rein theoretisch haben wir hier schon fünf Felder, die miteinander koordiniert werden müssen, miteinander zusammengebastelt werden müssen. Und ich bin mir wirklich nicht ganz sicher, ob ich alles aufgezählt habe. Aber es reicht aus, um zu dokumentieren, dass die EU-Kriterien nicht komplett auf die Ostsituation in Deutschland passen, und das – ich hatte es vorhin schon gesagt – führt natürlich auch zu einem kleinen Dilemma. Und das ist unabhängig von politischen Konstellationen. Ich könnte jetzt anfangen: Wann sind die Operationellen Programme von der EU vorbereitet worden? 2000 sind sie in Kraft gesetzt worden. Wann sind sie denn von der Bundesre-

gierung und von welcher Bundesregierung vorbereitet worden? Wie sind denn die Mehrheitsverhältnisse in Europa? Zurzeit regieren ja die Konservativen im Parlament. Bei der Kommission bin ich mir nicht so ganz sicher. Also lassen wir das, das bringt uns auch nicht weiter.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Aber was eigentlich viel schlimmer bei der ganzen Sache ist: Jeder dieser der von mir angedeuteten fünf Zweige denkt für sich „betriebswirtschaftlich“, keiner denkt volkswirtschaftlich. Und das ist das Problem. Deswegen würde ich schon mal gern zu einem Regionalmodell kommen, in dem einmal alle Fördertöpfe zusammengefasst werden können. Ich weiß, wie schwierig das ist, ich weiß auch, wie intensiv da einige schon dran arbeiten. Aber, ich denke, wir sollten weiterhin über dieses Thema nachdenken. Und im Übrigen, wenn wir es nämlich volkswirtschaftlich betrachten würden, haben ABM und zum Beispiel auch die marktorientierten Arbeitsförderbetriebe die höchste Refinanzierungsquote, allerdings volkswirtschaftlich gerechnet. Und auch das sollten wir in unsere Betrachtungen mit eingehen lassen.

Ich will noch mal auf die Punkte von Herrn Seidel eingehen, wenn ich einen kleinen Schluck genommen habe.

(Heinz Müller, SPD: Prost! –
Peter Ritter, PDS: So, so!)

Es ist richtig, die Stärkung des ersten Arbeitsmarkts ist ständige Aufgabe aller. Über die Grenzen von Politik habe ich allerdings schon etwas gesagt und Sie konstatieren selber, dass eine Entwicklung nicht so richtig stattfindet. Es ist also auch die betriebsnahe und die unternehmensnahe Förderung, die dieses Politikfeld 1 ausmacht, schon eine Schwierigkeit. An welche Unternehmen will ich das dann andocken, wenn sie schon selber Schwierigkeiten haben. Das ist ein objektives Problem auf das wir uns einstellen müssen und längst schon in vielen Dingen eingestellt haben.

Arbeitsplätze, einfache Tätigkeiten, das machen wir mit den Call-Centern. Das Thema ist berühmt und berüchtigt. Es sind einfache Tätigkeiten. Es ist aber gut, dass Sie wenigstens sagen, dass sie lebenserhaltungssichernd sind, und an dieser Stelle möchte ich mal erinnern, dass sich viele von uns vielleicht auch schon gar nicht mehr vorstellen können, wie eine Familie mit 2.000 DM im Monat netto auskommen soll. Ich denke, das ist ganz wichtig, dass wir das bei allen Maßnahmen berücksichtigen, wenn man über die ganze Frage von Lohnabstandsgebot und so weiter redet.

Zur Professionalität bei Unternehmensansiedlungen: Also ich habe bisher gehört, dass wir uns bei Airbus nicht bescheuert angestellt haben. Ich komme auch im Lande herum und konnte hören, dass viele sagen, bei der Airbus-Initiative habt ihr euch gut und ordentlich angestellt. Ihr habt eben Pech gehabt, dass die Unternehmensentscheidung anders ist. Aber von Mängeln bei der Professionalität von Bewerbungssachen habe ich nichts gehört. Transrapid, Herr Seidel, das wissen Sie noch viel besser als ich, ist ein Mangel der deutschen Wirtschaft gewesen, dass das Ding nicht schon längst fertig gewesen ist.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Da, glaube ich, kann man unserer Landesregierung ja wohl nicht so richtig etwas vorwerfen. Und ich gehe nach wie vor davon aus, dass bei der BMW-Bewerbung das Land alles das tut, was nötig und möglich ist. Ich bringe

mal kleinere Beispiele: Wir haben ja gerade die Diskussion über den Flughafen Parchim gut über die Runden gebracht. Das ist professionell gehandelt worden. Und ich denke, auch der weitere Bau der A 20, um nur ein Beispiel zu bringen, wird nach wie vor von dieser Regierung professionell gehandelt

(Zurufe von Lutz Brauer, CDU,
und Harry Glawe, CDU)

wie auch von der vorherigen.

Die Bundesregierung soll Mecklenburg-Vorpommern unterstützen, das wünscht sich jedes Land. Ich denke auch, Sie spielen da genau auf die Armee an. Wir werden nachher in dem zusätzlichen Tagesordnungspunkt dazu kommen. Ich möchte nur ganz zart am Rande erwähnen, dass der Marinestützpunkt in Rostock ja gestärkt worden ist. Und das sage ich nicht, weil ich aus Rostock bin,

(Norbert Baunach, SPD: Kannst du ruhig!)

sondern ich sage auch, denn das gehört zur Wahrheit dazu, dass es hier und da ein paar Dinge gibt, die, so sage ich mal, unterstützend hierher kommen. Ich weiß nicht, wie man in Wilhelmshaven und in Flensburg darüber denkt, aber da habe ich auch schon Stimmen gehört, alles geht in den Osten.

Wirtschaftsfreundliche Politik – das ist natürlich Bildungsfreistellungsgesetz, Verbandsklage. Darüber haben wir natürlich einfach unterschiedliche Auffassungen, Herr Seidel. Das müssen Sie aushalten.

Zum Sparkurs im Bildungsbereich: Ich denke, wir haben keine Kürzungen im Bildungshaushalt zugelassen und der Korridor an den Hochschulen ist Ihnen auch bekannt. Abwanderung stoppen, gebe ich zu, das haben Sie selber gesagt, ist ein schwieriges Thema. Und ich denke, über die vielfältigsten Ideen sollte man sich unterhalten. Das korrespondiert aber natürlich auch mit der Stärkung des ersten Arbeitsmarktes. Ich habe gehört, in Irland bekommt jeder, der sich zwei Jahre für einen Job verpflichtet, ein Coupé von BMW oder von Mercedes, ich weiß es nicht genau, jedenfalls von irgendeiner Großmarke. Aber das, glaube ich, sollte man eher als kleine Anekdote betrachten.

Alles in allem, glaube ich, kann man sagen, dass die Politik der Landesregierung im Bereich des Arbeitsmarktes nach wie vor koordiniert vorgeht, nach wie vor abgestimmt vorgeht. Das ist nicht erst seit dieser Landesregierung so und das wird auch so bleiben. Und insofern, denke ich, müssen Sie sich mit dem Bericht des Ministers zufrieden geben, wie er gehalten wurde. Sie haben gerade gestern gesagt, wie schwierig es mit dem Berichtswesen ist und haben uns kritisiert. Nun machen Sie es selber auch schon so. Wir ersparen Ihnen das. Wir lehnen Ihren Antrag ab.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Vizepräsidentin Kerstin Kassner: Vielen Dank, Herr Dankert.

Ich schließe damit die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 3/1824. Wer diesem Antrag zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. – Vielen Dank. Gibt es Gegenstimmen? – Danke. Stimmenthaltungen? – Es gibt keine. Damit ist der Antrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 3/1824 abgelehnt,

da er nur die Stimmen der Fraktion der CDU bei Gegenstimmen der Fraktionen der SPD und PDS erhalten hat.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 16:** Beratung des Antrages der Fraktion der CDU – Nationales Sicherheitskonzept Ost- und Nordsee, Drucksache 3/1820.

**Antrag der Fraktion der CDU:
Nationales Sicherheitskonzept Ost- und Nordsee
– Drucksache 3/1820 –**

Das Wort zur Begründung des Antrages hat der Abgeordnete Nolte von der CDU-Fraktion. Bitte sehr.

Georg Nolte, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Unser heutiger Antrag ist die aktuelle Antwort auf die entstandene brennende und unbefriedigende Entwicklung der Schifffahrtssicherheit in Nord- und Ostsee. Dieser Antrag reagiert auf die träge und hinhaltende Praktik der zuständigen Behörden des Bundes und auf die abwartende und zögerliche Haltung der Landesregierung bezogen auf die präventiven Sicherheitsbedürfnisse auf See. Dass hier ein unmittelbarer und dringlicher Handlungsbedarf besteht, der sogar über den nationalen Rahmen hinausgeht, zeigt die Arbeitsrichtung der Konferenz der Ostseeanrainerstaaten, denn in diesem Jahr wird sich die Konferenz in Greifswald zielgerichtet diesem Problemkreis zuwenden. Wenn allerdings der Landtag selbst glaubt, dass mit der Erstellung von Gutachten zu dieser Problematik auf Kosten des Landtages Lösungsansätze möglich werden, dürfte dies ein unzureichender Weg sein. Hier ist die Landesregierung gefordert, im Auftrag des Landtages unverzüglich zu handeln.

Und ein solches Beispiel könnte bei der Konferenz der Ostseeanrainerstaaten ein richtiges Signal sein und Beispielwirkung haben. Leider ist bereits im Jahr 2000 deutlich geworden, dass sowohl die Landesregierung als auch die Koalitionsfraktionen dieses Landtages sich weder des Ernstes der Lage bewusst noch bereit sind, initiativ tätig zu werden, um den Bund in seiner Verantwortung zum unverzüglichen Handeln zu veranlassen. Dies zeigte die Ablehnung des CDU-Antrages laut Drucksache 3/1054 am 2. Februar 2000 im Landtag ebenso wie die erneute Ablehnung des CDU-Antrages 3/1293 vom 10. Mai 2000.

Auch die Antwort, die das Umweltministerium namens der Landesregierung auf der Drucksache 3/1470 zu der Kleinen Anfrage des Abgeordneten Thomas gab, macht deutlich, dass es als ausreichend angesehen wird, lediglich mit einem Brief vom 7. März 2000 an das Bundesverkehrsministerium heranzutreten und ansonsten die Verantwortung auf diese Ebene abzuschieben. Wie denkt man eigentlich in dieser Landesregierung über die eventuellen Folgen einer Ölhavarie vor unseren Stränden, die uns jeden Tag treffen könnte? Beinahehavarien haben wir ja schon in ausreichendem Maße und erst vor kurzem gehabt. Stellen Sie sich nur die verheerenden Auswirkungen für die Tourismuswirtschaft unseres Landes auf lange Zeit, das möchte ich hier besonders betonen, das heißt die massenhafte Vernichtung von Unternehmen und Existenzen vor.

Glauben Sie, Herr Minister Methling, dass Sie dann Ihrer Verantwortung entkommen können mit lapidaren Verweisen auf die Zuständigkeit von Bundesbehörden? Ihnen ist sicherlich nicht deutlich, dass es gegenwärtig im Rahmen des zur Verfügung stehenden Etats des Bundes für die Schifffahrtssicherheit in Nord- und Ostsee gerade ein-

mal möglich ist, den Unterhalt der bestehenden Sicherheitsstrukturen aufrechtzuerhalten. An Investitionen in die Zukunft, an ein Vorsorgekonzept für mögliche Großschadensereignisse ist nicht gedacht, ist auch kein Geld vorhanden. Nur wegen dieser unbefriedigenden Situation stellt meine Fraktion heute diesen Antrag.

Es wäre uns viel lieber, und das möchte ich hier noch mal ganz besonders betonen, wenn das Bundesverkehrsministerium beziehungsweise die Wasser- und Schifffahrtsverwaltung in der Lage und bereit wäre, im Rahmen planmäßiger Haushaltsansätze die Finanzierung eines vorsorgenden, das heißt präventiven Sicherheitskonzeptes für Großschadensereignisse zu ermöglichen. Nur weil dies nicht in Sicht ist und die Koalitionsfraktionen bisher in dieser Frage nicht initiativ geworden sind, stellt meine Fraktion den vorliegenden Antrag. Die geforderte hilfswiese Initiative aller norddeutschen Küstenländer – ich betone, so, wie es im Antrag steht, „parteübergreifend“ aller norddeutschen Küstenländer – soll es ermöglichen, die gefährlichen Schwachstellen im Sicherheitskonzept anzugehen.

Niemand in unserer Fraktion wird gern Fahrgäste und Fahrzeugverkehr in allen deutschen Häfen mit einer Sicherheitsgebühr belasten. Allerdings müsste bereits das entwickelte Konzept einer Sicherheitsgebühr dem Bundesverkehrsministerium die Schamröte wegen eigener Handlungsunfähigkeit ins Gesicht treiben. Wir halten es für angemessen, wenn die Landesregierung auf der Grundlage unseres Konzeptes in die Lage versetzt wird, mit dem Bund drängend und lösungsorientiert zu verhandeln.

Wenn dabei die entworfene Lösung auf dem Wege einer Sicherheitsgebühr vermieden werden kann und stattdessen planmäßige Haushaltsansätze zum Beispiel den Bau geeigneter Sicherheitsschiffe für eventuelle Großschadensereignisse ermöglichen würden, dann hätte der Antrag auch sein Ziel erreicht. Schließlich ist uns bewusst, wie viel ausweichende Argumente es gegen die vorgeschlagene Sicherheitsgebühr geben kann. Da wird mit hoher Wahrscheinlichkeit die Frage einer harmonisierten EU-weiten Lösung diskutiert werden. Da wird man Kritik an einem deutschen beziehungsweise ostdeutschen Alleingang üben. Man wird über die Belastung der Fahrgäste und über die unangemessene Erhöhung der Kosten der Spediteure reden. Man wird alle möglichen Argumente finden, die uns auch bewusst sind, um diesen Lösungsweg abzulehnen.

(Dr. Henning Klostermann, SPD: Ja bitte. – Zuruf von Minister Dr. Wolfgang Methling)

Aber ich frage Sie, meine Damen und Herren: Welchen besseren Weg können alle Kritiker anbieten? Welche wirksamen Konzepte sind vorhanden, um präventiv Großschadensereignissen wie Havarien von Großfähren, Gefahrgutschiffen und von Passagierschiffen vorzubeugen und im Havariefall effektiv handeln zu können?

(Zuruf von Dr. Henning Klostermann, SPD)

Jawohl, Prävention ist das Thema. Herr Klostermann, in Ihrer letzten Pressemitteilung haben Sie genau diesen Aspekt versäumt.

(Dr. Henning Klostermann, SPD: Sie machen keine Prävention.)

Sie haben sich bezogen auf einen Fonds der EU, der möglicherweise bereitsteht. Aber erst dann, wenn das Kind in den Brunnen gefallen ist,

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Dr. Henning Klostermann, SPD: Das Kind ist doch schon lange drin, das ist schon lange drin.)

wenn die Strände verseucht sind, zu helfen, ist viel zu spät, dann haben wir unsere Tourismuswirtschaft hier zu begraben.

(Dr. Henning Klostermann, SPD: Was haben Sie denn gemacht die Jahre vorher?)

Das wissen Sie doch.

(Reinhardt Thomas, CDU: Sie haben unsere Anträge abgelehnt. – Heiterkeit bei Annegrit Koburger, PDS)

Welche wirksamen Konzepte sind vorhanden, um dann effektiv handeln zu können, Herr Klostermann? Das frage ich Sie. Ich will jetzt keine Schreckensbilder malen.

(Lutz Brauer, CDU: Wir wollen Ihnen doch auch noch ein bisschen was gönnen.)

Ich will nur die Frage stellen, wie kann Katastrophen wie dem „Pallas“-Unglück, der „Estonia“-Havarie oder anderen Havarien vorgebeugt werden. Oder allgemein gesagt: Wie kann Leegerwallsituationen mit der Gefahr von Ölhavarien vor den deutschen Küsten vorgebeugt werden? Und Sie wissen, unsere Küsten, die deutschen Küsten, sind wegen Windrichtung und Hauptseerichtung die meist gefährdetsten. Wie kann Explosionen von Gefahrgütern auf Fähren begegnet werden? Welche Möglichkeiten bestehen, in großem Umfang Evakuierungen von Fähren oder Passagierschiffen im Havariefall vorzunehmen? Für all diese Fälle bietet der Bestand an Sicherheits- und Mehrzweckschiffen gegenwärtig nur völlig unzureichende Hilfe. Daher halten wir es für unverzichtbar, geeignete Sicherheitsschiffe zu bauen und unterhalten zu lassen, die vorausschauend, das heißt präventiv, diesen Gefährdungspotentialen begegnen können. Derartige Schiffe müssen mit hoher Schleppleistung ausgestattet sein, um auch unter hohen Windstärken und bei stürmischer See ausreichend Schlepphilfe anbieten zu können.

Und da stellen wir eben berechtigt Fragen an die gegenwärtig als Sicherheitsschiffe ausgezeichneten Exemplare, zum Beispiel, wie Sie ja hören, im Bereich der Ostsee. Sie sollten die Sofortversorgung von Patienten ermöglichen und auch das Übersetzen von Hilfspersonal und Verletzten per Hubschrauber vorsehen. Solche Schiffe sollten die Möglichkeit haben, auch in Gaswolken oder Giftgassituationen in Folge chemischer Reaktionen von Gefahrgütern auf Schiffen sichere Havariehilfen zu erbringen. Und sie sollten schließlich eine hohe Manövrierfähigkeit in unterschiedlichen Gewässern besitzen.

Das gegenwärtige Konzept der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung, mit Mehrzweckschiffen dieser Aufgabe zu entsprechen, ist nach Expertenmeinung völlig unzureichend. Eine Kombination zum Beispiel mit der Aufgabe eines Tonnenlegers ist schon deshalb nicht sinnvoll, weil zwangsläufig durch die Realisierung von Tagesaufgaben die Präsenz an eingeschätzten Gefährdungsorten nicht gegeben ist. Eine Analyse des Bestandes vorhandener Schiffe in Nord- und Ostsee zeigt, dass Defizite im Anforderungsprofil bestehen. Die Präsenz und Schleppkapazität in der Ostsee vor unseren Küsten muss zum Beispiel deutlich hinterfragt werden. Ich will dies hier nicht weiter vertiefen.

Aufgrund dieser Problemlage haben wir uns entschlossen, einen Lösungsansatz anzubieten, der den beschrie-

benen Defiziten begegnen kann. Über die Erhebung einer Sicherheitsgebühr in allen deutschen Häfen, die für Passagier- und Fahrzeugverkehr erhoben wird, soll ein Sondervermögen gebildet werden, das der Finanzierung geeigneter Schiffskapazität und ihrer Unterhaltung dienen soll. Gleichzeitig könnten vernetzte Präventionsmaßnahmen, auch Kombinationen von Land-, Luft- und Wasserrettung, erprobt und vorgehalten werden. Hinsichtlich der Diskussion über die Akzeptanz einer solchen Sicherheitsgebühr wird unsererseits zunächst darauf verwiesen, dass die aufgebrachten Mittel ausschließlich den Nutzern im Schiffsverkehr wieder zugute kommen.

Der Lösungsweg über ein Sondervermögen schließt anderweitige Mittelverwendungen aus. Im Vergleich zu den Flughafensicherheitsgebühren, die um ein Vielfaches höher sind und trotzdem von den Fluggästen akzeptiert werden, handelt es sich um Beträge, die in der Argumentation vermittelt werden könnten. Bereits in der Landespressekonferenz vom 19. Dezember 2000 haben wir dieses Konzept vorgestellt und in der öffentlichen Reaktion durchaus Signale vernommen, die die Landesregierung ermutigten könnten, den vorgesehenen Weg zu beschreiten und gemeinsam mit den anderen deutschen Küstenanliegerländern gegenüber dem Bund aktiv zu werden.

Ich betone von dieser Stelle nochmals, dass uns die Zeit zur Lösung der Sicherheitsprobleme auf See davonläuft. Wir dürfen nicht auf den Eintritt beschriebener Schadensereignisse warten,

(Dr. Henning Klostermann, SPD: Das ist richtig.)

die in erster Linie deutsche und in der Ostsee vorwiegend Küsten unseres Bundeslandes treffen werden.

Wenn schon der Bund bisher seine Aufgaben im Seeverkehr nicht ausreichend präventiv wahrgenommen hat, müssen wir als möglicherweise Betroffene handeln. Sie, meine Damen und Herren der Koalitionsfraktionen, haben in der Landtagssitzung am 02.02.2000 Ihren eigenen Antrag laut Drucksache 3/1059(neu) angenommen. Dieser ist, wie Sie wissen, zwar wesentlich weicher, um nicht zu sagen substanzloser als die vorgelegten Konzepte unserer Fraktion, aber schon auf der Grundlage dieser Beschlusslage fordere ich Sie auf, die wesentlichen Punkte Ihres Antrages auch praktisch umzusetzen. Das betrifft die angesprochene Vorsorgeplanung für Ölbekämpfungsmaßnahmen in Mecklenburg-Vorpommern, Maßnahmen zur Sicherheit in der Kadet-Rinne und die Koordination und logistische Führung gemeinsam mit den anderen norddeutschen Küstenländern.

Sie können es drehen und wenden, wie Sie wollen, meine Damen und Herren, Sie werden nicht umhinkommen zu handeln. Der Handlungsdruck ist nicht zuletzt durch unsere Initiative so groß geworden, dass es einfach nicht mehr reicht, abzuwarten, auf den Bund zu verweisen und ansonsten in der Landesregierung prima Klima und Schlafwagensituation vorzuführen. Wenn Sie ein besseres Konzept haben, meine Damen und Herren von der Koalition, als wir es heute mit unserem Antrag einbringen, dann lassen Sie uns darüber konstruktiv reden. Wenn Sie die Bundesregierung bewegen können und in diese Richtung aktiv werden, die angesprochenen Ziele im Rahmen des Bundeshaushaltes zu realisieren, dann werden wir dies anerkennend würdigen müssen. Aber eins wird heute nicht reichen, unseren Antrag abzulehnen und diesem nichts Konstruktives entgegenzusetzen.

Wie wollen Sie bei der Konferenz der Ostseeanliegerstaaten dastehen, wenn Sie heute nicht handeln? Und genau vor diesem Hintergrund sage ich es noch einmal: Wenn der Landtag glaubt, mit der Erarbeitung eines Gutachtens zur Schiffssicherheit im Ostseeraum die geeignete Vorbereitung dieser Parlamentarierkonferenz zu treffen, so werden Sie erleben, dass Sie weit hinter den Erwartungen zurückbleiben. Daher ermutige ich Sie namens meiner Fraktion,

(Angelika Gramkow, PDS: Aber Sie haben doch das Gutachten vorhin gerade abgelehnt. Das heißt, nicht mal das sollten wir machen.)

unserem vorliegenden Antrag zuzustimmen beziehungsweise uns in den Ausschüssen damit zu beschäftigen. Und, Frau Gramkow, genau aus diesem Grunde haben wir das abgelehnt, weil die Erarbeitung von Gutachten nichts bringt. Wir wollen hier ein praktisches Handeln der Landesregierung und wir wollen, dass Sie als Landtagsfraktion der Landesregierung diesen Auftrag geben. – Danke.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Vizepräsidentin Kerstin Kassner: Vielen Dank, Herr Nolte.

Kann ich davon ausgehen, dass wir eine Redezeit von 45 Minuten zur Aussprache einräumen? – Ich sehe keinen Widerspruch.

Dann bitte ich zunächst den Umweltminister Herrn Professor Methling das Wort zu nehmen. Bitte sehr.

Minister Dr. Wolfgang Methling: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Um im Bild zu bleiben, Herr Nolte, ich bin aus dem Schlafwagen jetzt herausgetreten, um zu Ihrem Antrag, den Sie hier eingebracht haben, zu sprechen, denn ich halte es für durchaus ehrenwert, dass sich die CDU-Fraktion der Frage der Schiffssicherheit auf der Ostsee mit einer, wie wir alle wissen, nicht zu leugnenden Hartnäckigkeit widmet.

(Zuruf von Lutz Brauer, CDU)

Das Thema ist ernst. Dieses haben wir zuletzt vor wenigen Tagen wieder feststellen müssen, als die „Friendly Ocean“ in der Kadet-Rinne festgesessen hat. Deshalb pflichte ich der CDU bei, dass der Status quo nicht den Anforderungen genügt und die Verantwortlichen in Land, Bund, der Europäischen Union und in den internationalen Seefahrtsgremien dringend ihre Hausaufgaben machen müssen, um die Sicherheit auf der Ostsee, insbesondere in der Kadet-Rinne, schnellstens zu verbessern.

Allerdings versucht die Opposition mit ihren mehr oder weniger geeigneten Vorschlägen in Form von Presseverlautbarungen und Anträgen im Landtag zu suggerieren, die Landesregierung und die Bundesregierung würden dem Problem nicht die notwendige Aufmerksamkeit widmen. Heute haben Sie dies wiederum getan. Ich kann Ihnen versichern, es ist ganz und gar nicht so, dass die Verantwortungsträger der Regierungen hier gewissermaßen mit Neptun plaudernd über die Ostsee plätschern würden

(Heiterkeit bei Annegrit Koburger, PDS –
Zuruf von Heinz Müller, SPD)

und dabei untätig in die Gegend schauen, um ein Schiff auf Kollisionskurs zu entdecken.

Das Bundesverkehrsministerium hat sehr kurzfristig erste Konsequenzen aus dem „Pallas“-Unfall gezogen, zunächst vor allem im organisatorischen und im technischen Bereich. Lassen Sie mich einige wichtige davon nennen. Es waren unter anderem

- die Überarbeitung der bestehenden Alarmpläne,
- die Definition von Entscheidungskriterien für den Notschleppereinsatz,
- die Verlängerung der Charter des Notschleppers „Oceanic“,
- die Ausrüstung der Mehrzweckschiffe der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes mit hochfesten Kunststoffschleppleinern
- sowie die Vereinbarung des Bundes mit einem Privatunternehmen über die Bereitstellung von allwettertauglichen Hubschraubern für den Personal- und Materialtransport im Seenoteinsatz.

Dazu kommen viele Maßnahmen und Entscheidungen, die nur mittelfristig zu realisieren sind und nun nach und nach zum Tragen kommen. Darüber habe ich erst unlängst dem Landtag in einem Bericht zur Schiffssicherheit in der Ostsee Informationen zukommen lassen.

Lassen Sie mich hier einige Fakten dazu darlegen: Wie Ihnen bekannt ist, untersuchte nach dem Unfall der „Pallas“ eine Expertenkommission, der auch ein Vertreter des Landes Mecklenburg-Vorpommern angehörte, umfassend die Sicherheit der Seeverkehrswege, die Sicherheit des Schiffsbetriebes sowie den Schutz der Meeresumwelt und der Küste. Mit 30 Empfehlungen forderte die Kommission die Bundesregierung auf, gemeinsam mit den Küstenländern die Sicherheit des Schiffsverkehrs in Nord- und Ostsee deutlich zu erhöhen. Die Bundesregierung hat daraufhin das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Wohnungswesen beauftragt, für die maritime Notfallvorsorge die erforderlichen Schlussfolgerungen zu ziehen. Und davon sind bereits einige gezogen worden, sie sind umgesetzt beziehungsweise befinden sich in der Umsetzung.

Dazu möchte ich einige Beispiele nennen: Auf der Grundlage eines deutschen Vorschlages wurden mit Wirkung vom 03.04.2000 Seezeichen im Bereich der Kadet-Rinne so geändert, dass tiefgehende Schiffe sicherer durch dieses Gebiet geführt werden können. Wenn sich die Kapitäne allerdings nicht an die Seezeichen halten oder mit alten Karten fahren, ist alles Bemühen der Behörden aussichtslos. Um dem vorzubeugen, werden in den „Nachrichten für Seefahrer“ die Schiffsführer laufend über das Bundesamt für Seeschifffahrt und Hydrographie über die sichere Navigation im Bereich der Kadet-Rinne unterrichtet.

Am 06.11.2000 wurde bei den Gesprächen zwischen deutschen und dänischen Behörden Einigung über die Weiterführung des Tiefenwasserweges DW 17 von Nordosten nach Südwesten durch das Verkehrstrennungsgebiet der Kadet-Rinne erzielt. 17 Meter Tiefgang ist als Maximaltiefe für die Schifffahrt in der Ostsee international festgelegt.

Die Vorbereitung der Installation eines AIS-Systems stand bereits bei der Sitzung des Kabinettsausschusses „Neue Länder“ unter Vorsitz des Bundeskanzlers Schröder am 20.09.2000 auf der Tagesordnung. Deutschland wird in Abstimmung mit Dänemark die Vorbereitung zur

Einrichtung dieses Systems noch in diesem Jahr beginnen. Die erste deutsch-dänische Sitzung ist für dieses Frühjahr vorgesehen.

Mit all diesen Aktivitäten sind auch Forderungen der Opposition, wie sie heute vorgetragen wurden, berücksichtigt,

(Reinhardt Thomas, CDU: Kaum, kaum.)

auch wenn Sie vielleicht meinen, Herr Nolte und Kollegen, es sei nur ein Sturm im Wasserglas, was dort erzeugt worden ist.

Ferner hat der Bundesminister für Verkehr folgende Projekte eingerichtet:

1. Notschleppkapazität
2. Sicherheit des Schiffsbetriebes
3. Vereinbarungen mit Nachbarstaaten
4. Seeunfalluntersuchungen und Flaggenstaatenaufgaben
5. Struktur
6. Haftung und Versicherung
7. Umwelt
8. Technik/Meldewesen/Ausbildung

In den Arbeitsgruppen werden gegenwärtig Schritte unter Beachtung der derzeitigen Situation erörtert und Lösungsmöglichkeiten vorgeschlagen. Ich möchte zu den einzelnen Projekten ausgewählt die konkreten Ziele darstellen und dabei auch auf den Inhalt des CDU-Antrages eingehen.

Zum Teilprojekt 1 – Notschleppkapazität: Für Notfälle ist kurzfristig zusätzliche Schlepperkapazität in der Ostsee bereitzustellen. Ich habe den Bundesverkehrsminister bereits in meinem Schreiben vom 07.03.2000 aufgefordert, das für den Standort Stralsund vorgesehene Schadstoffunfallbekämpfungsschiff – Übrigens, auch dieses wäre kein Sicherheitsschiff,

(Georg Nolte, CDU: Genau, genau. –
Zuruf von Lutz Brauer, CDU)

sondern ein Schiff, was danach handelt. Über Sicherheitsschiffe, wie die aussehen, habe ich mich hier auslassen. Alles, was wir hier besprechen, ist dann die Havariebekämpfung und nicht die Herstellung von Sicherheit. – als Schlepper auszulegen und mit dem Bau so schnell wie möglich zu beginnen. Auch der gesonderte Neubau eines geeigneten Schleppers ist zu untersuchen.

(Georg Nolte, CDU: Das ist das Mehrzweckschiff, das niemals funktioniert.)

Ja, Sie sind ein berühmter Seefahrer, Herr Nolte.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS – Heinz Müller, SPD: Käpten Blaubär.)

Um bis zur Fertigstellung dieses Schiffes die notwendige Notschleppkapazität bereitstellen zu können, sind mit Privatfirmen umgehend Verträge zum Einsatz geeigneter Schlepper für eine sofortige Verfügbarkeit abzuschließen. Die erforderlichen Verhandlungen laufen zurzeit unter Federführung des Bundes.

Zum Teilprojekt 3 – Vereinbarungen mit Nachbarstaaten: Mit der Republik Polen ist, wie bereits mehrfach auch

von Ihnen und von mir gefordert, durch die Bundesregierung ein analoger Vertrag zur gegenseitigen Hilfe, wie er bereits mit Dänemark besteht, umgehend abzuschließen. Bei bilateralen Verhandlungen zwischen Polen und Mecklenburg-Vorpommern werden die Bemühungen durch das Land sowohl durch den Ministerpräsidenten, durch den Wirtschaftsminister und auch durch den Umweltminister unterstützt.

(Zuruf von Reinhardt Thomas, CDU)

Ich bin sowohl bei den letzten Beratungen des Deutsch-Polnischen Umweltrates als auch der gemeinsamen Umweltkommission Mecklenburg-Vorpommern in diesem Sinne wirksam geworden und werde es in diesem Jahr wieder tun.

Zum Teilprojekt 5 – Struktur: Um zu verhindern, dass es zukünftig wieder wie bei der Abarbeitung der „Pallas“-Havarie zu einem Bruch von Zuständigkeiten bei der Bergung und dann bei der Ölbekämpfung kommt, wird die Bildung eines Havariekommandos, das diese Kompetenzen zusammenführt, unterstützt. Es ist eine Neuorganisation der Führungsstrukturen vorgesehen, die mit der Übertragung von Kompetenzen des Landes auf Bundesbehörden im Havariefall verbunden ist. So ist die Einrichtung eines Havariekommandos mit Durchgriffsrechten auf Landeszuständigkeiten geplant. Infolge dessen ist die bestehende Vereinbarung zwischen dem Bund und den Küstenländern über die Bekämpfung von Meeresverschmutzungen aus dem Jahr 1995 zu ersetzen. Diese Vereinbarung bedarf der Zustimmung des Landtages und ich hoffe sehr, dass Sie sich bald mit dieser Vereinbarung und der Zustimmung beschäftigen können.

Das Havariekommando soll permanent einsatzbereit sein und nicht nur im Ernstfall auf Weisung zusammentreten. Im Havariekommando sollen die Küstenländer durch ständige Präsenz der Wasserschutzpolizei im maritimen Lagezentrum die Länderinteressen vertreten. Die sonstigen Aufgabenfelder der Wasserschutzpolizei dürfen nicht beeinträchtigt werden, sondern die weiteren Aufgaben müssen von ihnen selbständig zu lösen sein. Feuerwehr sowie zuständige Landesbehörden werden im Ernstfall dem Havariekommando unterstellt, üben ansonsten ihren Dienst im Rahmen ihrer Zuständigkeit aus. Die Seewache, eine Einrichtung, bei der alle auf See tätigen Bundesbehörden, nämlich Bundesgrenzschutz, Zoll, Fischereiaufsicht sowie Wasser- und Schifffahrtsverwaltung, unter ein Kommando gestellt werden sollen,

(Reinhardt Thomas, CDU: Sollen!)

fällt in die alleinige Kompetenz des Bundes. Sie werden das föderale System in Deutschland nicht auflösen können, Herr Nolte. Deren Bildung wird von uns sehr unterstützt. Maßnahmen zur Strandreinigung sollen in der vollen Zuständigkeit des Landes bleiben.

(Vizepräsidentin Renate Holznagel
übernimmt den Vorsitz.)

Zum Teilprojekt 6 – Haftung und Versicherung: Mir scheint dies ein wichtiges Aufgabenfeld zu sein, was wir bisher wenig in den Mittelpunkt der Diskussion gestellt haben und das hat auch einen Bezug zum vorliegenden Antrag der CDU, denn es kann nicht sein, dass die Behörden bei jeder Havarie am Pranger stehen, obwohl ganz objektiv die Fehler bei Schiffseignern und Schiffsführern liegen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Es muss dafür Sorge getragen werden, dass nicht die öffentliche Hand und damit der Steuerzahler, sondern die Verursacher für Schäden haften. Da gibt es ganz offensichtlich noch Defizite, die auf internationaler Ebene erkannt sind und an denen gearbeitet wird. Leider kann das Tempo der Bearbeitung durch die Landesregierung nur indirekt beeinflusst werden.

Ein Protokoll von 1996 sieht eine Erhöhung der allgemeinen Haftungssummen in der Seeschifffahrt um das durchschnittlich 2,4fache vor und verbessert damit die Situation von Geschädigten einer Schiffshavarie. Zu seinem völkerrechtlichen In-Kraft-Treten ist jedoch die Ratifikation durch zehn Staaten erforderlich. Bislang haben lediglich die Russische Föderation und Großbritannien diesen Vertrag ratifiziert. In Deutschland wurden im letzten Jahr die verfassungsrechtlich notwendigen Voraussetzungen für die Ratifizierung des Protokolls durch ein Gesetz vom 27. Juni 2000 getroffen. Wegen der vorgesehenen Kündigungsfristen kann allerdings das Änderungsprotokoll nicht vor Mai 2001 – also in diesem Jahr – ratifiziert werden. Die Bundesregierung wirbt energisch darum, dass auch andere Staaten schnellstmöglich die notwendigen Maßnahmen für eine Ratifikation ergreifen. Ermutigend ist für uns, dass in Australien, Dänemark, Finnland, Kanada, Norwegen und Schweden bereits die entsprechenden Gesetzgebungsverfahren eingeleitet oder abgeschlossen wurden.

Nach der Havarie des maltesischen Tankers „Erika“ vor der französischen Atlantikküste im Dezember 1999 und den dadurch verursachten schweren Umweltschäden hat die Bundesregierung zusammen mit Belgien, Dänemark, Finnland, Frankreich, Großbritannien, Irland, Kanada, Liberia, den Niederlanden, Norwegen, Schweden, der Schweiz und Zypern bei der IMO – Sie wissen, das ist die international zuständige Organisation – beantragt, die Haftungshöchstsummen der internationalen Übereinkommen von 1992 über die zivilrechtliche Haftung für Ölverschmutzungsschäden sowie über die Errichtung eines internationalen Fonds zur Entschädigung für Ölverschmutzungsschäden um etwa 50 Prozent zu erhöhen. Der Antrag stand zur Entscheidung auf der Tagesordnung des IMO-Rechtsausschusses im Oktober des vergangenen Jahres und er wurde angenommen. Sofern nicht ein Viertel der beteiligten Länder bis zum 01.05.2002 dieser Vereinbarung widerspricht, und dieses ist sehr unwahrscheinlich, treten die erhöhten Haftungssummen am 1. November 2003 in Kraft. Praktisch hätte dies zur Folge, dass unter Zuhilfenahme der Fondsentschädigung bei der durch Öltanker verursachten Verschmutzung statt derzeit rund 385 Millionen DM künftig 577 Millionen DM als Haftungshöchstsumme pro Schadensfall zur Verfügung stehen würden.

(Reinhardt Thomas, CDU:
Rund 30 Millionen für die „Pallas“.)

Mit einem Vorschlag des Europäischen Parlaments und des Rates über die Errichtung eines Fonds zur Entschädigung für Ölverschmutzungen in europäischen Gewässern sollen die internationalen Haftungsregeln so erweitert werden, dass nach Tankerunfällen in einem Mitgliedsstaat Schäden bis zur Höhe von 1 Milliarde Euro ausgeglichen werden. Gegenwärtig läuft das Zustimmungsverfahren in den Mitgliedsländern der Europäischen Union.

Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete, alle diese Schritte scheinen mir viel hilfreicher zu sein als der vorliegende CDU-Antrag.

(Heiterkeit bei Heinz Müller, SPD)

Der Vorschlag der CDU-Fraktion zum Bau eines privat finanzierten Hochseeschleppers ist ja nicht neu. Bereits vor acht Monaten warben Sie in diesem Haus um Zustimmung für ein privat finanziertes Schiff. Damals hatten Sie offensichtlich noch die Hoffnung, dass es dafür Investoren gäbe.

(Reinhardt Thomas, CDU: Nein, dass Sie sich ein Stück bewegen in diese Richtung.)

Jetzt kommen Sie mit einem anderen Vorschlag. Neu ist bei Ihnen, dass nun die Passagiere und Transportunternehmen, die mit Fähren die deutsche Küste verlassen, dafür zur Kasse gebeten werden sollen.

(Zuruf von Reinhardt Thomas, CDU)

Das würde zweifellos eine unsere Hafenstandorte belastende Sonderabgabe darstellen und damit auch einen Standortnachteil. Ich bin sehr verunsichert, ob dies nun eine neue Form der Wirtschaftspolitik der CDU ist, die Standorte so zu belasten.

Ich stelle auch mit Verwunderung fest, dass die CDU meint, per Landtagsbeschluss die Landesregierung aufordern zu können, den Bau von Sicherheitsschiffen in Deutschland zu gewährleisten. Meine sehr geehrten Damen und Herren von der Opposition, wenn Sie für diese Aufgabe vielleicht ein Paddelboot vorsehen würden, mag es ja angehen, dass es auf diesem Wege zu finanzieren ist. Ansonsten gelten auch die Regularien des europäischen Marktes, das heißt, deutsche Werften erhalten die Aufträge dann und nur dann, wenn sie sich bei europäischen Ausschreibungen durchsetzen können.

Auch war es sonst ein Markenzeichen der CDU-Politik, dass derjenige, der die Zeche bestellt hat, diese auch zu bezahlen hat und vielleicht auch, um bei diesem Bild zu bleiben, dass der Wirt und nicht der Kunde die Versicherung für die Kneipe zu zahlen hat. Meine sehr geehrten Damen und Herren, es kann nicht sein, dass von Fährschiffpassagieren eine Sonderabgabe eingetrieben wird, die dazu dient, Havarien, die von Tankern und anderen Frachtschiffen verursacht werden, zu bekämpfen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Ihr Modell eines gebührenfinanzierten Sondervermögens des Bundes, um daraus ein vielleicht noch privat betriebenes Sicherheitsschiff zu bauen, erscheint mir wie der Versuch, eine Flaschenpost in der Kadet-Rinne auf Kurs zu halten.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Was wir brauchen, sind keine Sonderwege in Form finanzpolitischer Experimente, sondern ein stimmiges Konzept über Art und Umfang der erforderlichen Notschleppkapazitäten. Und auch hier ist es keinesfalls so, dass gewartet wird, bis wieder etwas passiert.

Als wesentliche Erkenntnisse für die Bereitstellung von Schleppern in Nord- und Ostsee lassen sich bereits jetzt festhalten:

Erstens, und das sollten Sie nicht ignorieren, für die Ostsee ist nur ein halb so starker Pfahlzug für Schlepper erforderlich wie in der Nordsee.

(Reinhardt Thomas, CDU: Das stimmt aber nicht.)

Zweitens. Mehrere kleine Schlepper können die erforderlichen Zugkräfte ebenso bereitstellen wie ein großer

Schlepper. Das hat den Vorteil, dass bei Ausfall oder Dreiteinsatz eines Schleppschiffes schneller Ersatz beschafft werden kann als nur bei einem Großschiff. Dabei sinkt auch das Risiko des Reißens von Leinen.

Ich kann Ihnen versichern, dass die Experten der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung unter Beteiligung des Germanischen Lloyd, der Bundesanstalt für Seeschifffahrt und Hydrographie sowie des Instituts für Schiffsbetrieb, Seeverkehr und Simulation Hamburg die Empfehlung der nach der „Pallas“-Havarie eingerichteten Grobecker-Kommission eingehend geprüft und notwendige Schlussfolgerungen gezogen haben. Aufgrund dieser Erkenntnisse wird sicherlich schneller als auf dem von Ihnen vorgeschlagenen Weg die Situation der Notschleppkapazität vor unserer Küste deutlich verbessert werden.

Ich sehe deshalb keinen Bedarf, dem Vorschlag der CDU-Fraktion zu folgen. Vielmehr ist der Bund zu unterstützen, aber auch dringendst aufzufordern, seine Aufgaben zum Schutz der Küstengewässer unseres Bundeslandes wahrzunehmen.

(Beifall Lutz Brauer, CDU)

Endlich mal! Danke schön.

Dass die Landesregierung durch die Mitarbeit bei der Entscheidungsfindung für erforderliche Maßnahmen ständig tätig ist, den Bund aber auch bei Erfordernissen auf allen geeigneten Ebenen zum Handeln auffordert, gewissermaßen Druck von unten macht, kann ich hier nur wiederholen.

Trotz der vielen bereits umgesetzten Schritte sehe ich allerdings noch Reserven im Handeln der Bundesregierung, die mich bewegen haben, mich erneut und damit zum zweiten Mal in einem Schreiben an den für die Problemlösung zuständigen Bundesverkehrsminister zu wenden.

(Heiterkeit bei Peter Ritter, PDS: Da müssen Sie wohl jeden Monat einen neuen Brief schreiben. – Zuruf von Lutz Brauer, CDU)

Ja, es war ein neuer Minister, aber ich hoffe, dass seinen Mitarbeitern die Problematik klar war.

Ich habe dort – sicherlich auch in Ihrem Namen, so weit möchte ich sogar gehen – kurzfristig zu realisierende Maßnahmen zur Erhöhung der Schiffssicherheit auf der Ostsee vorgeschlagen und um dringende Umsetzung, weil die Zuständigkeit dort liegt, gebeten. Ich darf Ihnen die entscheidenden Passagen aus diesem Schreiben zitieren:

(Reinhardt Thomas, CDU: Die kennen wir.)

Kennen Sie?

(Reinhardt Thomas, CDU: Ja.)

Ich weiß nicht, wer Ihnen das gegeben hat, aber ich werde es Ihnen noch mal vortragen.

(Reinhardt Thomas, CDU: Wir sind sehr interessiert. – Zuruf von Steffie Schnoor, CDU)

„Die Sicherheit der Küste Mecklenburg-Vorpommerns kann durch eine Reihe von kurzfristig realisierbaren Maßnahmen erhöht werden, die meine Mitarbeiter auch in Zusammenarbeit mit Vertretern der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung erarbeitet haben.“ Übrigens, mit denen, mit denen Sie auch so gut zusammenarbeiten, haben wir

dieses gemeinsam erarbeitet. „Dabei handelt es sich um Lösungsansätze mit relativ geringem Aufwand, die ich für geeignet halte, die Schiffssicherheit vor allem im Bereich der Kadet-Rinne zu verbessern. Sie betreffen insbesondere:

1. die Installation eines Weitbereichradars zur Früherkennung von Gefahrensituationen im Seegebiet Kadet-Rinne
Eine ähnliche Überwachung ist in der Nordsee seit langem installiert und hat sich dort bewährt. Parallel dazu wäre eine Meldepflicht für Schiffe im Bereich des Verkehrstrennungsgebietes der Kadet-Rinne anzustreben.
2. die Verpflichtung der Anrainerstaaten der Ostsee, bei den Hafensaatkontrollen neben den üblichen Inspektionen auch auf aktuelles nautisches Kartenmaterial zu achten
Mehrere Schiffe kamen in der Kadet-Rinne fest, weil mit veralteten Karten navigiert wurde.
3. die umgehende Installation eines Empfangssystems in Rostock für die ab dem Jahr 2002 vorliegenden Daten aus der AIS-Überwachung
Hierüber wurde bereits bei der Tagung des Bundeskabinetts ‚Neue Länder‘ am 20.09.2000 Einvernehmen erzielt.
4. eine Verbesserung der Wegeführung für den Bereich der Kadet-Rinne
Hierzu erarbeitet die Wasser- und Schifffahrtsverwaltung mit den dänischen Behörden entsprechende Vorschläge. Mit der Umsetzung getroffener Entscheidungen sollte umgehend begonnen werden.
5. die Erkundung der geologischen Beschaffenheit des Meeresgrundes im Bereich südöstlich von Gedser
In diesem Gebiet strandete in den letzten Jahren eine Vielzahl von Schiffen. Das Bundesamt für Seeschifffahrt und Hydrographie ist kurzfristig mit der Erkundung zu beauftragen. Das Ergebnis der Untersuchungen kann bei der Entscheidung über das Abschleppen gestrandeter Schiffe wichtige Informationen liefern.
6. die Prüfung, ob eine Escortpflicht für Schiffe mit einem Tiefgang über zehn Meter, ähnlich wie an den Küsten der USA, im Bereich der Kadet-Rinne vorgeschrieben werden kann

Weitere vorrangige Maßnahmen sind die Kooperation mit Polen und die Bereitstellung ausreichender Schlepferkapazitäten. Insbesondere die Verhandlungen mit Polen, mit dem Ziel, ein Abkommen herbeizuführen, bitte ich mit großer Intensität weiter zu verfolgen.“ So weit mein Schreiben an Herrn Bundesminister Bodewig.

(Wolfgang Riemann, CDU: Die reinste Postagentur, Herr Minister. – Peter Ritter, PDS: Ach, Herr Riemann, wissen Sie! – Dr. Gerhard Bartels, PDS: Ach, Herr Riemann ist wieder da.)

Ich würde gerne Sie als reitenden Boten dorthin schicken, Herr Riemann.

(Beifall und Heiterkeit bei Heidemarie Beyer, SPD)

Sie würden bestimmt großen Erfolg erzielen.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU und PDS – Beifall und Heiterkeit bei Dr. Gerhard Bartels, PDS – Peter Ritter, PDS: Er kriegt eh nur einen Satz von dahinten mit und macht den Mund auf.)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich komme zum Schluss. Der Vorsitz Deutschlands im Ostseerat bietet die Möglichkeit, auch auf parlamentarischem Wege die durch Bund und Küstenländer vorgesehenen Maßnahmen wirkungsvoll zu unterstützen. Ich gehe davon aus, dass Herr Kollege Klostermann darüber dann auch noch sprechen wird. Dabei sollten möglichst solche Probleme angesprochen werden, die auch zwischen den Anrainern der Ostsee konsensfähig sind. Dazu ist der vorliegende Antrag wohl wiederum kein Beitrag.

Bei der weiteren Befassung des Landtages mit dieser Problematik wird die Landesregierung alle geeigneten Initiativen unterstützen. Hierbei bietet ein koordiniertes Vorgehen in diesem sensiblen Bereich die besten Voraussetzungen, um den Schutz unserer Küstengewässer vor Unfällen und deren Folgen zu verbessern. Seichte Anträge, meine sehr geehrten Damen und Herren, werden dabei selbst von den relativ seichten Ostseewellen mit Sicherheit schnell über Bord gespült.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS und Heidemarie Beyer, SPD)

Die Landesregierung Mecklenburg-Vorpommern braucht keinen Antrag, der sie zum Handeln zwingt. Wir handeln. – Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS und einzelnen Abgeordneten der SPD)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke, Herr Minister.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Thomas von der Fraktion der CDU.

Reinhardt Thomas, CDU: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete!

Herr Professor Methling, Sie sagten, kurzfristige Umsetzung. Das sind nach zwei Jahren nach der „Pallas“-Havarie Selbstverständlichkeiten gewesen, ich habe jetzt leider nicht die Zeit gehabt, das alles noch mal aufzulisten. Und einen schnelleren Weg, denke ich, gerade deswegen haben wir ihn angesprochen, als die Finanzierung, die wir Ihnen heute vorschlagen, wird es nicht geben. Ich hoffe nicht, dass wir in zwei Jahren noch mal darüber sprechen müssen.

(Minister Dr. Wolfgang Methling:
Ich würde gar nicht mehr darüber sprechen.)

Es ist an der Zeit, eine vorläufige Bilanz zum nationalen Sicherheitskonzept Ost- und Nordsee nach der „Pallas“-Havarie zu ziehen. Am 25. Oktober 1998 geriet das Motorschiff „Pallas“ in der Nordsee vor der dänischen Küste in Brand. Die für viele Aufgaben konzipierten Mehrzweckschiffe „Neuwerk“ und „Mellum“ versagten beide als Hochsee- und Sicherheitsschlepper bei der Bergung der „Pallas“, während die „Oceanic“ zur gleichen Zeit bei Sturm ihre Fähigkeiten bei der Bergung des Motorschiffes „Ruby XL“ erneut unter Beweis stellte. Die „Pallas“-Katastrophe offenbarte nicht nur eklatante Mängel beim Behördenmanagement, sondern auch die fehlende Eignung der Mehrzweckschiffe als Sicherheitsschlepper bei allen Wetterlagen. Im teuren Nachsorgekonzept der Behörden des Bundes war die Prävention sträflich vernachlässigt worden.

Vor dem Hintergrund des wachsenden Gefährdungspotentials vor unserer Küste und den Beinahehavarien

legten wir im Januar 2000 ein 7-Punkte-Programm mit folgenden Schwerpunkten vor:

- Prävention,
- monographische Führungsstruktur, ganz wichtig bei der Havariebekämpfung,
- Sicherstellung der Notschlepp- und Feuerlöschkapazität,
- Hafentaatkontrollen,
- Nothafenkonzept,
- Lotsenpflicht,
- realistische Seekatastrophenübungen.

Während unsere Vorschläge von der Grobecker-Kommission, von Seerechtsexperten und von Bergungsprofis bestätigt wurden, forderten Sie den Bund lediglich auf zu handeln.

(Minister Dr. Wolfgang Methling:
So ein Schwachsinn!)

Mit Beschluss des Bundestages vom 17. Februar 2000 wurde die Bundesregierung aufgefordert, Maßnahmen zur Havarievermeidung auf See umzusetzen, ich betone, Havarievermeidung, also Prävention. Damit wurde der bisher vernachlässigte Präventionsgedanke in den Vordergrund gestellt, den auch die CDU hervorgehoben hatte.

Im Mai 2000 legten wir deshalb erneut ein 7-Punkte-Programm „Sofortmaßnahmen für ein nationales Sicherheitskonzept Ostsee“ mit folgenden Schwerpunkten vor:

- Straffung der Befehlsstruktur (darüber wird übrigens heute noch geredet),
- Errichtung eines Lagezentrums (darüber wird auch noch geredet),
- Bau eines Sicherheitsschleppers über ein privates Finanzierungsmodell,
- Erarbeitung eines Lotsenversetzdienst- und Lotsenpflichtkonzeptes,
- klare Definition der Hoheitsrechte,
- Erarbeitung eines Meldepflicht-, Verkehrsüberwachungs- und Radarüberwachungskonzeptes und
- ein vernünftiges Katastrophenübungskonzept.

Auch diesen Antrag lehnten Sie ab. Unsere Warnung vom April anlässlich der Vereinbarung zwischen dem Bund und den Küstenländern über die Bekämpfung von Meeresverschmutzungen schlugen Sie ebenfalls in den Wind. Eine nüchterne Analyse der bestehenden Schwachstellen und des Gefährdungspotentials wollten Sie offenbar nicht hören.

Am 12. Juli legte die Bundesregierung den Entwurf eines Seeschiffahrtsanpassungsgesetzes vor. Alle Experten, die sich von diesem Gesetz eine Modernisierung bei der Havarievermeidung und des Havarie-Managements erhofft hatten, wurden enttäuscht. Damit wurde klar, die Bundesregierung hält an den Informations- und Organisationsstrukturen sowie an der personellen und technischen Ausstattung zur Vermeidung und zum Management von Havarien auf Seen fest. Und das nach der „Pallas“-Katastrophe!

(Zuruf von Minister Dr. Wolfgang Methling)

Auf die seit März 2000 bestehende interministerielle Projektorganisation „Maritime Notfallvorsorge“ konzentrieren sich seitdem die Hoffnungen aller Experten. Sie hatten die acht Teilprojekte ja eben vorgelesen. Das ist das Einzige, worauf sich die Hoffnungen jetzt beziehen.

(Minister Dr. Wolfgang Methling:
Na auf Ihre Vorschläge bestimmt nicht.)

Obwohl weltweite Katastrophen und die „Pallas“-Havarie alle Schwachstellen offen gelegt haben, wurden neue Arbeitsgruppen gegründet, die nur das bestätigen können, was alle Experten wissen und seit Jahren fordern. Nord- und Ostseeanrainer, Bund und Länder begnügen sich mit der Feststellung, dass der andere zuständig ist, schreiben Briefe und versuchen, das trügerische Gefühl der Sicherheit zu vermitteln. Die deutschen Behörden sperren sich – und das ist leider so – gegen jede Veränderung.

In der Beantwortung unserer Kleinen Anfrage vom 17. August wird die Verlegung des Mehrzweckschiffes „Mellum“ in die Ostsee zur Schließung der gefährlichen Notschleppkapazitätslücke mit Berufung auf eine 1997 erzielte Einigung abgelehnt, als wenn es die „Pallas“-Katastrophe dazwischen gar nicht gegeben hätte. Zu weiteren Fragen nach Schleppkapazitäten, Bau eines Sicherheitsschiffes, Lotsenpflicht, Verträgen mit Polen, Sicherheitsschlepper sowie Feuerlöschkapazitäten wird auf nette Briefe an Bundesminister sowie auf Arbeitsgruppen des Bundes verwiesen. In der Beantwortung der Kleinen Anfrage der CDU durch die Bundesregierung vom 10. November 2000 erkennt die Regierung sogar die großen Gefährdungspotentiale bei Kollisionen, Grundberührungen sowie Ausfall von Maschinen und Ruderanlagen. Die Bundesregierung sagt zwei Jahre nach der „Pallas“-Katastrophe konkret auf Anfrage: „Grundsätzlich haben Maßnahmen zur Vermeidung von Schiffsunfällen (Schadensvermeidung) Priorität vor Schadensbekämpfung und -begrenzung.“ Das war auch immer die Zielrichtung unserer Anträge.

Mit Absichtserklärungen und dem Verweis auf Projektgruppen wird auf Zeit gespielt. Die Thematisierung der Schiffssicherheit in immer neuen Gremien wird lauthals als Erfolg proklamiert. Was ist aber praktisch passiert, während die Zeitbomben vor unseren Küsten weiter ticken? Das Entscheidende ist doch, was ist praktisch passiert.

Über eine monographische Befehlsstruktur wird in Arbeitsgruppen weitergeredet. Vielleicht kommen wir bis Ende des Jahres zum Erfolg. Erst zwei Jahre nach der „Pallas“-Katastrophe erhielten die Mehrzweckschiffe „Mellum“ und „Neuwerk“ leichte Dynema-Schlepplein mit 280 Tonnen Bruchlast. Nur ein Suchdraggen zur Herstellung einer Schleppverbindung über den Anker eines Havaristen wurde angeschafft. Nach der „Erika“-Katastrophe engagierte sich mit Druck lediglich Frankreich innerhalb der EU und der IMO für mehr Sicherheit auf See. Die haben es nämlich mehrfach erlebt.

Nach dem Auflaufen der „Clement“ in der Kadet-Rinne unterstellte Dänemark seine gesamte Technik der militärischen Führung seiner Marine. Mit der Verlegung von Tonnen in der Kadet-Rinne wollten Bund und Land ihre Kompetenzen beweisen. Dass am Sonntag das Motorschiff „Friendly Ocean“ westlich der Tonne 1 in der Kadet-Rinne auf Grund gelaufen ist, ist doch eigentlich nur Beweis für Ihre Hilflosigkeit. Aufgrund der gefährlichen Lücke im

Sicherheitskonzept Nordsee wurde der Hochseeschlepper „Oceanic“ als Sicherheitsschlepper vor Helgoland stationiert. Hinzu kommen die Mehrzweckschiffe „Melum“ und „Neuwerk“ sowie vier leistungsfähige Spezialkatarane mit speziellen Ölskimmern, die Öl bis zu einer Wellenhöhe von 1,5 Metern aufnehmen können. Radarüberwachung und Lotsenpflicht bestehen übrigens seit Jahren.

Wie sieht die Bilanz in der Ostsee für Mecklenburg-Vorpommern fast zweieinhalb Jahre nach der „Pallas“-Katastrophe aus? Wir haben keine Mehrzweckschiffe mit Notschleppkapazität. Wir haben keinen Sicherheitsschlepper, keine Radarüberwachung des Schiffsverkehrs in der Kadet-Rinne und vor Rügen, keine Lotsenpflicht, keinen Vertrag mit Polen. Es gibt nicht einmal eine Vereinbarung für den verkehrsbezogenen Feuerschutz zwischen Bund und Mecklenburg-Vorpommern. Und Sie stellen sich hier hin und sagen, Sie haben alles getan. Das kann doch wohl nicht wahr sein!

(Beifall Wolfgang Riemann, CDU: Richtig. –
Minister Dr. Wolfgang Methling: Na Sie erzählen ja wieder was, Herr Thomas!)

Wir haben keinen Vertrag mit privaten Schleppreedereien, kein realistisches Übungskonzept zur Vorbereitung auf Katastrophen, kein Nothafenkonzept, keine verschärfte Hafentaatkontrollen. Dafür gibt es einen Umweltminister, der alle unsere Initiativen abgelehnt und nach dem Auflaufen der „Friendly Ocean“ am Samstag wieder einen Brief an den Bundesverkehrsminister geschrieben hat.

(Minister Dr. Wolfgang Methling: Nein, das habe ich nicht. – Wolfgang Riemann, CDU:
Der Landespostminister.)

Er bittet um

1. Installation eines Weitbereichradars, wie in der Nordsee bewährt

Das haben Sie im Mai abgelehnt mit Ihrer Koalition.

(Minister Dr. Wolfgang Methling:
Ach! Schwachsinn!)

2. Einführung einer Meldepflicht für die Kadet-Rinne

Auch das haben Sie im Mai hier im Landtag abgelehnt.

(Wolfgang Riemann, CDU:
Man kann ja klüger werden, hat
Adenauer gesagt. – Gerd Böttger, PDS:
Aber Sie nicht, Herr Riemann, Sie nicht! –
Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der SPD
und PDS – Unruhe bei Wolfgang Riemann, CDU)

3. verschärfte Hafentaatkontrollen

Das haben Sie im Februar abgeschmettert.

4. Verbesserung der Wegeführung

Wir haben Ihnen gesagt, dass es nicht genügt, ein paar Tonnen zu versetzen. Die „Friendly Ocean“ beweist unsere Auffassung.

5. Lotsenpflicht

Das haben Sie im Februar, Mai und August abgeschmettert.

(Minister Dr. Wolfgang Methling: Sie lügen.)

Das steht in den Protokollen.

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Herr Minister, ...

Reinhardt Thomas, CDU: Und übrigens, das ist die Regierungsbank. Ich möchte doch bitten, dass hier mal ein Ordnungsruf erteilt wird.

(Heiterkeit bei einzelnen
Abgeordneten der SPD und PDS –
Beifall Dr. Christian Beckmann, CDU –
Zuruf von Heinz Müller, SPD)

6. Bereitstellung von Schleppkapazität

Das haben Sie im Februar, Mai und August strikt abgelehnt.

7. satellitengestütztes Überwachungssystem

Das kommt, ersetzt aber keine Radarüberwachung und kann übrigens auf Substandardschiffen abgeschaltet werden.

Und wenn Sie sagen, ich lüge, dann lesen Sie die Protokolle nach, was wir gefordert haben. Wenn Sie als Umweltminister sich hinstellen und sagen: „Sie lügen“, dann ist das eigentlich nur peinlich für Sie.

(Beifall Eckhardt Rehberg, CDU)

Fast zweieinhalb Jahre nach der „Pallas“-Katastrophe ist dieser Brief der politische Offenbarungseid dieser Landesregierung in Bezug auf ein nationales Sicherheitskonzept Ostsee. Briefe schreiben, bis es knallt, das ist Ihr Konzept.

(Beifall Eckhardt Rehberg, CDU, und
Wolfgang Riemann, CDU – Lutz Brauer, CDU:
Die Verkehrsminister wechseln so oft.)

Seit Montag verkünden SPD-Fraktion und Umweltminister dreist unsere Vorschläge, die sie bislang hier im Landtag und öffentlich abgeschmettert haben. Wie nennt man denn so was?

(Wolfgang Riemann, CDU: Wendehälse. –
Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten
der PDS und Heidemarie Beyer, SPD)

Wenn wir es positiv sehen, haben Sie anderthalb Jahre gebraucht, um die Probleme zu erkennen. Die Zeitbombe vor unserer Haustür tickt schneller, als Sie denken können und handeln wollen, das ist unser Problem. Die Katastrophe, die Schiffshavarie, die Kollision, das Großschadensereignis sind unausweichlich. Entscheidend für das Überleben unserer Küstenregion ist, wie sind wir darauf vorbereitet, was benötigen wir zukünftig für die effektivere Bekämpfung von Großschadensereignissen bei extremsten Wetterlagen auf See, ich betone, bei extremsten. Während Sie als Regierung tatenlos warten, bis es knallt, machen wir uns Gedanken, suchen neue Wege und die Öffentlichkeit, um die Katastrophe zu vermeiden, die 10.000 Existenzen an unserer Küste vernichten würde. Die Zeit ist beim Sicherheitskonzept Ost- und Nordsee unser größter Gegner. Wir haben sie einfach nicht. Deswegen unser Antrag, mit dem wir in kürzester Zeit auf die zukünftige Bekämpfung von Großschadensereignissen zugeschnittene moderne Sicherheitsschiffe in der Nord- und Ostsee stationieren könnten.

Die Entwicklung im Schiffsverkehr geht in Richtung Großcontainerschiffe, Großfähren und Großtanker, die mit bis zu 120.000 Tonnen in die Ostsee einlaufen werden, sowie Passagierschiffe mit 2.000 bis 5.000 Personen an Bord. Auf unzähligen mittleren Spezialschiffen bis zu

30.000 Tonnen wird Gefahrgut vor allem auf der Ostsee transportiert. Der Schiffsverkehr im Nadelöhr Kadet-Rinne ist schon jetzt größer als in der Deutschen Bucht. Wir benötigen Spezialschiffe, die als Sicherheitsschlepper Großschiffe auf den Haken nehmen und bei jedem Wetter abschleppen können, auch in der Ostsee – und sie werden nicht mit einem Pfahlzug von 50 Tonnen einen Aframax-Tanker bei Sturm abschleppen können,

(Zuruf von Minister Dr. Wolfgang Methling)

wer Ihnen das erzählt, der lebt fernab jeder Realität –, Schlepper, die auf Grund gelaufene Schiffe runterziehen können, eine große Anzahl von Personen retten und auch in explosiven Atmosphären arbeiten und löschen können. Im Übrigen, nicht mal diesen Vertrag zwischen Bund und Land haben Sie in zwei Jahren zustande gebracht. Die deutschen Mehrzweckschiffe entsprechen weder den heutigen noch den zukünftigen Aufgaben für ein effektives präventives Sicherheitskonzept Ost- und Nordsee. Das sind technisch zwar hochgezüchtete Tonnenleger des Bundes, die aber im Ernstfall, und das zeigte die „Pallas“-Katastrophe, leider versagen.

Der Bau des geplanten Mehrzweckschiffes „Rügen“ müsste aus diesem Grunde verhindert werden. Das liegt in unserem Interesse. Der Bund wirft hier über 100 Millionen DM zum Fenster raus, die er mit unserem Vorschlag sparen könnte

(Zuruf von Lutz Brauer, CDU)

beziehungsweise für die Entwicklung der seegangsunabhängigen Ölskimmer an der TU Berlin, die Öl bis zu einer Wellenhöhe von sechs Metern aufnehmen, verwenden könnte.

Diese Gelder sind auch viel besser angelegt für die Fortentwicklung des Rostocker-Uni-Patentes eines Schäumers, der bei jedem Wetter eine physikalische Verbindung mit Öl auf See eingeht. Die Sicherheitsschiffe beziehungsweise Sicherheitsschlepper einerseits und die seegangsunabhängigen Ölskimmer sowie die Schäumer – ich denke, das ist die zukunftsorientierte Technologie für unser nationales Sicherheitskonzept in Ost- und Nordsee.

Die Holländer setzen seit Jahren mit ihrem Sicherheitsschlepper „Wakaer“ und die Briten mit dem Sicherheitsschlepper „Far-sky“ mit Erfolg auf ein solches Konzept. Das Sicherheitsschiff muss circa 19 Knoten, bei schlechtem Wetter mindestens 12 Knoten laufen, um in akzeptabler Zeit am Havarieort zu sein, und 180 Tonnen Pfahlzug wie die „Oceanic“ besitzen. Ansonsten können Sie nämlich bei Sturm auch keinen Aframax-Tanker in der Ostsee halten. Die 30-jährige „Oceanic“ läuft bei Sturm noch heute 12 bis 14 Knoten, normal 18 bis 19 Knoten. Nur mit diesen Parametern konnte die „Oceanic“ im Dezember 1999 die Strandung der „Lucky Fortune“ vor Sylt und damit eine riesige Umweltkatastrophe verhindern. Die „Mellum“ kann ab Windstärke 9 nicht mehr auslaufen. Sie wissen doch, dass es da einige Umbaumaßnahmen gab, denn da hätte es fast ein paar Tote gegeben. Die Wunderwaffe „Neuwerk“ läuft bei Sturm deutlich unter 10 Knoten und sie besitzt bei Schlechtwetter schlechte Notschlepp Eigenschaften. Der Bau einer neuen „Neuwerk“ ist damit nur im Interesse des Bundes, nicht aber im Interesse der fünf norddeutschen Bundesländer und schon gar nicht im Interesse Mecklenburg-Vorpommerns. Das wäre die Fortsetzung des überholten Nachsorgekonzeptes des Bundes.

An unseren sachlich fundierten Vorschlägen für ein effektives Sicherheitskonzept Ost- und Nordsee kommen Sie auch in Zukunft nicht vorbei. Sie greifen doch heute unsere Vorschläge auf, lehnen sie erst ab und tun so, als wären es Ihre Ideen. Dann arbeiten Sie doch gleich mit uns zusammen!

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Wolfgang Riemann, CDU: Genau!)

Dazu gehört unter dem vorhandenen Zeitdruck das Vorhalten der schon konzipierten Sicherheitsschiffe in der Nord- und Ostsee. Ergänzend dazu sind Mittel für die Entwicklung bis zur Serienreife der seegangsunabhängigen Ölskimmer auf Katamaranen sowie für den Schäumer, der bei allen Wetterlagen eingesetzt werden kann, zur Verfügung zu stellen. Dafür und für unseren Antrag, zu dem es zurzeit keine Alternative gibt, sollten Sie sich engagieren. Wir haben diese Zeit nicht. Wenn wir so weitermachen, sage ich Ihnen, dass wir in drei bis vier Jahren vielleicht ein Schiff hier haben. Aber drei bis vier Jahre, das ist zu lange. Das Tempo, mit dem Sie und der Bund das Problem anpacken, genügt einfach nicht.

(Lutz Brauer, CDU: Die brauchen wir für die Ausschreibung.)

Das ist Stillstand und Tatenlosigkeit, die unvermeidlich in die Katastrophe führt. Bundes- und Landesregierung haben nach der „Pallas“-Katastrophe bewiesen, dass es offenbar erst knallen muss, bevor Sie sich wirklich bewegen. Sie bewegen sich, wie das alte Sprichwort sagt, zu wenig und viel zu spät. Das ist ja die bittere Erkenntnis aller, die die Ölkatastrophen erlebt haben. Ich erinnere an den „Exxon-Valdez“-Spruch: „Wenn du denkst, Sicherheit ist teuer, dann lass es zum Unfall kommen.“ Die am Samstag in der Kadet-Rinne aufgelaufene „Friendly Ocean“ hatte viermal mehr Treibstoff an Bord als die „Pallas“, circa 1.700 Tonnen.

(Zuruf von Lutz Brauer, CDU)

Das wäre die Katastrophe an unserer Küste gewesen. Wie viel Glück, glauben Sie, haben wir denn noch mit Tatenlosigkeit und verspäteten Erkenntnissen? Wir finden es ja gut, dass Sie unsere Vorschläge aufgreifen in Ihrer Presseerklärung,

(Zuruf von Minister Dr. Wolfgang Methling)

aber das ist zwei Jahre danach! Lassen Sie uns doch gemeinsam Druck machen! Lassen Sie uns stattdessen neue Wege zum Schutz unserer Küstenregion gehen. Ich bitte Sie um Annahme unseres Antrages, hilfsweise um Überweisung federführend in den Umweltausschuss, mitberatend in den Wirtschaftsausschuss, Innenausschuss und Tourismusausschuss. – Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke, Herr Thomas.

Ich möchte noch mal darauf hinweisen, dass von der Regierungsbank Äußerungen oder Zwischenrufe nicht erlaubt sind. Herr Thomas, für Ihre Kritik erhalten Sie einen Ordnungsruf.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU und PDS)

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Klostermann von der Fraktion der SPD.

(Heiterkeit bei Reinhardt Thomas, CDU: Jaja, weil ich von der Regierungsbank gerufen habe. – Gerd Böttger, PDS: Weil Sie die Präsidentin gemahnt haben und das macht man nicht. –

Heiterkeit bei den Abgeordneten –
Eckhardt Rehberg, CDU: Da müssen wir mal die Geschäftsordnung ändern in dem Punkt. – Lutz Brauer, CDU: Genau. –
Zuruf von Eckhardt Rehberg, CDU)

Dr. Henning Klostermann, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordnete!

Herr Thomas, wenn ich es mir nicht verkneifen kann, doch zuvorderst einen Satz zu Ihnen zu sagen, dann sehen Sie mir das nach. Ich habe den Eindruck, dass Sie den Seelenverkäufern auf Ost- und Nordsee den Freibrief geben

(Unruhe bei Eckhardt Rehberg, CDU –
Wolfgang Riemann, CDU: Er hört nicht mal zu.)

und dass Sie immer größere und immer teurere Schiffe und Schlepperspezialschiffe fordern.

(Beifall Beate Mahr, SPD)

Was ist das für eine Lobby? Ich frage Sie: Wo ist das Verursacherprinzip?

(Wolfgang Riemann, CDU: Wenn das Öl am Strand ist, dann werden wir Sie daran erinnern, was Sie hier gesagt haben. –
Zuruf von Reinhardt Thomas, CDU)

Ich werde darauf noch eingehen.

(Wolfgang Riemann, CDU: Ja, dann putzt er die Seevögel. Dann werden wir schon sehen, was er besser kann.)

Meine Damen und Herren! Der kürzlich in der Kadet-Rinne auf Grund gelaufene und hier schon häufig zitierte Frachter „Friendly Ocean“ macht deutlich, dass der Landtag und der Umweltausschuss des Landtages auf dem richtigen Wege sind,

(Reinhardt Thomas, CDU: Ja, Sie mit Ihrer Presseerklärung vor allen Dingen.)

die Diskussion um die Erhöhung von Sicherheit und Präventivmaßnahmen des Seeschiffverkehrs, insbesondere von Gefahrguttransporten wie Öl und Chemikalien, auf allen Ebenen zu führen und zu verlässlichen Lösungen zu kommen. Der Umweltausschuss konnte sich in der vorigen Woche bei einem Besuch der EU-Behörden und des Parlamentes in Brüssel direkt einbringen und in Fachgesprächen deutlich machen, dass es der beschleunigten Einführung von schärferen Vorschriften und Kontrollen juristisch und institutionell bedarf, die letztendlich durch die Internationale Maritime Organisation – ist auch schon erwähnt worden – getragen und durchgesetzt werden.

(Lutz Brauer, CDU: Die haben aber auch Hilflosigkeit gezeigt.)

Meine Damen und Herren, was uns die US-Amerikaner nach dem verheerenden „Exxon Valdez“-Unglück in Alaska 1989 durch quasi revolutionären und scharfen Gesetzeserlass bereits ein Jahr später, 1990, mit dem „Oil Pollution Act“ vorgemacht haben,

(Reinhardt Thomas, CDU: Das werden Sie auch machen, nachdem wir die Havarie haben.)

sollte in der Europäischen Union – und wir haben jetzt ein bisschen geänderte Verhältnisse in Europa, Herr Thomas, das müssten Sie auch mal zur Kenntnis nehmen –

(Zuruf von Reinhardt Thomas, CDU)

angepasst werden und letztlich auch für die Ostseeregion Anwendung finden.

(Beifall Beate Mahr, SPD)

Der Ausschuss hat gegenüber dem derzeitigen Umweltratsvorsitzenden und schwedischen Umweltminister Kjell Larsson bekräftigt, dass die durch das „Erika“-Syndrom von Frankreich ausgelöste Initiative „Erika“-1-Paket so schnell wie möglich rechtswirksam wird. Wir haben des Weiteren auf den Zwang zum gemeinsamen Handeln der Ostseeanrainer Nachdruck gelegt. Und das findet natürlich im Ohr eines Schweden doch ein stärkeres Gehör.

Darüber hinaus hat der Umweltausschuss gegenüber dem stellvertretenden Botschafter der Bundesrepublik Deutschland bei der Europäischen Union darauf aufmerksam gemacht, dass nach dem ersten Maßnahmenbündel unbedingt und rasch das zweite Maßnahmenpaket durch die EU verabschiedet wird. Hier darf es zu keinem Fadenabriss kommen.

Zu diesen Maßnahmen zählen Richtlinien zur Hafensaatkontrolle, Kontrollen der Klassifizierungsgesellschaften und die beschleunigte Einführung doppelwandiger Tankschiffe für die Mehrheit von Öltankern bis zum Jahre 2010. Es gibt kleine Differenzierungen, deshalb sage ich, für die Mehrheit der Öltanker. Nebenbei bemerkt hat der damalige Abgeordnete Harald Ringstorff hier in diesem Hohen Hause vor fast zehn Jahren die Einführung von Doppelhüllentankern gefordert.

(Lutz Brauer, CDU: Und nun vergehen noch mal zehn Jahre. – Wolfgang Riemann, CDU:

Und seit sechs Jahren trägt er Verantwortung. Seit sechs Jahren trägt er Verantwortung! Welche Verantwortung haben Sie denn, Herr Klostermann?)

Was haben Sie dazu unternommen?

Meine Damen und Herren, bereits am 6. Dezember 2000 wurde das „Erika“-2-Paket vorgeschlagen, welches im Wesentlichen Folgendes enthält:

1. strengere Kontrollen des Seeverkehrs durch Schiffsdatenschreiber und ein automatisches Identifizierungssystem sowie ein Auslaufverbot bei extremen Wetterverhältnissen
2. Die Errichtung eines europäischen Entschädigungsfonds für Verschmutzungen, finanziert aus einer Ölimportsteuer im Seeverkehr in Höhe von 1 Milliarde Euro, ist vorgesehen.

(Reinhardt Thomas, CDU: Ach, da kann man Steuern erheben?)

Auch darüber wurde schon seitens des Umweltministers berichtet.

(Zuruf von Lutz Brauer, CDU)

3. Es wird über die Schaffung einer europäischen Sicherheitsagentur im Seeverkehr nachgedacht und hoffentlich bald befunden.

Es ist allen klar, dass für solche Maßnahmen mit einem erheblichen personellen und finanziellen Aufwand für

Küstenstaaten gerechnet werden muss. Klar muss auch sein, dass solche Aufwendungen zur Durchsetzung verschärfter und neuer Vorschriften für die Seeverkehrssicherheit angemessen und auch unverzichtbar sind.

Der Besuch der EU-Institutionen in Brüssel, so darf ich hier im Namen des Umweltausschusses sprechen, hat durch unser sachkundiges Auftreten, was der Abgeordnete Herr Brauer sicherlich bestätigen kann, unseren Gesprächspartnern verdeutlicht, dass das Land Mecklenburg-Vorpommern im Rahmen der Ostseeanrainergemeinschaft Verantwortung übernommen hat und auch weiterhin übernimmt.

(Lutz Brauer, CDU: Es hat aber auch eine Reihe offener Fragen gegeben.)

Folgerichtig werden wir im Monat April eine internationale Anhörung im Ausschuss zum Thema Schiffssicherheit durchführen.

Ich möchte die Gelegenheit auch nutzen, um zu berichten, dass sich der Ausschuss vor Ort im vergangenen Jahr in den Staatlichen Ämtern für Umwelt und Natur in Stralsund und Rostock sehr eingehend mit der Materie beschäftigt hat und das Ziel, die Schiffssicherheit zu erhöhen, planmäßig verfolgt. Das ist keine Feuerwehraktion, das ist eine Planmäßigkeit seit eineinhalb Jahren. Aber das ist wahrscheinlich Herrn Thomas noch gar nicht zu Bewusstsein gekommen. Ich denke, hier gibt es verschiedene Informationsdefizite innerhalb der CDU-Fraktion.

Wie Sie wissen, gibt es auch einen Beschluss dieses Plenums zur Ausrichtung der zehnten Ostseeparlamentarierkonferenz im September 2001 in Greifswald. Ausgehend von der neunten Konferenz in Malmö im vorigen Jahr, wo ich das Thema „Tankerunfälle und Schiffssicherheit“ auf die Tagesordnung einer Arbeitsgruppe gebracht habe, wird diese Thematik dann zur Greifswalder Konferenz zu einem Schwerpunkt. Ich möchte hier an dieser Stelle Herrn Landtagspräsidenten Hinrich Kuessner danken, der sich für diese Sache sehr eingesetzt hat.

(Zuruf von Reinhardt Thomas, CDU)

Zur sachlichen Vertiefung habe ich außerdem im Oktober 2000 persönlich am Seminar „Verhütung von Seeunfällen“ in Auswertung des „Erika“-Unfalls vom Dezember 1999 in Brest in der Bretagne teilgenommen und in einem Redebeitrag die Besonderheiten des sensiblen Randmeeres Ostsee herausgestrichen und vor einer Gefährdung der Tourismuswirtschaft durch Seeunfälle gewarnt.

(Reinhardt Thomas, CDU: Toll!)

Eine jüngste Aktivität dieses Parlaments ist es auch, dass dieses Thema bei den Kontakten mit den polnischen Parlamentariern ebenfalls aufgegriffen wurde und vertieft werden kann.

Ich kann hier unmissverständlich feststellen, dass die Exekutive unseres Bundeslandes das Thema Schiffssicherheit sehr ernst nimmt. Die Ausführungen des Umweltministers dazu waren sehr ausführlich. Im Grunde genommen war das eine Art Zwischenbericht, der hier fast monatlich abgefordert wird.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der PDS – Beifall Beate Mahr, SPD, und Dr. Gerhard Bartels, PDS – Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

Als eine Initiative möchte ich nur den Willen zur Einführung eines Weitbereichradars zur Früherkennung von Gefahrensituationen im Bereich der Kadet-Rinne nennen.

(Reinhardt Thomas, CDU:
Das haben Sie doch selbst festgelegt.)

Übrigens, eine generelle Lotsenpflicht für die gesamte Ostsee ist nicht nur unrentabel, sondern auch unnötig. Erforderlich – und das ist der Kern – sind gut ausgebildete, permanent trainierte Crews auf den Schiffen, aktuelles Karten- und anderes nautisches Material an Bord und ein vor Gefährdung sicherer und überprüfter technischer Zustand der Schiffe. Das ist wahre Prävention.

(Lutz Brauer, CDU: Man kann ja auch ein wenig beeinflussen. Lassen Sie uns doch im Ausschuss ein wenig darüber reden, Herr Klostermann!)

Und nun, meine Damen und Herren, zu dem auf Drucksache 3/1820 vorliegenden Antrag der Fraktion der CDU.

(Wolfgang Riemann, CDU: Jetzt kommt er endlich zur Sache. – Lutz Brauer, CDU:

Ja, ja, hat er gesagt, und zum Antrag. –

Dr. Gerhard Bartels, PDS: Herr Riemann hat von allem Ahnung. Er ist schließlich in der CDU.)

Nein, nein, Sie wissen genau, dass das alles in direktem Zusammenhang steht, Herr Riemann. So einfach können Sie hier wohl nicht denken.

Beim Lesen Ihres Antrages fällt als Erstes auf, dass die Überschrift nicht kongruent ist mit den Forderungen, die Sie in den drei Punkten erheben.

(Wolfgang Riemann, CDU:
Oh, jetzt wird er zum Deutschlehrer.)

Sie möchten eine Sicherheitsgebühr für deutsche Häfen anlaufende Fähr- und Passagierschiffe erheben, damit ein Sondervermögen schaffen, um, wie Sie schreiben, den Bau geeigneter Schiffe – was für welche das auch immer sein mögen, denn sie sind im Antrag nicht definiert –

(Zuruf von Lutz Brauer, CDU)

auf deutschen Werften durchzuführen.

(Wolfgang Riemann, CDU: Haben Sie Herrn Thomas nicht zugehört?)

Lesen Sie den Antrag nach!

(Wolfgang Riemann, CDU: Ja, haben Sie Herrn Thomas nicht zugehört?)

In der Überschrift jedoch focussieren Sie wie schon des Öfteren vergeblich auf das nationale Sicherheitskonzept. In der Begründung werden Sie etwas deutlicher und sprechen von so genannten Sicherheitsschiffen für Großschadensereignisse. So viel zu den Formalien.

(Lutz Brauer, CDU: Wir nähern uns auch den Formalien.)

Herr Abgeordneter Thomas, ich gewinne immer mehr den Eindruck, Sie sind der wahre Tausendsassa der CDU

(Beifall und Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS – Zuruf von Birgit Schwebs, PDS)

und der Retter der deutschen Nation.

(Wolfgang Riemann, CDU: Jetzt wird er unsachlich! Wenn er nicht mehr weiterweiß, dann wird er unsachlich, der Herr Klostermann. – Zuruf von Peter Ritter, PDS)

Die von Ihnen mit Vehemenz beackerten und mit unvergleichlicher Schärfe indoktrinierten Themenbereiche prädestinieren Sie geradezu als „Universalminister“.

(Peter Ritter, PDS: Eine Seele von Mensch. – Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Es bleibt doch nur die Frage – ich erinnere an heute Vormittag –, warum das von der CDU nicht schon früher erkannt wurde.

Was Sie mit Ihrem vermeintlichen Sicherheitskonzept verlangen, zielt doch im Kern auf eine zusätzliche Hafengebühr für Passagiere, Pkw und Lkw. Diese Forderung steht in keinem kausalen Zusammenhang, da weder die Passagiere noch die Fahrzeughalter von Pkw und Lkw die Verursacher von Unfällen oder Havarien sind.

(Reinhardt Thomas, CDU: Haben Sie die Verursacher der „Pallas“-Havarie bekommen? Das waren 30 Millionen!)

Es ist überhaupt nicht einzusehen, warum die auf Fährschiffen beförderten Menschen mit ihren Fahrzeugen und die Transportunternehmen zur Kasse gebeten werden sollen.

(Reinhardt Thomas, CDU: Minimal.)

Hier wird nach unserem Empfinden das Pferd vom Schwanz her aufgezäumt.

(Beifall Beate Mahr, SPD)

Jedermann ist doch bekannt, dass Seeunfälle zu mehr als 75 Prozent auf menschliches Versagen zurückzuführen sind.

(Zuruf von Reinhardt Thomas, CDU)

Versager sind aber nicht die Passagiere, sondern Reeder, Mannschaften oder Managementgesellschaften oder auch die Interessenten an Gefahrguttransporten.

(Lutz Brauer, CDU:
Aber Leidtragende gibt es auch.)

Die sind es selber.

Was Sie, meine Damen und Herren von der CDU, wollen, ist weder Anreiz noch Konsequenz, das im Umweltschutz akzeptierte Verursacherprinzip anzuwenden. Im Übrigen spielen hier auch Fragen der Versicherungen, Rückversicherungen und internationale Fonds mit hinein. Die Landesregierung orientiert offensichtlich nicht auf die Erhebung einer Fährschiffmautgebühr, die einen berechtigten Aufschrei bei Passagieren, Tourismusverbänden und den Kommunen hervorrufen würde, dessen bin ich mir sicher. Ich kann mir auch nicht vorstellen, dass Ihre verehrte Abgeordnete Frau Skrzepski – sie ist leider nicht anwesend –

(Lutz Brauer, CDU: Sie ist leider erkrankt.)

von diesem Vorschlag hellauf begeistert ist, könnte das doch Folgen ergeben, die zu einer Wettbewerbsverzerrung und zu wirtschaftlichen Nachteilen führen

(Wolfgang Riemann, CDU: Was machen Sie, wenn das Öl an Rügens Küste ist? Was machen Sie da? Welchen Schaden hat dann die Tourismuswirtschaft?)

durch ein Umsteigen auf andere Routen und Verkehrsträger. Damit könnte eine Reduktion der Fahrten einhergehen.

(Wolfgang Riemann, CDU: Eine Mark pro Person, Herr Klostermann! – Zurufe von Georg Nolte, CDU, und Reinhardt Thomas, CDU)

Der Bund und die deutschen Küstenländer haben den Sachverständigen- und so genannten Grobecker-Bericht erstellen lassen,

(Zuruf von Lutz Brauer, CDU)

der sich in seinen Empfehlungen auf mehrere kleinere Schlepper anstelle des von Ihnen beantragten Superseerettungsschiffes bezieht. Die Fachexperten zogen die Schlussfolgerung, dass kleinere Schlepper im Havariefall eine höhere Flexibilität im Einsatz aufweisen.

(Reinhardt Thomas, CDU: Das ist so ein Unsinn, was Sie hier reden. Sie machen uns ja richtig lächerlich!)

Des Weiteren hat die Bundesregierung mit der Berufung der Arbeitsgruppe „Notschlepperkapazität“ eine diesbezügliche Initiative eingeleitet.

(Reinhardt Thomas, CDU:
Sie haben wirklich keine Ahnung.)

Die SPD sieht den Weg in der Umsetzung der Empfehlungen der Grobecker-Kommission einerseits und andererseits in einem vehementen Hinwirken auf die Inkraftsetzung der entsprechenden EU-Richtlinien, Vorschriften und Rechtsakte, wie ich sie zu Beginn meiner Ausführungen dargelegt habe. Dieses schließt ebenso ein, dass diese Vorschriften in der Internationalen Maritimen Organisation global eingeführt werden und natürlich letztlich auch im Ostseeraum. Und erst wenn es über die IMO klar ist, könnte auch der bisherige Nichtmitgliedstaat Russland in die Pflicht genommen werden. Und das ist etwas, was man im Vorfeld, in der Prävention und in solchen Richtlinien, bereden muss, die natürlich auch kontrolliert werden müssen.

(Zuruf von Lutz Brauer, CDU)

Insgesamt ist, meine Damen und Herren, zu konstatieren, dass der von mir beschriebene Weg der Prävention und der verschärften Kontrollen der richtigere Weg für die Seeverkehrssicherheit ist. Mit einer Mautgebühr, wie Sie das in Ihrem Antrag vorschlagen,

(Lutz Brauer, CDU: Genau das ist aber in Brüssel das Problem.)

bestrafen Sie ungerechtfertigterweise Fährschiffpassagiere und Transportunternehmen.

(Minister Dr. Wolfgang Methling:
Ja, die Ökosteuer.)

Für die Fraktion der SPD ist es also nicht mehr als folgerichtig, diesen Antrag abzulehnen. – Ich danke Ihnen fürs Zuhören.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Dr. Klostermann.

Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Frau Schwebs von der Fraktion der PDS.

Birgit Schwabs, PDS: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Das uns von der CDU erneut angebotene Thema „Nationales Sicherheitskonzept“ ist im wahrsten Sinne des Wortes ein Evergreen.

(Beifall Dr. Gerhard Bartels, PDS)

Es ist beinahe müßig, die Grundposition unserer Fraktion zu einem notwendigen und effektiven Sicherheitskonzept für die Ostsee zum wiederholten Male darzulegen.

(Lutz Brauer, CDU: Ein Glück, dass alles protokolliert wird.)

Genau, und wer daran interessiert ist, sollte sich die Mühe machen, die Protokolle zu lesen.

(Wolfgang Riemann, CDU: Genau. Das holen wir dann wirklich mal alles hervor, wenn's dann mal geknallt hat, denn mit Briefen hält man keine Schiffskatastrophen auf.)

Sie sind ja noch druckfrisch und auch die Aussagen des Umweltministers, die wesentlich weiter gehen, ...

Herr Riemann, ich glaube, ich habe jetzt das Rederecht.

(Wolfgang Riemann, CDU: Ja, Sie können doch reden, nichts dagegen.)

Dann reden Sie mir bitte nicht dazwischen. Ich mache das bei Ihnen auch nicht. Es fällt mir zwar sehr schwer, aber ich bemühe mich.

(Wolfgang Riemann, CDU: Jaja, das höre ich anders. 108 Zwischenrufe in 8 Minuten, das prägt in meinen Reden. – Glocke der Vizepräsidentin)

Auch die Aussagen des Umweltministers, die wesentlich weiter gehen, als Sie sich erinnern, Herr Nolte, können Sie in den Landtagsprotokollen noch einmal nachlesen. Ich teile die Auffassung des Kollegen Klostermann,

(Georg Nolte, CDU: Dürftig, dürftig, kann ich nur sagen. – Zuruf von Reinhardt Thomas, CDU)

dass der Umweltminister heute wieder einmal einen hervorragenden Bericht gegeben hat. Es stellt sich aber die Frage, ob die Parlamentssitzung in Mecklenburg-Vorpommern der richtige Ort ist, diese Diskussion zu führen.

(Lutz Brauer, CDU: Deshalb wollten wir das ja im Ausschuss tun.)

Da bei Havarien mit der Gefahr oder dem Eintritt von Umweltschäden durch den Austritt von Schadstoffen sowohl Bundes- als auch Länderkompetenzen berührt werden, haben der Bund und die Küstenländer bereits 1995 eine Vereinbarung über die Bekämpfung von Meeresverschmutzungen getroffen. Es ist also nicht so, dass wir bei der Havariabekämpfung auf einem Punkt unter null sind, wie Sie es, meine Damen und Herren von der CDU, suggerieren wollen. Auf der Grundlage dieser Vereinbarung von 1995 gibt es jetzt eine Flotte von circa 30 Schadstoffbekämpfungsschiffen und von zwei Flugzeugen mit sichtunabhängiger Sensorelektronik.

(Lutz Brauer, CDU: Und wie viel sind davon bei uns stationiert?)

Und letztendlich gibt es inzwischen auch das gemeinsame rechnergestützte Unfallmanagementsystem REMUS.

In diesem Zusammenhang lassen Sie mich nochmals darauf verweisen, dass die Idee der CDU, ein nationales Sicherheitskonzept für die Ostsee zu erarbeiten,

(Lutz Brauer, CDU: Das ist mehr moralischer Schutz bei Ihnen.)

schon deshalb in seinen Erfolgsaussichten beschränkt ist, weil es vernachlässigt, dass sich unser Engagement im Rahmen internationaler rechtlicher Bestimmungen bewegen muss. Ein nationaler Alleingang ohne die Einbeziehung der internationalen Schifffahrtsorganisation IMO oder ohne die europäischen Partner wird nicht gelingen. Auch das hat Dr. Klostermann meines Erachtens weit genug ausgeführt.

Dass es auf internationaler Ebene erhebliche Anstrengungen mit zum Teil sehr guten Ergebnissen gibt, möchte ich an dieser Stelle nur sehr kurz erwähnen. Allein auf europäischer Ebene wurden nach der schweren Ölkatastrophe der „Exxon Valdez“ im Jahre 1989 beispielsweise folgende Rechtsakte verabschiedet: Zum einen ist hier die EG-Richtlinie vom 19. Juni 1995 über die Hafenstaatkontrolle zu nennen,

(Lutz Brauer, CDU: Das haben wir schon mal gehört.)

zum anderen die EG-Richtlinie vom 22. November 1994. Darin werden gemeinsame Regeln und Normen für die mit der Überprüfung und Klassifikation von Schiffen betrauten Stellen und der damit verbundenen Verwaltungstätigkeit festgelegt. Außerdem gibt es den Vorschlag für eine Richtlinie, die die Einhaltung der MARPOL-Bestimmungen fordert, in denen angemessene Auffanganlagen für Häfen vorgeschrieben werden. Und natürlich gibt es auch noch das so genannte Bonn-Abkommen von 1983, das die Überwachung der Nordsee regelt. Vertragspartner sind alle Anrainerstaaten. Diese verpflichten sich in diesem Zusammenhang auch zu gegenseitiger Hilfeleistung im Schadensfall. Natürlich reden wir von der Ostsee. Analog für die Ostsee gibt es seit 1992 das Helsinki-Abkommen.

(Georg Nolte, CDU: O Gott, wie sind Sie naiv!)

Auf der EU-Ebene wird auch jetzt daran gearbeitet, den Schiffsverkehr in der Nord- und Ostsee sicherer zu machen. Vielleicht hätten Sie mal das Gespräch mit Herrn Brauer suchen sollen oder die Unterlagen, die die Mitglieder des Umweltausschusses zur Verfügung gestellt bekommen haben, gelesen.

(Reinhardt Thomas, CDU: Wir reden über die Sicherheitslücken. Das haben Sie noch gar nicht erkannt. – Zuruf von Lutz Brauer, CDU)

Wir sind uns sicher einig, meine Damen und Herren, dass natürlich auch in der Schifffahrt die Mittel begrenzt sind, die wir einsetzen können, um den Seeverkehr sicherer zu machen. Also stellt sich die Frage nach der Mittelverwendung. Der Antrag der CDU geht davon aus, dass ein Teil der Einnahmen eines Reeders dafür verwendet werden sollte, ein Sondervermögen zu bilden. Um hier nichts Falsches zu sagen, zitiere ich aus der Begründung des Antrages: „Über die Erhebung einer Sicherheitsgebühr von Nutzern“ – von Nutzern! – „wird ein Sondervermögen des Bundes und der norddeutschen Küstenländer gebildet, welches zweckgebunden für die Charterung dieser Sicherheitsschiffe verwendet wird.“ Es geht also nicht um sichere Schiffe, sondern um Sicherheitsschiffe.

(Georg Nolte, CDU: Richtig gelesen!)

Die größte Gefahr, meine Damen und Herren, in der Ostsee geht aber nachweislich von mit Rohöl oder mit

chemischen Produkten oder Rohölprodukten beladenen Tankern aus. Der Antrag fordert indes, dass Gebühren im Fähr- und Passagierschiffsverkehr für jeden Passagier und für jedes Fahrzeug erhoben werden sollen,

(Georg Nolte, CDU: Sie hat nichts begriffen, Sie hat nichts begriffen!)

die in einem deutschen Hafen ankommen oder von ihm abfahren.

(Lutz Brauer, CDU: Der Antrag ist ja auch erweiterungsfähig.)

Herr Nolte, ich kann Ihnen das gerne auch noch vorlesen, was hier drin steht. Wenn Sie nicht wissen, was Sie in Ihrem Antrag geschrieben haben,

(Georg Nolte, CDU: Doch, doch, doch. Aber Sie begreifen keinen Zusammenhang. – Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

dann sagen Sie nicht, ich habe nichts begriffen.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS)

Mal abgesehen davon, dass gerade die Fährschiffe bereits heute über einen relativ hohes Maß an Sicherheit verfügen, wieso sollten die Nutzer der Fährschiffe, also die Passagiere, eine Gebühr für einen Fonds zahlen, aus dem Gelder für die Prävention ...

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS – Wolfgang Riemann, CDU: Wieso zahlen das die Fluggäste? Wieso zahlen das die Fluggäste?)

Wollen wir über Schiffe reden oder wollen wir über das Flugwesen reden?

(Beifall und Heiterkeit bei Abgeordneten der PDS – Wolfgang Riemann, CDU: Ja, auch dort gibt es eine Sicherheitsgebühr. – Zuruf von Georg Nolte, CDU)

Also die Passagiere von Fährschiffen bezahlen eine Gebühr für einen Fonds, aus dem Gelder für die Prävention beziehungsweise für die Folgen von Havarien für wirtschaftlich genutzte Schiffe gezahlt werden sollen? Nun dürfen wir uns vorstellen, dass die Fährgesellschaften diese Gebühren nicht aus der Portokasse und nicht aus schwarzen Konten oder Koffern bezahlen würden, sondern dass sie diese Mehrausgaben natürlich an den Fahrgast weitergeben. So viel zum Grundprinzip.

Ich mache das an einem Beispiel fest. Für eine fünfköpfige Familie, die von Rostock nach Dänemark mit einem Auto zum Kurzausflug fahren würde, bedeutet das konkret: fünfmal 1 DM pro Person plus 3 DM je Pkw, macht 8 DM. Das sind also für Hin- und Rückfahrt schlapp 16 DM, die diese Familie mehr bezahlen müsste, damit – löbliches Ansinnen! – Maßnahmen zum Schutz der Ostsee und ihrer Küste getroffen werden können.

(Gerd Böttger, PDS: Völlig unsozial, was die CDU hier vorschlägt. –

Wolfgang Riemann, CDU: Ach, ja, ja! Aber Erziehungsgeld kürzen und Blindengeld einfrieren ist sozial. – Dr. Gerhard Bartels, PDS: Lassen Sie sich doch mal was Neues einfallen! – Glocke der Vizepräsidentin)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Meine Damen und Herren Abgeordnete, ich bitte um eine sachliche Debatte.

Birgit Schwebs, PDS: Ich gebe es zu, ich kann mich nicht erinnern, dass die CDU in der Diskussion um die Ökosteuer auch nur annähernd so großzügig für ökologische Maßnahmen gestritten hat.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS, Dr. Manfred Reißmann, SPD, und Ute Schildt, SPD –

Minister Dr. Wolfgang Methling: Richtig. – Gerd Böttger, PDS: Ja, richtig. – Wolfgang Riemann, CDU: Die ist unökologisch, die Ökosteuer, hat Gysi gesagt.)

Welch ein beachtenswerter Wandel! Das gleicht einem Salto mortale vorwärts und ganz ohne Gesichtsverlust, meine Damen und Herren von der CDU-Fraktion! Aber dennoch, es ist auch wieder typisch für uns vorliegende CDU-Forderungen, die Risiken – in diesem Falle die möglichen Auswirkungen einer Havarie – werden sozialisiert, die Gewinne bleiben nach dieser Art Umverteilung privat.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS – Gerd Böttger, PDS: Genau das ist es!)

Aber lassen Sie mich auf die Frage nach der angedachten Mittelverwendung zurückkommen.

Die Variante der CDU zielt meiner Meinung nach auch nur auf Reaktion, aber nicht auf Prävention. Wäre es nicht also vernünftiger, die Mittelverwendung der Reeder etwa dadurch zu beeinflussen, dass wir vernünftige Sicherheitsstandards für Schiffe und für deren Besatzung formulieren

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS und Ute Schildt, SPD)

und sie, wenn sie die anerkannten IMO-Sicherheitsvorschriften nicht beachten, mit Sanktionen belegen?

(Beifall Ute Schildt, SPD – Peter Ritter, PDS: Sehr richtig.)

Die Bundesregierung hat im Ergebnis der Havarie der „Pallas“ eine Expertengruppe gebildet. Das haben Sie auch schon öfter zitiert, das brauche ich nicht weiter ausführen.

(Reinhardt Thomas, CDU: Verhandeln Sie mal zwanzig Jahre!)

Aber die grundsätzliche Lehre aus der Havarie der „Pallas“: Schadensvermeidung geht vor Schadensbegrenzung.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Was Sie machen wollen, meine Damen und Herren der CDU, ist wirklich nur Schadensbegrenzung beziehungsweise ein ganz schnelles Eingreifen nach einem Schadensfall.

(Dr. Henning Klostermann, SPD: Da muss man die Havarie bekämpfen. – Zuruf von Gerd Böttger, PDS)

Zu den Ursachen schwerer Havarien möchte ich anmerken, dass es im Wesentlichen einige wenige, nichtsdestotrotz schwerwiegende Faktoren sind, die immer wieder Auslöser von Unglücken wie das des Öltankers „Erika“ im Dezember 1999 vor der bretonischen Küste sind. Zu 60 bis 80 Prozent ist es nämlich menschliches Versagen im weitesten Sinne. Die Unzulänglichkeiten reichen von schlechter Ausbildung der Besatzung

über Kommunikationsprobleme an Bord bis hin zu permanenter Übermüdung infolge miserabler Arbeitsbedingungen. Daneben spielt gerade im Bereich der Transporte per Öltankschiff das Alter der Schiffe und ein sich daraus ergebender technischer Zustand eine entscheidende Rolle. 1999 war nahezu die Hälfte aller bei der europäischen Union registrierten Öltanker älter als 20 Jahre. In diesem Zusammenhang sei nur kurz erwähnt, dass 60 von insgesamt 77 Öltankschiffen, die im Zeitraum von 1992 bis 1999 weltweit verloren gegangen sind, älter als 20 Jahre waren. Die daraus resultierende Forderung nach Verjüngung und Modernisierung der Öltankerflotte erklärt sich beinahe von selbst.

Meine Damen und Herren! Welche Anforderungen wir an ein modernes Sicherheitskonzept stellen, haben wir bereits mehrfach dargestellt. Aber ich weiß, Wiederholung ist die Mutter der Weisheit und steter Tropfen höhlt den Stein, und vielleicht funktioniert es ja auch bei der CDU.

(Peter Ritter, PDS: Perlen vor die Säue geworfen. – Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der PDS – Zuruf von Lutz Brauer, CDU – Reinhardt Thomas, CDU: Das haben Sie doch auch abgelehnt. – Heiterkeit bei Wolfgang Riemann, CDU)

Wir halten beispielsweise die Durchsetzung effektiver Hafenstaatkontrollen für unerlässlich. Damit könnte die Einhaltung der rechtlichen Vorgaben und der fixierten Sicherheitsstandards gewährleistet werden.

(Georg Nolte, CDU: Warum haben Sie es denn abgelehnt?)

Seien Sie doch froh, wir sind wenigstens lernfähig.

Das darf aber nicht dazu führen, dass die verstärkte Kontrolle der Schiffe durch die Hafenstaaten die Verantwortung der Flaggestaaten für den technischen Zustand der Schiffe aufhebt. In diesem Zusammenhang setzen wir uns auch für eine erhöhte Transparenz und Konsequenz bei der Kontrolle von jenen Klassifikationsgesellschaften ein, die von den Flaggenstaaten beauftragt sind, den technischen Zustand der Schiffe zu bewerten und die gewünschte Klassifikation zu erteilen. Die anerkannten Gesellschaften müssten beispielsweise auch die volle Haftung für Versäumnisse übernehmen, wenn diese im schlimmsten Fall eine Havarie des Schiffes begünstigen.

(Lutz Brauer, CDU: Müsste, wenn und wäre.)

Wäre diese Forderung schon Realität, hätten Sie eher daran gearbeitet, müsste die Zertifizierungsgesellschaft der „Erika“ für das Unheil, das infolge ihrer Versäumnisse eingetreten ist, zahlen. Eine Haftpflichtversicherung für alle Schiffe, deren Haftungssumme den tatsächlichen Risiken entspricht, damit die Schäden nicht zu Lasten der öffentlichen Haushalte beglichen werden müssen, wäre notwendig. Und das hat ja auch die EU erkannt. Infolge des „Erika“-Unfalls arbeitet man auf EU-Ebene daran, diese Forderung umzusetzen.

Da eine gute Ausbildung der Besatzung eine wichtige Voraussetzung bei der Verbesserung der Sicherheit auf See ist, spricht es für sich, dass wir für eine Verbesserung der Bedingungen auf diesem Gebiet sind und außerdem dafür stehen, diesen Aspekt stärker in das Kontrollsystem einzubeziehen. Hinsichtlich der Ausstattung der Schiffe erwähnte ich schon den Nachholbedarf bei Schiffen älterer Bauart. Besonders vielversprechend sind natürlich

auch die Entwicklungen zu satellitengestützter Navigation, wie sie beispielsweise vom System Galileo unterstützt wird. Desgleichen sprechen wir uns für den Bau von doppelwandigen Tankern aus, denn die doppelwandige Bauweise verringert die Gefahr eines Leckschlagens der Schiffe bei Kollision oder Grundberührung erheblich. Aber am 1. Januar 2000 waren weltweit erst 20 Prozent aller Öltankschiffe mit einer Doppelhülle ausgestattet. Deshalb begrüßen wir die nun mehrjährige Fristsetzung für die Einführung von Doppelhüllen bei Tankern. Das sind präventive Ansätze, meine Damen und Herren, auch wenn Sie dieses nicht zur Kenntnis nehmen wollen.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich aus aktuellem Anlass nochmals auf die Kadet-Rinne zu sprechen kommen, denn gerade dieses Seegebiet zeigt symptomatisch das Einfache, das so schwer zu machen ist. Am Wochenende ereilte uns die Nachricht, dass die mit Pottasche beladene „Friendly Ocean“ in der Kadet-Rinne auf Grund gelaufen war. Auch wenn die Havarie letztendlich noch glimpflich abgelaufen ist, ist es natürlich sehr bedauerlich,

(Georg Nolte, CDU: Sehr bedauerlich.)

geht doch von derartigen Ereignissen immer eine Gefahr für Mensch und Umwelt aus.

Nun ist es jedoch bei weitem nicht so, wie Sie so suggerieren, dass die Kadet-Rinne ein kaum zu passierendes Nadelöhr ist, das nur unter extremer Anstrengung gemeistert werden kann. Die Statistik spricht hier eine deutliche Sprache. Jährlich passieren etwa 55.000 Schiffe die Kadet-Rinne. Aber es gab in den letzten zehn Jahren nur einen einzigen Unfall pro Jahr bei etwa 55.000 Schiffsbewegungen jährlich. Aber trotzdem stellt sich die Frage, warum die wenigen Ausnahmen dort havariieren und warum diese Havarien nicht zu verhindern gewesen waren. Gerade in der Kadet-Rinne komme es immer dann zum Festsetzen der Schiffe, wenn diese nicht auf der vorgeschriebenen Route unterwegs sind, sei es nun, dass sie den richtigen Weg nicht gefunden haben oder ihn absichtlich nicht nahmen, um vielleicht abzukürzen und damit Zeit zu sparen.

Für beide Varianten scheint es eine einfache Lösung zu geben. Voraussetzung ist – ich komme zum Schluss – eine ausreichend auffällige Betonung der Fahrrinne, wie sie seit dem 2. April 2000 realisiert ist. Zudem ist es von großer Bedeutung, dass die Kapitäne stets mit aktuellem Kartenmaterial ausgestattet und auch in der Lage sind, es zu lesen, beziehungsweise dass die Kapitäne sich auch bei der Beladung danach richten und den Tiefgang, den ihr Schiff dort nur haben kann, beachten. Ich denke, das sind Faktoren, die dann auf menschliches Versagen zurückzuführen sind, und in diesem Sinne können Sie natürlich mit Ihrem Antrag, der darauf gerichtet ist, Sicherheitsschiffe zu bauen, überhaupt nicht präventiv wirken,

(Beifall bei Abgeordneten der PDS – Heiterkeit bei Reinhardt Thomas, CDU: Sie wissen überhaupt nicht, was Prävention ist. Sie haben das gar nicht verstanden! – Barbara Borchardt, PDS: Aber Sie wissen, was das ist, ja?! – Zuruf von Annegrit Koburger, PDS)

sondern können nur schneller eingreifen, wenn menschliches Versagen vorgelegen hat.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Frau Schwebs.

Ich schließe die Aussprache.

(Unruhe bei Dr. Henning Klostermann, SPD,
und Reinhardt Thomas, CDU)

Im Rahmen der Debatte ...

Meine Damen und Herren Abgeordnete! Ich bitte doch noch einmal hier um Aufmerksamkeit!

... ist beantragt worden, den Antrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 3/1820 zur federführenden Beratung an den Umweltausschuss

(Unruhe bei den Abgeordneten)

und zur Mitberatung an den Innenausschuss, den Wirtschaftsausschuss sowie an den Tourismusausschuss zu überweisen. Wer diesem Überweisungsvorschlag zustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke. Gegenprobe. – Danke. Stimmenthaltungen? – Damit ist der Überweisungsvorschlag abgelehnt.

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 3/1820. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke. Gegenprobe. – Danke. Stimmenthaltungen? – Damit ist der Antrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 3/1820 mit den Stimmen der Fraktion der SPD und der Fraktion der PDS bei Zustimmung der Fraktion der CDU abgelehnt.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 17:** Beratung des Antrages der Fraktion der CDU – Besetzung des Amtes des Vizepräsidenten des Landesrechnungshofs, Drucksache 3/1818.

**Antrag der Fraktion der CDU:
Besetzung des Amtes des Vizepräsidenten des Landesrechnungshofs
– Drucksache 3/1818 –**

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete Herr Caffier von der Fraktion der CDU.

Lorenz Caffier, CDU: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Lassen Sie mich gleich zu Beginn feststellen,

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

dass sich in der Frage der Besetzung der Position des Vizepräsidenten des Landesrechnungshofes keine der hier vertretenen Fraktionen – ich betone ausdrücklich: keine der hier vertretenen Fraktionen – und damit auch leider der Landtag insgesamt ein Ruhmesblatt an die Schulte heften kann.

Es kann nicht als Erfolgsgeschichte der Zusammenarbeit der Verfassungsorgane betrachtet werden, wenn wir es gemeinsam nicht geschafft haben, eine Stelle zu besetzen, die seit Juni 1997 vakant ist, eine Stelle, von der zumindest bis heute noch niemand gesagt hat, dass sie überflüssig sei und deshalb gegebenenfalls wegfallen könnte.

(Präsident Hinrich Kuessner
übernimmt den Vorsitz.)

Im Gegenteil, seit 1997 hat es Versuche gegeben, den Rechnungshof wieder vollständig handlungsfähig zu machen. Diese Versuche sind gescheitert.

Selbst ich, der ich teilweise an den Gesprächen über die Besetzung dieser Stelle regelmäßig beteiligt gewesen bin, kann ehrlich gesagt noch nicht einmal genau feststellen, wo denn nun überhaupt die unüberbrückbaren Probleme liegen oder gelegen haben. Sind es die hohen Stellenanforderungen? Ist es die unglaublich politische Brisanz, die in dieser Position liegt? Sind es die komplizierten Rahmenbedingungen, die zu einem Vorschlag und zur Wahl führen? Oder ist es die Zweidrittelmehrheit?

(Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

Vielleicht ein wenig von allem, und das alles ein wenig gepaart mit mecklenburgischer und vorpommerscher Sturheit.

Der Landesrechnungshof ist ein Verfassungsorgan des Landes Mecklenburg-Vorpommern. Er muss unabhängig agieren. Der Landesrechnungshof muss deshalb arbeitsfähig und vollständig besetzt sein. Es ist richtig, die Unabhängigkeit dieses Gremiums unter anderem dadurch zu sichern, dass der Vizepräsident und der Präsident zur Wahl einer Zweidrittelmehrheit bedürfen. Ich meine, dass die Rahmenbedingungen, die wir ja selbst geschaffen haben, soweit in Ordnung sind. Trotzdem kommen wir nicht weiter. Wir haben, wie das bei derartigen Personalien die Regel ist, gemeinsam versucht, in den Personalangelegenheiten angemessenen diskreten Gesprächen eine Lösung zu erreichen. Dies ist zumindest bis zum heutigen Tag noch nicht gelungen.

Deshalb haben wir uns heute entschlossen, aus der Diskussion im kleinen Kreis hinauszugehen und die Diskussion in der Öffentlichkeit des Plenums dieses Hauses zu führen, denn wir sind aus meiner Sicht an einem Punkt angekommen, an dem wir uns fragen müssen, ob es so weitergehen kann. Und da kann ich nur klar sagen: So kann es und darf es nicht weitergehen!

Lassen Sie mich dies begründen: Die Diskussion um die Besetzung dieser offenen Position hat nämlich ein Niveau erreicht, das ich nicht für angemessen halte. Wir reden – dies sei noch einmal erwähnt – um die Sicherung der Unabhängigkeit eines Verfassungsorgans. Wir reden daneben auch um das Ansehen der möglichen Bewerber und zuletzt auch über unser eigenes Ansehen. Und das Ganze ist aus meiner Sicht schwer beschädigt, schwer beschädigt aus zwei Gründen:

erstens wegen des langen Zeitraums, in dem es nicht gelungen ist, in unterschiedlichen Mehrheitssituationen einen mehrheitsfähigen Kandidaten zu präsentieren,

zweitens aufgrund der aus meiner Sicht unsäglichen Verquickung der Position des Vizepräsidenten des Landesrechnungshofes mit gegebenenfalls anderen eventuell wahltaktischen Interessen.

Und anders als mit diesen wahltaktischen Interessen kann ich die Präsentation, zumindest des letzten Kandidaten, nicht benennen. Es gab keinerlei Versuche, vor dem Vorschlag des Kandidaten Herrn zu Jeddelloh Gespräche zu führen, um eine Zweidrittelmehrheit in diesem Hohen Hause sicherzustellen.

(Dr. Gerhard Bartels, PDS: Das ist nicht wahr!)

Für unsere Fraktion kann ich nur reden.

Es gab vor Benennung des Vorschlages keinerlei Versuche, mit der betroffenen Behörde Kontakt aufzunehmen. Es gab keine Prüfung der formalen und persönlichen

Einstellungsvoraussetzungen, so dass der Präsident des Landtages den Vorschlag der Landesregierung aufgrund dieses Mangels zunächst zurückweisen musste. Es gab danach eine Entscheidung des Beamtenausschusses, die negativ ausfiel, und somit Bewerber, Vorschlagenden und Rechnungshof sowie letztendlich auch uns als Landtag Schaden zufügte.

Es gibt stattdessen den Bericht des Landesrechnungshofes für das Haushaltsjahr 2000, der für die Stadt Neubrandenburg feststellte, dass es erheblichen Klärungsbedarf hinsichtlich der Finanzierung und der Abwicklung des Projektes einer Therme gibt. Es gibt eine Prüfung darüber, inwieweit der Bürgermeister dieser Stadt gegen das Haushaltsrecht verstoßen hat – insofern auch ein negatives Prüfvotum des Landesrechnungshofes.

Wer in dieser Situation den Betroffenen zum Kandidaten für einen Wechsel zum Landesrechnungshof vorschlägt, muss sich den Vorwurf zumindest gefallen lassen, niedere Motive zu haben. Selbst wenn Sie vorschlagen und meinen, Herr zu Jeddelloh sei der beste Mann, dann hätte abgewartet werden können, bis sich unter Umständen die Vorwürfe aufheben, denn unter Zeitdruck, das zeigt die Entwicklung seit Juni 1997, haben wir uns seit der Besetzung des Postens eben bis zum heutigen Tag niemals setzen lassen.

Und ich denke auch, eine Klage wäre unterblieben, wenn man in dieser Richtung Gespräche geführt hätte. Aber nein, es sollte auf Teufel komm raus durchgejagt werden! Dabei war allen bekannt, dass wir eine Zweidrittelmehrheit benötigen. So geht es nicht! Genau aus diesen Gründen wird ja eine Zweidrittelmehrheit verlangt, damit die, ich nenne sie einmal, niederen Motive eben nicht zur Geltung kommen. Deshalb finde ich es sogar bedauerlich, dass es der Landesbeamtenausschuss gewesen ist, der festgestellt hat, dass die Kandidatur Herrn zu Jeddellohs nicht möglich ist.

(Ministerin Sigrid Keler:
Das hat er nicht festgestellt.)

Ich hätte es ehrlich gesagt lieber gesehen, wir hätten hier über diesen Antrag abgestimmt und er wäre dann gescheitert. Das hätte wahrscheinlich dafür gesorgt, dass wir hier eine lehrreiche Aktion erleben. Aber bei aller parteipolitischen Auseinandersetzung, die wir hier führen, wir müssen lernen, wir alle müssen lernen, dass wir zum Wohl unseres Landes zusammenarbeiten müssen, wo es nötig ist. Das ist bei Sachfragen, wie beispielsweise bei der BMW-Bewerbung und der Schaffung der haushaltsrechtlichen Voraussetzungen für die Bewerbung, passiert. Dies war ebenfalls in Sachen Haushaltsrecht bei der Bewältigung der Werftenkrise so. Das ist leider in vielen Fragen nicht so. Auch das liegt nicht nur an einer Seite hier im Haus. Hier müssen wir alle lernfähig sein. Und das muss dort auch so sein, wo Zweidrittelmehrheiten in Personalfragen vorgesehen sind. Das haben wir geschafft bei der Wahl der Verfassungsrichter des Landes Mecklenburg-Vorpommern. Das haben wir geschafft bei der bisherigen Spitze des Landesrechnungshofes.

(Ministerin Sigrid Keler:
Wer waren denn die zwei Drittel?)

Und wir müssen das auch schaffen bei der Benennung der kommenden Spitze und des aktuell vakanten Postens des Vizepräsidenten des Landesrechnungshofes. Ich meine, das ist möglich, das muss möglich sein. Damit es

besser möglich wird, ist zunächst ein wenig Einsicht erforderlich und zum anderen aus meiner Sicht vielleicht ein wenig verbesserte Technik, denn seien wir ehrlich: Die Besetzung dieser Position ist auch aufgrund der notwendigen Rahmenbedingungen, die ich eingangs nannte, nicht ganz einfach. Ich beispielsweise, als Parlamentarischer Geschäftsführer, sehe mich nicht in der Lage, zweifelsfrei zu prüfen, welche Bewerber für so ein Amt in Frage kommen und welche nicht. Ich weiß nicht, wie es den anderen Kollegen hier in diesem Hohen Hause geht.

Deshalb fände ich es gut, wenn wir überlegten, ob wir nicht vor das Vorschlagsrecht der Fraktion eine Ausschreibung der Position einführen. Wir können uns dann doch darüber unterhalten, wo diese Ausschreibung federführend vorgenommen wird – hier beim Landtag, bei der Landesregierung oder sogar beim Rechnungshof oder beim Landesbeamtenausschuss. Es wird dann geprüft, inwieweit die eingehenden Bewerbungen den persönlichen, fachlichen und sachlichen Voraussetzungen entsprechen, so dass ein Bewerberpool vorhanden ist, aus dem ein Kandidat oder eine Kandidatin ausgewählt werden kann. Und aus diesem Pool entwickeln dann die Fraktionen ihren Vorschlag, den sie der Landesregierung unterbreiten, damit sie diesen danach wieder an den Landtag zur Abstimmung verweist. Ich meine, das würde uns helfen, eine Entscheidungsfindung zu erleichtern. Wohlgedacht: erleichtern! Eine Entscheidung abnehmen würde uns dieser Weg jedoch nicht, denn auch dann wird es immer noch notwendig sein, dass wir beachten, dass wir eine Zweidrittelmehrheit benötigen, dass wir uns also einigen müssen in diesem Haus. Und dazu bedarf es schlicht und einfach einer gewissen Vernunft. Zu dieser Vernunft, meine Damen und Herren Abgeordnete, müssen wir zurückkehren. Da hilft es nicht, emotional zu reagieren, wie das beispielsweise auch nach der Entscheidung des Landesbeamtenausschusses teilweise gewesen ist. Anstatt diese Entscheidung nun als letztes Ausrufezeichen zu nehmen, sich in Ruhe zusammzusetzen, um zu überlegen, was jetzt weiter zu geschehen hat, wurde erneut mit heftigsten Angriffen hin und her in der Öffentlichkeit diskutiert. Ich persönlich fand das so überflüssig wie einen Kropf, überflüssig auch deshalb, diese Bemerkung gestatten Sie mir abschließend, weil ich es wirklich zehn Jahre nach der Einheit für nicht mehr wahnsinnig aktuell halte, zwischen ostdeutscher und westdeutscher Geburtsurkunde zu unterscheiden, und das schon gar nicht dann, wenn ich hier erstmalig unterscheide. Denn ich finde es schon etwas dramatisch, wenn beim Blick auf ein anderes Verfassungsorgan Maßstäbe hinsichtlich der Ost-West-Diskussion angesetzt werden, die bei der Besetzung der eigenen Posten des eigenen Verfassungsorgans nicht gelten.

Ich möchte diese Diskussion hier nicht vertiefen, weil ich sie, wie gesagt, für nicht angemessen halte. Auch dieses Verhalten sollten wir hinterfragen und aus meiner Sicht am besten unterlassen. Deshalb auch hier: Mehr Vernunft als bisher zu zeigen gilt für alle. Und weil wir alle vernünftig sein wollen, denke ich zumindest, könnten wir heute hier einen ersten Schritt machen, indem wir diesem Antrag zustimmen und gegebenenfalls dieses Verfahren der Ausschreibung, was uns letztendlich der Entscheidung nachher nicht entbindet, wählen, um endlich das Kapitel Vizepräsident, Wahl eines Vizepräsidenten und letztendlich auch Bestellung in diesem Landtag einem guten Ende zukommen zu lassen.

(Dr. Gerhard Bartels, PDS: Darf es auch eine Vizepräsidentin sein?)

Entschuldigung, natürlich darf es auch eine Vizepräsidentin sein. – Danke.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Präsident Hinrich Kuessner: Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 30 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist es so beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat der Abgeordnete Herr Dankert von der SPD-Fraktion. Bitte sehr, Herr Dankert.

(Wolfgang Riemann, CDU: So lang ist die Rede wohl auch nicht, wie ich sehe.)

Reinhard Dankert, SPD: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Kürze meiner Rede ist keine Missachtung des Landesrechnungshofes und schon gar nicht des hohen Amtes des Vizepräsidenten, das möchte ich vorwegstellen.

Und auch wenn Herr Caffier ganz geschickt argumentiert hat und immer nur mit Andeutungen gekommen ist, wissen wir doch alle, was gemeint ist. Auch aus diesem Grunde möchte ich meine Rede kurz halten und mich auf das Wesentliche konzentrieren.

Wir alle wissen, dass nach Artikel 68 Absatz 2 unserer Landesverfassung der Präsident und der Vizepräsident des Landesrechnungshofes mit einer Mehrheit von zwei Dritteln der Mitglieder gewählt wird und vom Ministerpräsidenten ernannt wird. Damals, bei der ersten Inthronisierung, galt noch die einfache Mehrheit. Die hatten Sie zusammen mit der FDP übrigens auch so knapp mit einer Stimme.

Die Mehrheitsverhältnisse für eine Zweidrittelmehrheit sind in diesem Hause ...

(Wolfgang Riemann, CDU: Da galt aber die Verfassung noch nicht.)

Das ist okay, Herr Riemann.

(Wolfgang Riemann, CDU: Das muss man dazusagen.)

Ja, das ist richtig. Ich konstatiere ganz sachlich.

Die Mehrheitsverhältnisse in diesem Hause sind hinlänglich bekannt. Zur Wahl des Präsidenten und des Vizepräsidenten des Landesrechnungshofes ist immer auch mindestens eine Stimme der CDU erforderlich, wenn man einmal von der derzeitigen Konstellation ausgeht. Und hier, meine Damen und Herren, das kann ich Ihnen nicht ersparen, liegt der Hase im Pfeffer. Das Amt des Vizepräsidenten hätte schon längst besetzt werden können, da stimme ich Ihnen zu, Herr Caffier, allerdings nur, wenn die Opposition die Einigung nicht regelmäßig blockiert hätte. Es fanden genügend diskrete Gespräche zu mehreren Personen statt. Auch das, glaube ich, ist bekannt. Mehr will ich hierzu nicht sagen, um auch Personen nicht zu beschädigen.

Der Antrag der Fraktion der CDU auf dieser Drucksache 3/1818 ist ein weiterer erfolgloser Versuch, dieses Haus mit überflüssigen Verfahrensfragen zu befassen, denn erstens ist der CDU der aktuelle Sachstand des Verfahrens bekannt und zweitens wird diese Stellenaus-

schreibung auch ohne Ihren Antrag als eine von möglichen Varianten geprüft. Dazu brauchen wir Ihren Antrag also nicht. Das Beste ist allerdings, meine Damen und Herren von der Opposition, Sie würden in diesem Fall Ihre Blockadepolitik aufgeben.

(Eckhardt Rehberg, CDU: Das ist nicht zu glauben!)

Vielen Dank.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD – Zuruf von Eckhardt Rehberg, CDU – Wolfgang Riemann, CDU: Parteibuchpolitik.)

Präsident Hinrich Kuessner: Das Wort hat die Abgeordnete Frau Gramkow von der PDS-Fraktion. Bitte sehr, Frau Gramkow.

Angelika Gramkow, PDS: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Richtig ist, wir haben uns kein Ruhmesblatt ausgestellt. Nicht richtig ist, dass wir nicht miteinander geredet haben. Das hätte zumindest Herr Caffier erwähnen müssen.

Was mich etwas bedrückt, ist, dass wir in dieser Situation natürlich auch einen Menschen geschädigt haben. Und ob das standhaft ist, was hier gesagt worden ist, wenn in einem Bericht des Landesrechnungshofes Vorwürfe erhoben worden sind, die nicht bewiesen sind, dass das von vornherein Menschen diskreditiert, das wage ich zu bezweifeln. Ich weiß sehr gut, was die Prüfung der Landeshauptstadt Schwerin erbracht hat und andere erbracht haben und was am Ende davon standhaft geblieben ist. Wir erleben gerade so etwas.

(Wolfgang Riemann, CDU: Zunächst mal hat es die PDS in Schwerin ausgenutzt.)

Das ist richtig.

Richtig ist auch, wenn die Staatsanwaltschaft Anklage erhebt und dann verurteilt worden ist. Aber das, was hier gelaufen ist bezüglich einer Person, der man jegliche Fähigkeiten abgesprochen hat, dazu stehe ich nicht. Und jeder, der das Agieren kennt, weiß, dass ein Finanzdezernent und ein Oberbürgermeister

(Eckhardt Rehberg, CDU: Was ist denn in Demmin gelaufen, Frau Gramkow?)

sehr gute Voraussetzungen mit sich bringen oder beurteilen können,

(Eckhardt Rehberg, CDU: Ja, ja.)

ob für diese Funktion entsprechende Voraussetzungen da sind. Und dass durch die aktuelle Debatte jetzt Menschen in diesem Land und aus den Altbundesländern sich für diese Funktion ins Gespräch bringen – ich weiß nicht, ob sie nur zu mir kommen. Und ich finde es dann fair, Herr Rehberg, dass sie zu allen Fraktionen hingehen und die Gespräche führen.

Ich habe Ihnen im Gespräch gesagt, dass ich auch sehr gut mit einem Ausschreibungsverfahren leben kann, weil ich diese unheilvolle Situation beendet sehen will. Die Verfassung gibt uns die notwendige Mehrheit vor

(Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

und die Verfassung wollen wir doch in diesem Punkt vielleicht nicht ändern, außerdem brauchen wir da auch Ihre Mehrheit. Deshalb ist es auch eine gewisse Unterstellung, nur zu sagen, die anderen sind schuld.

(Wolfgang Riemann, CDU:
Das hat Herr Caffier nicht gesagt.)

Ich denke, alle drei haben in dem Zusammenhang die Verantwortung zu tragen. Und da soll man sich gefälligst auch nicht daran halten, dass die Landesregierung es für uns richten soll!

Den Bericht in Ihrem Punkt 1 brauchen wir nicht. Wir wissen alle, wie es gelaufen ist. Wir kennen die Entscheidung. Und im Punkt 2 muss ich auch die Landesregierung um ein Verfahren bitten.

Ich muss sagen, wir müssen uns zusammensetzen, wir müssen ein Verfahren vereinbaren, wir müssen prüfen und dann müssen wir auch zu den Entscheidungen stehen. Ich wage allerdings zu bezweifeln, ob ohne jeglichen politischen Hintergrund dann wohl ein Ausschreibungsverfahren mit den Kolleginnen und Kollegen der CDU erfolgreich sein kann.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Und der Landesrechnungshofspräsident ist damals nicht mit Zweidrittelmehrheit gewählt worden.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS –
Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

Präsident Hinrich Kuessner: Das Wort hat der Abgeordnete Herr Riemann von der CDU-Fraktion. Bitte, Herr Riemann.

Wolfgang Riemann, CDU: Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Frau Gramkow, Sie wissen genauso gut wie ich, dass damals die Verfassung noch nicht galt, die eine Zweidrittelmehrheit vorsieht.

(Angelika Gramkow, PDS: Na ja eben!
Aber Ihr Kollege hat es vorhin behauptet.)

Und das hätten Sie, bitte schön, dann auch dazusagen sollen.

(Dr. Gerhard Bartels, PDS: Aber Herr Caffier hat gesagt, da wäre eine Zweidrittelmehrheit gewährt worden. – Zuruf von Angelika Gramkow, PDS)

Und, meine Damen und Herren, ich hätte heute eine Position der Landesregierung zu unserem Antrag erwartet.

(Zuruf von Angelika Gramkow, PDS)

Aber wie ein kleines Kind, welches Mist verbockt hat, versteckt sich die Landesregierung wieder einmal hinter den Koalitionsfraktionen.

(Zuruf von Heike Polzin, SPD –
Heiterkeit bei Annegrit Koburger, PDS)

Und ich finde, der Kollege Caffier hat heute hier einen guten Vorschlag gemacht, wie wir über alle Fraktionen zu einer Einigung kommen können, um den seit 1997 vakanten Posten eines stellvertretenden Landesrechnungshofspräsidenten wieder besetzen zu können. Warum dieses bis heute nicht passiert ist, wäre meines Erachtens eine wissenschaftliche Untersuchung in der Fachrichtung Politologie einer Universität wert.

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Vielleicht liegen die Besetzungsschwierigkeiten auch daran, dass wir hier in den neuen Bundesländern die Demokratie erst seit 1990 üben. Vielleicht liegt es auch daran, dass wir den

Wettbewerb der Demokratie hier als einen Krieg ansehen, statt einen Wettbewerb der Ideen, einen Kampf um Positionen auszufechten, statt zuzuhören und aufzunehmen, meinen, nur eigene Ideen und Standpunkte seien richtig.

(Annegrit Koburger, PDS:
Sie sind beredtes Beispiel dafür. –
Unruhe bei Eckhardt Rehberg, CDU)

Vielleicht liegt es auch daran, ...

Ihr Zwischenruf war beredtes Beispiel.

Vielleicht liegt es auch daran, dass wir in den Vorschlägen von anderen, auch bei Personalvorschlägen, zuerst immer den Haken suchen, anstatt sachlich zu prüfen.

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Aber vielleicht liegt es auch daran, dass wir seit Ende 1998 hier in diesem Land eine Parteibuchpersonalpolitik erleben, die nur mit dem Filz in Hamburg und Nordrhein-Westfalen vergleichbar ist.

(Unruhe bei Ministerin Sigrid Keler,
Heike Polzin, SPD,
und Annegrit Koburger, PDS –
Reinhard Dankert, SPD: Na, na, na, na!)

Der neueste Fall ist der Verschiebehof vom Abteilungsleiter Hochschulen zum Abteilungsleiter Finanzausgleich. Nachdem ein in Ostvorpommern und Rügen gescheiterter SPD-Funktionär, der übrigens der letzte Vorsitzende des Sozialistischen Studentenbundes Deutschland in Westdeutschland war, erst nachdem er gescheitert war,

(Dr. Gerhard Bartels, PDS: Hat er sich
auch um das Amt des Vizepräsidenten
des Landesrechnungshofes beworben?)

wurde er Abteilungsleiter im Kultusministerium.

(Dr. Gerhard Bartels, PDS:
Oder worüber reden Sie?)

Nachdem er dort für alles zuständig, aber zu nichts zu gebrauchen war, mußte extra für diesen gescheiterten Parteigänger haarscharf am Haushaltsrecht vorbei

(Dr. Gerhard Bartels, PDS: Reden Sie irgendwann
zum Thema? – Zuruf von Heike Polzin, SPD)

eine neue Position in Form einer neuen Abteilung im Finanzministerium geschaffen werden. Das ist das Thema, warum wir bisher noch keinen

(Dr. Gerhard Bartels, PDS: Ach du meine Güte!)
stellvertretenden Landesrechnungshofspräsidenten haben.

(Dr. Gerhard Bartels, PDS: Wo haben Sie den
Kaffeesatz stehen, aus dem Sie gerade lesen?)

Mehrkosten, Herr Dr. Bartels, von mindestens 300.000 DM. Ein unglaublicher Vorgang! Kein einziges neues Bundesland hat eine solche vergleichbar teure Lösung für den Länderfinanzausgleich.

(Heiterkeit bei Dr. Gerhard Bartels, PDS)

Wie, meine Damen und Herren, soll da Vertrauen entstehen?

Und noch gut in Erinnerung ist uns allen die Versorgung einer PDS-Parteigängerin, einer Dame, die im Zusammenhang mit der Wende von verbrannter Erde sprach, die

sich vor einen Staat stellte, der Menschen bespitzelte, einkerkerte

(Angelika Gramkow, PDS: Und warum musste ich sie versorgen? Sie war gewählte Abgeordnete dieses Hauses!)

und umbrachte, die damit Opfer verhöhnnte und Täter rechtfertigte.

(Angelika Gramkow, PDS:
Das ist doch wohl das Letzte!)

Wie soll da, meine Damen und Herren, Vertrauen entstehen?

Ebenfalls Versorgungsmentalität offenbart sich bei der Besetzung der Landeszentrale für politische Bildung.

(Angelika Gramkow, PDS:
Wo ist da das Thema?)

Hier musste eine gescheiterte ehemalige SPD-Kultusministerin untergebracht werden, gleich nebst ihrem Anhang. Nach fachlicher Eignung und Befähigung hat keiner gefragt.

(Unruhe bei Ministerin Sigrid Keler –
Dr. Gerhard Bartels, PDS: Hauptsache, Sie stellen immer die richtigen Fragen, Herr Riemann.)

Wie soll da Vertrauen entstehen?

(Dr. Gerhard Bartels, PDS: Das ist das einzig Richtige, auch wenn es am Thema vorbeigeht.)

Auch die Besetzung der Landesvertretung ist unseres Erachtens ein Versorgungsfall. Wie ist es denn zu verstehen, dass plötzlich ein ehemaliger SPD-Bundestagsabgeordneter auftaucht, der in der Wahl 1998 abgewählt wurde

(Angelika Gramkow, PDS: Weil er vielleicht aber trotzdem gute Arbeit macht?! –
Zuruf von Heike Polzin, SPD)

und sich bisher nur für die EU-Normung von Kondomen und Misswahlen in unserer Region interessierte?!

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der SPD
und PDS – Annegrit Koburger, PDS: Oh,
das ist doch wohl! Das gehört nicht hierher!)

Fachliche Befähigung und Qualifikation spielen keine Rolle.

(Dr. Manfred Reißmann, SPD: Ist das eine Personaldiskussion jetzt hier?)

Wie, meine Damen und Herren, soll da Vertrauen entstehen?

Die Situation ist und war doch so:

(Dr. Manfred Reißmann, SPD:
Das ist doch nun wohl!)

Immer da, wo SPD- und PDS-Mitglieder ein Ministerium übernommen haben, wurde es in eine Parteizentrale umfunktioniert. Parteilose Mitarbeiter, Mitglieder anderer Parteien wurden und werden misstrauisch beobachtet,

(Angelika Gramkow, PDS: Och!)

gemobbt und versetzt.

(Dr. Gerhard Bartels, PDS: Also,
Herr Riemann, sagen Sie mal, haben Sie völlig die Orientierung verloren?!)

Herr Dr. Bartels, ich habe das hier im Landtag erlebt!

(Dr. Gerhard Bartels, PDS: Na,
nun hören Sie mal! Ganz ruhig!)

Ich habe mit einem Mitglied der Staatskanzlei gesprochen

(Dr. Gerhard Bartels, PDS: Auweia! –
Zuruf von Annegrit Koburger, PDS)

und oben stand ein weiteres Mitglied der Staatskanzlei,

(Dr. Gerhard Bartels, PDS: Auweia!)

das so lange Ohren gekriegt hat,

(Dr. Gerhard Bartels, PDS: Auweia!)

um zu hören, was denn dieses Mitglied der Staatskanzlei

(Dr. Gerhard Bartels, PDS: Ach, Sie armer Mensch! – Zuruf von Annegrit Koburger, PDS)

wohl mit einem CDU-Abgeordneten zu besprechen hat.

(Dr. Gerhard Bartels, PDS: Sie sind aber auch ein armer Mensch! Sie tun mir richtig Leid.)

Genau so habe ich es hier erlebt.

(Dr. Gerhard Bartels, PDS: Medizinisch würde man dazu Verfolgungswahn sagen. – Zuruf von Irene Müller, PDS)

Nein, sie werden misstrauisch beobachtet, gemobbt und versetzt. Es geht nicht nach Fachlichkeit, Befähigung und Eignung. Es geht nur noch nach Parteilichkeit.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der PDS – Angelika Gramkow, PDS:
Würden Sie uns ein paar Beispiele nennen?! –
Zuruf von Annegrit Koburger, PDS)

Und, meine Damen und Herren,

(Angelika Gramkow, PDS: Würden Sie uns bitte einige Beispiele nennen! –
Zuruf von Heike Polzin, SPD)

wie soll da Vertrauen entstehen?

Frau Gramkow, ich werde Ihnen die Namen nennen, aber nicht hier im Plenum, weil ich die Mitarbeiter auch nicht beschädigen will.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Das sage ich Ihnen so deutlich.

(Dr. Gerhard Bartels, PDS: Sie beschreiben Sie nur so ausführlich, dass jeder gleich weiß, wen Sie meinen.)

Ich will hier nicht weiter, Herr Dr. Bartels, auf die Ausdehnung der Ministerien eingehen.

(Dr. Gerhard Bartels, PDS: Dass Sie sich nicht schämen! Das Zeug, was Sie hier quatschen!)

Ich will auch nicht, Herr Dr. Bartels, auf den gescheiterten Versuch

(Dr. Gerhard Bartels, PDS:
Das kann doch nicht wahr sein!)

eines Innenministers mit der Einflussnahme auf die Wahl in Demmin eingehen.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS – Zuruf von Heinz Müller, SPD)

Ich will auch nicht auf die unwürdige Entlassung

(Zuruf von Dr. Gerhard Bartels, PDS)

des Generalstaatsanwaltes eingehen.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS – Barbara Borchardt, PDS:

Was wollen Sie denn eigentlich? – Zuruf von Angelika Gramkow, PDS)

Aber, meine Damen und Herren von den Koalitionsfraktionen, das möchte ich Ihnen noch sagen: Dafür sind wir 1989 nicht auf die Straße gegangen.

(Dr. Gerhard Bartels, PDS: Jetzt fehlen nur noch die 40 Jahre und dann ist alles zusammen.)

Dafür haben die Bürgerinnen und Bürger der ehemaligen DDR

(Dr. Gerhard Bartels, PDS: Hat zwar alles nichts mit dem Thema zu tun, aber!)

sich nicht eines Regimes entledigt, wo solches gang und gäbe war.

(Heiterkeit bei Heike Polzin, SPD, und Annegrit Koburger, PDS – Zuruf von Heike Polzin, SPD)

Und abschließend will ich Ihnen noch sagen:

(Zuruf von Heike Polzin, SPD)

Das Verfassungsorgan Landesregierung steht für Versorgungsposten

(Zuruf von Dr. Gerhard Bartels, PDS)

Ihrer Parteigänger nicht zur Verfügung und wir werden dieses auch nicht zulassen.

Der Abgeordnete Caffier hat hier die richtigen Vorschläge unterbreitet.

(Dr. Gerhard Bartels, PDS: Der hat wenigstens eine sachliche Rede gehalten im Unterschied zu Ihnen.)

Stimmen Sie dem zu, Herr Dr. Bartels!

(Dr. Gerhard Bartels, PDS: Nach Ihren Regeln – bestimmt, ganz bestimmt!)

Lassen Sie endlich eine Besetzung nach Fachlichkeit, Qualifikation und

(Heike Polzin, SPD: Und CDU-Parteibuch!)

Befähigung zu! Hören Sie auf, zuerst auf das Parteibuch zu schielen!

(Heiterkeit bei Dr. Gerhard Bartels, PDS – Barbara Borchardt, PDS: Ausgerechnet Sie müssen das sagen! Ausgerechnet von Ihnen muss das kommen!)

Sichern Sie gemeinsam mit uns die Unabhängigkeit des Landesrechnungshofes! – Danke.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Heiterkeit bei Dr. Gerhard Bartels, PDS – Zuruf von Barbara Borchardt, PDS)

Präsident Hinrich Kuessner: Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 3/1818. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist der Antrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 3/1818 mit den Stimmen der SPD- und PDS-Fraktion gegen die Stimmen der CDU-Fraktion abgelehnt.

Der Abgeordnete Rehberg hat sich nicht an der Abstimmung beteiligt und will jetzt nach Paragraph 51 Absatz 2 der Geschäftsordnung eine Erklärung abgeben.

Eckhardt Rehberg, CDU: Herr Präsident! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Just an dem Tag, an dem wir unseren Antrag einbringen und die Landesregierung auffordern, einen Verfahrensvorschlag zur Neubesetzung der Stelle des Vizepräsidenten des Landesrechnungshofes zu machen, tritt man an mich heran, nimmt Bezug auf die Fraktionsvorsitzenden von SPD und PDS und bittet mich um ein Gespräch zur Besetzung dieser Stelle Vizepräsident Landesrechnungshof.

(Wolfgang Riemann, CDU: Das Spielchen geht weiter.)

Meine Damen und Herren von SPD und PDS, ich werde keine solchen Gespräche führen.

(Angelika Gramkow, PDS: Ich werde auch keins mehr mit Ihnen führen unter diesen Bedingungen.)

Ich werde sie deswegen nicht mehr führen, weil ich es satt habe, dass Leute bei mir anrufen,

(Angelika Gramkow, PDS: Ich auch.)

sich bei mir vorstellen wollen, ohne dass vorher geprüft wurde, mit dem Landesrechnungshof Kontakt aufgenommen wurde, ob Eignung/Befähigung – ob fachlich oder beamtenrechtlich – vorliegt. Ich habe es satt! – Herzlichen Dank.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Präsident Hinrich Kuessner: Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 18:** Beratung des Antrages der Fraktion der CDU – Situation der Kindertagesstätten in Mecklenburg-Vorpommern auf Drucksache 3/1821.

**Antrag der Fraktion der CDU:
Situation der Kindertagesstätten
in Mecklenburg-Vorpommern
– Drucksache 3/1821 –**

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete Herr Glawe von der CDU-Fraktion. Bitte sehr, Herr Glawe.

Harry Glawe, CDU: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kollegen! Die Situation der Kindertagesstätten in Mecklenburg-Vorpommern ist, denke ich, immer noch nicht ausreichend diskutiert und vor allen Dingen auch nicht substantiell so untersucht, dass man Gesetzesänderungen, ohne Widerspruch zu ernten, einbringen könnte. Wir haben landesweit 90.000 Kita-Plätze und wir haben die Situation, dass verschiedene Plätze vorgehalten werden. Es ist so, dass wir eine Überalterung der Betreuenden haben.

Meine Damen und Herren! Wir brauchen insgesamt, um uns einen kompletten Überblick zu machen, eine Studie, wenn nicht sogar ein Gutachten, welche die gesamte Situation beleuchtet. Die CDU-Fraktion hatte mit der Großen Anfrage versucht zu erfahren, auf welcher Grund-

lage der Systemwechsel bei der Kindertagesstättenfinanzierung und damit auch die Änderung eines Gesetzesentwurfes begründet ist.

Meine Damen und Herren! Wir sehen unbedingt Handlungsbedarf. Wir brauchen mehr Daten und daher wollen wir den Landtag auffordern, diese Gelder bereitzustellen. Ich hoffe, dass Sie im Interesse der Städte und Gemeinden, im Interesse der Landkreise, aber auch im Interesse der Spitzenverbände der Wohlfahrtsverbände dieser Feldstudie zustimmen, und sehe der Diskussion mit Spannung entgegen. – Danke schön.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Präsident Hinrich Kuessner: Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 30 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist es so beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat der Abgeordnete Herr Rißmann von der SPD-Fraktion. Bitte sehr, Herr Rißmann.

Dr. Manfred Rißmann, SPD: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Lassen Sie mich zu Beginn feststellen: Ich kann keine neue Idee aus diesem Antrag der CDU entnehmen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Bei der Behandlung der Großen Anfrage zu den Kindertagesstätten haben wir uns im November letzten Jahres in der Landtagssitzung ausführlich darüber unterhalten. Zudem ist in der Anhörung im Finanzausschuss, auf die ich noch einmal hinweisen möchte, alles auch von Ihnen gefragt worden, was im Zusammenhang mit Ihrem Antrag hier hätte gefragt werden können. Ich verweise auch noch auf die Reden der 49. Landtagssitzung, in denen detailliert auf die Probleme eingegangen worden ist. Ich will gerne einige noch einmal nennen, sie in Erinnerung rufen, aber Sie müssten sie eigentlich alle kennen und sie selber registriert haben, als Sie den Antrag formuliert haben.

Bezüglich einer detaillierten Analyse der Kostenstruktur von Kindergärten ist allen hinlänglich bekannt, dass die anteilige Erstattung der durchschnittlichen Betriebskosten aus dem Landeshaushalt nicht auskömmlich ist, da die Regelkosten in der Betriebskostenverordnung bisher nicht auf der Basis der ermittelten realen Kosten festgelegt wurden. Zudem liegt eine Ursache in der Struktur der Regelkosten selbst. Die differenzierten Kostenstrukturen der Einrichtungen, die sich ergeben aus unterschiedlicher Altersstruktur der Mitarbeiter, den damit verbundenen unterschiedlichen Personalkosten, dem unterschiedlichen Bedarf an Hauswirtschaftspersonal, unterschiedlichen Leitungsanteilen auf Grund der Kinderzahlen, baulichen Besonderheiten der Einrichtung, Preisunterschieden für Strom, Wasser, Mieten, Pacht, Abschreibungen, Auslastung der Einrichtung, dem Verhältnis von Teilzeit- und Ganztagsplätzen, der Anzahl der Kinder in der Einrichtung und dem jeweiligen Anteil Krippe, Kindergarten und Hort, werden durch die Durchschnittswerte nicht berücksichtigt und führen so zum Teil trotz wirtschaftlicher Haushaltsführung zu erheblichen Defiziten, die der Träger nicht selbst schultern beziehungsweise abstellen kann. Um hier Abhilfe zu schaffen, muss die Finanzierungsform geändert werden. Darüber gibt es keinen Dissens und deswegen verstehe ich diesen Tenor in dem Antrag nicht. Mit einem externen Gutachten ist uns da auch nicht geholfen. Die Situation kennt jeder, Sie auch, Herr Glawe.

Frau Ministerin Bunge hat in der Debatte zur Großen Anfrage der CDU bestätigt, dass ein dringender gesetzlicher Änderungsbedarf für die Ermittlung der Landesbeteiligung an den Aufwendungen für Kitas besteht. Somit bedarf es keiner Aufforderung Ihrerseits, um hier tätig zu werden.

(Beifall Dr. Margret Seemann, SPD,
und Annegrit Koburger, PDS)

Wenn über Kosten gesprochen werden muss, kann natürlich dabei auch die Finanzierung der Standards nicht außen vor bleiben. Dabei darf es nicht zu einer Verschlechterung der Standards kommen, was bei der Diskussion sicher immer wieder auch ein bisschen unterstellt wird, dass das eine der Zielstellungen sein könnte, billiger etwas zu machen, was dann hinterher unter dem Strich schlechter wird.

Das Betreuungsangebot muss qualitativ den Bedürfnissen der Kinder gerecht werden. Dazu gehört für mich natürlich auch, Erzieherinnen und Erziehern Hilfe anzubieten, um die Qualität der Arbeit weiterentwickeln zu können. Für notwendig halte ich auch, dass Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sich mit ihren Einrichtungen identifizieren können, dass sie nach außen strahlen: „Ich leiste hier eine Arbeit, für die ich gerade stehe.“, dass sie nach außen tragen den Eindruck für die Eltern, für die Kinder, dass hier eine akzeptable Umgebung, in der sich Kinder wohl fühlen können, vorhanden ist.

Qualität bedarf auch qualifizierter Arbeitsplätze. Rahmenbedingungen wie Personalschlüssel, Gruppengröße, Vor- und Nachbereitungszeit beeinflussen die pädagogische Arbeit, deshalb wird die Qualitätsdiskussion stets die Rahmenbedingungen für die Arbeitsplätze berücksichtigen müssen.

Meine Damen und Herren! Frühkindliche Erziehung ist der erste Schritt in einen lebenslangen Lernprozess und deshalb ist die Bildung in Kindertagesstätten ein grundlegender Baustein. Kindliche Lernprozesse sind der Ausgangspunkt für weitere Ordnungen des Denkens. Deshalb ist es auch so wichtig, diese bestmöglich zu entwickeln. Dabei muss im Vordergrund stehen, die Potentiale der Kinder zu erkennen und zu fördern. Und wenn heute bei einzuschulenden Kindern eine zehnfach höhere Rate an Sprachproblemen registriert wird im Vergleich zu vor etwa zehn Jahren, dann liegt es sicher zum Teil an der mangelnden Kommunikation innerhalb der Familie, dass die Kinder vor einem Fernsehgerät sitzen oder mit einem Gameboy unterwegs sind, anstatt dass sich im Zwiegespräch ihre Ausdrucksfähigkeit, die Sprache, entwickelt. Und dann liegt es auch ein bisschen daran, dass diese Belange in den Kindertagesstätten stärker berücksichtigt werden müssen.

Ein Thema, das Sie ansprechen mit Ihrem Antrag, ist die Integration behinderter Kinder. Es gibt im Lande insgesamt über 1.000 Plätze in über 270 Gruppen in integrativen Kindertagesstätten, 251 in Sonderkindergärten, 40 in Sondergruppen der Kindertagesstätten, 6 Plätze in Einzelintegration, 637 Plätze in Horten für lernbehinderte Kinder. Es liegen also durchaus Zahlen vor und eine Notwendigkeit sehe ich eher darin, die Integration zu fördern, statt noch einmal eine Analyse über die vorhandenen Bedingungen vornehmen zu wollen.

Lassen Sie mich noch auf ein letztes Problem kommen, meine Damen und Herren. Wir sind der Auffassung, dass die von Ihnen am Beginn Ihres Antrages unter Punkt 1

geforderten Daten zur demographischen Entwicklung sehr wohl zur Verfügung stehen. Es hat am 1. und 2. Dezember 2000 vom Bildungsministerium in Schwerin organisierte Wissenschaftstage gegeben, bei denen Fachleute aus ganz Deutschland, auch aus unserem Land, sehr detailliert zu diesen Problemen sich geäußert haben. Ich habe niemanden aus Ihrer Fraktion, auch nicht die Mitarbeiter, die Sie sonst zu solchen Veranstaltungen manchmal schicken, dort registrieren können.

Die Bevölkerungsberechnung geht davon aus, dass Mecklenburg-Vorpommern die zusammengefasste Geburtenziffer der alten Bundesländer bis 2015 auch erreichen wird. Das heißt, dass dann ein Niveau erreicht wird, dass pro 1.000 Frauen im gebärfähigen Alter 1.450 Kinder zu erwarten sind. Gegenwärtig sind wir noch weit davon entfernt, der Bundesdurchschnitt liegt bei 1.300 Kindern pro 1.000 Frauen im gebärfähigen Alter. Sie sehen also, ich könnte auch noch einige andere Beispiele für Ihre Absicht, über ein Gutachten, über eine Erhebung neue Erkenntnisse zu gewinnen, ad absurdum führen. Die Ergebnisse liegen vor und es ist zu handeln. Ich habe in erster Linie natürlich die finanziellen Bedingungen angeführt, aber die anderen, die wir dabei mit berücksichtigen müssen, auch. Ich sehe keinen Sinn darin, einen hier von Ihnen vorgelegten Antrag zu befürworten. Meine Fraktion lehnt diesen Antrag ab. – Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der SPD und PDS)

Präsident Hinrich Kuessner: Das Wort hat die Abgeordnete Frau Koburger von der PDS-Fraktion. Bitte sehr, Frau Koburger.

Annegrit Koburger, PDS: Meine Damen und Herren! Herr Präsident! Eine Vorbemerkung, vornehmlich gerichtet an die Damen und Herren der CDU-Fraktion: Haben Sie neuerdings ein Herz für Kinder,

(Harry Glawe, CDU: Haben wir schon immer. Sie wissen wahrscheinlich gar nicht, was Familienpolitik bedeutet. –
Dr. Armin Jäger, CDU: Schon immer.)

beziehungsweise erschließen Sie sich neue politische Ansätze in der Kinder- und Familienpolitik? Wenn dem so wäre, könnte ich es nur begrüßen, wenn damit auch ein neuer Ansatz bezüglich der Bedeutung von Kindern für die Zukunft eines Landes einschließlich der Stellung der Familie in der Gesellschaft erzielt wäre.

Diesen neuen Ansatz, meine Damen und Herren der CDU, kann ich beim besten Willen in Ihrem Antrag nicht erkennen.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Das überrascht uns nicht.)

Schon in der Aussprache zur Großen Anfrage bezüglich der Qualität bei der Kindertagesstättenförderung, nein, eigentlich schon bei Ihrer Fragestellung, wird deutlich, dass es Ihnen nicht um eine andere Kinder- und Familienpolitik geht, die den heutigen Lebensbedingungen Rechnung trägt. Es geht Ihnen nicht um, ich sage es noch einmal in Stichworten:

- Kinder brauchen Kinder,
- Kinder brauchen die Gemeinschaft Gleichaltriger, um soziale Kompetenz zu erwerben,
- Kinder brauchen Lebensräume, die ihren psychischen und physischen Besonderheiten entsprechen,

– Bildung und Erziehung der heranwachsenden Generation ist gemeinsame Aufgabe und Pflicht von Eltern und Gesellschaft, sprich Staat,

– Aufgabe daraus für die Politik heißt, Schaffung der notwendigen Rahmenbedingungen,

sondern Sie fragen und diskutieren in Kleinklein: Wie viel soll es kosten? Und wem könnten wir den schwarzen Peter zuschieben für eine verfehlte Politik,

(Harry Glawe, CDU: Ach, das machen wir, ja?

Das machen wir? Das ist ja unerhört, was Sie vortragen! – Barbara Borchardt, PDS:

Da hatten wir heute schon ganz andere.)

die Sie zum überwiegenden Teil in 16 Jahren Regierungsverantwortung auf Bundesebene und 8 Jahren in Mecklenburg-Vorpommern bestimmt haben. Das, meine Damen und Herren, ist nämlich die Ausgangsgröße!

Wer hat vor zehn Jahren das Kinder- und Jugendhilfegesetz auf den Weg gebracht mit der Halbherzigkeit „Alles zum Wohle der Kinder, aber ohne finanzielle Beteiligung des Bundes“? Wer hat dafür gesorgt, dass die flächendeckende Versorgung mit Kinderbetreuungsplätzen in den neuen Bundesländern quasi über Nacht zerschlagen wurde, weil im Osten nicht sein durfte, wovon der Westen träumt? Ich könnte Ihnen noch stundenlang Fakten aufzählen, meine Damen und Herren der CDU, die für Ihre Politik gerade auf diesem Gebiet zu Buche stehen. Und mit diesem Erbe, mit dieser Hinterlassenschaft haben wir es heute zu tun.

Ja, wir setzen alles daran, die Bedingungen für die Bildung, Erziehung und Betreuung der heranwachsenden Generation zu verbessern und dafür die gesetzlichen Regelungen zu schaffen. Ja, wir haben leider nur begrenzte finanzielle Spielräume und trotzdem, der Versuch wird unternommen. Dazu bedarf es aber nicht der von Ihnen geforderten Feldstudie, denn die von Ihnen benannten Aspekte sind zum einen hinreichend bekannt – Herr Dr. Reißmann hat es hier schon dargelegt –, zum Beispiel liegt die Entwicklung der Geburtenzahlen vor, die Analyse der Kostenstruktur wird jährlich vorgenommen. Und hinsichtlich der Standards, welche auch immer Sie meinen mögen, springt aus jedem Wort Ihres Antrages: „unnützlich“, „zu teuer“. Um die Kinder beziehungsweise die betroffenen Familien geht es Ihnen nicht.

Meine Damen und Herren der Opposition, im Übrigen kommen Sie mit Ihrem Antrag einfach zu spät,

(Harry Glawe, CDU: So?)

wir haben nämlich schon heftig gearbeitet. Jedoch über ungelegte Eier wollen wir heute nicht reden. So viel vorab. Sie werden ausreichend Möglichkeit haben, sich innerhalb des parlamentarischen Verfahrens einzubringen. Ich bin schon heute gespannt auf Ihre Vorschläge und gern bereit, mit Ihnen in der Sache zu streiten. Das Ziel allerdings muss sein, das Bestmögliche für die Bildung, Erziehung und Betreuung der Kinder in Mecklenburg-Vorpommern zu erreichen. Den vorliegenden Antrag lehnen wir aus den genannten Gründen ab. – Danke.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der PDS und Beate Mahr, SPD)

Präsident Hinrich Kuessner: Das Wort hat der Abgeordnete Herr Glawe von der CDU-Fraktion. Bitte sehr, Herr Glawe.

Harry Glawe, CDU: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es erstaunt mich schon, wie Sie hier wieder mit einem Antrag der CDU-Fraktion umgehen. Sie deklarieren sich wieder zur Kinderpartei und meinen, Sie haben das alleinige Recht, über Kinder in diesem Land zu reden

(Annegrit Koburger, PDS:
Das hat keiner behauptet.)

und Sie sind auch die Alleinvertreter von Kindern. Das weise ich erst mal strikt zurück.

Ich verweise eindeutig auf die Familienpolitik der CDU.

(Dr. Margret Seemann, SPD: Die war ja schlimm genug. – Annegrit Koburger, PDS: Jaja, na klar!)

Die hat sich bewährt. Immerhin haben wir hier immer noch 90.000 Kindergarten- und Hortplätze im Land. Die haben Sie nicht aufgebaut, meine Damen und Herren.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der PDS – Dr. Margret Seemann, SPD: Und wie viele hatten wir vorher, Herr Glawe? – Barbara Borchardt, PDS: Die sind wohl woanders aufgebaut worden. Die haben Sie wohl nicht aufgebaut.)

Sie haben eher dafür gesorgt, dass die Investitionen auf null Mark zurückgedreht worden sind. Das sind Ihre Leistungen. Und heute legen Sie sozusagen klammheimlich ein Gesetz vor, das zwei Ziele hat: Sie wollen die Beiträge deckeln. Warum wollen Sie denn die Beiträge des Landes deckeln?

(Annegrit Koburger, PDS:
Wo liegt ein Gesetzentwurf vor?)

129 Millionen DM hatten Sie im Haushalt im Jahr 2000 für 2001 vorgesehen.

Dann sind Sie erwischt worden, dass Sie die Betriebskosten künstlich heruntergerechnet haben. Dann hat Ihre Finanzministerin gesagt: Okay, 8 Millionen DM brauchen wir und 3 Millionen DM gebe ich ihnen. Und was machen Sie jetzt? Jetzt bringen Sie ein Gesetz ein und wollen die Kosten auf Eltern, Landkreise und Kommunen abwälzen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Eckhardt Rehberg, CDU: Richtig. – Dr. Gerhard Bartels, PDS: Sie haben einen Gesetzentwurf geschrieben und wir sollen ihn einbringen, dass Sie ihn schon kennen, oder was?)

Das ist die Wahrheit.

(Unruhe bei Abgeordneten der PDS)

Und uns unterstellen Sie, dass wir kinderfeindlich agieren. Das ist ja wirklich ein starkes Stück!

Ich sage Ihnen noch eins: Sie sind ja eigentlich nur noch hier, um zu reden. Sie handeln ja nicht mehr. Es wird nur noch geredet und geredet und geredet. Vorwärts kriegen Sie nichts mehr.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Barbara Borchardt, PDS: Das zeigen Sie aber heute ganz deutlich! Sie reden und reden. – Dr. Margret Seemann, SPD: Herr Glawe, wenn Sie das alles wissen, warum wollen Sie dann noch ein externes Gutachten? – Zuruf von Annegrit Koburger, PDS)

Meine Damen und Herren! Noch einmal zur Integration, Kollege Dr. Rißmann. Natürlich ist es wichtig, dass man integrative Gruppen schafft oder ortsnahe Dinge auch diskutiert. Nur man muss sich auch mal die Frage stellen: Was ist sinnvoll? Die Einzelanerkennung muss sein. Und dann geht es natürlich darum, was ist an integrativen Gruppen zu schaffen, wie teuer werden sie.

(Annegrit Koburger, PDS: Sehen Sie, nur das habe ich gemeint! – Zurufe von Barbara Borchardt, PDS, und Irene Müller, PDS)

Sie wissen ganz genau, dass die Landkreise für jeden integrativen Platz, der anerkannt ist, 55 DM pro Tag bezahlen müssen. Das wissen Sie.

(Annegrit Koburger, PDS: Na geht es nun um die Förderung behinderter Kinder, oder nicht?)

Deswegen propagieren Sie ja diese Thematik immer nach oben, weil es den Landeshaushalt relativ wenig kostet, meine Damen und Herren.

Aber jetzt noch einmal zurück zum Antrag. Wir möchten, wenn wir so einem Gesetz zustimmen sollen, alle Daten auf dem Tisch haben, deswegen stellen wir diesen Antrag. Wir möchten auch wissen, wie hoch denn nun der Investitionsstau im Land tatsächlich ist. Sie haben ja seit Jahren nichts mehr für die Kommunen in dieser Frage bereitgestellt.

(Irene Müller, PDS: Sie sind doch in der Liga-sitzung immer dabei. Hören Sie gar nicht zu?)

Sie haben die Kommunen im Stich gelassen. Sie haben auch die freien Träger im Stich gelassen, meine Damen und Herren.

(Zurufe von Dr. Margret Seemann, SPD, und Irene Müller, PDS)

Die letzte Million haben Sie 1999 aus dem Haushalt genommen. Das ist einfach so. Und wenn wir jetzt die Fragen danach stellen, dann sagen Sie, wir machen einen populistischen Antrag. Darüber haben wir schon geredet. Das wissen wir alles schon, meine Damen und Herren.

Ich sage Ihnen noch einmal, die Große Anfrage der CDU zu diesem Thema hat Sie ja einerseits erschreckt, andererseits haben Sie die Anfrage teilweise so beantwortet,

(Irene Müller, PDS: Hast du dich erschrocken? – Heiterkeit bei Annegrit Koburger, PDS: Neel- Dr. Margret Seemann, SPD: Ich habe mich auch nicht erschrocken. – Zuruf von Barbara Borchardt, PDS)

dass man nicht mit allen Daten, die Sie uns zur Verfügung gestellt haben, leben kann. Deswegen möchten wir, dass wir zu dieser Sache wirklich verlässliche Dinge auf den Tisch bekommen.

Und ich sage Ihnen noch eins: Wir lassen nicht zu, dass Sie alles das, was Sie jetzt vorhaben, den Eltern und den Landkreisen und den Kommunen und den freien Trägern, die das alles mit verantworten müssen, meine Damen und Herren, in die Schuhe schieben.

(Annegrit Koburger, PDS:
Woher wollen Sie das wissen?)

Und darüber wird noch zu reden sein. – Danke schön.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Präsident Hinrich Kuessner: Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 3/1821. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist der Antrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 3/1821 mit den Stimmen der SPD- und PDS-Fraktion gegen die Stimmen der CDU-Fraktion abgelehnt.

Vereinbarungsgemäß rufe ich auf den **Zusatztagsordnungspunkt:** a) Beratung des Antrages der Fraktion der CDU – Pläne der Bundesregierung zur Strukturreform der Bundeswehr, Drucksache 3/1864(neu), in Verbindung mit b) Beratung des Antrages der Fraktionen der SPD und PDS – Geplante Schließungen von Bundeswehrstandorten in Mecklenburg-Vorpommern, Drucksache 3/1868. Zum Antrag der Fraktionen der SPD und PDS auf Drucksache 3/1868 liegt Ihnen ein Änderungsantrag der Abgeordneten Monty Schädel, Karsten Neumann, Annegrit Koburger, Kerstin Kassner, Dr. Gerhard Bartels, Barbara Borchardt, Torsten Koplín, Irene Müller und Gabriele Schulz, Fraktion der PDS, auf Drucksache 3/1890 vor.

**Antrag der Fraktion der CDU:
Pläne der Bundesregierung zur
Strukturreform der Bundeswehr
– Drucksache 3/1864(neu) –**

**Antrag der Fraktionen der SPD und PDS:
Geplante Schließungen von Bundeswehr-
standorten in Mecklenburg-Vorpommern
– Drucksache 3/1868 –**

**Änderungsantrag der Abgeordneten
Monty Schädel, Karsten Neumann, Annegrit
Koburger, Kerstin Kassner, Dr. Gerhard
Bartels, Barbara Borchardt, Torsten Koplín,
Irene Müller, Gabriele Schulz, Fraktion der PDS
– Drucksache 3/1890 –**

Das Wort zur Begründung des Antrages der Fraktion der CDU hat der Abgeordnete Herr Grams von der CDU-Fraktion. Bitte sehr, Herr Grams.

Friedbert Grams, CDU: Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Liebe Abgeordnete und Vertreter der betroffenen Kommunen! Ihnen, liebe Abgeordnete, liegt heute auf der Drucksache 3/1864(neu) ein Antrag der CDU-Fraktion zu den Plänen der Bundesregierung zur Strukturreform der Bundeswehr vor. Wir haben hier in diesem Hohen Hause schon oft zu Fragen der Bundeswehr das Pro und Kontra diskutiert. Ich erinnere an die Tiefflugproblematik, an das Konzept zur Anpassung der Streitkräftestrukturen im April 1995 und im Dezember 2000 zur jetzigen Strukturreform. Aber heute hier zu dieser Problematik zu sprechen fällt mir schwer, denn die Schmerzgrenze wird überschritten.

Immer wieder hat die CDU-Fraktion hervorgehoben, dass sie zur Bundeswehr und ihren Aufgaben steht. Ich denke, es ist uns gelungen, das kurze und doch große Wort von Bürgern in Uniform hier in Mecklenburg-Vorpommern zum größten Teil umzusetzen. Ich denke, gerade ich kann dies beurteilen, weil ich meinen Wahlkreis in einem der größten Standorte in Mecklenburg-Vorpommern habe. Das muss auch in Zukunft so bleiben. Die Angehörigen der Bundeswehr sind ein fester Bestandteil im gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Leben auch im Landkreis Uecker-Randow, aber besonders in der Stadt

Eggesin. Wie sagte eine Bürgerin aus Eggesin: „Die Armee ist schon zur Tradition geworden. In den Einheiten am Standort arbeiten auch sehr viele Zivilbeschäftigte.“ Deshalb dürfte es Ihnen, verehrte Damen und Herren Abgeordnete, auch nicht schwer fallen, dem Punkt 1 unseres Antrages Ihre Zustimmung zur Bedeutung der Bundeswehr zu geben.

Die Bekanntgabe der Streichung von Stellen bei der Bundeswehr durch den Verteidigungsminister Herrn Scharping am 29. Januar 2001 konnte vom größten Teil der Bürger im Landkreis Demmin, dem Uecker-Randow-Landkreis und anderen Standorten nur mit großer Bestürzung und voller Enttäuschung aufgenommen werden. Mecklenburg-Vorpommern soll nach den nun bekannten Plänen in den nächsten Jahren bis zu 4.000 Bundeswehrstellen verlieren, die Hälfte davon allein in Eggesin. Wenn diese Reduzierung so drastisch, wie nun angekündigt, die strukturschwächsten Regionen, den Landkreis Demmin mit 1.042 und die Stadt Eggesin mit etwa 1.792 – künftig nur noch 55 Stellen –, betrifft bei Arbeitslosenquoten von 24,7 beziehungsweise 23,7 Prozent, erhebt sich die Frage, ob dies, wie es Bürger ansprechen, politisch und nicht sachlich motiviert ist. Denn die Oberzentren wie Rostock und Neubrandenburg erhalten Zuwachs. Hier sind zusätzliche Investitionen notwendig, bereits getätigte – wie am Standort Eggesin mit weit über 100 Millionen DM – werden wertlos.

Noch im August 2000 beim Besuch des Bundeskanzlers und des Verteidigungsministers in der Kaserne Stallberg versprach der Verteidigungsminister, dass der Standort Eggesin sicher ist. Die Bürger haben auf die Zusagen des Verteidigungsministers im Beisein des Bundeskanzlers und des Ministerpräsidenten unseres Landes vertraut. Die Bürger des Landkreises fühlen sich verschaukelt und betrogen. Ich möchte heute nicht die Meinung vieler Bürger, die mich in den letzten Tagen und Stunden erreichten, wiedergeben. Der Präsident würde mir sofort das Wort entziehen und mich des Saales verweisen. So nur einige Meinungen: „Die Politiker sagen nicht die Wahrheit.“, „Sie leben gut von unseren Steuergeldern und denken nur an sich selbst.“

Nach der gestrigen Landtagssitzung bin ich mit meinem Kollegen Herrn Helmrich in den Uecker-Randow-Kreis gefahren, um mich über die Stimmung vor Ort zu informieren. Die Bürger vor Ort sind deprimiert, fassungslos und bereit, mit allen Mitteln für die Rücknahme der Streichungspläne zu kämpfen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU
und auf der Zuschauertribüne)

Präsident Hinrich Kuessner: Meine Damen und Herren, einen Moment bitte! Meine Damen und Herren! Es ist schön, dass Sie hier sind und zuhören. Es ist aber üblich, dass Beifall nur von den Abgeordneten gegeben wird.

(Zuruf von der Zuschauertribüne:
Die klatschen ja nicht!)

Ich bitte Sie, dieses zu beachten.

Friedbert Grams, CDU: Wir haben nichts zu verlieren. Die positiven Pflänzchen der wirtschaftlichen Entwicklung werden mit einem Schlag zunichte gemacht. Deshalb kann der Landtag nur die Streichpläne des Bundesministeriums vom 29. Januar 2001, wie in unserem Antrag in Punkt 2 gefordert, ablehnen.

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Gestatten Sie mir, die Zielstellung unseres Antrages einmal an einem konkreten Beispiel darzustellen. Nach der Wiedervereinigung Deutschlands waren die gesamtdeutschen Streitkräfte um rund ein Drittel zu reduzieren. Mit der Rückführung der Streitkräfte waren für Kreise, Städte und Orte sowie für die Bürger erhebliche Einschnitte verbunden. Die Auflösung beziehungsweise Reduzierung einzelner Standorte brachte grundsätzliche Veränderungen für das persönliche und wirtschaftliche Leben einiger Regionen mit sich. So waren im ehemaligen Großstandort Eggesin bis 1989 circa 15.000 Soldaten stationiert, gegenwärtig sind es noch circa 4.000. Insofern hat diese Region bereits in den letzten Jahren erhebliche Opfer gebracht und ihren Anteil zur Umstrukturierung geleistet. Die nun vorgesehene Kürzung auf fast 2.000 Soldaten am Großstandort Eggesin muss mit Unterstützung aller politischen Kräfte – ich betone, aller politischen Kräfte – abgewendet werden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Schon diese Pläne zeigen deutlich, welchen Stellenwert die Bundesregierung strukturschwachen Regionen in den neuen Bundesländern beimisst. Die Umsetzung dieser Pläne bedeutet für die Stadt Eggesin das Aus. Der Rückgang der Versorgungs- und Dienstleistungsaufträge führt zum Verlust von Hunderten von Arbeitsplätzen. Der Untergang oder die Existenz der Handwerks- und Handelsgeschäfte ist in Frage gestellt. Es wird mit einem Anstieg der Arbeitslosenquote im Landkreis Uecker- und Demmin und anderen Standorten gerechnet, aber in der Stadt Eggesin auf über 50 Prozent. Damit einhergehend wird mit einem Bevölkerungsrückgang von zurzeit 6.600 Einwohner auf 2.600 gerechnet. Der Leerstand von Wohnungen wird auf circa 1.500 ansteigen und Schließungen öffentlicher Einrichtungen wie des neu eröffneten Freizeitzentrums sind nur eine Frage der Zeit. Das einzige Schwimmbad im Kreis hat die Bundeswehr in Eggesin. Auch dies wird bei der Schließung der Vergangenheit angehören. Es wird mit einem Verlust der Kaufkraft von jährlich 50 bis 60 Millionen DM gerechnet. All diese Auswirkungen tragen dazu bei, dass die Stadt Eggesin zahlungsunfähig wird.

Für mich unverständlich ist, dass der Ministerpräsident nichts von den Streichplänen gewusst haben will, wie der Antwort zu meiner Kleinen Anfrage vom 14. Januar 2001 zu entnehmen ist. Es waren der Landesregierung auch keine Maßnahmen zur sozialverträglichen Abstimmung oder Absicherung bekannt. Aber knapp 14 Tage später wird gesagt, das Schlimmste vom Land abgewendet zu haben. Mit dieser Wertung hat die Landesregierung sich mit den Streichplänen abgefunden und lässt eine ganze Region im Stich.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU
und auf der Zuschauertribüne –
Eckhardt Rehberg, CDU: Richtig.)

Präsident Hinrich Kuessner: Meine Damen und Herren! Ich muss Ihnen sagen, wenn Sie sich nicht an die Ordnung des Hauses halten, dann können Sie hier nicht zuhören. Es ist eine bestimmte Spielregel, die es im Parlament gibt, und die ist einzuhalten. Das bitte ich zu beachten, trotz aller Emotionen. – Danke.

Friedbert Grams, CDU: Na ja, der Landkreis Uecker-Randow liegt eben doch schon fast in Polen, ansonsten würde unser Ministerpräsident wie die Ministerpräsidenten

von Bayern, Baden-Württemberg und Schleswig-Holstein auch das Gespräch beim Bundesverteidigungsminister suchen, um mögliche Korrekturen auch jetzt noch zu erreichen.

(Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

Die Landesregierung hat sich hier ihrer Verantwortung zu stellen und deshalb bedurfte es unseres Antrages.

(Wolfgang Riemann, CDU: Richtig.)

Ich bitte Sie, unserem Antrag auf Drucksache 3/1864(neu) Ihre Zustimmung zu geben. – Danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Präsident Hinrich Kuessner: Das Wort zur Begründung des Antrages der Fraktionen der SPD und PDS hat die Abgeordnete Frau Schildt von der SPD-Fraktion. Bitte sehr, Frau Schildt.

Ute Schildt, SPD: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Gäste! Am Montag dieser Woche hat das Bundesverteidigungsministerium den Entwurf zur zukünftigen Struktur und Stationierung der Bundeswehr und den damit verbundenen Standortentscheidungen in den einzelnen Bundesländern veröffentlicht. Diese Entscheidung wurde schon länger erwartet. Zwar kursierten schon vorher Gerüchte über Schließungen und Verkleinerungen von Standorten, doch jetzt liegt es schwarz auf weiß vor uns. Nun wissen wir, welche Standorte betroffen sein sollen. Dass auch Mecklenburg-Vorpommern nicht von solchen Standortentscheidungen ausgenommen werden konnte, das muss wohl jedem im Land hier klar sein. Dass wir mit einer Reduzierung des Bundeswehrpersonalumfangs von zwölf Prozent im Vergleich zu den anderen ostdeutschen Bundesländern sowie im gesamten Bundesvergleich unterproportional betroffen sind, kann keiner, der die Zahlen ehrlich liest, leugnen.

(Unruhe bei Eckhardt Rehberg, CDU –
Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Aber dennoch haben uns die Entscheidungen überrascht. Als der Bundesverteidigungsminister vergangenes Jahr Eggesin besuchte, ...

(Wolfgang Riemann, CDU: Da hat er gelogen.)

Ich bitte Sie.

(Wolfgang Riemann, CDU: Ja, richtig.)

Bitte nehmen Sie dieses Wort zurück!

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Eckhardt Rehberg, CDU: Nee, überhaupt
nicht. Das werde ich Ihnen beweisen. –
Zurufe von Dr. Armin Jäger, CDU,
und Wolfgang Riemann, CDU)

... würdigte er die Arbeit, die dort geleistet wird.

(Unruhe und Heiterkeit bei
einzelnen Abgeordneten der CDU)

Und auch mit der Schließung des Standortes Stavenhagen ...

Ich dachte, wir wollen diskutieren.

(Eckhardt Rehberg, CDU: Das werden wir auch.)

Und auch mit der Schließung des Standortes Stavenhagen hat so keiner gerechnet,

(Eckhardt Rehberg, CDU: Ja.)

auch ich nicht. Ich bin dort im Kreis zu Hause.

(Dr. Christian Beckmann, CDU,
und Harry Glawe, CDU: Aha.)

Denn dort hat er betont, dass soziale und wirtschaftliche Kriterien bei den Standortentscheidungen berücksichtigt wurden.

(Wolfgang Riemann, CDU: Dann hat er ja das zweite Mal gelogen. – Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Unklar ist ebenso, was mit den vier Standorten Demen, Dranske, Karow und Neustadt-Glewe in Zukunft geschehen wird.

Meine Damen und Herren, wir sehen also, es liegen nun zwar die Fakten auf dem Tisch, doch das letzte Wort ist noch nicht gesprochen.

(Zurufe von einzelnen Abgeordneten der CDU:
Aha. – Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Viele Fragen müssen noch geklärt werden. Es muss mit dem Bundesverteidigungsminister nachverhandelt werden

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

und gleichzeitig müssen wir alle Bemühungen daran setzen,

(Eckhardt Rehberg, CDU: Was ist denn los?)

die wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen zu diskutieren

(Eckhardt Rehberg, CDU: Das steht aber nicht in Ihrem Antrag drin, dass nachverhandelt werden soll.)

und durch entsprechende Maßnahmen aufzufangen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Dr. Armin Jäger, CDU:
Da bin ich aber mal gespannt.)

Alternativen für Wirtschaft und Arbeitsmarkt müssen in den betroffenen Regionen geschaffen werden. Daher fordern wir die Landesregierung auf, über solche Maßnahmen auch mit der Bundesregierung zu beraten,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Na ja. –
Zuruf von Harry Glawe, CDU)

denn hier sehe ich die Bundesregierung ebenso wie das Land in der Pflicht.

(Vizepräsidentin Renate Holznagel
übernimmt den Vorsitz.)

Die Leitlinien der Konversion von 1992 können dazu als Grundlage genutzt werden, aber sie sind nicht auf dem heutigen Stand. Sie berücksichtigen weder die aktuellen Entscheidungen noch die wirtschaftlichen und sozialen Gegebenheiten der betroffenen Regionen.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Daher müssen diese Leitlinien fortgeschrieben werden.

Diese Sachen haben wir in unseren Antrag eingearbeitet und gefordert. Ich bitte Sie daher, dem Antrag der

Koalitionsfraktionen zuzustimmen. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke, Frau Schildt.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 60 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat der Ministerpräsident Herr Dr. Ringstorff. Bitte, Herr Ministerpräsident.

Ministerpräsident Dr. Harald Ringstorff: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Um es vorwegzunehmen, Herr Grams, natürlich steht die SPD zur Bundeswehr und natürlich suche ich auch jetzt das Gespräch mit dem Bundesverteidigungsminister.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und einzelnen Abgeordneten der CDU)

Aber – das muss uns hier auch klar sein – an einer Strukturreform und Verkleinerung der Bundeswehr führt heute kein Weg vorbei. Und ich denke, da sind wir uns alle einig, mit dem Ende des Ost-West-Konfliktes haben sich die Aufgaben der Bundeswehr grundlegend gewandelt. Die Bundesrepublik Deutschland ist heute, wie der frühere Verteidigungsminister Volker Rühle zu Recht festgestellt hat, von Freunden umzingelt und die Zeiten wechselseitiger Bedrohung und Abschreckung sind zum Glück vorbei. Zugleich wird von einem vereinten Deutschland erwartet, dass es im Rahmen seiner Bündnisverpflichtungen auch einen militärischen Beitrag zur Konfliktverhütung und Krisenbewältigung leistet.

(Dr. Armin Jäger, CDU: So ist das.)

Weniger Landesverteidigung, mehr internationale Verantwortung – diese neuen Anforderungen an die Bundeswehr müssen sich auch in den neuen Strukturen widerspiegeln.

Meine Damen und Herren, die ersten Reformschritte in diese Richtung sind bereits von der alten Bundesregierung eingeleitet worden.

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Die neue Bundesregierung setzt den Umbau der Bundeswehr jetzt fort.

(Wolfgang Riemann, CDU: Besonders im Osten. Das war Ihr Wahlkampfslogan. – Heiterkeit bei Dr. Christian Beckmann, CDU, und Harry Glawe, CDU)

Es war immer klar, dass eine solche Reform nicht an Mecklenburg-Vorpommern vorbeigehen wird. Damit wir dabei nicht überproportional belastet werden, habe ich mich schon frühzeitig für die Standorte in Mecklenburg-Vorpommern eingesetzt,

(Wolfgang Riemann, CDU:
Besonders in Mecklenburg.)

und dabei ist einiges erreicht worden. Mit dem Marineamt Rostock ist gegen erhebliche Widerstände aus einigen Nachbarländern nicht nur eine hohe Kommando-

struktur im Land gehalten worden, sie wird in den kommenden Jahren sogar noch deutlich personell aufgestockt. Und so Leid es mir tut, aber ein Marineamt kann man nun einmal nicht ins Binnenland verlegen.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Der Versuch von Wilhelmshaven – auch ein Marinestandort mit alter Tradition –, das Marineamt zurückzubekommen, ist zugunsten von Rostock entschieden worden.

Insgesamt sind wir jetzt – ich betone, jetzt – von den Stellenstreichungen der Bundeswehr weniger betroffen als andere Bundesländer. Und nach den offiziellen Zahlen des Bundesverteidigungsministeriums wird die Zahl der Dienstposten bei der Bundeswehr, einschließlich der Zivilbeschäftigten, bundesweit von 410.000 auf 350.900 zurückgeführt. Das entspricht einem Rückgang von über 14 Prozent. Bei uns in Mecklenburg-Vorpommern wird durch die neue Reform die Stellenzahl von exakt 20.037 auf 17.600 nach der Reform reduziert. Das ist ein Minus von 12 Prozent und damit ein unterproportionaler Rückgang.

Andere Länder sind jetzt nicht so glimpflich davongekommen. Brandenburg beispielsweise muss Stellenstreichungen von 15 Prozent hinnehmen, Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen sind mit 17 Prozent, Thüringen mit 18 und Bayern mit 19 Prozent betroffen. Die Stadtstaaten will ich nicht heranziehen, weil die geringe Stationierungsdichte dort nicht so relevant ist, so dass sich kleine Veränderungen in der Dienstpostenanzahl dort schon sehr viel stärker niederschlagen.

(Herbert Helmrich, CDU: Aber Eggesin liegt in der schwächsten Region, Herr Ministerpräsident.)

Ja, ich komme dazu.

Damit schneiden wir auch besser ab als bei der ersten Bundeswehrreform unmittelbar nach der Deutschen Einheit. Damals waren wir nämlich tatsächlich überdurchschnittlich von den Einsparungen betroffen und ich kann mich im Übrigen nicht daran erinnern, ...

(Wolfgang Riemann, CDU: Wir hatten ja auch die größte Stationierungsdichte. Das wissen Sie ja wohl auch. – Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Ja, ich komme dazu, zu der Stationierungsdichte.

Ich kann mich im Übrigen nicht daran erinnern, dass es damals einen Aufschrei der CDU-geführten Landesregierung gegeben hat.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Friedbert Grams, CDU: Im April '95 in diesem Haus. – Harry Glawe, CDU: Da waren Sie schon Wirtschaftsminister. – Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Herr Grams, ich würde gerade Ihnen und Ihrer Partei raten, einmal in der Bibel nachzulesen, was im Matthäus-Evangelium steht.

(Friedbert Grams, CDU: Nein, Sie sollen nur im Protokoll nachlesen und nicht Unwahrheiten verbreiten! – Zurufe von Dr. Christian Beckmann, CDU, und Dr. Armin Jäger, CDU)

Dort steht: Was siehst du den Splitter in deines Bruders Auge und nimmst nicht den Balken in deinem Auge wahr?

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig, richtig. – Wolfgang Riemann, CDU: Das hilft den Menschen in Eggesin und Stavenhagen überhaupt nicht, Herr Ministerpräsident.)

Ich glaube, das trifft auch für einige Debatten zu, die wir heute schon gehört haben. Und, Herr Riemann, wir können weitermachen: Du Heuchler, zieh zuerst den Balken aus deinem Auge! Danach sieh zu,

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Wolfgang Riemann, CDU: Meinen Sie mich jetzt persönlich, Herr Ministerpräsident?)

wie du den Splitter aus deines Bruders Auge ziehst!

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD – Zurufe von Dr. Armin Jäger, CDU, und Annegrit Koburger, PDS – Unruhe bei Siegfried Friese, SPD, und Dr. Armin Jäger, CDU)

Meine Damen und Herren, ich weiß, dass die betroffenen Gemeinden bei uns davon keinen Trost haben, wenn wir in Mecklenburg-Vorpommern insgesamt gesehen unterdurchschnittlich betroffen sind. Sie haben nichts davon, dass wir die zweithöchste Stationierungsdichte in der Bundesrepublik Deutschland haben

(Dr. Armin Jäger, CDU: Stimmt.)

und auch weiter haben werden und dass der prozentuale Anteil der Dienstposten in unserem Land auf die Gesamtbundeswehr bezogen sogar noch steigt. Das aktuelle Reformkonzept – und daran lässt sich nicht vorbeireden – sieht schmerzhaft Einschnitte vor, vor allem an den Standorten Stavenhagen, Basepohl und Eggesin. Ein Teil dieser Verluste soll von anderen Bundeswehrstandorten – beispielsweise Torgelow, über Rostock haben wir schon gesprochen – aufgefangen werden, aber es gibt hier nichts zu beschönigen, das ist eine schlimme Situation für die von den Streichungen betroffenen Kommunen und Kreise. Und diese Kürzungen tun uns weh.

Herr Grams hat schon darauf hingewiesen und ich stimme damit voll überein, die Bundeswehr ist an den betroffenen Standorten ein zentraler Wirtschaftsfaktor. Ihre Präsenz stärkt den lokalen Einzelhandel, das Handwerk und viele mittelständische Unternehmen. Oftmals – und das trifft auf Eggesin sicherlich zu – ist sie auch der größte Arbeitgeber vor Ort. Deshalb setzt sich die Landesregierung dafür ein, dass dort, wo noch Korrekturen möglich sind, alles getan wird, um diesen Regionen zu helfen. Dafür werde ich mich persönlich bei der Bundesregierung einsetzen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Dort, wo Schließungen und drastische Stelleneinsparungen letztlich unvermeidlich sind, muss es einen geordneten Übergangsprozess geben, damit sich die Regionen auf die Zeit nach der Bundeswehr einstellen können. Die Menschen in den betroffenen Regionen dürfen nicht allein gelassen werden.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und Monty Schädel, PDS)

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich kann jeden Bürgermeister und jeden Landrat verstehen, der sich jetzt für seine Kaserne einsetzt und neue Perspekti-

ven für seine Stadt, für seinen Landkreis einfordert. Wofür ich aber kein Verständnis habe, das sind die platten Parolen, mit denen Sie, Herr Rehberg, seit Sie von Hansa zurück sind, jetzt wieder Stimmung zu machen versuchen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und Karsten Neumann, PDS)

Die Menschen erwarten, dass wir parteiübergreifend zusammenarbeiten,

(Zuruf von Dr. Christian Beckmann, CDU)

um den betroffenen Kommunen zu helfen.

(Wolfgang Riemann, CDU: Dann beschimpfen Sie uns doch nicht, wenn Sie mit uns zusammenarbeiten wollen, Herr Ringstorff! – Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Sie haben doch mit der Beschimpferei angefangen!

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Und ich darf vielleicht einmal das „Handelsblatt“ zitieren, das ja bekanntlicherweise gerade keine Zeitung ist, die uns so sehr freundlich gegenübersteht.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Eine der wenigen. – Zurufe von Harry Glawe, CDU, und Friedbert Grams, CDU)

Sie schreibt – und das drückt die wenig konstruktive Haltung auch Ihrer Partei aus: „Die CDU im Bundestag wiederholt nur Altbackenes: Deutschland braucht mehr Geld, mehr Soldaten und folglich mehr Standorte. Das sind Parolen, die man einer Opposition nachsehen mag. Als Argumente brauchen sie nicht ernstgenommen zu werden.“

(Herbert Helmrich, CDU: Friedbert Grams hat hier ganz sachlich vorgetragen. – Dr. Armin Jäger, CDU: Das ist schon traurig, wie Sie hier argumentieren.)

Im Vorfeld war nicht alles sachlich, Herr Helmrich.

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Meine Damen und Herren, es ist so, dass der Verteidigungsminister von anderer Seite schon unter Druck steht, weil er nicht den Empfehlungen der Weizsäcker-Kommission gefolgt ist und die Zahl der Standorte nicht deutlicher verringert hat. Dieses Ergebnis ist auch zustande gekommen – die weniger deutliche Verringerung –, weil es natürlich Einspruch gegeben hat, auch aus Regionen, in denen reduziert werden sollte.

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Meine Damen und Herren, was Sie fordern – insgesamt gesehen, ich meine nicht für den einzelnen Standort –, das ist unseriös. Sie müssen auch einmal die Realitäten zur Kenntnis nehmen.

(Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

Sie machen es sich wieder einmal viel zu einfach, Herr Rehberg.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Wenn es so ist, wie Sie sagen, rufen Sie doch mal Ihren Parteifreund Erwin Teufel an und fragen ihn, ob das strukturstarke Baden-Württemberg weitere Einsparungen hin- nimmt,

(Harry Glawe, CDU: Wer entscheidet denn das?!)

damit in Mecklenburg-Vorpommern mehr Stellen erhalten bleiben!

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Harry Glawe, CDU: Entscheidet das Herr Teufel oder was?!)

Greifen Sie doch zum Hörer und überzeugen Sie Ihren Parteifreund Stoiber oder Roland Koch,

(Wolfgang Riemann, CDU: Entscheidet das Teufel oder Stoiber oder Rudolf Scharping?!)

dass Bayern und Hessen weitere Standortschließungen eher verkraften können

(Zuruf von Dr. Christian Beckmann, CDU)

als wir in Mecklenburg-Vorpommern!

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Harry Glawe, CDU: Wer ist denn der Bundesverteidigungsminister im Land?)

Sie werden auf wenig Verständnis stoßen.

(Wolfgang Riemann, CDU: Und wer ist Ministerpräsident in diesem Land? – Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Immer nur zu fordern, ohne auch nur einen einzigen Vorschlag zu machen, wie man es denn besser machen könnte, das ist keine ernst zu nehmende Politik, Herr Rehberg.

(Harry Glawe, CDU: Sie sind doch für das Land da, für Mecklenburg-Vorpommern, Herr Ministerpräsident.)

Ich wiederhole, Mecklenburg-Vorpommern wird nach der Reform, also spätestens im Jahre 2006, so lange wird sich dieser Prozess hinziehen,

(Zuruf von der Zuschauertribüne: Stimmt nicht!)

die zweithöchste prozentuale Stationierungsdichte in der ganzen Bundesrepublik Deutschland haben. Es wird auch Aufwuchs in einigen Standorten geben.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Nee.)

Ich habe schon einige genannt, aber trotzdem gibt es natürlich unter dem Strich eine deutliche Reduzierung.

Meine Damen und Herren, dieses Thema ist, glaube ich, viel zu ernst, um ein parteipolitisches Süppchen daraus zu kochen.

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Es geht um die betroffenen Regionen und es geht vor allem um die Menschen dort. Und ich habe deshalb für den morgigen Tag die Bürgermeister und Landräte, deren Gebiete von den Reformen betroffen sind, in die Staatskanzlei eingeladen, um nach gemeinsamen Einsätzen zu suchen, und Parteigrenzen spielen dabei keine Rolle.

(Dr. Christian Beckmann, CDU: Na, na, na, na!)

Und das ist auch gut so.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Und ich sage noch einmal: Lassen Sie uns alle nach gemeinsamen Lösungen für die betroffenen Regionen suchen!

Abschließend möchte ich noch etwas zum Antrag einiger Abgeordneter sagen und ich bin mir sicher, dass dieser Antrag keine Mehrheit finden wird. Dieser Antrag hilft uns natürlich nicht.

Und, Herr Abgeordneter Koplín – ich weiß nicht, ob er hier im Raum ist,

(Angelika Gramkow, PDS: Nein.)

wenn nicht, können Sie es im Protokoll nachlesen –,

(Wolfgang Riemann, CDU: Nehmen Sie Herrn Ritter! – Peter Ritter, PDS: Ha, ha, ha!)

ich möchte Ihnen gerne einen wohlgemeinten Rat geben: Man kann ja seine Meinung äußern, aber zwei gegenteilige Meinungen gleichzeitig zu vertreten, das stärkt nicht die politische Glaubwürdigkeit. Heute setzen Sie sich ein für die Abschaffung der Bundeswehr. Ich habe eine dpa-Meldung, die überschrieben ist „Kritik an den Plänen für die Standortschließung und Truppenreduzierung“, und da wird der Abgeordnete Torsten Koplín zitiert: „Der PDS-Landtagsabgeordnete Torsten Koplín bezeichnete die Entscheidung von Verteidigungsminister Rudolf Scharping als sozialpolitisch unsensibel und wirtschaftspolitischen Nonsens.“

(Barbara Borchardt, PDS: Ja, das ist auch so. – Birgit Schwebs, PDS: So ist es.)

„Die wirtschaftlichen und sozialen Folgekosten der Schließung werden in aberwitziger Weise ausgeblendet, sagte Koplín.“ Ich denke, Sie müssen schon sagen, wofür Sie stehen, für das, was Sie vor zwei Tagen gegenüber dpa gesagt haben,

(Barbara Borchardt, PDS: Das wissen Sie ganz genau, Herr Ringstorff.)

oder zu dem Antrag, in dem einige Abgeordnete die Abschaffung der Bundeswehr fordern.

(Zuruf von Barbara Borchardt, PDS)

Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Wolfgang Riemann, CDU: Das ist Ihr Koalitionspartner! – Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Ministerpräsident.

Das Wort hat jetzt der Fraktionsvorsitzende der Fraktion der CDU Herr Rehberg.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Oh Gott, das ist schon traurig in diesem Land.)

Eckhardt Rehberg, CDU: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Zuerst zwei, drei Bemerkungen in eigener Sache.

Herr Ringstorff, falls Sie das noch nicht mitbekommen haben, ich bin nach wie vor, weil mich der Aufsichtsratsvorsitzende Herr Professor Klinkmann darum gebeten hat, Vorstandsvorsitzender des FC Hansa Rostock bis zum Juni. Das heißt, ich bin noch nicht zurück von Hansa.

(Unruhe und Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der SPD – Wolfgang Riemann, CDU: Und doch schon hier.)

Und das Zweite, was ich Ihnen noch sagen wollte, das unterscheidet uns offenbar beide. Ich habe mich zweimal –

im April 1997 und im April 2000 –, als dieser Verein mitten im Abstiegskampf stand, dafür entschieden, dort Verantwortung zu übernehmen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Es hätte auch schief gehen können. Das unterscheidet uns beide, Herr Ministerpräsident Ringstorff.

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Und so, wie ich zu diesem Verein in guten wie in schlechten Zeiten stehe und gestanden habe, so erwartet dieses Land von Ihnen, dass Sie nicht über Hessen, Baden-Württemberg oder Bayern reden,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig.)

sondern über das Bundesland Mecklenburg-Vorpommern.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Und ich werde nicht aus der Bibel zitieren,

(Dr. Christian Beckmann, CDU: Das haben wir nicht nötig. – Zuruf von der SPD: Warum nicht?)

aber zufällig, Herr Ministerpräsident Ringstorff, kenne ich die zehn Gebote ganz gut, und ein Gebot heißt

(Minister Dr. Gottfried Timm: Nehmen Sie mal das erstel!)

kurz gesagt: Du sollst nicht lügen.

(Beifall Wolfgang Riemann, CDU – Irene Müller, PDS: Du sollst nicht töten!)

Und ich zitiere, damit beginne ich meine Zitate, den Herrn Bundesverteidigungsminister Scharping vom 29. November 2000 im Deutschen Bundestag: „Im Übrigen haben Sie, verehrter Herr Kollege Austermann,“ – das ist ein Kollege aus der CDU/CSU-Bundestagsfraktion – „hier eine Flut haltloser Behauptungen aufgestellt ... und für nicht eine den Beleg vorgetragen. Zu dieser Flut von Behauptungen gehörte auch die Behauptung, es würden 50 – der Nächste wird vielleicht von 47, der Dritte von 45 sprechen – Standorte geschlossen.“ Herr Ministerpräsident Ringstorff, es sind 59, es werden 59 Standorte geschlossen, und ich spreche von 60, weil Eggesin eigentlich auch geschlossen wird, denn 55 Dienstposten statt 1.800 ist de facto eine Schließung.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Dr. Armin Jäger, CDU: So ist das.)

Und jetzt will ich Ihnen mal sagen, über was für eine Politik wir hier und heute reden. Wieder ein Zitat vom Bundesverteidigungsminister Scharping, und zwar vom 7. Juni 2000 im Deutschen Bundestag: „Nein, es gibt ein ganz klares Prinzip, das zuverlässig eingehalten wird: Die Kleinststandorte mit weniger als 50 Dienstposten werden auf ihre militärische Notwendigkeit überprüft. Bei allen anderen 439 Standorten wird es oberste Priorität sein, zu prüfen, wie sie wirtschaftlicher geführt werden können, statt“ – und jetzt hören Sie zu! – „eine dumme Politik der Standortauflösung zu betreiben.“

(Dr. Henning Klostermann, SPD: Na, na, na!)

„Sie schädigt die Verankerung der Bundeswehr in der Fläche, sie schädigt die regionale Wirtschaftskraft, ...“ – Wie wahr, wie wahr, Herr Scharping. Wie wahr, wie wahr.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Dr. Armin Jäger, CDU: Ja.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir reden hier und heute über eine dumme Politik der Standortauflösung, wie sie Herr Scharping betreibt, und, Herr Ringstorff, wie Sie sie gutheißen.

(Siegfried Friese, SPD:
Und Herr Rühle begonnen hat.)

Das ist die Realität und keine andere.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Zu Herrn Rühle komme ich noch, Herr Friese. Ich glaube, da brauchen Sie auch ein bisschen Aufklärung.

(Zurufe von Wolfgang Riemann, CDU,
und Barbara Borchardt, PDS)

Worüber reden wir eigentlich? Wir reden über einen Abbau von Dienstposten, die aktuell existieren in Mecklenburg-Vorpommern im Saldo von 2.400, davon zwei der modernsten Großstandorte der Bundeswehr in Deutschland, und zwar in Basepohl bei Stavenhagen und in Eggesin. Das sind mit die modernsten Standorte, die die Bundeswehr hat. Und wir reden über Standorte, die der Rühle-Plan – so will ich ihn bezeichnen – 1995 vorgesehen hat: Demen mit 800, Karow mit 1.000 Dienstposten, kleinere noch wie Neustadt-Glewe und Dranske mit weniger als 50. Es gibt nur einen Unterschied zu dem, was Herr Scharping heute tut und was Herr Rühle vorgesehen hatte. Herr Rühle hatte vorgesehen, dass diese Standorte verschoben werden innerhalb des Landes, insbesondere aber innerhalb der Bundeswehr. Realität ist heute nach letzten Erkenntnissen,

(Barbara Borchardt, PDS: Und die
Auswirkungen in den anderen Regionen?)

dass von Demen aus nur noch 400 nach Torgelow oder Stern Buchholz gehen, 400 völlig verschwinden und in Karow die Hälfte nach Hagenow geht. Also im Saldo müssten Sie zu den 2.400 noch mal knapp 1.000 Dienstposten dazuzählen, dann sind Sie bei 3.400.

Und dann, Herr Ministerpräsident Ringstorff, haben Sie auch wieder etwas verschwiegen, was im Augenblick überhaupt nicht geklärt ist: Was wird mit den angekündigten Truppenverlegungen der Flarak-Geschwader aus Niedersachsen nach Bad Sülze und Sanitz mit noch mal 1.500 Dienstposten? Wenn Sie darunter einen Strich ziehen, dann reden wir aktuell über 5.000 Dienstposten bei der Bundeswehr zuzüglich Azubis und Zivilbeschäftigte. Das ist die Realität!

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Und jetzt hören Sie auf, über überproportional und unterproportional zu reden!

(Dr. Christian Beckmann, CDU: Genau. –
Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Herr Ministerpräsident, die vier Grundrechenarten sagen immer noch eins: Ein Elftel ist weniger als ein Achtel.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten
der CDU – Zurufe von Harry Glawe, CDU,
und Dr. Armin Jäger, CDU)

Und wissen Sie, das Witzigste an der dpa-Mitteilung und von ADN ist, dass beide gleichzeitig schreiben, und das ist unwidersprochen: Der Durchschnitt liegt in der Kürzung bei jedem Elften und bei uns ist jeder Achte

betroffen. Und noch einmal, Herr Ringstorff, ich leihe Ihnen gerne meinen Taschenrechner,

(Ministerpräsident Dr. Harald Ringstorff:
14 Prozent und 12.)

ich leihe Ihnen gerne meinen Taschenrechner oder gebe Ihnen einen Rechenschieber

(Wolfgang Riemann, CDU: Ein Elftel
und ein Achtel haben Sie gesagt.)

oder nehmen Sie Zettel und Bleistift und dann fangen Sie an zu rechnen!

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Insgesamt haben wir einen Abbau von 16 Prozent an Dienstposten zu verzeichnen, die wir de facto heute an Bundeswehr haben. Das ist die Realität. Alles andere sind Zahlenspielerien.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Und ich erwarte von einem Ministerpräsidenten ...

Dr. Harald Ringstorff, SPD: Herr Rehberg, gestatten Sie eine Anfrage?

Eckhardt Rehberg, CDU: Herr Abgeordneter Ringstorff, Sie können mir nach meiner Rede eine Frage stellen, jetzt nicht.

(Siegfried Friese, SPD: Das ist schade. –
Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Herr Abgeordneter Ringstorff, Sie haben als Ministerpräsident hier tolle Vergleichszahlen genommen. Ich will Ihnen nur eins sagen: Ich hätte von Ihnen erwartet, dass Sie sehr deutlich machen, wie stark betroffen die beiden Landkreise in Mecklenburg-Vorpommern mit der höchsten Arbeitslosigkeit sind, nämlich Demmin und Uecker-Randow, und wie nach Ihrer Auffassung Alternativen aussehen könnten. Aber zuerst hätte ich von Ihnen erwartet, dass Sie nicht sagen, wir haben Schlimmeres verhindern können. Was glauben Sie denn, was am Standort Eggesin noch schlimmer sein kann?!

(Dr. Armin Jäger, CDU: Das frage ich mich auch.)

Was kann da noch schlimmer sein? Können Sie mir das sagen?

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig.)

Haben Sie einmal bedacht – die Zahlen entnehme ich Informationen der Bundeswehr und der Kommune –, dass dort 360 Millionen DM am Standort in die Infrastruktur gesteckt worden sind – 360 Millionen! –, dass dort die Bundeswehrkaserne 2000 aufgebaut worden ist, Zweibettzimmer mit Dusche für zwei Mann? Und ich will Ihnen sagen, was ich nicht verstehe: Wie sehen Standorte in Schleswig-Holstein der gleichen 14. Panzergrenadierdivision aus? Ich kenne die auch von innen, Baujahr '30, kein Vergleich zu den hochmodernen Kasernen in Eggesin. Diese Argumentation hätte ich von Ihnen erwartet, dass Sie sich für dieses unser Bundesland, für unser schwaches Vorpommern einsetzen,

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

und nicht, dass Sie Zahlenspiele und Zahlentricksereien hier vollführen.

(Herbert Helmrich, CDU: Das waren strategische Vorentscheidungen von Herrn Rühle.)

Und ich hätte erwartet, Herr Ministerpräsident Ringstorff, dass Sie Aussagen treffen, wie denn der Stadt Eggesin geholfen wird. Sie haben ja dem Landkreis Uecker-Randow schon 7 Millionen DM weniger an kommunalen Finanzausweisungen gegeben. Wie wollen Sie denn, wenn diese Pläne umgesetzt werden, den Verlust an Finanzausweisungen gerade für die Stadt Eggesin beheben? Wie wollen Sie das denn kompensieren? Aber muss es erst dazu kommen? Muss es wirklich dazu kommen oder gibt es noch eine Chance? Ich erwarte von Ihnen, dass man gegebenenfalls noch Veränderungen erreicht, und nicht, dass Sie gleich die weiße Fahne hissen. Haben Sie sich schon damit abgefunden? Interessieren Sie die Menschen im Demminer Raum, im Landkreis Uecker-Randow nicht? Interessieren Sie sie deswegen nicht, weil vielleicht die eine Stadt FDP-geführt ist,

(Unruhe bei Abgeordneten der SPD und CDU – Wolfgang Riemann, CDU: Ja, so ist es.)

die andere CDU-geführt?

(Zuruf von Monty Schädel, PDS)

Wissen Sie, Herr Friese, ...

(Siegfried Friese, SPD: Bleiben Sie doch mal sachlich, Herr Rehberg, bleiben Sie doch mal sachlich!)

Doch, doch, Herr Friese, das hat sehr viel mit Sachlichkeit zu tun.

(Siegfried Friese, SPD: Das Problem ist doch viel zu ernst, als dass Sie hier billige Parteipolemik machen können.)

Diese Fragen sind zu stellen: ...

(Siegfried Friese, SPD: Das Thema ist zu ernst für den Wahlkampf.)

Diese Fragen sind zu stellen: Warum,

(Siegfried Friese, SPD: Herr Rehberg, Sie werden der Sache nicht gerecht hier. – Glocke der Vizepräsidentin)

warum werden bei der 14. Panzergrenadierdivision

(Siegfried Friese, SPD: Als Opposition beschimpfen Sie nur, anstatt zur Sache zu reden.)

die beiden Brigaden in Westmecklenburg – in Schleswig-Holstein werden keine Dienstposten abgebaut –

(Siegfried Friese, SPD: Schimpfen ist keine Politik, Herr Rehberg.)

und warum wird nur die Brigade in Vorpommern, warum werden dort zwei Großstandorte zugemacht? Diese Fragen muss ich hier stellen dürfen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Birgit Schwebs, PDS: Das ist doch ganz einfach – weil die Ostgrenze sich weiter nach Osten verschiebt, Mann!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Ministerpräsident, was für eine Verhandlungsposition haben Sie überhaupt? Sie haben gesagt, es ist das Schlimmste abgewendet worden. Auch wenn jede Kürzung wehtue, seien Sie froh, dass das Land unterproportional an den Kürzungen beteiligt sei.

(Siegfried Friese, SPD: Das ist richtig.)

Herr Ringstorff sieht nach eigenen Angaben keinen Spielraum mehr für Änderungen an der Entscheidung, die von Herrn Scharping bekannt gegeben wurde.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja. – Wolfgang Riemann, CDU: Wozu laden Sie denn die Bürgermeister noch ein?)

Es könne höchstens Verschiebungen innerhalb der Länder geben, für Mecklenburg-Vorpommern sehe er da aber kaum Sinn. Ich will jetzt keinen gegeneinander ausspielen.

(Zuruf von Barbara Borchardt, PDS)

Natürlich, das haben Sie doch nicht dementiert.

(Dr. Harald Ringstorff, SPD: Ach!)

Das haben Sie doch nicht dementiert, also haben Sie es gesagt am Montag.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Warum sagt er das denn nicht in Berlin, der Herr Ministerpräsident?)

Und genau das liest Herr Scharping.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja genau.)

Was wollen Sie denn beim Bundesverteidigungsminister?

(Wolfgang Riemann, CDU: Der fährt doch in Urlaub. Der hört doch gar nicht hin.)

Worüber haben Sie denn mit ihm in der Vergangenheit geredet? Dass das Marineamt in Rostock bleibt, das stimmt uns alle froh. Aber dass Sie sich jetzt daran noch stark tun, dass hier gerade Zentren noch aufgebaut werden – wissen Sie was: Ich kann mir nicht vorstellen, und das ist nicht Schlechtreden, dass Alternativen gerade im Raum Eggesin, Uecker-Randow oder in Stavenhagen aufgebaut werden können. Haben Sie überhaupt mal nachgerechnet, was es nicht nur an Kaufkraftverlust betrifft, sondern was es an gesellschaftlicher Infrastruktur bedeutet, wenn die Bundeswehr da weggeht, denn sie ist fast die einzige gesellschaftliche Infrastruktur, die dort vor Ort vorhanden ist?! Haben Sie mal bedacht, was diese Armee der Einheit, in der nach meiner Auffassung der Integrationsprozess hervorragend im letzten Jahrzehnt gelungen ist, wo in Eggesin Männer wie General von Kirchbach gedient haben, mit ganzem Herzen im Osten dabei waren,

(Barbara Borchardt, PDS: Insbesondere bei der Besoldung, nicht?)

was das für diese Region bedeutet?

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Dr. Christian Beckmann, CDU: Tradition, und alles wird dort kaputtgemacht.)

Ich muss Ihnen sagen, ich habe das Gefühl, dass Sie mit dazu beitragen, nicht nur Sie, Herr Ringstorff. Und lassen Sie die Bibel-Zitate, das überlassen Sie anderen. Ich meine die, die ehrlichen Herzens am Sonntag in die Kirche gehen.

(Zurufe von Heidemarie Beyer, SPD, und Dr. Harald Ringstorff, SPD)

Das sollten Sie wirklich stecken lassen, das sage ich Ihnen ganz persönlich. Sie und Herr Scharping haben zur Politikverdrossenheit beigetragen.

(Zuruf von Siegfried Friese, SPD)

Und jetzt sage ich: Herr Scharping hat am 28. August, als er mit Bundeskanzler Schröder in Eggesin war, schlichtweg die Menschen, die Soldaten vor Ort belogen.

(Georg Nolte, CDU: Unerhört!)

Ich zitiere: „Nein“, so Herr Scharping, „ich wollte sagen, dass der Standort wegen seiner besonderen Leistungsfähigkeit, wegen seiner bedeutenden Übungsmöglichkeiten, wegen der wirtschaftlichen Bedeutung in seiner Umgebung und auch wegen seiner hohen Bedeutung für die Bundeswehr im Rahmen multinationaler Zusammenarbeit und internationaler Einsätze absolut sicher ist.“ So Scharping am 28. August.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Wolfgang Riemann, CDU: Jawoll! –
Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU –
Lorenz Caffier, CDU: Jawoll!)

Was glauben Sie denn, was Sie den Menschen vor Ort noch von und über Politik erzählen wollen?

(Dr. Armin Jäger, CDU: Das ist wohl wahr.)

Nichts, überhaupt nichts mehr! Und deswegen denke ich, nicht Bibel-Zitate sind notwendig, sondern Verweise auf die zehn Gebote:

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja.)

Und du sollst nicht lügen. Ich glaube, das ist viel notwendiger.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Zuruf von Annegrit Koburger, PDS)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Herr Ministerpräsident Ringstorff, dann können Sie ja wieder die vorpommerschen Landräte beschimpfen,

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

dass sie eine höhere Arbeitslosigkeit haben als in Westmecklenburg oder in den Zentren unseres Landes. Haben Sie schon mal nachgerechnet – oder kennen Sie die Zahlen überhaupt –, dass auf 15 Soldaten zwei Beschäftigte im Sekundärsektor kommen? Dann rechnen Sie mal aus, was dieser Abbau in Stavenhagen, in Eggesin und der weitere Abbau bedeuten, und das wird ja umgesetzt. Die Zahlen sind kaschiert, ich habe das schon gesagt, was Demen und Karow alles bedeutet: 3.300. Das sind mehrere hundert Arbeitsplätze. Stavenhagen hat 48 Azubis. Was machen Sie mit denen in der Folgezeit?

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben schon über politische Motivation gesprochen. Herr Ringstorff, Herr Ministerpräsident Ringstorff, jetzt gibt es einen Antrag von 9 Abgeordneten der PDS, von 9. Wenn ich richtig rechnen kann, zählt diese Fraktion 20. Das heißt, knapp die Hälfte hat unterzeichnet. Wenn Herr Kollege Schoenenburg noch da gewesen wäre, hätte er vielleicht mit unterschrieben, dann wäre es genau die Hälfte gewesen.

(Barbara Borchardt, PDS: Garantiert nicht!)

Diese Abgeordneten schreiben und sagen in ihrem Antrag: „Der Landtag fordert deshalb die Bundesregierung auf, die Abschaffung der Bundeswehr durch die Einleitung folgender Schritte voranzutreiben“.

(Irene Müller, PDS: Da steht aber noch was davor. – Barbara Borchardt, PDS: Lesen Sie bitte weiter und halten Sie die Leute nicht für dumml!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das ist doch der Kernsatz.

(Barbara Borchardt, PDS: Nein, nein, nein!)

Herr Ministerpräsident Ringstorff, Ihre Landesregierung hat einen Koalitionspartner, der die Bundeswehr abschaffen will. Und Herr Scharping ist doch dabei.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Barbara Borchardt, PDS: Aber nicht alternativlos!)

Das ist doch die Wahrheit. Und deswegen haben Sie auch schlechte Karten.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Wolfgang Riemann, CDU: Das nutzt Herr Scharping auch aus. –
Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU –
Siegfried Friese, SPD: Sagen Sie das der PDS-Fraktion! – Harry Glawe, CDU:
So was nennt sich dann staatstragend!)

Wissen Sie, Herr Friese,

(Siegfried Friese, SPD: So einfach ist die Welt, Herr Rehberg, nicht? So einfach ist die Welt! – Zuruf von Harry Glawe, CDU)

der stellvertretende Bundesvorsitzende der SPD und Bundesverteidigungsminister der Bundesrepublik Deutschland Herr Scharping hat bei der Eröffnung der Landesvertretung in Berlin sinngemäß gesagt: Na ja, der Ministerpräsident, mit dem könne man ja noch reden, aber mit dieser Koalition habe ich nichts am Hut.

(Barbara Borchardt, PDS:
Und trotzdem baut er Eggesin ab!)

Sie können das Zitat wörtlich von mir bekommen, aber sinngemäß ist es korrekt. Natürlich, was muss denn Herr Scharping für eine Haltung zu unserem Land haben, wenn ein Koalitionspartner in der Landesregierung sitzt,

(Angelika Gramkow, PDS:
Ach wir sind schuld, ja?)

der die Bundeswehr abschaffen will in der Programmatik?

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Angelika Gramkow, PDS: Jaja. –
Zuruf von Heike Polzin, SPD)

Da können Sie den Kopf schütteln so viel, wie Sie wollen. Sie haben schlechte Karten beim Thema Bundeswehr für das Bundesland Mecklenburg-Vorpommern.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, noch ein Satz zu dem Antrag und einigen Bemerkungen von SPD und PDS. Sie haben die weiße Fahne doch schon gehisst. Mit nicht einem Wort wollen Sie noch für die Bundeswehrstandorte eintreten und zumindest dem Landtag – wenn das der Herr Ministerpräsident denn wirklich tut, ihm noch Rückendeckung geben – im ersten Punkt berichten. Im zweiten Punkt wird eine umfassende Unterstützung gefordert, aber für die Bewältigung der Folgen,

(Götz Kreuzer, PDS: Also doch, also doch! – Barbara Borchardt, PDS: Die haben Sie doch eingefordert.)

für die Bewältigung der Folgen!

(Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

Das heißt, man hat sich schon damit abgefunden, was da passiert ist.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja natürlich!)

Das ist doch die Tatsache!

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Und deswegen, Herr Ministerpräsident: Unser Antrag ist nicht populistisch. Gucken Sie sich ganz genau an, worum es geht. Wir verneinen nicht die Notwendigkeit einer Reform der Bundeswehr.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der PDS – Zuruf von Ute Schildt, SPD)

Was wir verneinen, ist, dass das ganz einseitig zu Lasten von zwei Großstandorten im schwächsten Landesteil, in den beiden Landkreisen mit der höchsten Arbeitslosigkeit passiert.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Und dann noch ...

(Siegfried Friese, SPD: Wären Sie bereit, Alternativvorschläge zu machen? – Birgit Schwebs, PDS: Das wäre ein Möglichkeit.)

Herr Kollege Friese, alle Experten sind überrascht davon, dass Eggesin und Basepohl geschlossen werden, alle. Es gibt militärisch – und darauf bin ich nicht eingegangen –, infrastrukturell und logistisch keine Gründe dafür, keinen einzigen Grund.

(Herbert Helmrich, CDU: So ist es. – Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Gucken Sie sich gerade im engeren Umfeld an, wie der Zustand der Kasernen der Brigade der 14. Panzergrenadierdivision hier ist und wie der in Schleswig-Holstein ist.

(Irene Müller, PDS: Herr Rehberg, der Militärwissenschaftler.)

Ich habe das Pech gehabt, dass zwei meiner Söhne in Schleswig-Holstein gedient haben bei der 14. Panzergrenadierdivision. Ich kenne mehrere Kasernen dort und ich kenne die Kasernen in Eggesin und in Basepohl.

(Herbert Helmrich, CDU: In Neubrandenburg muss dazugebaut werden.)

Deswegen erwarte ich vom Ministerpräsidenten, dass er sich, weil es vorwiegend die 14. Panzergrenadierdivision betrifft, für eine ausgewogene Lösung zwischen Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein einsetzt, denn Schleswig-Holstein hat heute 40.000 Dienstposten, verliert nur 3.000, und wir verlieren in der aktuellen Reform von 20.000 rund 2.400 im Saldo. Das heißt, wir sind bedeutend mehr betroffen als Schleswig-Holstein. Und dann erwarte ich vom Ministerpräsidenten, dass er sich für ein ausgewogenes Verhältnis zugunsten der strukturschwachen Landkreise in Mecklenburg-Vorpommern einsetzt. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Herr Abgeordneter Rehberg, ...

Dr. Harald Ringstorff, SPD: Gestatten Sie eine Frage, Herr Abgeordneter Rehberg?

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Herr Abgeordneter Ringstorff, ich frage hier.

Eckhardt Rehberg, CDU: Ja.

Dr. Harald Ringstorff, SPD: Herr Rehberg, sind Sie bereit, zur Kenntnis zu nehmen, dass ich keinen Landrat beschimpft habe wegen der zu hohen Arbeitslosigkeit? Und sind Sie weiter bereit, zur Kenntnis zu nehmen, dass die Rechenspielerlei 8 und 11 dpa anzulasten ist und nicht mir, dass ich darauf hingewiesen habe, dass im Durchschnitt über 14 Prozent Reduzierungen erfolgen und in Mecklenburg-Vorpommern 12 Prozent?

Eckhardt Rehberg, CDU: Also, ich gestehe Ihnen zu, Herr Ringstorff, dass Sie den Abbau von aktuell 2.400 Dienstposten in Mecklenburg-Vorpommern schön geredet haben,

(Zuruf von Birgit Schwebs, PDS)

mehr als schön geredet, und dass Sie den Abbau von circa 1.000 Dienstposten in Demen und Karow haben einfach unter den Tisch fallen lassen, denn das hätten Sie dazuzählen müssen, wenn Sie seriös sind.

(Zuruf von Irene Müller, PDS)

Sie haben in der Vergangenheit mehrfach darauf hingewiesen, dass die vorpommerschen Landkreise, dass die Kommunalpolitik in Vorpommern sich an westmecklenburgischen Landkreisen ein Beispiel nehmen soll, und Sie haben die Landräte, wenn sie dort auf Probleme aufmerksam gemacht haben, wie zum Beispiel die hohe Arbeitslosigkeit, in die Ecke der Schlechtredner gestellt. Ich sage Ihnen eins generell, Herr Ringstorff: Wir werden weiter darauf hinweisen, dass Ihre Politik gerade für Vorpommern katastrophal ist seit dem Herbst 1998.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Und wir werden uns, ich werde mir persönlich nicht vorschreiben lassen, diese Landesregierung zu kritisieren. Probleme benennen

(Zuruf von Ute Schildt, SPD)

und Kritik an der Landesregierung heißt nicht Mecklenburg-Vorpommern schlecht reden.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Irene Müller, PDS: Thema verfehlt!)

Dr. Harald Ringstorff, SPD: Frau Präsidentin, gestatten Sie noch eine Nachfrage?

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Herr Abgeordneter, gestatten Sie noch eine Nachfrage?

Eckhardt Rehberg, CDU: Bitte.

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Bitte, Herr Ringstorff.

Dr. Harald Ringstorff, SPD: Herr Rehberg, sind Sie nicht bereit, sich an Ihrem Bibel-Zitat oder an einem der zehn Gebote messen zu lassen, „Du sollst nicht lügen“? Würden Sie nicht doch auf die Frage antworten, die ich Ihnen gestellt habe, ob ich jemals einen Landrat in Vorpommern wegen der hohen Arbeitslosigkeit in seinem

Kreis beschimpft habe? Können Sie das belegen, dass ich das jemals getan habe?

Eckhardt Rehberg, CDU: Ich habe Ihnen das eben beantwortet, Herr Ringstorff,

(Unruhe bei Abgeordneten der SPD und PDS –
Annegrit Koburger, PDS: Nein, haben Sie nicht. –
Siegfried Friese, SPD: Das war Ausweichen.)

dass Sie mehrfach deutlich gemacht haben,

(Wolfgang Riemann, CDU: Genau, mehrfach. –
Siegfried Friese, SPD: Nein, nein.)

dass die Kommunalpolitik vor Ort Mitverantwortung trägt für fehlende Investitionen und die hohe Arbeitslosigkeit.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten
der SPD, CDU und PDS)

Und ich werde Ihnen immer wieder entgegenen, dass die Situationen ganz unterschiedlich sind. Allein der Landkreis Ludwigslust hat etwa 20.000 Pendler. Und wenn wir das in Nordvorpommern hätten oder könnten, dann wären wir froh und zufrieden und hätten auch nur 15 Prozent. – Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Wolfgang Riemann, CDU: Richtig. –
Ute Schildt, SPD: Thema verfehlt!)

Dr. Harald Ringstorff, SPD: Ich stelle fest, dass Sie Fragen ausweichen.

(Wolfgang Riemann, CDU:
Sie haben hier nichts festzustellen! –
Unruhe bei Minister Dr. Rolf Eggert)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Rehberg.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete ...

(Minister Dr. Rolf Eggert: Sie haben
keine Ahnung, keine Ahnung! –
Unruhe bei Eckhardt Rehberg, CDU)

Herr Minister, Äußerungen von der Regierungsbank sind nicht erlaubt.

(Unruhe bei Minister Dr. Rolf Eggert –
Eckhardt Rehberg, CDU: Kommen
Sie doch hier runter, dann können wir
diskutieren, oder gehen Sie in die Bütt!)

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Ritter von der Fraktion der PDS.

(Minister Dr. Rolf Eggert: Wie soll man denn
auch mit Ihnen vernünftig diskutieren?!)

Peter Ritter, PDS: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Meine Damen und Herren auf der Ministerbank, ich bitte doch hier um Ruhe.

Bitte, Herr Abgeordneter.

(Minister Dr. Rolf Eggert: Na wenn Sie nur
erst mal das Plenum um Ruhe bitten würden!)

Peter Ritter, PDS: Verehrte Gäste! Ich will versuchen trotz meiner, ich gebe es zu, nach wie vor vorhandenen emotionalen Bindung zum Standort Basepohl und trotz

der vorangegangenen Redebeiträge hier eine sachliche Rede zu halten.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Nach den ersten Beruhigungsspielen, dass nur kleinere Standorte von der Strukturreform der Bundeswehr betroffen wären, ereilten uns Anfang der Woche andere Aussagen, die vor allem die Standorte Eggesin und Basepohl eiskalt erwischten. Ich kann die Besorgnis, die Enttäuschung und die Entrüstung vieler Bürgerinnen und Bürger der betroffenen Region verstehen, denn vieles, was in den Regionen in den vergangenen Jahren durch die angestrengte Arbeit gerade der Bürgerinnen und Bürger dieser Region entstanden ist, droht mit einem Handstreich zerstört zu werden.

Dennoch sage ich, meine sehr verehrten Damen und Herren, die Strukturreform der Bundeswehr ist für uns keine neue Erkenntnis. Schon Scharpings Amtsvorgänger Rühle leitete die ersten Schritte einer Strukturreform ein. Und selbst die CDU-Landtagsfraktion stellte in ihrem Antrag vom Dezember des vergangenen Jahres fest: „Der Landtag Mecklenburg-Vorpommern bekennt sich zur Notwendigkeit eines Umstrukturierungsprozesses der drei Teilstreitkräfte im Rahmen einer Bundeswehrreform.“

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der
CDU – Dr. Christian Beckmann, CDU:
Das hatten wir auch gesagt.)

Wer nun, meine sehr verehrten Damen und Herren von der CDU-Fraktion, diese Notwendigkeit anerkennt, aber gleichzeitig Glauben machen will, dies könne ohne Standortschließung oder Standortreduzierung passieren, der betreibt eine unehrliche Politik.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS
und Siegfried Friese, SPD –
Dr. Armin Jäger, CDU: Ja klar! Na klar!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es war doch blauäugig anzunehmen, dass die Strukturreform der Bundeswehr einen Bogen um unser Land machen würde.

(Unruhe bei Siegfried Friese, SPD,
und Dr. Armin Jäger, CDU)

So ist auch in den zurückliegenden Jahren von allen Vorgängerregierungen im Bund und im Land zu wenig Vorsorge betrieben worden, um Folgen einer Strukturreform der Bundeswehr begegnen zu können.

(Unruhe bei Siegfried Friese, SPD,
und Dr. Armin Jäger, CDU –
Glocke der Vizepräsidentin)

Unbestritten, meine sehr verehrten Damen und Herren, die Konversionsleitlinien des Landes Mecklenburg-Vorpommern aus dem Jahre 1992 waren ein Schritt in die richtige Richtung. Längst aber hätten diese Richtlinien fortgeschrieben und den neuen Bedingungen angepasst werden müssen. Längst hätte der Bund stärker in die Verantwortung genommen werden müssen, um jetzigen oder ehemaligen Militärstandorten eine Perspektive zu eröffnen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Seit Montag allerdings, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist dieser Handlungsdruck ins Unermessliche gestiegen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, seit einigen Tagen wissen wir nun konkret, welche Auswirkungen die

Strukturreform der Bundeswehr auf unser Bundesland hat. Aus unserer Sicht, darauf habe ich bereits auf der letzten Landtagssitzung im Dezember verwiesen, ist eine Reform der Bundeswehr unumgänglich. Deshalb begrüßen wir auch jetzt mögliche Verkleinerungen der Bundeswehr, kritisieren aber gleichzeitig den falschen Ansatz dieser Reform, denn die jetzigen Überlegungen führen bei weitem nicht zu einer weiteren Abrüstung, meine sehr verehrten Damen und Herren, sondern zu einer Umorientierung der Aufgaben der Bundeswehr. Begründet wird das mit dem nach Ihrer Lesart veränderten sicherheitspolitischen Umfeld. Und daher stimmt auch Ihre Behauptung in Ihrem heutigen Antrag nicht, dass die Vorschläge nicht den militärischen Notwendigkeiten entsprechen.

(Wolfgang Riemann, CDU: Diese Vorschläge!)

Gerade, Herr Riemann, die militärischen Notwendigkeiten, denen sich die Bundeswehr jetzt stellen muss, also das Fitmachen für weitere Auslandseinsätze, führten zu dieser Reform, führten dazu, dass Kräfte und Mittel konzentriert werden müssen und eben unnötige Standorte geschlossen werden müssen.

(Dr. Armin Jäger, CDU:

Deswegen werden moderne Standorte geschlossen und alte aufrechterhalten.)

Und das ist natürlich, Herr Jäger, auch nicht zum Nulltarif zu haben. Ich will noch einmal auf die Zahlen verweisen, die ich bereits im Dezember hier genannt habe:

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Zusatzkosten im Haushaltsjahr 1999 im Zuge des Kosovo-Einsatzes für Personal 450 Millionen DM, für Liegenschaftsbetrieb, Betriebsstoffe und so weiter 400 Millionen DM, Ersatz für Verbrauchsmittel und so weiter 250 Millionen DM und so weiter und so fort, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Künftige, von der Mehrheit des Bundestages auch befürwortete internationale Einsätze werden natürlich nicht billiger. Einsparpotentiale müssen also her. Und diese Prämissen führen nun auch zur Schließung des Standortes Basepohl und der Reduzierung in Eggesin.

(Zuruf von Friedbert Grams, CDU – Dr. Armin Jäger, CDU: Das ist wirklich eine naive Betrachtungsweise.)

Betroffen sind in Basepohl rund 800 Soldaten, rund 200 Zivilbeschäftigte und rund 50 Lehrstellen, betroffen sind Investitionen der letzten Jahre in Höhe von 40 Millionen DM und betroffen ist natürlich eine ganze Region.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja eben.)

Aber auch darauf habe ich schon im Dezember verwiesen

(Wolfgang Riemann, CDU: Und der Ministerpräsident sagt, wir sind gut weggekommen.)

und klar gesagt, Herr Riemann, auch darauf habe ich im Dezember schon verwiesen und klar gesagt, dass eine Schließung des Standortes erhebliche Auswirkungen auf die Region und auf ihre Unternehmen hätte.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Das hat der Ministerpräsident wohl nicht gehört.)

Und nun, da es konkret wird, meine sehr verehrten Damen und Herren, frohlocken natürlich einige Kommentatoren, dass den Abgeordneten aus den betroffenen Regionen jetzt die Knie zittern und sie kalte Füße bekommen. Nein, meine sehr verehrten Damen und Herren, ich sage heute wie im Dezember des letzten Jahres und wie seit Beginn meiner Mitgliedschaft im Landtag 1994: Die Politik ist in einer solchen Situation gefordert. Und dabei geht es mir nicht darum, möglichst viele und möglichst große Standorte zu erhalten, sondern es muss endlich darum gehen, Konversionsprogramme zu erarbeiten und zu starten,

(Beifall bei Abgeordneten der PDS und Ute Schildt, SPD)

die den Kommunen, den Firmen vor Ort, aber auch den Soldaten und Zivilbeschäftigten eine Perspektive geben. In der jetzt konkret entstandenen Situation erwarte ich daher von der Landesregierung und von uns allen, dass wir uns gegenüber der Bundesregierung für eine umfassende Unterstützung der betroffenen Regionen einsetzen.

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Das Kommando „Wegtreten“ allein reicht nicht aus.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS und Ute Schildt, SPD)

Notwendig sind aus unserer Sicht daher vor allem für die Regionen um Stavenhagen und Eggesin Sonderförderprogramme. Ziel dieser Förderung muss sein, die Ausfälle in der Infrastruktur und Wirtschaftsentwicklung der Regionen zu kompensieren.

(Dr. Armin Jäger, CDU:

Die Menschen wollen Arbeit.)

Für die Beschäftigten, die als Folge der Reduzierung des Personalabbaus ihren Arbeitsplatz verlieren, sind andere vom Bund finanzierte oder geförderte Arbeitsverhältnisse anzubieten.

(Dr. Armin Jäger, CDU:

Wie wollen Sie denn das machen?)

Allen Überlegungen des Bundes, die frei werdenden Liegenschaften etwa noch gewinnträchtig an die betreffenden Kommunen zu veräußern, ist von vornherein eine Absage zu erteilen.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS – Barbara Borchardt, PDS: Ja.)

Die Bundesregierung und auch die Landesregierung und auch das Landesparlament haben gegenüber den Menschen, die direkt oder indirekt für die Bundeswehr tätig waren, eine hohe politische Verantwortung. Und dabei, meine sehr verehrten Damen und Herren, dürfen wir nicht die Fehler von Anfang der neunziger Jahre wiederholen, als ehemalige NVA-Angehörige oder Zivilbeschäftigte auch am Standort Basepohl in erheblicher Anzahl und meist ohne soziale Absicherung oder Unterstützung entlassen wurden.

Nein, meine sehr verehrten Damen und Herren, das Schlimmste ist weiß Gott noch nicht verhindert. Wir können deshalb die Betroffenen und die Kommunen nicht einfach vor vollendete Tatsachen stellen.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Das machen Sie aber.)

Wir müssen also den Bund in finanzielle und logistische Verantwortung nehmen, damit alle Schließungen oder

Reduzierungen von Standorten mit der Auflage eines Strukturhilfeprogramms verbunden werden.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS –
Der Abgeordnete Herbert Helmrich
bittet um das Wort für eine Anfrage.)

Die jetzt anstehenden Schließungen und Reduzierungen werden mit Sicherheit nicht die letzten sein, davon bin ich überzeugt.

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Anfrage?

Peter Ritter, PDS: Nein.

(Wolfgang Riemann, CDU: Na toll!)

Nutzen wir also die jetzige Situation, um zu tragfähigen Lösungen zu kommen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Und zum Schluss gestatten Sie mir noch drei Zitate aus der „Süddeutschen Zeitung“ vom 31.01.2001. Dort heißt es: „Der Vorsitzende des Bundeswehrverbandes, Bernhard Gertz, nannte die Standort-Pläne ‚seriös und ausgewogen‘.“ Weiter heißt es dort: „Da die Truppe die meisten Soldaten in den neuen Bundesländern rekrutiert, werden im Osten Deutschlands verhältnismäßig wenige Standorte geschlossen. Dies sei eine ‚sehr sinnvolle Entscheidung‘, sagte Gertz. Die scharfe Kritik der Union sei hingegen ‚unsachlich‘.“ Und drittens heißt es dort: „In Bayern, wo die meisten Standorte schließen sollen, verlangte die ÖTV Strukturförderungen für die betroffenen Regionen.“ Ich frage Sie: Warum eigentlich nur in Bayern? – Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Ritter.

Das Wort hat jetzt die Abgeordnete der Fraktion der SPD Frau Schildt.

Ute Schildt, SPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Sehr geehrte Gäste! Die veränderten sicherheitspolitischen Rahmenbedingungen stellen neue Anforderungen an die deutsche Sicherheitspolitik. Ich glaube, das haben wir alle festgestellt. Dies erfordert auch eine Reform der Struktur in der Bundeswehr, wie sie derzeit vorgelegt wird. Sie bedeutet nicht nur eine personelle Reduzierung, die Bundeswehr soll gleichzeitig moderner und leistungsfähiger werden. Sachexperten müssen es beurteilen. Diese Reform ist zwingend notwendig und wichtig.

Leider ist eine Reform nicht ohne Standortschließungen und Verkleinerungen zu realisieren, so wichtig die Bundeswehr aus wirtschaftlichen Gesichtspunkten gerade für die strukturschwachen Regionen des Landes auch ist. Wir dürfen, so schwer es uns auch fällt, die wirtschaftliche Rolle der Bundeswehr nicht über deren sicherheitspolitische Aufgabe stellen. Ein Blick auf die Zahlen zeigt, und das ist in den meisten Redebeiträgen von der CDU nachgewiesen oder ausgedrückt worden, dass wir als Bundesland eigentlich mit dem Ergebnis im Schnitt liegen, sogar im unteren Drittel. Statistisch gesehen ...

(Wolfgang Riemann, CDU:
War der Graben zehn Zentimeter
tief und trotzdem ist die Kuh ertrunken.)

Lassen Sie mich doch erst mal ausreden, Herr Riemann.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Statistisch gesehen – ich spreche von statistisch – können wir von einer fairen Behandlung sprechen.

Meine Damen und Herren! Die unmittelbare Betroffenheit in der Region ist aber durchaus anders zu bewerten. Und ich weiß, wovon ich spreche, denn ich komme aus dem Kreis Demmin wie Sie, Herr Grams, aus dem Kreis Uecker-Randow, wo diese Standorte in dieser strukturschwachen Region betroffen sind. Ich weiß, wie es den Menschen geht, die unmittelbar betroffen sind in dieser Region, und dass wir im Moment Antworten schuldig bleiben. Wie geht es weiter? Wo geht es hin? Dafür müssen Antworten da sein.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS)

Der Ministerpräsident hat es in seiner Rede angedeutet – und ich bin sehr dankbar dafür –, morgen werden die Bürgermeister, die Landräte, deren Handeln vor Ort ich gegenwärtig voll verstehe und unterstütze,

(Wolfgang Riemann, CDU: Und übermorgen fährt er in den Urlaub, ja.)

zum Gespräch beim Ministerpräsidenten sein.

(Wolfgang Riemann, CDU: Das war es dann. – Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU – Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Und ich meine, dass auch das Ergebnis dieser Gespräche

(Wolfgang Riemann, CDU: Das war dann der Einsatz. – Zuruf von Reinhard Dankert, SPD)

in Gesprächen mit Scharping eine Aufwertung finden kann.

Welche Veränderungen erwirkt werden können, kann keiner von uns heute bezeichnen. Deshalb meine ich, dass es zwingend notwendig ist, dass wir das, was Herr Ritter eben ausgedrückt hat, tun, nämlich Antworten darauf geben, wie wir die Standorte sichern, wenn sie kein Bundeswehrstandort bleiben. Da müssen wir ganz konkrete Forderungen definieren

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und einzelnen Abgeordneten der PDS)

und das wollen wir mit unserem Antrag. Ich habe es eben schon mal gesagt, ich kann das Verhalten der Bürgermeister, der Landräte, die sich voll hinter ihre Regierung stellen können, in diesem Moment, in dieser Situation voll verstehen und ich unterstütze sie.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Das erwarten wir auch vom Landtag.)

Ich unterstütze auch die Menschen, die vor Ort sind und diese Probleme haben, und ich verstehe sie.

(Dr. Armin Jäger, CDU:
Ja, und die möchten das auch.)

Aber wir als Landtag und Sie, meine Damen und Herren, auch von der CDU,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Wir dürfen das nicht.)
nutzen dieses Podium zu Populismus.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Nein.)

Doch, Sie nutzen es zu Populismus.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS – Harry Glawe, CDU: Nein. – Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

Wenn ich die Presse verfolge zu diesem Thema in diesen Tagen

(Dr. Armin Jäger, CDU: Wir wollen das Gleiche tun, was Sie vor Ort tun.)

und die Vizepräsidentin schreibt: „Wer sich auf ...

(Harry Glawe, CDU: Wir werden Ihre Rede mal dem Landkreis Demmin zustellen.)

Bitte hören Sie doch mal zu!

... „Wer sich auf irgendwelche finanziellen Ausgleichsmaßnahmen verlässt, ist genauso verkauft und verraten wie bei allen bisherigen Versprechungen.“,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Das stimmt doch. – Wolfgang Riemann, CDU: Richtig, richtig.)

dann ist das für mich Populismus!

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS – Wolfgang Riemann, CDU: Nein!)

Das ist Falschdarstellung der Situation!

(Wolfgang Riemann, CDU: Nein! Scharping hat es versprochen und hat uns verlassen.)

Wir kämpfen um Lösungsangebote und Sie diffamieren unser Handeln! Und damit können wir uns nicht einverstanden erklären. Das ist Populismus

(Dr. Armin Jäger, CDU: Frau Schildt, das ist die traurige Wahrheit. – Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

und das ist die Chance,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Wir haben doch den Ministerpräsidenten eben gehört.)

sich auf den Schultern dieser Menschen zu profilieren, und das lehne ich zutiefst ab.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS)

Wir haben in unserem Antrag zum Ausdruck gebracht, in welche Richtung wir Veränderungen wünschen, wo wir Ansätze für Politik gemeinsam mit der Bundesregierung wünschen

(Wolfgang Riemann, CDU: Besonders im Osten!)

für diese strukturschwachen Regionen. Es ist nicht nur die CDU in Vorpommern zu Hause, sondern es sind auch Sozialdemokraten wie ich, auch wir kämpfen für die Region!

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS – Wolfgang Riemann, CDU: Na ja. – Zurufe von Harry Glawe, CDU, und Angelika Gramkow, PDS)

Wir wollen Antworten dafür, dass diese Standorte, die unmittelbar betroffen sind, auch unmittelbare Antworten bekommen, die anders sind als der Durchschnitt. Das wollen wir mit diesem Antrag bewirken und das sind ganz klare Antworten für die Zukunft.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS – Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Deshalb fordere ich Sie auf, meine Damen und Herren, unserem Antrag Ihre Zustimmung zu geben.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Helmrich?

Ute Schildt, SPD: Ja.

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Bitte, Herr Helmrich, fragen Sie.

Herbert Helmrich, CDU: Zu Ihrem Vorwurf des Populismus: Können Sie bestätigen, dass wir aus dieser Region uns in diesem Landtag seit Jahren um die Verbesserung der Strukturschwäche und der Infrastrukturschwäche in dieser Region bemühen?

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der PDS – Dr. Gerhard Bartels, PDS: Seit '98 oder was?!)

Zweitens. Können Sie bestätigen, dass unserem Kampf und unseren Bemühungen um Sonderprogramme, insbesondere im Hinblick auf die zukünftige Aufnahme von Polen in die EU, hier in diesem Hause und insbesondere von der derzeitigen Regierung in Berlin bisher eine Absage erteilt worden ist?

(Siegfried Friese, SPD: Das stimmt doch gar nicht!)

Ich wollte um Sonderprogramme ...

(Dr. Rolf Eggert, SPD: Das ist doch mit aufgenommen worden in den Vertrag. Erzählen Sie doch nicht so was, Herr Helmrich! – Unruhe bei den Abgeordneten)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Meine Damen und Herren, lassen Sie Herrn Helmrich die Frage zu Ende formulieren!

(Unruhe bei den Abgeordneten)

Bitte, Herr Helmrich.

Herbert Helmrich, CDU: Ich habe eben diese Frage ...

(Unruhe bei den Abgeordneten)

Herr Eggert, es geht um Sonder...

(Unruhe bei den Abgeordneten – Irene Müller, PDS: Er fragt doch gar nicht, er profiliert sich hier.)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Herr Helmrich, stellen Sie jetzt bitte Ihre Frage an die Abgeordnete Frau Schildt.

Ute Schildt, SPD: Möchten Sie eine Antwort? Dann gebe ich sie jetzt.

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Herbert Helmrich, CDU: Ich wollte fragen, ob wir in diesem Hause, das heißt von den die Regierung in diesem Lande tragenden Parteien, in Zukunft damit rechnen können, dass wir zu ländlichen Sonderprogrammen, unseren Sonderprogrammen, dieses Hauses und dieser Regierung für diese Region kommen können und ob wir da mit Unterstützung rechnen können.

Sie müssen mich ausreden lassen, Herr Eggert.

Ute Schildt, SPD: Herr Helmrich, jetzt würde ich antworten wollen.

(Wolfgang Riemann, CDU:
Sie haben doch gesagt, stärken.
Stärken, hat der Ministerpräsident gesagt.)

Ich stimme mit Ihnen überein, dass wir uns bemühen – auch Ihre Fraktion – um Lösungsansätze für Vorpommern.

(Barbara Borchardt, PDS:
Alle Abgeordneten der Region. Alle!)

Das machen alle Abgeordneten der drei Fraktionen dieses Landtages gleichermaßen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und einzelnen Abgeordneten der PDS –
Siegfried Friese, SPD: Das ist die
Aufgabe von Abgeordneten.)

Insofern schließe ich also auch Ihre Fraktion von dem Bemühen nicht aus.

Zweitens ist Ihnen bekannt, dass die Regierung unseres Landes ein Bündnis für Arbeit in Vorpommern ins Leben gerufen hat ...

(Wolfgang Riemann, CDU: Mit Runkel-
rübenkraftwerken, ja. – Heiterkeit bei
einzelnen Abgeordneten der CDU)

Bitte, jetzt antworte ich, Herr Riemann.

... und dass zu diesem Bündnis für Vorpommern zahlreiche Arbeitsgruppen arbeiten

(Barbara Borchardt, PDS: Herr Riemann,
jetzt ist das Publikum raus, jetzt brauchen
Sie sich nicht mehr zusammenzureißen.)

und dass sicherlich auch Politiker Ihrer Partei angesprochen sind, sich zu beteiligen.

(Wolfgang Riemann, CDU: Ja, drei
haben wir schon im ÖBS. – Heiterkeit
bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Herr Riemann, bitte!

Ute Schildt, SPD: Ich weiß, dass es viele Ansätze gibt – Sie hatten schon ein Zwiesgespräch mit unserem Wirtschaftsminister –, dass diese Grundlagen Verankerung gefunden haben und dass es auch auf bundespolitischer Ebene Bestrebungen gibt, die Randlage Mecklenburg-Vorpommerns in Richtung Polen zu stärken.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS –
Wolfgang Riemann, CDU: Aha! –
Eckhardt Rehberg, CDU: Die Rand-
lagen zu stärken. Hast du das gehört?! –
Harry Glawe, CDU: Die Randlagen stärken.)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Frau Schildt.

Ich schließe die Aussprache.

(Wolfgang Riemann, CDU: Wieso? Der komische Sonderantrag wird gar nicht begründet? – Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der SPD, CDU und PDS – Monty Schädel, PDS: Der ist vorhin schon begründet worden.)

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 3/1864(neu). Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke. Gegenprobe. – Danke. Stimmenthaltungen? – Damit ist der Antrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 3/1864(neu) mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und PDS bei Zustimmung der Fraktion der CDU abgelehnt.

Ich lasse nun abstimmen über den Änderungsantrag der Abgeordneten Monty Schädel, Karsten Neumann, Anegrit Koburger, Kerstin Kassner, Dr. Gerhard Bartels, Barbara Borchardt, Torsten Koplin, Irene Müller und Gabriele Schulz, Fraktion der PDS, auf Drucksache 3/1890.

(Wolfgang Riemann, CDU: Wo ist denn die Begründung zu diesem Antrag? –

Monty Schädel, PDS: Das hat doch Herr Ritter gemacht. Hören Sie doch mal zu, Herr Riemann!)

Wer diesem Änderungsantrag zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Danke. Gegenprobe. – Danke. Stimmenthaltungen? –

(Barbara Borchardt, PDS: Wir sind immer noch souverän, Herr Rehberg. Nicht wie bei Ihnen mit Ihrem Druck. – Eckhardt Rehberg, CDU: Das merkt man. – Harry Glawe, CDU: Und ganz souverän sind Sie. – Angelika Gramkow, PDS: Das zeigt nur, dass Sie uns überhaupt nicht kennen. Lieber ehrlich als angepasst.)

Damit ist der Änderungsantrag auf Drucksache 3/1890 mit den Stimmen der Fraktion der SPD, der Fraktion der CDU, einer Stimmenthaltung der Fraktion der PDS und Zustimmung der Abgeordneten der Fraktion der PDS, bei sieben Gegenstimmen der Fraktion der PDS abgelehnt.

Wer dem Antrag der Fraktionen der SPD und PDS auf Drucksache 3/1868 zustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke. Gegenprobe. – Danke. Stimmenthaltungen? – Damit ist der Antrag der Fraktionen der SPD und PDS auf Drucksache 3/1868 mit den Stimmen der Fraktion der SPD, der Fraktion der PDS gegen die Stimmen der Fraktion der CDU angenommen.

(Pfiife von der Zuschauertribüne –
Glocke der Vizepräsidentin)

Meine Damen und Herren, ich bitte um Ruhe auf der Zuschauertribüne.

Meine Damen und Herren, wir sind damit am Schluss der heutigen Tagesordnung. Ich berufe die nächste Sitzung des Landtages auf Mittwoch, den 7. März 2001, 10.00 Uhr ein. Ich möchte noch mal daran erinnern: Der Ältestenrat trifft sich im Anschluss an die Sitzung im Ältestenratzimmer. Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss: 18.32 Uhr

Es fehlten die Abgeordneten Dr. Arthur König, Caterina Muth, Dr. Arnold Schoenburg und Gesine Skrzepski.